G 1800 EX

Blätter für deutsche und internationale Politik

Reinhard Kühnl
„Holocaust" und die Folgen

Herbert Scoville Jr.
Neue Waffen rücken die atomare Katastrophe näher

Axel Pinck und Ludwig Schröder
Das „Europäische Währungssystem" – eine erweiterte „DM-Zone"?

Heinz-Jürgen Axt
Sozialdemokratische Westeuropa-Politik von 1945 bis heute (II)

Maurice Zeitlin
Wem gehört Amerika?

Lorenz Knorr
Denkspiele über die Nützlichkeit von Kriegen

2'79

Februar 1979 Einzelheft 5,50 DM Im Abonnement 4,00 DM
Für Studenten, Wehrpflicht- und Zivildienstleistende 3,50 DM

Pahl-Rugenstein Verlag Köln

Februar 1979

CHRONIK DES MONATS JANUAR 1979 129

KOMMENTARE UND BERICHTE

Die chinesische Karte ..... *Bernd Greiner* 132

Mord ist nicht gleich Mord ..... *Ernst Waltemathe* 136

GLOSSE

Schützt die Verfassung! ..... *Christian Götz* 139

HAUPTAUFSÄTZE

„Holocaust" und die Folgen ..... *Reinhard Kühnl* 140

Neue Waffen rücken die atomare Katastrophe näher ..... *Herbert Scoville Jr.* 156

Das „Europäische Währungssystem"
– eine erweiterte „DM-Zone"? ..... *Axel Pinck und Ludwig Schröder* 164

Kontinuität und Wandel sozialdemokratischer
Westeuropa-Politik von 1945 bis heute (II) ..... *Heinz-Jürgen Axt* 174

Wem gehört Amerika? Sozialstruktur und Besitzverhältnisse in den
Vereinigten Staaten ..... *Maurice Zeitlin* 198

Denkspiele über die Nützlichkeit von Kriegen ..... *Lorenz Knorr* 214

Dichtung und Wahrheit in der Gewerkschaftsgeschichte .... *Bernhard v. Mutius* 229

MEDIENKRITIK

„Holocaust" und die Dichter ..... *Günter Giesenfeld* 245

WIRTSCHAFTSINFORMATION

Arbeitsunfälle und Berufskrankheiten
(Wirtschafts- und sozialstatistische Daten) ..... *Jörg Goldberg* 246

DOKUMENTE ZUM ZEITGESCHEHEN

Neufassung der Grundsätze für die Prüfung der Verfassungstreue
vom 17. Januar 1979 (Wortlaut) 248

Darmstädter Appell an den Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland
und die Ministerpräsidenten der Bundesländer, beschlossen auf der
Internationalen Konferenz „Demokratische Rechte verteidigen –
Berufsverbote aufheben – gemeinsam gegen die Verletzung von Grund-
und Menschenrecht in der BRD" vom 28. Januar 1979 (Wortlaut) 252

Vertrag über Freundschaft und Zusammenarbeit zwischen der Union der
Sozialistischen Sowjetrepubliken und der Sozialistischen Republik Vietnam
vom 5. November 1978 (Wortlaut) 254

Blätter für deutsche und internationale Politik

Monatsschrift · Vierundzwanzigster Jahrgang · Heft 2/1979

Herausgegeben von

WILFRIED FRHR. V. BREDOW
HELGA DEPPE-WOLFINGER
JÖRG HUFFSCHMID
URS JAEGGI
GERHARD KADE
REINHARD KÜHNL
JUTTA MENSCHIK
REINHARD OPITZ
MANFRED PAHL-RUGENSTEIN
HERMANN RAUSCHNING
HELMUT RIDDER
FRITZ STRASSMANN
GERHARD STUBY

Mitbegründet von

HILDE BENTELE
HERMANN ETZEL
GERHARD GOLLWITZER
HANS RHEINFELDER
ROBERT SCHOLL
KARL GRAF V. WESTPHALEN
ERNST WOLF

Redaktion

KURT BAYERTZ
KARL D. BREDTHAUER
PAUL NEUHÖFFER
JOHANNES WEIDENHEIM

Pahl-Rugenstein Verlag Köln Gottesweg 54

Chronik des Monats Februar 1979

1.1. – Iran. General Azhari, Chef der Militärregierung (vgl. „Blätter", 12/1978, S. 1420), bietet seinen Rücktritt an. – Am 3.1. nominiert das Parlament den Politiker Shapur Bakhtiar als neuen Ministerpräsidenten. Bakhtiar wird nach Ernennung durch den Schah am 4.1. von seiner Partei, der Nationalen Front, ausgeschlossen. – Am 5.1. erklärt ein Sprecher des US-Außenministeriums, die Vereinigten Staaten würden eine Regierung Bakhtiar unterstützen, gleichgültig ob der Schah im Lande bleibe oder nicht. – Am 7.1. ruft der in Paris im Exil lebende Moslemführer Ayatollah Khomeini seine Anhänger im Iran auf, den Kampf fortzusetzen. Die Regierung Bakhtiar sei ebenso „illegal" wie der Schah und das Parlament. – Am 9.1. verlautet in Washington, US-General Huyser sei mit dem Auftrag in den Iran entsandt worden, die Generalität für eine Unterstützung der Regierung Bakhtiar zu gewinnen. – Am 11.1. gibt Bakhtiar vor dem Parlament die Regierungserklärung ab und kündigt darin u.a. die „stufenweise" Aufhebung des Kriegsrechts und die Auflösung der Geheimpolizei an. – Am 13.1. bildet der Schah einen „Regentschaftsrat", der ihn im Falle eines Auslandsaufenthalts vertreten soll. – Am 14.1. kündigt Khomeini in Paris die Ausrufung einer Islamischen

Republik für die nächste Zukunft an. – Am 15. 1. erhält das Kabinett Bakhtiar mit 38 gegen 2 Stimmen bei einer Enthaltung das Vertrauen des Senats, am 16. 1. mit 149 gegen 43 Stimmen bei 13 Enthaltungen das Vertrauen des Abgeordnetenhauses. Unmittelbar nach der zweiten Abstimmung verläßt Schah Reza Pahlewi das Land und begibt sich zunächst nach Ägypten, wo er mit Präsident Sadat zusammentrifft, und später nach Marokko. – Am 18. 1. bekräftigt Präsident Carter auf einer Pressekonferenz noch einmal die amerikanische Unterstützung für die Regierung Bakhtiar. – Am 19. 1. findet in Teheran eine Massendemonstration statt, an der sich mehr als 1 Million Menschen beteiligen. Eine angenommene Resolution enthält folgende Forderungen: Sturz der Monarchie und Errichtung einer „Freien Islamischen Republik" als Ergebnis einer Volksabstimmung; Ernennung einer Übergangsregierung durch Khomeini; Auflösung des Regentschaftsrates und Übertragung der Macht auf einen „Islamischen Revolutionsrat". – Am 24. 1. läßt die Regierung die iranischen Flughäfen für einige Tage schließen, um die Rückkehr Khomeinis zu verzögern.

3. 1. – Vatikan. Der spanische Außenminister Oreja und Kardinalstaatssekretär Villot unterzeichnen im Vatikan vier Abkommen, mit denen das (noch unter Franco abgeschlossene) Konkordat von 1953 abgelöst wird. – Am 24. 1. empfängt Papst Paul Johannes II. den sowjetischen Außenminister Gromyko in Privataudienz; Gromyko hält sich vom 22. bis 26. 1. zu einem Besuch der italienischen Regierung in Rom auf. – Am 25. 1. unternimmt der Papst die erste offizielle Auslandsreise nach seiner Wahl, um in Mexiko an einer Generalkonferenz des lateinamerikanischen Episkopats teilzunehmen.

– NATO. Oberbefehlshaber General Alexander Haig (USA) gibt auf einer Pressekonferenz in Brüssel seinen vorzeitigen Rücktritt zum 30. Juni 1978 bekannt. Auf Gerüchte angesprochen, er strebe eine republikanische Kandidatur für die amerikanische Präsidentschaft an, antwortet Haig, er habe keine konkreten Pläne für die Zeit nach seinem Ausscheiden, wolle aber eine spätere politische Laufbahn auch nicht ausschließen.

4. 1. – Türkei. Das Parlament spricht der Regierung unter Ministerpräsident Bülent Ecevit mit 226 gegen 210 Stimmen das Vertrauen aus. Der Tadelsantrag der oppositionellen Gerechtigkeitspartei richtete sich gegen das Verhalten der Regierung während der blutigen Unruhen in der Stadt Maras während des Vormonats. Die Regierung hatte in 13 der 67 Provinzen das Kriegsrecht verhängt.

5.–6. 1. – Frankreich. Auf der französischen Überseebesitzung Guadeloupe ist Staatspräsident Giscard d'Estaing Gastgeber einer „Gipfelkonferenz", an der der amerikanische Präsident Carter, der britische Premierminister Callaghan und Bundeskanzler Schmidt teilnehmen. Ein Kommuniqué wird nicht veröffentlicht. Giscard erklärt vor der Presse: „Wir stellten keine Meinungsverschiedenheiten im Hinblick auf die Einschätzung der Situation fest, wenngleich es natürlich Unterschiede bei der Betonung gab, die wir bestimmten Punkten verliehen."

7. 1. – Kambodscha. In einer Meldung des vietnamesischen Rundfunks heißt es u. a.: „Die Kampucheanischen Revolutionären Streitkräfte haben die Hauptstadt Phnom Penh vollständig befreit. Das Machtzentrum der reaktionären Pol Pot/Ieng Sary-Clique ist vollständig zusammengebrochen." – Am 8. 1. konstituiert die „Nationale Einheitsfront Kampucheas für nationale Rettung" (vgl. „Blätter", 1/1979, S. 1 und S. 118ff.) einen „Revolutionären Volksrat von Kampuchea" unter Vorsitz von Heng Samrin, am 11. 1. wird die „Volksrepublik Kampuchea" ausgerufen. Die neue Regierung wird von Vietnam, Laos, der UdSSR, den meisten osteuropäischen Staaten sowie von Afghanistan, Äthiopien, Kuba und der Mongolischen Volksrepublik anerkannt. In New York befaßt sich am gleichen Tage der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen mit der Lage. Der ehemalige kambodschanische Präsident Sihanouk beschuldigt Vietnam des militärischen Eingreifens in Kambodscha, distanziert sich aber gleichzeitig von den innenpolitischen Maßnahmen der Pol Pot-Regierung. Der Vertreter Vietnams bezeichnet die Auseinandersetzungen in Kambodscha als einen „Aufstand des Volkes gegen ein brutales Regime", der nichts zu tun habe mit dem von Kambodscha Anfang 1975 ausgelösten „Grenzkrieg". Vietnam habe dabei lediglich das Recht in Anspruch genommen, seine Grenzen zu verteidigen. – Am 15. 1. steht im Sicherheitsrat eine Resolution zur Abstimmung, in der ein unverzüglicher Waffenstillstand aller kämpfenden Parteien sowie der Abzug fremder Truppen aus Kambodscha verlangt werden. Die Resolution wird mit der Stimme der Sowjetunion (Vetorecht) und der CSSR gegen die Stimmen der übrigen Ratsmitglieder abgelehnt.

12.–13. 1. – DDR/BRD. Staatsminister Hans-Jürgen Wischnewski vom Bundeskanzleramt hält sich zu Konsultationen in Berlin (DDR) auf, wo er u. a. mit dem stellvertretenden Außenminister Michael Kohl und den Abteilungsleitern Herbert Häber (ZK der SED) und Karl Seidel (Außenministerium) zusammentrifft. An den Gesprächen nimmt auch der Leiter der Ständigen Vertretung der BRD, Staatssekretär Günter Gaus, teil. Nach einer Unterredung mit DDR-Außenminister Oskar Fischer am 13. 1. erklärt Wischnewski, man habe eine Bestandsaufnahme der gegenseitigen Beziehungen und der Verhandlungen des Jahres 1978 (vgl. „Blätter", 12/1978, S. 1420) vorgenommen. Beim Gewässerschutz und bei der Zusammenarbeit auf dem Energiesektor gebe es auf beiden Seiten Interesse an Sondierungen und späteren Vereinbarungen. Auf eine entsprechende Frage antwortet Wischnewski, eine Begegnung zwischen Bundeskanzler Schmidt und Generalsekretär Honecker sei „kein aktuelles Problem".

14. 1. – China. Der stellvertretende Ministerpräsident Deng Xiaoping erklärt gegenüber einer Delegation des japanischen Oberhauses, zu den ersten Voraussetzungen für die Wiedervereinigung Taiwans mit dem Festland gehöre die Abschaffung des Namens „Republik China" und die Anerkennung Pekings als Hauptstadt. Er könne sich durchaus vorstellen, daß Taiwan in diesem Rahmen eine eigene Regierung, eigene Streitkräfte und das Recht zum Handel mit Drittländern erhalte.

18.–20. 1. – UdSSR/Spanien. Als erster spanischer Außenminister besucht Minister Oreja die Sowjetunion. Gesprächspartner in Moskau sind Außenminister Gromyko und Ministerpräsident Kossygin. Es werden zwei Abkommen über Zusammenarbeit in Kultur, Wissenschaft und Technik unterzeichnet.

19. 1. – Naher Osten. Der Sicherheitsrat verlängert das Mandat für die im Südlibanon stationierten UN-Truppen (UNIFIL) um weitere fünf Monate und rügt gleichzeitig Israel wegen des Mangels an Bereitschaft, mit den UN-Einheiten zusammenzuarbeiten. Die Resolution wird mit 12 Stimmen bei zwei Enthaltungen (UdSSR, CSSR) angenommen. Die Volksrepublik China nimmt an der Abstimmung nicht teil. In Jerusalem verhandelt am gleichen Tage der amerikanische Nahostsonderbeauftragte Atherton mit Ministerpräsident Begin über neue Vorschläge zur Interpretation des umstrittenen Artikels 6 des Friedensvertragsentwurfes. Atherton reist anschließend nach Kairo. – Am 20. 1. verabschiedet der Palästinensische Nationalrat in Damaskus ein „Politisches Programm der Nationalen Einheit" und fordert darin erneut das „unveräußerliche Recht des palästinensischen Volkes auf Selbstbestimmung" und die „bedingungslose Schaffung eines unabhängigen Staates auf palästinensischem Boden". Der „bewaffnete und politische Kampf" solle fortgesetzt werden.

24. 1. – Abrüstung. Entsprechend einem Beschluß der Sondertagung der UN-Generalversammlung über Abrüstung (vgl. „Blätter", 7/1978, S. 771 und 11/1978, S. 1386 ff.) konstituiert sich in Genf der neue „Abrüstungsausschuß" (Committee on Disarmament/CD), der die bisherige „Konferenz des Abrüstungsausschusses" (Conference of the Committee on Disarmament/CCD) ablöst. Dem Gremium gehören die fünf Atommächte, sowie 35 weitere Staaten (darunter Bundesrepublik und DDR) an. Während Frankreich teilnimmt, bleibt der für die VR China reservierte Platz am Konferenztisch bei der Eröffnungssitzung unbesetzt.

26. 1. – USA/China. Der Sprecher des Außenministeriums teilt vor Journalisten mit, Präsident Carter habe dem Kongreß einen Gesetzentwurf zugeleitet, der die Errichtung eines „Amerikanischen Instituts in Taiwan" vorsehe, dessen Aufgabe es sei, die Außenpolitik der Vereinigten Staaten durch Sicherung ihrer wirtschaftlichen, kulturellen und anderer Beziehungen mit Taiwan zu fördern. Die VR China habe dieser Regelung bei der Aufnahme diplomatischer Beziehungen (vgl. „Blätter", 1/1979, S. 3) zugestimmt. – Am 28. 1. trifft der stellvertretende chinesische Ministerpräsident Deng Xiaoping zu einem ausgedehnten Besuch der Vereinigten Staaten ein. Deng, der mehrere Gespräche mit Präsident Carter und seinen engsten Mitarbeitern führt, ist vom stellvertretenden Ministerpräsident Fang Yi (zuständig für Technik und Wissenschaft) sowie vom Außenminister Huang Hua begleitet.

29. 1. – UNO. Die 33. Generalversammlung der Vereinten Nationen wird in New York behandelt. Seit der Eröffnung (vgl. „Blätter", 10/1978, S. 1157) hatte die Versammlung mehr als 250 Resolutionen verabschiedet.

30. 1. – Bündnisfreie Staaten. In Maputo, der Hauptstadt von Moçambique, beginnt eine außerordentliche Tagung der Außenminister der bündnisfreien Staaten. Thema ist die Lage im südlichen Afrika.

Die chinesische Karte

„Bei der Auseinandersetzung mit einer im raschen Wandel befindlichen Welt ist *keine Entwicklung bedeutsamer als die* Normalisierung der US-amerikanischen Beziehungen mit China. . . . Ein starkes und sicheres China kann zur internationalen Stabilität beitragen."[1]) Immer wieder wird seitens der USA betont, die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zur VR China am 1. Januar 1979 sichere das weltweite „Gleichgewicht der Mächte" und damit den „internationalen Frieden". Die Vorstellung eines „geopolitischen Dreiecks" zwischen Peking, Moskau und Washington ist indes keine neue außenpolitische Konzeption der Regierung Carter/Brzezinski, sondern geht – von einigen vereinzelten Überlegungen der frühen 60er Jahre abgesehen[2]) – auf die außenpolitische Grundsatzdebatte nach dem „Ende der Nachkriegsära" (das mit dem sich abzeichnenden Scheitern in Vietnam zusammenfällt), d. h. auf die Jahre 1969 bis 1971 und das außenpolitische Grundsatzprogramm unter Richard Nixon und Henry Kissinger zurück. Politische „Multipolarität" – Brzezinski nennt es „weltweites politisches Erwachen" – in einem „revolutionären Zeitalter" ist nach Kissinger eine Quelle der Instabilität. Aus der Erfahrung der „Begrenzungen unserer eigenen Macht" am „Ende der Nachkriegsära" (Richard Nixon) müßten die USA daher eine flexible Politik zur Wiederherstellung „internationaler Stabilität" entwickeln. „Die Vereinigten Staaten sind nicht mehr dazu in der Lage, Programme auf weltweiter Ebene selbst zu verfolgen."[3])

Aus der Verknüpfung von amerikanischer Stärke mit weltweiter Stabilität bzw. der Einschränkung amerikanischer Handlungsfähigkeit mit dem „Verlust der Stabilität" erhellt bereits – allen Beteuerungen einer „überparteilichen Sicherung" des Friedens zum Trotz – der einseitige und koexistenzfremde Charakter dieser Orientierung. Sie reflektiert ein Axiom amerikanischer Außenpolitik seit Beginn ihres globalen Anspruchs, demzufolge amerikanische (ideelle wie materielle) Expansion und weltweites Wohlergehen identisch sind. Nixon und Kissinger entwarfen vor diesem Hintergrund ein Konzept „pentagonalen Gleichgewichts der Mächte": die USA, West-Europa, Japan, die VR China und die UdSSR sollen sich gegenseitig „ausbalancieren". „Unser (d. h. der amerikanische – d. Verf.) Beitrag sollte nicht die einzige oder hauptsächliche Anstrengung darstellen, aber den Ausschlag geben zwischen Erfolg oder Fehlschlag."[4]) D. h.: die kapitalistischen Staaten verfügen im „pentagonalen Gleichgewicht" nicht nur über ein eindeutiges militärisches, politisches und wirtschaftliches Übergewicht, sondern die USA beharren auch auf der Dominanz der jeweils „stärksten Macht" im „Kräfteparallelogramm". Damit war (vorerst) eine (konfliktträchtige) Antwort auf das „Ende der Nachkriegsära" gefunden: es war geboten, auf allen Ebenen neue politische Mittel und Wege zur „Eindämmung und Zurückdrängung" der UdSSR zu finden, nachdem sich die

1) Zbigniew Brzezinski Reviews Goals of U.S. Foreign Policy, in: Wireless Bulletin from Washington, No. 241, 21. 12. 1978, S. 1–10, hier S. 7, Hervorhebung v. Verf.
2) Vgl. Robert Scheer, America after Nixon – The Age of the Multinationals, New York etc. 1974, S. 21 ff.
3) Henry Kissinger, Amerikanische Außenpolitik, Düsseldorf-Wien 1969, S. 134.
4) Ebd., S. 134.

Dysfunktionalität der „totalen Konfrontation" des Kalten Krieges erwiesen hatte. Vor diesem Hintergrund gewinnt die faktische (damals diplomatisch noch nicht kodifizierte) Anerkennung der VR China als Mitglied der pentagonalen Großmachtgruppierung besondere Bedeutung, zumal Kissinger bereits 1957 – der offiziellen amerikanischen Politik weit vorauseilend, die erst 1966 eine alternative China-Politik zu diskutieren beginnt – von der Notwendigkeit einer Spaltung (bzw. deren offensiver politischer Nutzung) des sozialistischen Lagers und den diesbezüglichen Vorteilen bei der „Eindämmung des Kommunismus" gesprochen hatte. Mit der im Konzept des „Gleichgewichts der Mächte" angelegten Kursänderung eröffnen sich die USA die Option, die UdSSR auch durch Ausnutzung der chinesisch-sowjetischen Auseinandersetzungen politisch und propagandistisch unter Druck zu setzen. Es ist daher nicht verwunderlich, daß in jenen Jahren gerade die der ehemaligen Kalte-Kriegs-Politik am meisten verpflichteten Kräfte die neue China-Politik favorisieren[5]) – freilich nur unter der Voraussetzung, daß die VR China in ihrer Außenpolitik nicht mehr als „selbsternanntes Zentrum der Weltrevolution" auftrete, d. h. dem Gift des maoistischen Gedankenguts" abschwöre[6]).

Das Scheitern der amerikanischen Nachkriegsstrategie und der – hier nicht näher zu analysierende – seit den 60er Jahren vollzogene außenpolitische Kurswechsel der VR China (ihre aktive Unterstützung der Unterdrückung nationaler Befreiungsbewegungen in der Dritten Welt, die Aufwertung entspannungsfeindlicher Initiativen in den kapitalistischen Ländern in Verbindung mit der Forderung nach einer Aufrüstung der NATO gegen die UdSSR), d. h. die Aufgabe der vormals anerkannten Prinzipien des „proletarischen Internationalismus", machen somit die „neue Realität" aus, deren Anerkennung eine veränderte China-Politik gebietet. Daher wird eine seit 1949 währende US-amerikanische Intransigenz beendet, während derer man in den USA vom „Verlust Chinas" gesprochen hatte (1949–1952), Taiwan als militärische Operationsbasis gegen die Volksrepublik aufrüstete (50er Jahre) und (im Falle eines „chinesischen Eingreifens" in den Vietnam-Krieg) mit dem Bombardement Chinas drohte (Herman Kahn im Jahr 1965).

Die konzeptionelle Leitlinie der politischen Praxis gegenüber der VR China wurde 1969 (vor dem Hintergrund der beginnenden Entspannungspolitik mit der UdSSR) vom stellvertretenden US-Außenminister Elliot Richardson wie folgt definiert: „Präsident Nixon ist zu dem Schluß gekommen, auf lange Sicht würde unsere nationale Sicherheit beeinträchtigt, wenn wir uns mit einer der beiden Seiten (UdSSR, VR China – d. Verf.) gegen die anderen verbündeten. Beide Seiten sind äußerst empfindlich gegenüber den amerikanischen Bemühungen, die Beziehungen zu der anderen Seite zu verbessern . . .'." [7]) Kein formelles „Bündnis", aber diplomatisch-politischer Druck auf die UdSSR vermittels einer Annäherung an China – diese Maxime bestimmt die amerikanische China-Politik der kommenden Jahre. So besucht z. B. Nixon die VR China demonstrativ *vor* Abschluß des ersten SALT-Abkommens (eine nur zufällige Parallele zur jetzigen Situation?) und zahlreiche Mitglieder des außenpolitischen „braintrust" der USA, wie z. B. William Griffith, knüpfen an die neuen Beziehungen die „Hoffnung", „daß die Sowjetunion nach der chinesisch-amerikanischen Annäherung und Nixons Moskau-Besuch in Europa, im Mittleren Osten, in Afrika und Lateinamerika weniger Risiken eingehen werde." [8]) D. h.: berücksichtigt man, daß die

5) Vgl. beispielhaft Jerome Cohen, A China Policy for the Next Administration, in: „Foreign Affairs", Vol. 55, No. 1, 1976, S. 20–30.
6) So Richard Nixon in: ders., Asia After Viet Nam, in: „Foreign Affairs", Vol. 46, No. 1, 1967, S. 123.
7) Elliot Richardson, zit. nach „Christ und Welt", v. 6. 9. 1969.
8) William Griffith, Das chinesisch-sowjetisch-amerikanische Verhältnis, in: Peter Raina (Hrsg.), Internatio-

USA (stärker als andere kapitalistische Staaten) seit der Oktoberrevolution 1917 die Verbreitung sozialistischer Staaten und Bewegungen als „Ausdehnung sowjetischen Einflusses" interpretieren, also alle antikapitalistischen Bewegungen als „von Moskau ferngesteuert" ansehen, so folgert aus der scheinbar defensiv formulierten Position von Griffith u. a. die offensiv bestimmte Entschlossenheit, die „Eindämmung" sozialistischer Bewegungen in der Dritten Welt und die Offensive gegen die sozialistischen Staaten mit Hilfe der VR China zu betreiben. Hierin liegt die real-politische Bedeutung der Formel „Druck Chinas auf die UdSSR" und „Ausnutzung des kommunistischen Poly-Zentrismus". Es geht in erster Linie um die Mittel und Wege zur Verschiebung der Kräfteverhältnisse innerhalb der Systemauseinandersetzung in der Dritten Welt. Darauf bezieht sich die „Welt", wenn sie in einer Einschätzung der neuen China-Politik der USA schreibt: „Er (Nixon – d. Verf.) und sein Sicherheitsberater (Kissinger – d. Verf.) haben nie den pathetischen Nonsens geglaubt, daß der Frieden unteilbar ist . . . *Der Frieden, wie ihn beide Männer verstehen, ist höchst teilbar – ein Puzzlespiel des Gleichgewichts.*"[9])

Darüberhinaus deutet Griffith die – seit 1975/76 in den USA verstärkt diskutierte – Option an, der VR China (für den Fall militärischer Auseinandersetzungen mit der UdSSR) modernste (Waffen-)Technologie und Elektronik zu liefern. Gleichwohl – zu einer realen militär-strategischen Bedrohung der UdSSR kann die VR China auch bei engster Kooperation mit den USA allenfalls langfristig werden. Dazu ist die VR China augenblicklich ökonomisch noch viel zu weit zurückgeblieben, militärisch zu schwach, technologisch zu unterentwickelt. Dennoch zielen die amerikanischen Planspiele seit 1969 darauf ab, dieses (politische) Entwicklungsdefizit der Volksrepublik zu überbrücken.

Derlei Zusammenhänge dürfen nicht aus dem Auge verloren werden, wenn die gegenwärtigen Schwerpunkte der amerikanisch-chinesischen Annäherung auf anderen Ebenen bestimmt werden: erstens sind es – wie bereits erwähnt – die Versuche zur Unterdrückung sozialrevolutionärer Befreiungsbewegungen in der Dritten Welt[10]), zweitens die Aufwertung militärischer Optionen des Westens gegen eine angeblich immer aggressiver werdende UdSSR (hier wird die chinesische Propaganda gerade hinsichtlich einer weiteren Aufrüstung der NATO weidlich ausgeschlachtet) und drittens die ideologisch-politischen Belastungen des Entspannungsprozesses mit der UdSSR und den osteuropäischen sozialistischen Staaten durch antisowjetische Propaganda, die gerade innenpolitisch die Bereitschaft zur Annäherung und zur Zusammenarbeit mit den sozialistischen Staaten untergräbt. Schließlich hatte Kissinger bereits 1969 festgestellt, daß „die *schwierigsten* Probleme eines Gleichgewichs . . . nicht eine Frage der Macht (sind), sondern psychologischer und moralischer Natur".[11])

Diese nach 1969 geschaffenen Leitlinien einer „erzwungenen" neuen China-Politik der USA werden seit 1976 mit der spezifischen Prioritätensetzung der Administration Carter verknüpft, Kissingers „pentagonales Mächtegleichgewicht" wird verworfen und die innerkapitalistische Stabilisierung auf der Basis des „Dreibundes" USA, Westeuropa und Japan zur Voraussetzung sowohl der Ost- und Entspannungspolitik als auch der Dritte-Welt-Politik gemacht. Das „Dreieck" USA – China – UdSSR ist daher allenfalls eine Funktion genannten „Dreibunds". Die Beziehungen zur VR China gewinnen jedoch vor allem deshalb an Relevanz und Brisanz, weil die neue

nale Politik in den siebziger Jahren, Frankfurt/Main 1973, S. 130–147, hier S. 146/47.

9) „Die Welt" v. 23. 2. 1972; Hervorhebung v. Verf.

10) Vgl. „Frankfurter Allgemeine Zeitung" (FAZ) v. 30. 7. 1977.

11) Kissinger, a.a.O., S. 113; Hervorhebung v. Verf.

außenpolitische Orientierung der USA im Unterschied zu den Kalte-Kriegs-Strategien und in Weiterentwicklung der unter Nixon/Kissinger diesbezüglich vorhandenen Ansätze die Dritte Welt als Hauptschauplatz der Systemauseinandersetzung (vgl. Brzezinskis „Krisenbogentheorie") begreift und dort verlorengegangenes Terrain wiedergewinnen will. Die VR China bietet sich daher als aktive Stellvertretermacht der USA in den Entwicklungsländern an, d. h. wird in das nach wie vor vertretene Konzept der Nixon-Doktrin (Lastenverteilung bei der Verteidigung und Eroberung westlicher Positionen und gegen die Befreiungsbewegungen gerichteter Bastionen in der Dritten Welt) integriert – dabei scheinen die Chinesen nicht allein objektiv, sondern auch *subjektiv* bereit, kapitalistische Entwicklungswege (wie die jüngsten Äußerungen zur Taiwan-Frage nahelegen) zu konzedieren.

Ein weiteres Charakteristikum der außenpolitischen Theorie und Praxis der Regierung Carter/Brzezinski ist der Versuch, die Entspannungspolitik auf einen Minimalkonsens zu reduzieren und sie im Unterschied zu Nixons Prinzip der „Kooperation und Konfrontation" in eine „Konfrontation mit kooperativen Obertönen" (Brzezinski) zu verwandeln. Die bisherigen Stationen dieser Politik sind bekannt: Verzögerung der SALT-Verhandlungen, Einführung neuer Waffensysteme und damit Senkung der atomaren Kriegsschwelle (Neutronenbombe, Cruise Missiles), Erhöhung des Rüstungshaushalts der NATO-Mitgliedsstaaten um jährlich 3%. In diesem Zusammenhang kommt der ideologischen Propaganda, insbesondere gegen die UdSSR und die sozialistischen Staaten Osteuropas, zentrale Bedeutung zu: einerseits wird das antikommunistische Feindbild in einer seit den 60er Jahren unbekannten Art und Weise schärfer akzentuiert, zum anderen mit der sogenannten Menschenrechtskampagne (die gegenüber der VR China bezeichnenderweise und aus taktisch-opportunistischen Erwägungen *nicht* geltend gemacht wird) ein Forum entwickelt, das sowohl die negative Abgrenzung zu den sozialistischen Staaten wie die positive Verpflichtung auf den Kapitalismus gewährleisten soll. Gleichermaßen soll mit diesen verzweifelten (Abwehr-)kämpfen gegen weitere Positionsverluste der kapitalistischen Welt und zur (Rück-)gewinnung (neuer) Einflußsphären der Eindruck einer welthistorischen Initiative des Westens, eines „neuen historischen Optimismus" (Brzezinski) vermittelt werden.

Der Propagandaeffekt des USA-Besuchs von Teng Hsiao-Ping ist daher ein doppelter: er bestätigt scheinbar die politische Handlungsfähigkeit eines „wiedererstarkten Westens" und liefert ideologische Munition gerade gegen die UdSSR. Der chinesische Propagandapopanz einer zum Dritten Weltkrieg aufrüstenden UdSSR, die zur Hauptgefahr für den Weltfrieden geworden sei, ist weder originell (ebenso wurde im Westen zur Zeit des Kalten Krieges argumentiert) noch neu (seit Jahren bereits ist die sogenannte „Supermächtetheorie" zu einer „Supermachttheorie" verkommen, die alle Übel der Welt den „Hegemonialbestrebungen der UdSSR" zuschreibt). Bemerkenswert hingegen ist die Tatsache, daß dieses Trommelfeuer vom Boden der USA aus und anläßlich eines offiziellen Staatsbesuchs erfolgt, daß sich die Gastgeber allenfalls halbherzig (wenn überhaupt) von diesen antisowjetischen, entspannungsfeindlichen Vorwürfen distanzieren und darüberhinaus Chinas Gedankenspiel mit einer militärischen Intervention in Vietnam hinnehmen.

Carters Unterlaufen der bisherigen Ergebnisse der Entspannungspolitik wird dadurch um eine gefährliche Variante erweitert. Gleichwohl bleibt zu berücksichtigen, daß auch dieser Politik des offensiven Ausspielens der „China-Karte" Grenzen gesetzt sind und zwar die Grenzen, die man als die objektiven Grundlagen der Entspannungspolitik be-

zeichnet: Zu einer Verständigung in Rüstungskontrollfragen gibt es keine friedliche Alternative, die intersystemare Zusammenarbeit auf anderen Gebieten (insbesondere Ökologie) ist weiterhin dringend geboten, die Entwicklung der letzten zehn Jahre hat die Dysfunktionalität der Kalte-Kriegs-Strategien noch deutlicher unter Beweis gestellt – und nicht etwa ein Scheitern der Entspannungspolitik, wie es deren prinzipielle Gegner immer wieder behaupten. Diese Zusammenhänge und die Tatsache, daß die USA die (fortschreitende) Einengung ihres außenpolitischen Handlungsspielraums nicht voluntaristisch rückgängig machen können, verurteilt Tengs Ansinnen, mit den USA ein Bündnis zur „Zähmung des Polarbären" zu schließen, zum Scheitern. Denn – wie die „Frankfurter Allgemeine Zeitung" mit einem Unterton des Bedauerns feststellt: Peking schiebt „die Rechnung . . . dann gern, nicht zuletzt der eigenen militärischen Schwäche wegen, den anderen zu. . . . Da stellt sich durchaus die Frage, wer in solchen Fällen wessen Karte mit welchem Ergebnis spielt. Die ungestüme, fordernde Art Tengs ist . . . keineswegs unsympathisch. Aber sie enthält für seine Mitspieler beträchtliche Risiken." [12]) Der Aufforderung der UdSSR, die USA müßten ihre ost- und entspannungspolitischen Prioritäten jetzt unmißverständlich klarlegen, bleibt daher nichts hinzuzufügen.

Bernd Greiner

Mord ist nicht gleich Mord

Zur Frage der Verjährung von NS-Mordstraftaten

Verjährungsfragen sind nach der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts *keine materiellen* Strafrechtsbestimmungen, die nicht rückwirkend verändert werden könnten. Der Gesetzgeber hat also die Vollmacht, über die Verjährungsfrist von NS-Mordstraftaten selbständig zu entscheiden.

Am 31. Dezember 1979 würden, falls der Gesetzgeber nichts unternähme, alle NS-Mordstraftaten, die entweder bislang unentdeckt geblieben sind oder deren Verjährungsfristen bisher nicht rechtzeitig unterbrochen wurden, der Verjährung anheimfallen. Ist ein Verbrechen verjährt, kann der Verbrecher, ohne Gefahr, verfolgt zu werden, in aller Öffentlichkeit erklären, daß er es verübt hat.

„Normale" Verbrechen wie Mord oder Totschlag werden bei uns mehrheitlich von der Bevölkerung verachtet und verurteilt – der „gewöhnliche" Mörder hätte wohl wenig Gelegenheit, sich öffentlich seines Verbrechens zu rühmen. Anders hingegen bei Verbrechen, die zwar strafrechtlich verfolgt, jedoch in der Bevölkerung mehrheitlich nicht allgemein moralisch verurteilt werden. Trotz „Holocaust" muß man befürchten, daß nach Ablauf der Verjährungsfrist für NS-Mordstraftaten eine ganze Reihe von Leuten ihre Chance wittern und wahrnehmen werden, sich brüstend zu ihren Taten zu bekennen.

Nicht nur, daß das Ausland, wenn nichts geschieht, mit Fingern auf uns zeigen würde – zwingender die Überlegung, daß sich die faschistischen Mörder und ihre Gehilfen, wenn sie nichts mehr zu fürchten haben, überall auf der Welt ungestraft mit den Feinden der Demokratie öffentlich verbinden könnten. Straffreiheit für die Nazi-Mörder – das hieße ein Grundbeispiel schaffen für die Möglichkeit des Davonkommens, mithin auch der moralischen Rechtfertigung auch bei jeder anderen Art von Unmenschlichkeit, vorausgesetzt, man fängt es nur schlau genug an.

So dringend und notwendig es ist, die Verjährbarkeit von NS-Mordstraftaten endgültig aufzuheben, so problematisch

12) FAZ v. 30. 1. 1979.

und fragwürdig bleibt die Regelung, wonach die Verjährung für Mord *generell* aufgehoben werden soll. Bekanntlich gehöre ich zur Gruppe derjenigen Bundestagsabgeordneten, die gegen eine Verjährung der im Zeichen des Faschismus begangenen Mordstraftaten sind. Gleichwohl habe ich schwerwiegende Bedenken, mich dem Entwurf aus den Reihen der SPD-Bundestagsfraktion anzuschließen, der auf eine allgemeine Aufhebung der Verjährung von Mordstraftaten abzielt.

Die Realisierung dieses Vorschlags würde nämlich bedeuten, daß unter den herkömmlichen, d. h. den auf die Beurteilung des *individuellen Mordes* hin zugeschnittenen Kriterien der „normale", aus „niedrigen Beweggründen" begangene *Individualmord* einerseits sowie andererseits der *staatlich organisierte,* von der Bevölkerung größtenteils gebilligte bzw. geduldete *Massenmord* faktisch gleichgestellt werden. Der Satz „Mord bleibt Mord", der am Anfang der gegenwärtigen Diskussion um die Verjährung stand, scheint mir von daher nicht richtig zu sein. Der geschichtlich und in seiner Bestialität einmalige, „volksgemeinschaftlich" begangene und staatlich organisierte Massenmord des deutschen Faschismus – und das aus individuellen Motiven begangene Mordverbrechen, über das man täglich in der Zeitung lesen kann, das ist nicht dasselbe. Mord ist *nicht* gleich Mord: Organisierte Ausrottungspolitik ohne *individuelle* Motivation ist anders zu werten als „niedrige Beweggründe" und „Heimtücke" individueller Täter.

NS-Morde sind auch dann zu verfolgen, wenn für „normale", individuelle Mordtaten eine Verjährungsfrist beibehalten wird. Was letztere anbetrifft, muß man sich fragen, welche Notwendigkeit denn besteht, einen aus individuellen Motiven begangenen Mord heute unverjährbar zu machen. Abgesehen vom „juristischen" Vorteil einer Angleichung an die europäischen Standards und der strategischen

Zur Faschismusdiskussion

Neuerscheinung

J. Berlin/D. Joachim/B. Keller/V. Ullrich
Was verschweigt Fest?
Analysen und Dokumente zum Hitler-Film. Mit zahlreichen Grafiken und Bildern namhafter antifaschistischer Künstler
Kleine Bibliothek Bd. 120
208 Seiten, DM 9,80

R. Kühnl (Hrsg.)
Der deutsche Faschismus in Quellen und Dokumenten
2., überarbeitete und erweiterte Auflage, 3., unveränderte Auflage in Vorbereitung
Kleine Bibliothek Bd. 62
538 Seiten, DM 9,80

R. Kühnl/G. Hardach (Hrsg.)
Die Zerstörung der Weimarer Republik
Kleine Bibliothek Bd. 88
292 Seiten, DM 12,80

Möglichkeit, auf diese Weise eine parlamentarische Mehrheit für die tatsächlich drängende Frage der Verjährung von NS-Mordstraftaten zu erreichen, wäre lediglich denkbar, daß beabsichtigt wird, dem *Sühnegedanken an sich* über die Neuregelung wieder größere Geltung zu verschaffen. Alle bislang im Umlauf befindlichen Diskussionsbeiträge laufen letztendlich darauf hinaus. Man wird in diesem Punkt zu bedenken haben, daß der Sühnegedanke, den man neuerdings wieder so favorisiert, Bestandteil einer wertkonservativen Ideologie ist. Und wenn es richtig ist, daß das Sühnebedürfnis für eine Straftat mit zunehmender Zeit abnimmt, so kann eine Aufhebung der Verjährungsfrist für Mord nicht damit begründet werden, daß Generalprävention und „Sühne" dann doch die ausschlaggebende Rolle spielen. „Sühne" für NS-Morde heißt: Die persönliche Schuld von Tätern muß auch nach Ablauf bisheriger Verjährungsfristen noch gerichtlich feststellbar sein.

Eine *unterscheidende* Verjährungsregelung ist nicht nur zulässig, sondern auch unter Gerechtigkeits- und Zweckmäßigkeitserwägungen geboten. Immerhin liegt die Aufklärungsquote bei Kapitalverbrechen inzwischen über 95,8% (Mord und Totschlag 1975, mit steigender Tendenz). Weiter darf mit einiger Sicherheit angenommen werden, daß derjenige, dessen Mordtat dreißig Jahre lang unentdeckt bleibt, höchstwahrscheinlich nicht noch einen Mord begehen wird. Auf der anderen Seite wächst in Fällen, wo es sich beispielsweise um Triebtäter handelt, mit jedem weiteren Mord die Chance, daß der Täter (in Hinblick auch auf die Verjährung) rechtzeitig gefaßt wird. Während also „individuelle" Morde fast immer innerhalb der 30-Jahres-Frist aufgeklärt und abgeurteilt werden, blieben die im Zeichen des Faschismus begangenen Morde bzw. ihre Täter, wie die Vergangenheit zeigte, innerhalb der festgelegten Verjährungsfristen vielfach unentdeckt.

Nachdem Juristen versichert haben, Vorschläge, „die darauf abzielen, nur die Verjährung der sogenannten NS-Morde zu unterbinden", seien „nicht zu realisieren", zweitens: eine bloß zeitliche Abgrenzung auf die vom 30. Januar 1933 bis zum 8. Mai 1945 begangenen Straftaten „brächte ein Sonderrecht, das verfassungsrechtlich und verfassungspolitisch nicht vertretbar ist", bleibt die Aufgabe einer politischen Lösung. Die Diskussion über den Zweck einer Gesetzesinitiative in der Verjährungsfrage muß auf die Punkte gebracht werden, die für eine Gewissensentscheidung maßgebend sind. Die zahlreichen Opfer der NS-Verfolgung, die der Ausrottungspolitik Hitlers nicht entrinnen konnten und zu denen ich eigene engste Verwandte zu zählen habe, verlangen in meinen Augen nicht nach „Sühne" im Sinne eventueller tatsächlicher Strafverbüßung der Täter, wohl aber nach Feststellung der Schuld der Täter über willkürliche Daten von möglicher Verjährung hinaus. Die nationalsozialistischen „Sonderbehandlungen" verlangen deshalb *gesonderte strafrechtliche Beurteilung* gegenüber „normalen", individuellen Morden. Die Vollmacht des Gesetzgebers, über Verjährungsfristen selbständig und rückwirkend zu entscheiden, bedeutet auch, daß er von dieser Befugnis *eingeschränkt,* also lediglich hinsichtlich der NS-Morde, Gebrauch machen kann.

Der Film „Holocaust" und die durch ihn bundesweit ausgelösten Diskussionen haben eine wichtige Bedeutung auch für die komplizierte Problematik der Fortentwicklung bestehender Rechtsvorschriften. Bewirkt hat dieser Film – wie selten ein Dokument zuvor – schon jetzt, daß die einer Verjährung von NS-Mordstraftaten bislang emotional zugeneigte Grundstimmung in der Bevölkerung durch diese Herausforderung tief erschüttert, vielleicht schon endgültig korrigiert worden ist.

Ernst Waltemathe

GLOSSE

Schützt die Verfassung!

Von Christian Götz

Der Verfassungsschutz ist ins Gerede gekommen. Immer mehr Politiker und Meinungsmacher werfen ihm demokratiefeindlichen Geist, Übergriffe, Schnüffeleien und andere böse Machenschaften vor. Das kann sich auf Dauer kein Rechtsstaat leisten. Da die Bundesregierung sich – wie die CDU/CSU in der Haushaltsdebatte Ende Januar haarscharf nachwies – vollständig linken Systemveränderern ausgeliefert hat, muß die Opposition auch auf diesem Feld handeln. Helmut Kohl, noch amtierender Fraktionschef, widmete seine 12. Ankündigung einer „allumfassenden Offensivstrategie gegen das Kabinett Schmidt" ausschließlich dem Thema Verfassungsschutz.

Zunächst klärte er die Öffentlichkeit über ein grundsätzliches Mißverständnis auf, das die „eigentliche Ursache" für die „völlig unberechtigten Angriffe" gegen diese „treuen Diener unseres Staates" bilde. Es sei eben nicht die Aufgabe der Verfassungsschutzbehörden, in allen Bereichen der Gesellschaft die Anwendung der Verfassung *durch* die Bürger sicherzustellen und in diesem Sinne Einschränkungen zu bekämpfen. Kohl: „Es ist logisch, was man ständig benutzt, nutzt sich ab. Der immer mehr um sich greifenden Unsitte, daß Bürger sich auf das Grundgesetz berufen, muß endlich Einhalt geboten werden. Hier dürfen wir keine weitere Ausuferung zulassen." Konsequenz: Unsere Verfassungsschützer müssen heute die Verfassung dadurch „bewahren", daß sie sie *vor* den Bürgern schützen.

In diesem Sinne forderte der „schwarze Riese" die umgehende Realisierung folgender Maßnahmen:

1. In Anwendung von Artikel 3 des Grundgesetzes (Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich) gilt künftig *jeder* Bürger als potentieller Verfassungsfeind.

2. Da wir schließlich in einem Rechtsstaat leben, erhält zugleich jeder Bürger die Chance, seine Unschuld zu beweisen. Bei den Verfassungsschutzbehörden werden besondere Kammern eingerichtet, die auf Antrag Belege sammeln und nachprüfbare Aussagen registrieren, mit denen der einzelne seine Verfassungstreue unzweifelhaft darlegt.

3. Ab sofort gilt: Wer ein Grundrecht in Anspruch nehmen will, muß nachweisen, daß er dessen würdig und dazu auch fähig ist. Der Nachweis ist – und zwar gesondert für jedes einzelne Grundrecht – in „Glaubwürdigkeitsprüfungen" zu erbringen.

Dieser Vorschlag ist übrigens nicht auf Kohls Mist gewachsen. Der rheinlandpfälzische Ministerpräsident Vogel forderte bereits vor einigen Monaten, jungen Männern das Grundrecht auf Kriegsdienstverweigerung aus Gewissensgründen erst nach erfolgreicher Absolvierung einer „Glaubwürdigkeitsprüfung" zuzugestehen. Kohl erkannte lediglich das Exemplarische an dieser Vogel-Idee und dehnte sie deshalb auf alle Grundrechte aus.

Der Verwirklichung der notwendigen Verfassungs- und Gesetzesänderungen werden in Bonn gute Chancen eingeräumt. Mit Rücksicht auf die „allgemeine Stimmungslage" im Lande und das „gesunde Volksempfinden" ist eine parlamentarische Mehrheit quer durch die Bundestagsparteien sicher. Daran werden auch einige „Dissidenten" nichts ändern.

Widerstand aus dem Unternehmerlager ist nicht mehr zu erwarten, nachdem Sprecher von Koalition und Opposition versicherten: Selbstverständlich brauchten die Unternehmer auch künftig nicht per Prüfung nachzuweisen, daß sie die „Sozialpflichtigkeit" des Eigentums (Artikel 14, Ziffer 2 Grundgesetz) tatsächlich praktizieren. In Bonn werde man sich (wie bisher) hüten, die Verfassungstreue der Unternehmer anzuzweifeln.

Und auch die zunächst durchaus skeptischen Gewerkschaften konnten schließlich gewonnen werden. Den Ausschlag gab das Arbeitsplatz-Argument: Der Verfassungsschutz wird sich erheblich ausweiten; für die zahlreichen Prüfungsausschüsse wird viel Personal benötigt.

Alles in allem bestehen also die denkbar besten Voraussetzungen dafür, daß unser Rechts-Staat in bewährter Weise konsequent weiterentwickelt wird.

„Holocaust" und die Folgen

Von Reinhard Kühnl

Durch die Fernsehserie „Holocaust" hat die öffentliche Diskussion über den deutschen Faschismus eine seit langem nicht mehr gekannte Intensität erreicht. „Holocaust" hat das Bewußtsein vieler Menschen wachgerüttelt, hat aber nicht die Fragen beantworten können, die sich im Zusammenhang mit der faschistischen Massenvernichtung aufdrängen. Die „Blätter" haben in den letzten Jahren eine Reihe von Arbeiten veröffentlicht, die die politische Funktion des Antisemitismus analysieren (Kurt Gossweiler, Hitler und das Kapital, Heft 7/1978 und 8/1978) und die ökonomische Funktion der Konzentrations- und Vernichtungslager darstellen (Peter M. Kaiser, Monopolprofit und Massenmord im Faschismus, Heft 5/1975). Der folgende Beitrag von Reinhard Kühnl geht auf die Bedeutung der aktuellen Diskussion im Gefolge von „Holocaust" ein. D. Red.

I

Die Fernsehreihe „Holocaust" hat eine ungeheure Wirkung erzielt. Dies gilt sowohl für die Einschaltquoten wie auch für die Betroffenheit der Zuschauer, die sich in Telefonanrufen, Telegrammen, erregten Gesprächen am Arbeitsplatz und in vielen anderen Formen äußerte. Diese Resonanz zeigt vorab zweierlei:

1. Es kann keine Rede davon sein, daß das Faschismusproblem in der Bundesrepublik geistig und politisch bewältigt worden ist. Diejenigen, die daran interessiert waren, wurden seit Beginn des Kalten Krieges und der Restauration wieder zurückgedrängt, als Agenten Moskaus diffamiert, verfolgt, mit Berufsverboten belegt und aus der wissenschaftlichen und publizistischen Diskussion weitgehend ausgeschaltet. Und genau jene Kräfte, die ein Interesse daran hatten, zu verhindern, daß die Wahrheit über den Faschismus ans Licht kommt, rückten seit dieser Periode als Richter und Staatsanwälte, Offiziere und Geheimdienstagenten, Ministerialbeamte und Professoren, Großunternehmer und Generaldirektoren wieder in ihre Machtpositionen ein, von denen aus sie bis 1945 das faschistische System mitgetragen hatten. Daß die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes lange Jahre verfolgt und verboten wurde, die SS-Nachfolgeorganisation HIAG aber ungehindert auftreten und agitieren konnte, ist ein bezeichnendes Symptom für diese Bundesrepublik. Angesichts dieser Tatsachen ist es der pure Zynismus, wenn die „Frankfurter Allgemeine Zeitung" (FAZ) jetzt scheinheilig fragt, ob in den Reaktionen auf „Holocaust" womöglich eine „Bankrotterklärung unserer Schulen und Universitäten" zum Ausdruck komme (FAZ v. 1. Februar 1979).

2. Es gibt bei beträchtlichen Teilen der Bevölkerung ein drängendes Interesse, mehr über die Vergangenheit des eigenen Landes zu erfahren, über die

Ursachen von Terror, Krieg und Massenmord, und über die Folgerungen, die sich daraus für die Gegenwart ergeben[1]). Das heißt: es gibt ein starkes antifaschistisches Potential, das zum realen antifaschistischen Engagement aktiviert werden kann.

Der Film, der diese Betroffenheit bewirkt hat, zeigt Verfolgung und Ermordung der europäischen Juden durch den deutschen Faschismus in einer Spielfilmhandlung, am Beispiel zweier erfundener Familien – einer jüdischen und einer deutschen. Aus dem Charakter als Spielfilm zu folgern, daß die Serie schon deshalb der historischen Wirklichkeit nicht gerecht werden könne, wäre jedoch verfehlt. Eine solche Kritik würde darauf hinauslaufen, daß Literatur und Film völlig auf die Darstellung historischer Probleme verzichten oder sich auf Dokumentation zu beschränken hätten. Die großartige Darstellung der historischen Entwicklung Deutschlands von 1918 bis 1945 in dem Roman von Anna Seghers „Die Toten bleiben jung" zeigt, das selbst sehr komplexe historische Prozesse literarisch, am Beispiel einzelner Menschen und Familien, gestaltet werden können. In der Tat geht dieser Film unter die Haut. Die Darstellung von Diskriminierung und Verfolgung am Beispiel einzelner Menschen weckt Mitgefühl, Trauer und Empörung in einem Maße, wie dies Dokumentation, Gesetzestexte und Zahlen von Ermordeten nicht vermögen. Wenn Kritiker – auch „linke" – auf triviale und sentimentale Passagen verweisen, so haben sie sicherlich recht, und auf der Ebene künstlerischer Kritik fällt dies auch ins Gewicht. Wird diese Kritik jedoch zum zentralen Beurteilungskriterium erhoben, so verfehlt sie die politische Dimension des Problems – und diese ist hier ausschlaggebend: Sie liegt darin, daß durch diesen Film Millionen von Menschen aufgerüttelt und für die Ursachen von Faschismus und Massenmord interessiert worden sind, die bisher abseits standen. Und daß die Antifaschisten ermutigt, ihre Kampfbedingungen verbessert worden sind. So mancher Lehrer und Journalist, der die Wahrheit über den Faschismus darstellen wollte, mußte bisher befürchten, in die Verdachtszone der Verfassungsfeindlichkeit zu geraten. Solche Befürchtungen sind nun geringer geworden. Und so mancher Nazi-Sympathisant, der solche Mittel der Verdächtigung gegenüber seinen Kollegen eingesetzt hat, ist nun zunächst zum Verstummen gebracht.

II

Die *Wirkung* des Films kann freilich nur dann als positiv gelten, wenn die historische Wirklichkeit *richtig* dargestellt, wenn der Film *wahr* ist. Dies ist er zweifellos in mehrfacher Hinsicht: Er stellt den realen Gang der Ereignisse, die verschiedenen Stufen und Erscheinungsformen der Verfolgung der Juden im ganzen zutreffend dar. Und es gelingt ihm auch, die politische Atmosphäre

1) Eben dies wird von der FAZ bestritten und als „Legende" abgetan. Es handle sich nur darum, daß „trotz vielfacher Behandlung, trotz umfassender und detaillierter Kenntnisse ein Thema wie ‚Holocaust' die Menschen immer wieder so aufrührt, als sei es das erste Mal" (31. 1. 1979). Tatsächlich beweisen die drängenden Fragen der Zuschauer, ob es denn wirklich so war, wie es dazu kommen konnte, warum man darüber in der Schule und anderswo nichts erfahren habe usw., daß genaue Gegenteil. So beginnt der Versuch der Verfälschung der Bedeutung von „Holocaust" und der Eindämmung der Folgen schon im Moment der Sendung.

jener Jahre, wie sie sich einer jüdischen Familie des gehobenen Bürgertums und später dann den Ghettobewohnern und KZ-Häftlingen darstellte, realistisch zum Ausdruck zu bringen. Und dies ist beklemmend und erschütternd genug.

Die Wahrheit dieses Film ist allerdings nur partiell insofern, als die Ursachen und Triebkräfte von Antisemitismus und Terror gänzlich ausgeblendet bleiben. So müssen die entsetzlichen Vorgänge dem Zuschauer wie ein Schicksalsereignis erscheinen, das über diese unschuldigen Menschen hereinbricht, allenfalls wie eine wahnwitzige Maschinerie, die von den SS-Führern in Gang gesetzt wird. Zwar erfährt der Zuschauer etwas über die ideologischen Motive dieser SS-Führer, aber er erfährt nichts darüber, wie diese Wahnideen in deren Köpfe hineingekommen sind, welche Bedingungen und Interessen diese Ideologie hervorgebracht haben. Und er erfährt auch nicht, wie die Judenverfolgung mit den anderen Hauptzielen des Faschismus in der Innen- und Außenpolitik zusammenhing und wie diese faschistische Diktatur insgesamt beschaffen war: von welchen Kräften und Interessen sie bestimmt, von wem und wozu sie etabliert und auf welche Ziele sie gerichtet war. So muß die Judenverfolgung als ein entsetzliches Geschehen erscheinen, das Erschütterung und Empörung, Trauer und Abscheu weckt, das aber letztenendes unerklärlich und unbegreiflich ist. Aus unbegreiflichen Ereignissen können natürlich auch keine Lehren gezogen werden für das praktische Handeln, für die Gegenwart und Zukunft, so daß die Erschütterung und Empörung orientierungslos und also praktisch folgenlos bleiben müssen.

Daß der Faschismus nur in einem Aspekt, nur als Judenverfolgung gezeigt wird, kann weiter zur Folge haben, daß der Faschismus im Bewußtsein der Zuschauer insgesamt auf Antisemitismus reduziert wird. Damit würde eine seit 1945 beliebte Version der „Vergangenheitsbewältigung" neu aufgelegt, die die Schuld gegenüber den Juden eingestand und alle anderen Verbrechen des Faschismus samt ihren Initiatoren, Helfern und ideologischen Instrumenten verschwieg oder rechtfertigte. Und damit würde der Faschismus als ganzer zu einem unbegreiflichen Phänomen. In der Tat kommen die maßgeblichen gesellschaftlichen Kräfte in diesem Film überhaupt nicht vor: weder die Arbeiterbewegung (als Hauptadressat des faschistischen Terrors und Hauptkraft des antifaschistischen Widerstandes) noch das Großkapital (als Hauptträger sozialökonomischer Macht und Hauptinitiator der Abschaffung der Demokratie, der Unterdrückung der Arbeiterbewegung und der gewaltigen Expansionspolitik). Wie die Judenverfolgung, so scheint auch der Krieg ausschließlich den Köpfen der Naziführer zu entspringen. Wenn überhaupt eine Faschismuserklärung nahegelegt wird, dann die der Mittelstandstheorien, da der SS-Führer Dorf dem Kleinbürgertum entstammt und dann als Akademiker zwecks Sicherung der sozialen Existenz und später der Karriere die faschistische Politik nicht nur unterstützt, sondern aktiv vorantreibt. Die Ausblendung der maßgeblichen sozialen Kräfte betrifft sogar den Bereich, von dem der Film zentral handelt, nämlich die Judenverfolgung. Weder wird gezeigt, daß sich das deutsche Großkapital durch die „Arisierung" jüdischer Vermögen ungeheuer bereichert hat, noch wird dargestellt, daß die antifaschistische Wider-

standsbewegung die Judenverfolgung von Anfang an entschieden bekämpft und verurteilt hat.

Eine für den Film nicht zentrale, aber doch für seine gegenwärtige Funktion recht bezeichnende Verfälschung der geschichtlichen Wahrheit betrifft die internationale Dimension des antifaschistischen Kampfes. Durch eine Reihe von Andeutungen wird dem Zuschauer die Schlußfolgerung suggeriert, es seien die militärischen Aktivitäten der Westmächte gewesen, die den Ausschlag für die Niederwerfung des deutschen Faschismus gaben. Tatsächlich kann es historisch überhaupt keinen Zweifel geben, daß der deutsche Faschismus in der Sowjetunion entscheidend geschlagen wurde, daß die Kriegshandlungen in Nordafrika im Vergleich dazu kaum ins Gewicht fielen und daß die Landung der Westmächte in Nordfrankreich im Juni 1944 erst erfolgte, als die faschistischen Armeen längst besiegt und im Zurückfluten begriffen waren.

III

Ein besonderes Problem stellt die „Expertenrunde" dar, die jeweils nach dem Film auf Zuschauerfragen antworten sollte. Ihre Zusammensetzung läßt ein klares strategisches Konzept erkennen. Die Personen wechselten, doch die Positionen blieben an allen vier Abenden die gleichen: Die Rechte war nicht vertreten; weder offen profaschistische Positionen noch Repräsentanten der „Hitlerwelle", die den Faschismus partiell und verschleiert rehabilitieren (wie Joachim Fest oder Sebastian Haffner), kamen zu Wort. Ebenso strikt war die Abgrenzung nach links: Die kritische Faschismusforschung, die zu den sozialen Grundlagen und Triebkräften von Faschismus und Terror und zu den Schlußfolgerungen für die Gegenwart sich hätte äußern können, war konsequent ferngehalten. (Weder Wolfgang Abendroth – Zuchthaushäftling und Faschismusforscher – noch Joachim Radkau, weder Reinhard Opitz noch Reinhard Kühnl, um nur einige zu nennen, kamen zu Wort.) Ausschließlich solche Positionen waren vertreten, die entweder zu empirischen Einzelfragen der Judenvernichtung Auskunft geben konnten, ohne den historischen Kontext sichtbar zu machen, oder solche, die empört und erschüttert waren über die Judenverfolgung und auch das Schweigen von Kirchen und anderen Institutionen und Gruppen benannten und verurteilten, zur Klärung der Ursachen und Triebkräfte jedoch nichts beitragen konnten. Allenfalls gab es Bekenntnisse, daß damals „die Deutschen", „wir alle" versagt hätten, womit das ganze Problem in eine Nacht getaucht war, in der alle Katzen grau und Faschisten und Antifaschisten nicht mehr unterscheidbar sind. Diese „Expertenrunden" boten insgesamt einen sehr eindrucksvollen Anschauungsunterricht für die absolute Unfähigkeit der herrschenden Geschichtswissenschaft, historische Prozesse zu erklären.

So blieben die mehrfach wiederholten drängenden Fragen der Zuschauer, wie es denn dazu hatte kommen können, unbeantwortet. Und ebenso natürlich auch die Fragen, was sich denn für heute aus diesen Erfahrungen ergebe. Besonders streng achtete die Regie darauf, daß kein Schatten auf die Bundes-

republik fallen konnte. Es durfte nicht gefragt werden nach dem Verbleib all dieser SS-Führer und ihrer Schergen, all jener Firmen und Firmenleitungen, die das Giftgas an die Vernichtungslager lieferten und Häftlinge massenhaft beschäftigten und verschlissen; nicht nach der Übernahme all der Generäle, Richter und Staatsanwälte, der Kommentatoren und Ideologen der Nürnberger Rassengesetze, der hohen Beamten und der SD-Agenten in den Staatsdienst der Bundesrepublik; und nicht nach den antisemitischen Aktionen alter Nazis und junger Bundeswehroffiziere. Und als Margarete Mitscherlich in vorsichtigen Worten die These formulierte, daß der Faschismus nach 1945 in unserem Lande nur ganz unzureichend bewältigt worden sei und daß man nach der Fortdauer des autoritären Potentials fragen müsse, war das Maß des Zulässigen offenbar schon überschritten, und sie kam fortan mit dergleichen Fragen nicht mehr zu Wort. Vertreten war also ausschließlich der subjektiv ehrliche, aber hilflose Antifaschismus, der empört ist über faschistische Politik, aber ihre Ursachen und Triebkräfte nicht begreift.

Die politische Funktion dieser konsequent durchgehaltenen Linie ist unschwer zu erkennen (gleichgültig, ob alle zuständigen Redakteure sie bewußt gewollt haben oder nicht): „Holocaust" war ein Fernsehereignis von internationaler Dimension. Der Film hatte bereits in den USA und in England ungeheueres Aufsehen erregt. Würde die Bundesrepublik diesen Film zeigen? Jene Bundesrepublik, die in den letzten Jahren international in eine gewisse Isolation geraten war – angesichts des Wiedererwachens nazistischer Aktivitäten, der Politik der Berufsverbote usw.. Das Mißtrauen der demokratischen Öffentlichkeit im westlichen Ausland war beträchtlich angewachsen. Angesichts dieser Lage konnte die Bundesrepublik nicht umhin, den Film anzukaufen und zu senden. Der Widerstand der Rechten, die den potentiell aufklärerischen Charakter dieses Films als große Gefahr empfand, konnte dies nicht verhindern, sondern nur bewirken, daß er ins dritte Programm verwiesen wurde, das normalerweise nur von einer kleinen intellektuellen Minderheit gesehen wird, und daß er erst um 21 Uhr begann, so daß man erwarten konnte, daß große Teile der arbeitenden Bevölkerung von vornherein ausgeschlossen waren. Beide Erwartungen wurden dann freilich enttäuscht. Das bisher stumme, nur latent vorhandene antifaschistische Potential wurde aufgerüttelt.

Um zu gewährleisten, daß dieses Potential orientierungslos blieb, mußte bei der Zusammensetzung der „Expertenrunde" nach links hin eine strikte Abgrenzung vollzogen werden. Um aber zugleich zu gewährleisten, daß die Sendereihe in der internationalen Öffentlichkeit die gewünschte Wirkung erzielte und das befleckte Image der Bundesrepublik aufpolierte, durften nur solche Experten zu Wort kommen, deren antifaschistische Haltung offensichtlich und unzweifelhaft war: Diese Expertenrunden lassen sich vorzeigen. Da nun auch, wie man immer aufs neue aus höchstem Munde hört, Gesinnungsschnüffelei und Berufsverbote, die es in der Bundesrepublik bekanntlich nie gegeben hat, vollständig und definitiv abgeschafft seien, bleibe auch nicht das geringste Stäubchen auf der weißen Weste der Bundesrepublik – falls dieses Manöver funktionieren würde. (Der soeben mit überwältigender Mehrheit gefaßte und für die Bundesrepublik höchst peinliche Beschluß des Europara-

tes, daß eine Verjährung von Kriegsverbrechen strikt abzulehnen sei, hat die Bundesrepublik aber erneut mit den für die reaktionären Kräfte höchst unangenehmen internationalen Realitäten konfrontiert.)

IV

Das Potential ist geweckt, breite Bevölkerungsschichten sind von der Frage ergriffen, was wirklich geschehen ist, wie es dazu kommen konnte und was sich daraus für heute ergibt. Aber der geistige und politische Kampf fängt nun erst richtig an. Jetzt geht es um die Frage, was aus diesem Potential wird, wer sich in der gewaltig anschwellenden Diskussion nun artikulieren und verständlich machen und wer die Fragen nach den Ursachen und den Folgerungen wirklich überzeugend beantworten kann. Die Chance kritischer Wissenschaft, Massenwirksamkeit zu erlangen, war seit langem nicht so günstig wie jetzt.

Die Hauptlinien dieser Auseinandersetzung sind bereits erkennbar. Die von den „Expertenrunden" repräsentierte Linie wird von Teilen der Medien, vor allem der sozialliberal orientierten, fortgesetzt. Als Beispiel sei auf die Wochenendbeilage der „Süddeutschen Zeitung" vom 27./28. Januar 1979 hingewiesen, in der der Theologe Scholder, der auch an der Expertenrunde teilnahm, noch einmal seine These vom Faschismus als „Verhängnis" darlegte und sich polemisch von „Faschismustheorien" jeglicher Art distanzierte – womit er offenbar wissenschaftliche Ansätze meinte, die den Faschismus und seine Verbrechen für erklärbar halten. Eine elegante Lösung bietet die FAZ an: „Wenn selbst abgeurteilte KZ-Täter in dieses Begreifen einbezogen sind, so zeigt das noch einmal den Prozeß von Verblendung, in dem damals alles (!) geschah". (FAZ v. 1. Februar 1979.) Damit sind selbst die KZ-Schlächter und ihre Auftraggeber fein heraus. Diese Linie kann durchaus einhergehen mit dem Eingeständnis des „Versagens" auch dieser oder jener honorigen Institution (wie der Kirchen) und mit der Darstellung weiterer grauenhafter Einzelheiten der faschistischen Mordmaschinerie. Entscheidend für diese Darstellungsweise ist, daß die Betroffenheit politisch orientierungs- und folgenlos bleibt und allenfalls die moralischen Impulse der Menschen als Einzelne angesprochen werden – was freilich ein wichtiger erster Schritt zu politischer Aktivität sein kann.

Auf der Rechten werden große Anstrengungen unternommen, um die politischen Folgen der „Holocaust"-Serie einzudämmen und möglichst wieder auszulöschen – und zwar hauptsächlich dadurch, daß die antifaschistischen Momente des Films in bewährter Art zu antideutschen umgefälscht werden. Von diesen Kräften wird „Holocaust" als neuer Angriff auf die Deutschen und ihr Selbstwertgefühl, als Neuauflage der Kollektivschuldthese, als Versuch, die Deutschen auf ewig in Schuldgefühlen und Unterwürfigkeit zu halten, und natürlich als Fälschung der historischen Wahrheit denunziert. „Bild am Sonntag" (28. Januar 1979) konzentriert ihre Sorge auf das harte Schicksal der ehemaligen SS-Männer: nun werde wohl so mancher von ihnen in den Selbstmord getrieben. Franz Josef Strauß, der schon immer betont hat, die

Bundesrepublik habe ein Recht darauf, von Auschwitz nichts mehr zu hören, warnt eindringlich vor einer neuen Welle solcher Vergangenheitsbewältigung – in der klaren Erkenntnis, daß die Erinnerung an die Verbrechen des deutschen Imperialismus in der Vergangenheit seinen Großmachtansprüchen in der Gegenwart hinderlich sind. Und die „Nationalzeitung" (v. 29. Januar 1979) setzt ihre Kampagne gegen die angeblichen Juden- und Auschwitzlügen und für die volle Rehabilitierung des Faschismus fort. Mit der Wendung, daß nicht zufällig alle die sogenannten Vernichtungslager im heutigen sowjetischen Machtbereich liegen, ist der Hauptfeind und Hauptschuldige, wie man ihn den Massen auch durch die herrschende Ideologie seit Jahrzehnten vor Augen geführt hat, auf höchst originelle Weise erneut dingfest gemacht.

Gegenüber diesen reaktionären Versuchen zur Verfälschung und Unterdrükkung der historischen Wahrheit, aber auch gegenüber dem „hilflosen Antifaschismus" jener, die ergriffen und empört sind über den Faschismus, aber keine Erklärung und keinen Ausweg wissen, steht die demokratische Wissenschaft nun vor der Chance und der gesteigerten Notwendigkeit, Erklärungen zu liefern für dieses historische Geschehen, d. h. die Ursachen und Bedingungen sichtbar zu machen, die Faschismus und Terror, Antisemitismus und Massenmord ermöglicht haben.

V

Es ist klar, daß eine solche Erklärung im Rahmen dieses Beitrags nicht geliefert werden kann. Und was den deutschen Faschismus im allgemeinen betrifft – seine Ursachen, seine Herrschaftsstruktur, die treibende Kräfte seiner Politik –, so liegt auch schon eine beachtliche Zahl von Dokumentenpublikationen und Darstellungen vor, die die Hauptprobleme überzeugend erklären. Nicht ganz so günstig ist der Forschungsstand in der Frage Antisemitismus – Judenmord. (Die wichtigste Literatur ist am Ende dieses Beitrages zusammengestellt.) Wenn auch auf Einzelaspekte hier nicht eingegangen werden kann, so soll doch wenigstens die Richtung angedeutet werden, in der nach meiner Ansicht zu forschen und zu argumentieren wäre, um zu einer überzeugenden Erklärung dieses in der Tat sehr schwierigen und komplexen Problems zu gelangen[2]).

Gegenüber der von der herrschenden Geschichtswissenschaft vollzogenen Kapitulation vor einen angeblichen faschistischen Irrationalismus, der sich jeder rationalen Erklärung entziehe, hat es verschiedene Versuche gegeben, auch die Verfolgung und Ermordung der Juden direkt aus den wohlkalkulierten Interessen des faschistischen Systems abzuleiten: sei es aus ökonomischen Interessen (Arisierung jüdischer Vermögen, Häftlinge als extrem billige Arbeitskräfte), sei es aus dem politischen Interesse der Herrschaftssicherung (Antisemitismus als Instrument zur Kanalisierung sozialer Unzufriedenheit und zur Integration der Massen; Judenmord als Vernichtung eines großen Unruhe- und Widerstandspotentials in einem faschistisch beherrschten Europa).

2) Die folgende Argumentation ist ausführlicher entwickelt in meinem Buch „Faschismustheorien. Ein Leitfaden", das im März in der Reihe rororo-aktuell erscheinen wird, besonders im Kapitel „Faschismus als Bündnis".

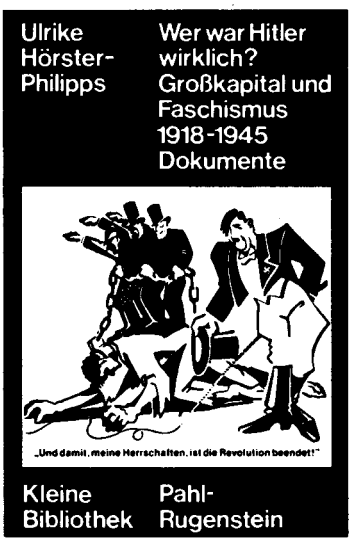
Holocaust

Wissen über Faschismus

„Holocaust", der anklagende und mahnende Film, kann über bloßes Entsetzen, über Betroffenheit und Ratlosigkeit hinausführen. Er bietet die Chance zu umfassender und klärender Diskussion: Wie kam es zum Nationalsozialismus? Welches sind seine Ursachen? Welche Kräfte haben seine innen- und außenpolitischen Ziele, seine Eroberungs- und Vernichtungspolitik gewollt, gefördert, unterstützt oder schweigend hingenommen? Wollen wir die Vergangenheit tatsächlich bewältigen und die Demokratie in unserem Lande ein Stück nach vorn bringen, muß endlich über manches gesprochen werden, was bisher tabu war.
„Wer vom Faschismus spricht, darf vom Kapitalismus nicht schweigen". *Max Horkheimer*

„Ohne die Zusammenarbeit mit der deutschen Industrie und der Nazi-Partei hätten Hitler und seine Parteigenossen niemals die Macht in Deutschland ergreifen und festigen können, und das Dritte Reich hätte nie gewagt, die Welt in einen Krieg zu stürzen."
General Telford Taylor, amerikanischer Hauptankläger im Nürnberger Kriegsverbrecherprozeß

Dritte Auflage
Mit 310 Dokumenten und Abbildungen
538 Seiten, DM 9,80



Mit zahlreichen zeitgenössischen Grafiken
388 Seiten, DM 12,80

Fordern Sie bitte unser Prospektmaterial an, dem Sie u.a. auch sechs weitere Titel zum Thema Faschismus entnehmen können.

Pahl-Rugenstein

Alle diese Erklärungen enthalten zwar Elemente von Wahrheit, können aber letzten Endes nicht befriedigen. Was die Ableitung aus ökonomischen Interessen betrifft, so habe ich an anderer Stelle („Blätter", 5/1976, S. 531–549) bereits dargelegt, daß sie unzureichend ist: Daß das deutsche Großkapital von der Diskriminierung und Enteignung der Juden profitiert und sich durch die „Arisierung" bereichert hat, ist noch keine Klärung der Kausalfrage. Und in der Tat gibt es meines Wissens keine überzeugenden Belege, daß diese Politik des Faschismus entscheidend bestimmt wurde von ökonomischen Interessen. Und was die ökonomische Verwertung der KZ-Häftlinge betrifft, so wurde sie ja im Falle der Juden gerade nicht zum bestimmenden Prinzip, sondern diese wurden zu einem beträchtlichen Teil auf Anordnung der SS direkt in den Tod geschickt.

Auch bei der These von der politischen Herrschaftssicherung bleiben beträchtliche Probleme offen: Schon bei der „Reichskristallnacht" im November 1938 hatte sich, wie die Staatsorgane aufmerksam registrierten, gezeigt, daß diese rabiaten Formen des Antisemitismus bei der Bevölkerung nicht populär und nicht geeignet waren, die Loyalität und Aktivität der Massen für das System zu stärken. Die politische Führung steigerte dennoch die Judenverfolgung bis zum Massenmord und versuchte zugleich, diese Maßnahmen möglichst geheim zu halten. Was in den ersten Jahren der faschistischen Diktatur als Manipulationsinstrument durchaus in einem gewissen Umfang funktioniert hatte, war also nach 1938 kein Mittel zur Integration der Massen mehr. Und was die These von Judenmord als Beseitigung eines großen Unruhe- und Widerstandspotentials für ein faschistisch beherrschtes Europa betrifft, wie sie Reinhard Opitz in einem Vortrag an der Universität Marburg im Wintersemester 1977/78 formulierte, so bleiben auch hier erhebliche Einwände: Wieso sollten gerade die Juden als jenes besonders gefährliche Widerstandspotential betrachtet werden, das restlos ausgerottet werden mußte, obwohl doch von aktivem Widerstand gerade von seiten der Juden bis dahin nichts erkennbar war? Judenverfolgung und Judenmord rational in dem Sinne erklären zu wollen, daß sie direkt aus ökonomischen oder politischen Interessen abgeleitet werden, ist also offensichtlich nicht möglich. Andererseits wäre es verfehlt, daraus die Schlußfolgerung zu ziehen, es handle sich dabei um einen gänzlich unerklärlichen „faschistischen Irrationalismus", der nur mit irrationalen Kategorien wie „Verhängnis", „Schicksal" oder „Epidemie" gekennzeichnet werden könne. Um solche Schlußfolgerungen zu vermeiden, sollte man sich vorab einige, seit langem bekannte, Tatbestände in Erinnerung rufen:

1. Antisemitische Hetze wurde bereits im Kaiserreich (und in anderen Staaten dieser Periode, z. B. in Rußland und Frankreich) in großem Maßstab entfacht, um soziale Unzufriedenheit gegen „Sündenböcke" zu lenken und so für das bestehende Herrschaftssystem unschädlich zu machen. Auch in der Weimarer Republik wurde diese Hetze von einer großen Zahl von Organisationen und Organen bis hinein in den akademischen Bereich weitergeführt – und keineswegs etwa nur von der NSDAP. So erweist sich auch am Beispiel des Antisemitismus, daß die Ideologie des Faschismus vorbereitet und eingebet-

tet war in mächtige ideologische Strömungen. Der Ursprung des Antisemitismus ist also nicht bei den vom Großkapital bedrohten Mittelschichten zu suchen, sondern bei den Herrschenden. Die Mittelschichten waren die Adressaten dieser Ideologie, ihr Irrationalismus war also ein erzeugter, allerdings einer, der in ihrer sozialen Lage Anhaltspunkte fand.

2. Die NSDAP hat auch vor 1933 aus ihrem rabiaten Antisemitismus kein Geheimnis gemacht, sondern im Gegenteil bereits öffentlich und immer wieder angekündigt, daß nötigenfalls die physische Liquidierung dieser „Volksschädlinge" vollzogen werden müsse. Jene Kräfte aus den Führungsschichten der Industrie, des Militärs und der hohen Beamtenschaft, die ein Bündnis mit den faschistischen Führern schlossen und diese 1933 an die Macht brachten, haben dies selbstverständlich gewußt und sich dadurch nicht von einem Bündnis abhalten lassen. Auch von Protesten dieser Kreise gegen die antisemitische Hetze ist nichts bekannt. Sie nahmen diese Eigentümlichkeit der faschistischen Partei also mindestens in Kauf – weil die Zerschlagung der Arbeiterbewegung und dann die Vorbereitung und Durchführung eines gewaltigen Expansionsprogramms ihnen das Wichtigste war und weil sie den Antisemitismus als Mittel zur Massenmobilisierung und zugleich zur Kanalisierung sozialer Unzufriedenheit kannten und bewährt wußten.

3. Der Völker- und Massenmord des Faschismus war keineswegs auf die Juden beschränkt. Er bezog sich wesentlich auch auf Teile der slawischen Völker, insbesondere auf deren intellektuelle und politische Führungsschichten. Auch Franzosen, Holländer, Belgier und Angehörige anderer europäischer Völker fielen dem Massenmord in den Konzentrationslagern zum Opfer. Der Mord an den europäischen Juden darf also nicht als etwas ganz Singuläres betrachtet werden – das müßte zu Fehlurteilen führen. Äußerste Brutalität der Herrschaft bis hin zum Massenmord war ein allgemeines Merkmals des faschistischen Systems. Mit anderen Mitteln hätte die Zerschlagung einer so starken und gut organisierten Arbeiterbewegung und die Einleitung eines so gigantischen Expansions- und Ausplünderungsprogramms auch nicht ins Werk gesetzt werden können.

4. So richtig es ist, daß das Übel schon mit den frühen Formen der antisemitischen Ideologie, mit der Diskriminierung der Juden durch Reden und Schriften begonnen hat, so falsch wäre es zu sagen, daß sich daraus notwendig der Massenmord entwickeln mußte. Obgleich noch viel Forschungsarbeit zu leisten ist, um die verschiedenen Stufen der antisemitischen Politik nach 1933 herauszuarbeiten, so kann doch eines schon gesagt werden: Diese Politik des deutschen Faschismus in ihren verschiedenen Stufen ist nicht allein herleitbar aus der „inneren Logik" der antisemitischen Ideologie, sondern muß gesehen werden im Zusammenhang mit der jeweiligen gesamtpolitischen Lage, mit den jeweiligen Hauptproblemen und Hauptzielen der faschistischen Innen- und Außenpolitik. Die Dämpfung der antisemitischen Aktivitäten 1933 durch den Staat – um alle Energien der faschistischen Anhängerschaft gegen den politischen Hauptfeind, die Arbeiterbewegung, konzentrieren zu können –, die staatlich veranlaßten antisemitischen Aktivitäten 1935 – um von

den durch die verstärkte Rüstungspolitik entstandenen Versorgungsschwierigkeiten abzulenken und die wachsende Unzufriedenheit der Bevölkerung in antisemitische Aktivitäten zu kanalisieren –, die verschiedenen, jeweils von der Gesamtlage des faschistischen Systems abhängigen und besonders nach dem Kriegsbeginn sich radikalisierenden Konzepte zur „Gesamtlösung der Judenfrage" – dies sind einige Beispiele für den engen Zusammenhang zwischen den antisemitischen Maßnahmen und der Gesamtpolitik des deutschen Faschismus in jeder einzelnen Entwicklungsphase. Von einer totalen irrationalen Verselbständigung des faschistischen Antisemitismus gegenüber den Hauptzwecken seiner Innen- und Außenpolitik kann also gewiß nicht gesprochen werden.

Eine Erklärung für den Massenmord an den Juden müßte, wenn man all dies berücksichtigt, nach meiner Ansicht in der folgenden Richtung gesucht werden: Den Führern der NSDAP war 1933 die politische Macht übertragen worden aus Gründen, die mit dem Antisemitismus sehr wenig zu tun hatten. Diese Führer hatten sich nämlich als fähig erwiesen, Massen zu sammeln und zu mobilisieren für politische Ziele, die genau die Ziele der herrschenden Klasse waren: die Abschaffung der Demokratie, die Zerschlagung der Arbeiterbewegung und die erneute Einleitung einer groß angelegten Expansionspolitik. Dies waren die gemeinsamen Ziele, auf denen das Bündnis beruhte und die dann auch konsequent – Schritt für Schritt – in Angriff genommen wurden. Nun hatten die Führer der NSDAP aber neben Antikommunismus, Militarismus und Imperialismus auch noch andere ideologische Elemente in ihren Köpfen, die sie in den vorangegangenen Jahrzehnten aufgesogen hatten und an die sie glaubten. Dazu gehörte vor allem ein rabiater Antisemitismus, der, wie erwähnt, im Deutschen Reich von der Rechten jahrzehntelang propagiert worden war und der vielen, auch den Naziführern, eine bündige Welterklärung geliefert hatte: Es seien die Juden, die als geheime Drahtzieher alle Übel der Welt zu verantworten hätten, die insbesondere für Deutschland ein Krebsgeschwür darstellten und die deshalb unschädlich zu machen seien. Abgesehen von einigen intellektuellen Zynikern wie Goebbels wurde diese Ideologie von den Naziführern, besonders von Hitler selbst, fanatisch geglaubt – was eine kalkulierte Einordnung in die übrigen Hauptziele der faschistischen Innen- und Außenpolitik natürlich keineswegs ausschloß.

Diesen Führern also war 1933 die Macht über die Staatsgewalt und über einen alsbald enorm anschwellenden Terrorapparat übertragen worden. Es ist einleuchtend, daß diese Führungsschicht nun auch daranging, auch jene Elemente ihrer Ideologie in Praxis umzusetzen, die zwar zur Herrschaftssicherung nicht erforderlich und an denen die ökonomisch Herrschenden also auch nicht interessiert waren, die in ihren Augen jedoch eine Notwendigkeit für das Deutsche Reich waren. Dabei kamen verschiedene Stufen und Lösungen in Betracht, von denen die physische Ausrottung keineswegs von Anfang an fest ins Auge gefaßt, wenn auch nicht grundsätzlich ausgeschlossen wurde. Die besondere Struktur des faschistischen Systems schuf dafür auch die machtpolitischen Voraussetzungen. Mit der Beseitigung der parlamentarischen Demokratie und der Errichtung einer faschistischen Diktatur war ja

nicht nur das Regierungspersonal ausgewechselt, sondern eine grundlegend andere Form der Herrschaftssicherung etabliert worden. Deren „Vorzüge" für die herrschende Klasse wurden schon erwähnt. Ihre Kehrseite aber lag darin, daß die Möglichkeit des politischen Machtwechsels, die die parlamentarische Demokratie auszeichnet, damit weitgehend preisgegeben war. Das faschistische System war nur dadurch zu errichten, daß den Führungsgruppen der faschistischen Partei die ganze Macht über den staatlichen Gewaltapparat übertragen, daß dieser zur Niederhaltung oppositioneller Kräfte immer weiter ausgebaut wurde und daß dabei auch die politischen Alternativen, die bürgerlichen Parteien, auf der Strecke blieben. Dies war der Preis, der für die faschistische Form der Herrschaftssicherung zu zahlen war. Daß diese Regierung Hitler nicht einmal im Notfall „abgelöst" werden konnte, zeigten dann die Vorgänge um den 20. Juli 1944 sehr eindrucksvoll.

So ist es zu erklären, daß die faschistische Diktatur nicht nur jene Ziele in Wirklichkeit umsetzte, an der alle Partner des Herrschaftssystem interessiert waren – nämlich die Zerschlagung der Arbeiterbewegung und die militärische Expansion –, sondern auch jene an denen nur die Führungsgruppe der faschistischen Partei ein besonderes, in diesem Fall ideologisch begründetes Interesse hatte; und das sie dies selbst dann noch konsequent verfolgte, als es mit anderen Hauptzielen (besonders der Nachschubsicherung für die wankende Ostfront und der Bereitstellung der dafür notwendigen Transportkapazitäten) in Konflikt geriet. Die Judenvernichtung ist also eine überzeugende Bestätigung der These von der relativen Selbständigkeit des Staates und der Ideologie gegenüber den herrschenden ökonomischen Interessen und Machtgruppen. Wegen des besonderen Charakters der faschistischen Herrschaftssicherung ist diese relative Selbständigkeit deutlich größer als in parlamentarisch-demokratisch verfaßten Systemen. Marx sagte bekanntlich, daß die Ideologie dann zur materiellen Gewalt werde, wenn sie die Massen ergreife. Dies gilt natürlich nicht nur für fortschrittliche, sondern auch für reaktionäre Ideologien. Die spontanen Judenpogrome in den ersten Jahren der faschistischen Diktatur sind dafür ein anschauliches Beispiel. Der Satz von Marx muß jedoch erweitert werden: Die Ideologie wird auch dann zur materiellen Gewalt, wenn sie die politische Führungsschicht eines Staates ergreift, die in einer besonderen historischen Konstellation über einen besonders extrem entwickelten Terrorapparat verfügt. Eben dies war nach 1933 in Deutschland der Fall.

LITERATURHINWEISE ZUM PROBLEM ANTISEMITISMUS – JUDENVERNICHTUNG

1. Zu den sozial- und geistesgeschichtlichen Zusammenhängen, den Vorläufern usw.

G. Lukàcs, Die Zerstörung der Vernunft, Berlin (West)/Neuwied 1961.
P. v. z. Mühlen, Rassenideologien. Geschichte und Hintergründe, Berlin (West)/Bonn-Bad Godesberg 1977.
G. L. Mosse, Rassismus. Ein Krankheitssymptom in der europäischen Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts, Königstein 1978.
E. G. Reichmann, Flucht in den Haß, Frankfurt/M. 1968.

A. Leon, Judenfrage und Kapitalismus, München 1971.
P. G. L. Pulzer, Die Entstehung des politischen Antisemitismus in Deutschland und Österreich 1867 bis 1914, Gütersloh 1966.
W. Mohrmann, Antisemitismus. Ideologie und Geschichte im Kaiserreich und in der Weimarer Republik, Berlin (DDR) 1972.

2. Zur faschistischen Vernichtungsmaschinerie

K. Drobisch u.a. (Hrsg.), Juden unterm Hakenkreuz. Verfolgung und Ausrottung der deutschen Juden 1933–1945, Frankfurt/M. 1973.
H. Langbein (Hrsg.), Der Auschwitz-Prozeß. Eine Dokumentation, 2 Bde. Frankfurt 1965.
Faschismus – Getto – Massenmord. Dokumentation über Ausrottung und Widerstand der Juden in Polen während des 2. Weltkrieges, Frankfurt/M. o. J.
A. Rückerl (Hrsg.), NS-Vernichtungslager im Spiegel deutscher Strafprozesse, München (dtv dokumente 2904).
Anatomie des NS-Staates, Bd. 2, München (dtv 463).
E. Kogon, Der SS-Staat, Das System der Konzentrationslager, Frankfurt/M., neueste Auflage.

3. Zur Einordnung der Judenverfolgung in die Gesamtpolitik des faschistischen Systems

K. Pätzold, Faschismus, Rassenwahn, Judenverfolgung. Eine Studie zur politischen Strategie und Taktik des faschistischen deutschen Imperialismus (1933–1935), Berlin (DDR) 1975.
H. Genschel, Die Verdrängung der Juden aus der Wirtschaft im Dritten Reich, Göttingen 1966.
S. Tingel, Häftlinge unter SS-Herrschaft, Hamburg 1978.
Peter M. Kaiser, Monopolprofit und Massenmord im Faschismus. Zur ökonomischen Funktion der Konzentrations- und Vernichtungslager im faschistischen Deutschland, in: „Blätter", 5/1975, S. 552–577.

DOKUMENTARISCHER ANHANG

1. Adolf Hitler über die Funktion des Antisemitismus

„Die Propaganda des Antisemitismus ist in allen Ländern das geradezu unentbehrliche Hilfsmittel für die Verbreitung unseres politischen Kampfes. Sie werden sehen, in wie kurzer Zeit wir die Begriffe und Maßstäbe der ganzen Welt einzig und allein mit dem Kampf gegen das Judentum umstürzen werden. Übrigens unterstützen uns die Juden am meisten dabei. Sie mischen sich trotz der für sie gefährlichen Lage immer in die Reihen der Ordnungsfeinde und Aufwiegler, sofern sie arm sind, und sie sind die weithin sichtbaren Inhaber der Riesenvermögen, die man beneidet. So ist es ein leichtes, dem Kampf gegen das Judentum überall durch populäre und sinnfällige Beispiele aus der nächsten Umgebung seine handgreifliche Berechtigung nachzuweisen. Ist aber erst einmal dem Grundsatz der Rasse durch die besondere Bloßstellung der Juden Einlaß verschafft, dann folgt alles andere sehr schnell. Schritt für Schritt ist man dann gezwungen, die politische und wirtschaftliche Ordnung abzutragen und sich den neuen Ideen der biologischen Politik zu nähern." [...]

Das sei alles erst der Anfang eines erbarmungslosen Kampfes um die Weltherrschaft. „Denn nur zwischen uns beiden wird der Kampf um die Weltherrschaft ausgefochten, zwischen Deutschen und Juden. Alles andere ist trügerischer Schein. Hinter England steckt Israel, hinter Frankreich, und hinter USA. Auch wenn wir den Juden aus Deutschland vertrieben haben, bleibt er immer noch unser Weltfeind."

Ich fragte, ob das etwa bedeute, daß der Jude überhaupt vernichtet werden solle.

„Nein", erwiderte Hitler. „Dann müßten wir ihn erfinden. Man braucht einen sichtbaren Feind, nicht bloß einen unsichtbaren."

Entnommen aus: Ulrike Hörster-Philipps, Wer war Hitler wirklich? Großkapital und Faschismus 1918–1945. Dokumente, Köln 1978, S. 121 (Dokument 90).

2. Adolf Hitler über die Funktion von Feindbildern

Überhaupt besteht die Kunst aller wahrhaft großen Volksverführer zu allen Zeiten in erster Linie mit darin, die Aufmerksamkeit eines Volkes nicht zu zersplittern, sondern immer auf einen einzigen Gegner zu konzentrieren. Je einheitlicher dieser Einsatz des Kampfwillens eines Volkes stattfindet, um so größer wird die magnetische Anziehungskraft einer Bewegung sein, und um so gewaltiger die Wucht des Stoßes. Es gehört zur Genialität eines großen Führers, selbst auseinanderliegende Gegner immer als nur zu einer Kategorie gehörend erscheinen zu lassen, weil die Erkenntnis verschiedener Feinde bei schwächlichen und unsicheren Charakteren nur zu leicht zum Anfang des Zweifels am eigenen Rechte führt. [...]

Daher muß eine Vielzahl von innerlich verschiedenen Gegnern immer zusammengefaßt werden, so daß in der Einsicht der Masse der eigenen Anhänger der Kampf nur gegen einen Feind allein geführt wird. Dies stärkt den Glauben an das eigene Recht und steigert die Erbitterung gegen den Angreifer auf dasselbe.

Entnommen aus: Ulrike Hörster-Philipps, a.a.O., S. 127 (Dokument 96).

3. Aus einer Rede des Generalgouverneurs von Polen, Hans Frank, auf einer Regierungssitzung am 16. Dezember 1941 in Krakau über den Plan der Massenvernichtung der jüdischen Bevölkerung

Mit den Juden – das will ich Ihnen ganz offen sagen – muß so oder so Schluß gemacht werden. Der Führer sprach einmal das Wort aus: wenn es der vereinigten Judenschaft wieder gelingen wird, einen Weltkrieg zu entfesseln, dann werden die Blutopfer nicht nur von den in den Krieg gehetzten Völkern gebracht werden, sondern dann wird der Jude in Europa sein Ende gefunden haben. Ich weiß, es wird an vielen Maßnahmen, die jetzt im Reich gegenüber den Juden getroffen werden, Kritik geübt. Bewußt wird – das geht aus den Stimmungsberichten hervor – immer wieder versucht, von Grausamkeit, von Härte usw. zu sprechen. Ich möchte Sie bitten, einigen Sie sich mit mir zunächst, bevor ich jetzt weiter spreche, auf die Formel: Mitleid wollen wir grundsätzlich nur mit dem deutschen Volk haben, sonst mit niemandem auf der Welt. Die anderen haben auch kein Mitleid mit uns gehabt. Ich muß auch als alter Nationalsozialist sagen: wenn die Judensippschaft in Europa den Krieg überleben würde, wir aber unser bestes Blut für die Erhaltung Europas geopfert hätten, dann würde dieser Krieg doch nur einen Teilerfolg darstellen. Ich werde daher den Juden gegenüber grundsätzlich nur von der Erwartung ausgehen, daß sie verschwinden. Sie müssen weg. Ich habe Verhandlungen zu dem Zweck angeknüpft, sie nach dem Osten abzuschieben. Im Januar findet über diese Frage eine große Besprechung in Berlin statt, zu der ich Herrn Staatssekretär Dr. Bühler entsenden werde. Diese Besprechung soll im Reichssicherheitshauptamt bei SS-Obergruppenführer Heydrich gehalten werden. Jedenfalls wird eine große jüdische Wanderung einsetzen [...] Aber was soll mit den Juden geschehen? Glauben Sie, man wird sie im Ostland in Siedlungsdörfern unterbringen? Man hat uns in Berlin gesagt: weshalb macht man diese Scherereien; wir können im Ostland oder im Reichskommissariat[1] auch nichts mit ihnen anfangen, liquidiert sie selber. Meine Herren, ich muß Sie bitten, sich gegen alle Mitleidserwägungen zu wappnen. Wir müssen die Juden vernichten, wo immer wir sie treffen und wo es irgend möglich ist, um das Gesamtgefüge des Reiches hier aufrecht zu erhalten. Das wird selbstverständlich mit Methoden geschehen, die anders sind als diejenigen, von denen Amtschef Dr. Hummel gesprochen hat. Auch die Richter der Sondergerichte können nicht dafür verantwortlich gemacht werden, denn das liegt eben nicht im Rahmen des Rechtsverfahrens. Man kann bisherige Anschauungen nicht auf solche gigantischen einmaligen Ereignisse übertragen. Jedenfalls müssen wir aber einen Weg finden, der zum Ziele führt, und ich mache mir darüber meine Gedanken.

Die Juden sind auch für uns außergewöhnlich schädliche Fresser. Wir haben im Generalgouvernement schätzungsweise 2,5, vielleicht mit den jüdisch Versippten und dem, was alles daran hängt, jetzt 3,5 Millionen Juden. Diese 3,5 Millionen Juden können wir nicht erschießen, wir können sie nicht vergiften, werden aber doch Eingriffe vornehmen können, die irgendwie zu einem Vernichtungserfolg führen, und zwar im Zusammenhang mit den vom Reich her zu besprechenden großen Maßnahmen. Das Generalgouvernement muß genauso judenfrei werden, wie es

das Reich ist. Wo und wie das geschieht, ist eine Sache der Instanzen, die wir hier einsetzen und schaffen müssen und deren Wirksamkeit ich Ihnen rechtzeitig bekanntgeben werde.

1 Gemeint ist die besetzte Ukraine.

Entnommen aus: Ulrike Hörster-Philipps a.a.O., S. 329f (Dokument 280).

4. Erklärungen unter Eid von Rudolf Höß, Kommandant des KZ Auschwitz, im Nürnberger Pohl-Prozeß 1946 und 1947 (Auszüge)

. . . Nach meiner Kenntnis begann die massenhafte Verwendung von KZ-Häftlingen in der deutschen Privatindustrie im Jahre 1940/41. Diese Verwendung steigerte sich fortlaufend bis zum Ende des Krieges. Gegen Ende 1944 waren ungefähr 400 000 Konzentrationslagerhäftlinge in der privaten Rüstungsindustrie und rüstungswichtigen Betrieben beschäftigt. Wie viele Häftlinge schon vorher oder nachher eingesetzt waren, kann ich nicht sagen. Nach meiner Schätzung sind in den Betrieben mit besonders schweren Arbeitsbedingungen, z. B. Bergwerken, jeden Monat ein Fünftel gestorben oder wurden wegen Arbeitsunfähigkeit zur Vernichtung von den Betrieben an die Lager zurückgeschickt.

Die Konzentrationslager haben niemals Arbeitskräfte der Industrie angeboten. Vielmehr wurden Häftlinge nur dann in die Betriebe entsandt, wenn die Betriebe vorerst um Konzentrationslagerhäftlinge angesucht hatten . . .

Die Betriebe mußten keine Berichte über Todesursachen usw. abgeben. Auf Grund der Berichte, die wir in den Lagern von der SS-Wachmannschaft und den Arbeitskommandoführern über Verminderung der Zahl der in den betreffenden Betrieben arbeitenden Häftlinge erhielten, wurden die Zahlen der Todesfälle und der Arbeitsunfähigen mitgeteilt, und sodann wurden fortlaufend neue Häftlinge als Nachschub an die betreffenden Betriebe gesandt.

Während meiner Dienstreisen wurde mir fortgesetzt von leitenden Persönlichkeiten der Betriebe gesagt, daß sie mehr Häftlinge haben wollen.

Anfang des Krieges bezahlten die Unternehmungen wenig für diese Arbeitskräfte – etwa Mk. 1,–, Mk. 1,20. Später zahlten sie bis zu Mk. 5,00 für gelernte Arbeiter. Unter den zum Arbeitseinsatz gesandten Häftlingen befanden sich

1. nicht-jüdische Häftlinge, die auf Grund ihrer Berufsschulung ausgesucht wurden, und

2. Juden, die nur auf Grund ihrer Arbeitsfähigkeit ausgesucht wurden.

Entnommen aus: Reinhard Kühnl, Der deutsche Faschismus in Quellen und Dokumenten. Zweite, erweiterte Auflage, Köln 1977, S. 377 (Dokument 264).

5. Erklärungen unter Eid von Rudolf Höß, seinerzeit Kommandant des KZ Auschwitz, im Nürnberger Pohl-Prozeß (1946/47) über die Massenmorde in Auschwitz (Auszüge)

Ich befehligte Auschwitz bis zum 1. Dezember 1943 und schätze, daß mindestens 2 500 000 Opfer dort durch Vergasung und Verbrennen hingerichtet und ausgerottet wurden; mindestens eine weitere halbe Million starben durch Hunger und Krankheit, was eine Gesamtzahl von ungefähr 3 000 000 Toten ausmacht. Diese Zahl stellt ungefähr 70 oder 80 % aller Personen dar, die als Gefangene nach Auschwitz geschickt wurden, die übrigen wurden ausgesucht und für Sklavenarbeit in den Industrien im und um das Konzentrationslager verwendet . . .

Das Konzentrationslager in Dachau wurde des öfteren von Außenseitern besucht. Dr. Ley führte mehrere Inspektionstouren in 1935, an denen, wie mir vom Leiter des Schutzhaftlagers Dachau, d'Angelo, gesagt wurde, Vertreter von großen Industriekonzernen, unter anderem von der IG-Farben-Industrie und der Kohlenindustrie, teilnahmen. Die Besuchs-Gruppe, die im Beginn des Jahres 1935 nach Dachau kam, bestand aus 10 bis 15 Herren, auch von der IG-Farben-Industrie, sie besuchten die Werkstätten sowohl wie die restlichen Einrichtungen des Konzentrationslagers. . .

Entnommen aus: Reinhard Kühnl, a.a.O., S. 391f. (Dokument 269).

6. Aus dem geheimen Schreiben von Carl Krauch, Generalbevollmächtigter für Sonderfragen der chemischen Erzeugung und Aufsichtsratsvorsitzender der IG Farbenindustrie AG, an Otto Ambros, Vorstandsmitglied der IG Farbenindustrie AG, vom 4. März 1941 über den Einsatz von KZ-Häftlingen beim Bau des Bunawerkes IV in Auschwitz

Auf meinen Antrag und auf Weisung des Herrn Reichsmarschalls hat der Reichsführer SS unter dem 26. Februar ds. Js. folgendes angeordnet:

1. Die Juden in Auschwitz sind raschestens auszusiedeln, ihre Wohnungen sind frei zu machen und für die Unterbringung der Bauarbeiterschaft des Bunawerkes sicherzustellen.

2. Aus der Gegend von Auschwitz dürfen keinerlei als Arbeiter oder Bauarbeiter für das Bunawerk in Frage kommende Polen ausgewiesen werden.

3. Der Inspekteur der Konzentrationslager und der Chef des V- und W-Hauptamtes ist angewiesen, an Ort und Stelle sofort mit dem Bauleiter des Bunawerkes in Verbindung zu treten und das Bauvorhaben durch die Gefangenen aus dem Konzentrationslager in jedem nur möglichen Umfange zu unterstützen.

Entnommen aus: Reinhard Kühnl, a.a.O., S. 369 (Dokument 258).

7. Aktennotiz aus den Handakten von Karl Kimmich, Vorstandsmitglied der Deutschen Bank, vom 25. Juli 1938 über das „Arisierungs"-Geschäft der Deutschen Bank

Von 700 in der Zentrale[1] erfaßten jüdischen Unternehmungen sind (bis 25. 7. 1938) ca. 200 arisiert. Für zahlreiche weitere schweben noch Verhandlungen. Es laufen jetzt täglich Mitteilungen ein, daß Objekte arisiert sind.

In einigen Branchen läßt das Angebot an wirklich guten Objekten stark nach. Die Nachfrage ist hier weitaus größer, z. B. in der Metall- und Chemie-Branche. Es ist nicht immer möglich, diese Interessenten auf andere Branchen hinzulenken.

Eine weitere Beschleunigung der Arisierung kann dann erwartet werden, wenn die Genehmigungen schneller erteilt werden. Es dauert häufig 2 Monate, bis alle Instanzen ihr placet gegeben haben.

1 Gemeint ist die Zentrale der Deutschen Bank

Entnommen aus: Reinhard Kühnl, a.a.O., S. 278 (Dokument 178).

8. Aus dem Vortrag Görings bei einer Sitzung des Reichsverteidigungsrats am 18. November 1938

II. 3. Finanzen
Sehr kritische Lage der Reichsfinanzen. Abhilfe zunächst durch die der Judenschaft auferlegte Milliarde und durch die Reichsgewinne bei Arisierung jüdischer Unternehmungen.

Entnommen aus: Ulrike Hörster-Philipps, a.a.O., S. 327 (Dokument 277).

Kleine Bibliothek Politik · Wissenschaft · Zukunft

Frank Niess

Geschichte der Arbeitslosigkeit

Ökonomische Ursachen und politische Kämpfe
Ein Handbuch
260 Seiten, DM 14,80

Pahl-Rugenstein

Neue Waffen rücken die atomare Katastrophe näher

Von Herbert Scoville Jr.

Die neuerlichen Warnungen des SPD-Fraktionsvorsitzenden Herbert Wehner Anfang Februar 1979 vor den entspannungsgefährdenden Folgen, die von der Einführung neuer Waffensysteme (z. Z. vor allem der Neutronenbombe und neuer Raketentypen) ausgehen würden (und seine Kritik an einer leichtfertigen Haltung der Bundesregierung in diesen Fragen), haben die gegenwärtig intensiver werdende militärpolitische Debatte in der Bundesrepublik auf einen zentralen Punkt gelenkt. Die zugrundeliegenden Widersprüche der amerikanischen Rüstungspolitik sind Gegenstand des nachstehenden Beitrags, einer (selbst)kritischen Analyse aus amerikanischer Sicht, die der frühere stellvertretende Direktor der CIA Herbert Scoville Jr. zuerst auf einem Internationalen Symposium am 16. Dezember 1978 in Amsterdam vortrug und uns jetzt in einer für die „Blätter" überarbeiteten Fassung zur Verfügung stellte. D. Red.

Der Atomkrieg, sollte er jemals stattfinden, wird für die Menschheit eine Katastrophe sein, zu der es in der Geschichte der Welt keine Parallele gibt. Millionen werden sterben. Nicht nur die direkt beteiligten Nationen werden als moderne Gesellschaften zerstört, sondern das Leben aller Völker in den entferntesten Gegenden der Welt wird auf drastische Weise verändert werden. Jahrelang wird es zu verstärktem Auftreten von Krebs kommen, gleichzeitig verursacht durch die ausgedehnte radioaktive Verseuchung und durch die verstärkte ultraviolette Bestrahlung als Folge einer Zerstörung der schützenden Ozonschicht in der oberen Atmosphäre.

Der Atomkrieg muß um jeden Preis verhindert werden. Es darf niemals zugelassen werden, daß Atomwaffen in irgendeinem Konflikt eingesetzt werden. Sobald die Grenze zwischen einem konventionellen und einem atomaren Konflikt einmal überschritten und eine Kernwaffe beliebiger Art wirklich eingesetzt wird, kann niemand mehr eine Eskalation zum totalen Atomkrieg und seinen katastrophalen Auswirkungen verhindern. Militärische Planer und Wissenschaftler haben einen Hang zu Kriegsspielen, und ich habe während meiner früheren Laufbahn selbst an einigen teilgenommen, die einen möglichen Konflikt zwischen NATO und Warschauer Pakt in Europa darstellen sollten. In einem typischen militärischen Planspiel dieser Art, das von den Vereinigten Stabschefs veranstaltet wurde, wurden die NATO-Streitkräfte zurückgedrängt, worauf sich ihre Mannschaft dazu entschloß, eine einzige kleine Atomwaffe gegen eine sowjetische Panzerkolonne einzusetzen, um ihre Entschlossenheit zu demonstrieren und die Streitkräfte des Warschauer

Paktes zum Rückzug zu zwingen. Die Antwort des sowjetischen Teams bestand jedoch nicht im Rückzug; statt dessen befahl es den Einsatz von fünf Atomwaffen gegen NATO-Flugplätze – der Eskalationsprozeß konnte nicht mehr gestoppt werden. Das Endresultat war nicht nur die Zerstörung Europas, sondern das Ende der Gesellschaften in den USA und in der Sowjetunion, wie wir sie heute kennen. Das war damals ein Spiel, aber es könnte Wirklichkeit werden.

Alle Typen von Kernwaffen sind gefährlich, einige jedoch sind noch gefährlicher als die übrigen. Einige sind einfach einzusetzen, und einige liefern anderen Mächten den Anlaß, sie ebenfalls anzuwenden. Solche Waffen stellen eine besondere Gefahr dar, weil sie die Wahrscheinlichkeit erhöhen, daß es zu einem atomaren Konflikt kommt und daß der Dauerzustand gegenseitiger Abschreckung ausgehöhlt wird – unser einziger Schutz in einer Ära, in der Atomwaffen reichlich zur Verfügung stehen. Bis wir alle Atomwaffen abschaffen können (und bedauerlicherweise scheint es dazu in der nächsten Zeit wohl nicht zu kommen), sind wir in der unglücklichen Lage, uns im Hinblick auf unser Überleben auf die Einsicht aller verlassen zu müssen, daß die Auslösung eines Atomkrieges ein Akt nationalen Selbstmords wäre. Stabile gegenseitige Abschreckung hängt ab von der Beseitigung aller Anreize zum Beginn eines atomaren Konflikts gleich welcher Größenordnung.

Bei unseren Bemühungen um eine Kontrolle der Atomwaffen müssen wir der Abschaffung derjenigen Waffentypen die höchste Priorität einräumen, die die Wahrscheinlichkeit eines Atomwaffeneinsatzes erhöhen. Die sogenannten Neutronenbomben oder „Waffen mit verstärkter Strahlung", wie sie in wissenschaftlich-militärischen Kreisen höflich genannt werden, sind ein schlagendes Beispiel für diesen Typ. Ihre Befürworter argumentieren, sie seien eine glaubwürdigere Abschreckung gegenüber einer Aggression, weil sie die Zerstörung von Gebäuden durch Explosionsdruck und Hitze auf ein Mindestmaß beschränken und angeblich Städte intakt lassen, wodurch die Entscheidung leichter falle, sie in einem Konflikt anzuwenden. Das ist jedoch ein sehr gefährliches und trügerisches Argument. Jeder Aggressor muß sich bereits darüber im klaren sein, daß immer das schwerwiegende Risiko besteht, daß die in den atomaren Arsenalen vorhandenen Waffen schließlich zum Einsatz kommen könnten. Diese Abschreckung existiert heute. Folglich ist wohl nur wenig dadurch zu erreichen, daß neue Waffen zu diesem Zweck eingeführt werden.

Mit Sicherheit würde jeder mögliche Gewinn für die Abschreckung mehr als aufgewogen durch die erhöhten Risiken eines tatsächlichen Einsatzes atomarer Waffen. Per definitionem kann man sich die Entscheidung über den Einsatz von Atomwaffen nicht erleichtern, ohne gleichzeitig die Wahrscheinlichkeit ihrer Anwendung zu erhöhen. Die Einführung von Neutronenwaffen wäre ein sehr gefährlicher Schritt auf dem Wege nach Armageddon. Man muß sich darüber im klaren sein, daß Neutronenbomben keine neuen und verblüffenden wissenschaftlichen Geistesprodukte sind. Ihr wesentliches Merkmal ist ihre geringe Stärke oder Explosivkraft; der Rest besteht lediglich aus eini-

gen Verfeinerungen zur Maximierung thermonuklearer Reaktionen im Gegensatz zur Spaltung. Die moderne Technik ermöglicht heute die Herstellung thermonuklearer Waffen, die so klein sind, daß sie in Artilleriegeschossen und kleinen Flugkörpern untergebracht werden können. Das Grundkonzept einer Anwendung der Neutronenwirkung wurde in den USA Ende der 50er Jahre in Betracht gezogen und ist seit dieser Zeit immer wieder aufgetaucht, zuletzt in den vergangenen zwei bis drei Jahren, als eine Modernisierung der NATO-Atomwaffenbestände diskutiert wurde. In den 60er Jahren wurde sogar bereits das Waffensystem „Davy Crockett" eingeführt, ein Bazooka-ähnlicher Typ mit geringer Sprengwirkung, dessen Tötungseffekt hauptsächlich auf Neutronenwirkung beruhte. Die Waffe wurde zurückgezogen, weil sie den Militärs damals nicht gefiel.

Es muß jedoch daran erinnert werden, daß bislang noch keine Regierungsentscheidung getroffen wurde, die neuen Modelle der Neutronenwaffen einzuführen. Präsident Carter sieht völlig zu Recht ihre Gefahr und widersetzt sich auch weiterhin diesem Schritt, trotz des politischen Drucks der Falken und einiger Wissenschaftler, die der Auffassung sind, jede neue Waffentechnik sollte praktisch ausgewertet werden. Zu niemandes Überraschung erklärte auch der sowjetische Präsident Breschnew am 17. November 1978 vor amerikanischen Senatoren, die Sowjetunion habe derartige Waffen vor vielen Jahren „getestet", sein Land habe jedoch gleichfalls nie begonnen, sie einzuführen. Beide Politiker sind wegen dieser zurückhaltenden Entscheidung zu loben, und die Bemühungen aller Völker der Welt sollten darauf gerichtet sein, sie in dieser Hinsicht zu bestärken. Man muß sich daran erinnern, daß es in beiden Ländern starken Druck militärisch-technischer Gruppen gibt, jede neue Waffe weiter auszubauen, und deshalb ist es so wichtig, daß wir in unseren Anstrengungen nicht nachlassen, um zu gewährleisten, daß die derzeitigen Entscheidungen nicht widerrufen werden.

Senator Nino Pasti, ein ehemaliger Kommandierender General der NATO-Streitkräfte, hat zu Recht darauf hingewiesen [1]), daß Neutronenwaffen gleichzeitig als Offensiv- und als Defensivwaffen aufgefaßt werden können. Der reduzierte Explosionsdruck der Neutronenbombe macht sie für offensive Zwecke ideal. Ein Aggressor würde es natürlich vorziehen, die Bevölkerung eines bestimmten Gebiets zu töten und die Industrie unangetastet zu lassen, so daß sie bei einer Okkupation in Betrieb genommen werden kann und nicht erst wieder aufgebaut werden muß.

Bei der Ablehnung der Neutronenbombe ist es außerdem wichtig, Klarheit darüber zu schaffen, daß es sich bei ihr – trotz allem, was zur Zeit darüber zu hören ist – nicht um eine gute militärische Waffe handelt. Zur Vernichtung von Panzern, wofür sie ja weithin empfohlen wurde, taugt sie nicht viel. Sie beschädigt den Panzer nicht, sondern bringt nur seine Besatzung um, und das unter Umständen erst Stunden oder Tage nach ihrem Einsatz. Wie soll ein Kommandeur im Feld erkennen, daß er einen Panzer außer Gefecht gesetzt hat, wenn das Fahrzeug selbst noch intakt aussieht?

1) Vgl. „Blätter", 1/1979, S. 27–36.

Informationen von offizieller Seite über die Effektivität der Neutronenbombe besagen, daß der Tötungsradius eines gegen Panzer eingesetzten Sprengkopfes mit verstärkter Strahlung im wesentlichen derselbe ist wie bei einer der heute zur Verfügung stehenden Kernspaltungswaffen. Ein massierter sowjetischer Panzerangriff wäre daher auch heute kein zweckmäßiges Vorgehen gegen die Streitkräfte der NATO. Es gibt allerdings einen Unterschied zwischen den beiden Typen, der die Neutronensprengköpfe in Wirklichkeit weniger effektiv macht. Der Bereich, innerhalb dessen ein Panzer durch Explosionsdruck vernichtet wird, ist bei der existierenden Kernspaltungswaffe viermal so groß wie bei ihrer potentiellen Nachfolgerin. Sich auf die Vernichtung eines Panzers allein durch Strahlung zu verlassen, ist auf dem Schlachtfeld eine sehr zweifelhafte Praxis, da nur die Besatzung, nicht aber der Panzer selbst betroffen wäre. Folglich gäbe es keine Möglichkeit, durch visuelle Beobachtung auszumachen, ob ein Panzer noch kampffähig ist. Dieser nachteilige Aspekt ist zu betonen, weil jemand, der einer tödlichen Dosis der Neutronenstrahlung ausgesetzt war, vielleicht für die Dauer von einigen Stunden noch nicht außer Gefecht gesetzt ist und möglicherweise mit dem Panzer weiterkämpfen kann, bis der Treibstoff aufgebraucht ist oder er abgelöst wird. Der Betreffende würde dann später erkranken und nach einigen Wochen oder innerhalb eines Monats sterben. Selbst wenn ein Besatzungsmitglied die fünffache tödliche Dosis erhalten hat – die Strahlungsmenge, die von der Armee für notwendig erachtet wird, um einen Panzer außer Gefecht zu setzen – könnte der Betroffene für einige Minuten keine Wirkung zeigen und sich sogar später vorübergehend so weit erholen, daß er eine Zeitlang als Kamikaze-Kämpfer wieder eingreifen kann.

Diese verzögerte und unsichtbare Art der Panzervernichtung ist äußerst unbefriedigend in einer Situation auf dem Schlachtfeld, wo der Truppenkommandeur wissen möchte, ob er einen Panzer außer Gefecht gesetzt hat oder nicht. Wenn die NATO also wirklich glaubwürdige Mittel zur erfolgreichen Reaktion auf sowjetische Panzerangriffe haben will, dann sollte sie sich besser auf vorhandene Waffen statt auf dieses neue technische Spielzeug verlassen. Moderne Präzisionslenkwaffen, die konventionelle Sprengstoffe verwenden, sind allerdings noch wirksamer gegen Panzer und vermeiden jegliches Risiko, es zum Beginn eines atomaren Konflikts kommen zu lassen. Gegner der Neutronenbombe können sich somit auf eine vorhandene, militärisch überlegene Alternative berufen.

Es ist weiter argumentiert worden, die Explosion einer Neutronenbombe werde im Gegensatz zu der ihr entsprechenden Kernspaltungsbombe am örtlichen Kriegsschauplatz keinen Fallout freisetzen, so daß die Truppen sich um keine Verseuchung zu kümmern brauchen und nach der Explosion schnell vorstoßen können. Das ist unrichtig sowohl im Hinblick auf Spalt- als auch auf Neutronenwaffen. Bereits 1945 zur Zeit von Hiroshima war bekannt und seitdem ist in zahlreichen Fällen bestätigt worden, daß bei der Explosion einer Kernspaltungsbombe in der Luft, wobei die Feuerkugel den Boden nicht berührt (für eine 10-Kilotonnen-Bombe liegt diese Höhe bei 150 m), der örtliche Fallout unbedeutend ist. Seit Jahren plant die Armee, ihre Atomwaffen so zu

zünden, daß der Fallout kein Problem darstellt. Im Fall der Neutronenbombe jedoch wird der die Erde erreichende massive Neutronenschauer Radioaktivität im Boden und im Material der Umgebung erzeugen, und die Strahlungswerte aus dieser Quelle werden hoch genug liegen, um militärische Operationen empfindlich zu stören.

Die exakten Strahlungswerte in einem beliebigen Kampfgebiet lassen sich nicht genau vorhersagen, da sie von den Chemikalien im Boden und im Material der Umgebung abhängen; Natrium und Mangan sind dabei besonders problematisch. Die Armee gibt jedoch zu, daß in einer für europäische Bedingungen typischen Situation sogar ein Soldat hinter dem Schutzschirm eines Panzers 1–2 rad[2]) (die oberen Grenze zulässiger Bestrahlung) bereits dann aufnehmen würde, wenn er das Gebiet nach der Explosion einer Neutronenbombe nur passiert. Ein Infanterist würde die zehn- bis zwanzigfache Menge erhalten und könnte für die Dauer von zwei oder mehr Tagen in dem betreffenden Gebiet nicht sicher operieren. Das Argument, die Neutronenbombe würde die Probleme einer Verseuchung des Kampfgebiets vermeiden, ist also zumindest äußerst irreführend.

Oft wird argumentiert, die Neutronenbomben würden die Städte Europas erhalten. Welch ein Unsinn! Zwar stimmt es, daß diese Waffen an sich keinen großen Radius im Hinblick auf Explosionsdruck und Hitzewirkung haben, aber für die Bevölkerung in der Nähe des Kriegsschauplatzes – bis zur Entfernung von über einer Meile vom Explosionspunkt einer solchen Bombe – würden sie schleichenden Tod bedeuten. Und realistisch betrachtet, würden nicht einmal die Gebäude verschont. General Arthur S. Collins Jr., der frühere Stellvertretende Oberkommandierende der amerikanischen Armee in Europa, hat in überzeugender Weise erklärt: „Wenn die NATO die zur begrenzten Anwendung, für Techniken des Einzelfeuers und zur Erzielung höchster Genauigkeit entwickelten Neutronenwaffen zur Verteidigung der NATO einsetzt, dann wird sie damit eine sowjetische Reaktion mit taktischen Atomwaffen herbeiführen; in diesem Punkt sollte es kein schludriges Denken geben." Er stellte außerdem fest: „Dieses neue Waffensystem wird bestenfalls wenig zur Verteidigung der NATO beitragen, im schlimmsten Fall könnte es zur Katastrophe führen." Wenn die Bomben der NATO die europäischen Städte nicht zerstören, dann werden es die sowjetischen Bomben mit Sicherheit tun.

Die Neutronenbombe wird die europäischen Städte nicht retten, sie macht es lediglich wahrscheinlicher, daß sie durch eine totale atomare Zerstörung dem Erdboden gleichgemacht werden. Außerdem erhöht sie die Wahrscheinlichkeit, daß die gessmte Welt zum Opfer einer atomaren Katastrophe wird. Carter und Breschnew müssen erfahren, daß die Welt sie in ihrer Entscheidung unterstützt, die von ihren Wissenschaftlern entwickelten Neutronenwaffen nicht einzuführen. Für die Völker Europas steht dabei ebensoviel, ja sogar mehr auf dem Spiel als für die Völker der USA und der UdSSR.

2) rad, rd: radiation absorbed dose, Einheit der Energiedosis; 1 Rd = 10^{-2} J/kg. (Anm. d. Übers.)

Neutronenwaffen sind jedoch nicht der einzige neue Typ von Atomwaffen, die das Risiko eines atomaren Weltbrandes erhöhen. Im strategischen Bereich sind gleichfalls neue Techniken zu erkennen, die eine atomare Katastrophe wahrscheinlicher machen. Die heutigen ballistischen Flugkörper werden in den USA und in der UdSSR mit mehreren Sprengköpfen in jeweils einer Rakete gebaut und sind unter der Bezeichnung MIRV[3]) bekannt. Die moderne Wissenschaft nähert sich dem Punkt, an dem künftige Modelle beider Länder über ausreichende Genauigkeit verfügen, um ein gehärtetes Silo für Interkontinentalraketen (ICBM) zerstören zu können. Sobald diese genauen MIRVs in ausreichender Menge zur Verfügung stehen, werden sie eine theoretische Bedrohung des ICBM-Anteils am Abschreckungspotential der Gegenseite herbeiführen. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt haben sowohl die USA als auch die UdSSR MIRV-Raketen installiert, erproben derartige Waffen mit größerer Genauigkeit und werden in absehbarer Zeit auch diese installiert haben. Tun sie das, dann wird es bedeutend weniger weltweite Sicherheit geben.

Derartige Waffen sind aus zwei Gründen besonders gefährlich. Da sie feste, am Boden stationierte Interkontinentalrakten bedrohen, solange sich diese noch in ihren Silos befinden, sind sie erstens am wirksamsten, wenn sie mit dem ersten Schlag eingesetzt werden. Daher stellen sie einen starken Anreiz dar, in Krisenzeiten einen Präventivangriff (preemptive attack) zu starten. Solche Anreize werden noch beträchtlich vergrößert, wenn beide Länder über dieses Potential verfügen, da man dann wüßte, daß ein versäumter erster Schlag der anderen Nation einen bedeutenden Vorteil einräumen würde. Nun ist es zwar höchst unwahrscheinlich, daß ein auch nur halbwegs vernünftiger führender Politiker den ersten Schlag zu führen in Erwägung zieht, obwohl er weiß, daß mit anderen Waffen aus den strategischen Arsenalen der Gegenseite – zum Beispiel würden U-Boot-Raketen und Bombenflugzeuge immer noch zur Verfügung stehen – der Vergeltungsschlag geführt werden könnte. Trotzdem ist es überaus gefährlich, einer Nation überhaupt irgendwelche Anreize zum Beginn eines atomaren Konflikts zu liefern.

Eine zweite und wahrscheinlich noch ernstere Konsequenz, zu der die Existenz einer derartigen Bedrohung der bodenstationierten Interkontinentalraketen führt, wäre das erhöhte Risiko eines durch Zufall ausgelösten Atomkriegs. Der zuverlässigste Weg, die Zerstörung der ICBM-Raketen in ihren Silos zu verhindern, bestände darin, ihren Start bereits bei der Warnung vor einem bevorstehenden Angriff zu ermöglichen. Radar und Infrarotsensoren an Satelliten sind durchaus in der Lage, den Abschuß von Raketen auszumachen und den führenden Politikern einer Nation eine Vorwarnzeit von 15 bis 30 Minuten zu geben, bevor die eintreffenden Sprengköpfe ihre Ziele erreichen, und es bestehen keine technischen Schwierigkeiten, eine ICBM-Rakete innerhalb einer so kurzen Frist abzufeuern. Danach würden die Sprengköpfe des Angreifers nur noch leere Silos treffen, und der Schlag wäre vergeblich. Eine solche Taktik ist jedoch überaus gefährlich, weil sie kurzgeschlossene

3) MIRV = Multiple independent reentry vehicle bzw. Multiple independently targetable reentry vehicles; Rakete mit Mehrfachsprengkopf: jede Nutzlaststufe enthält 3–10 Sprengköpfe, die nacheinander ausgestoßen werden und die verschiedenen Ziele auf ballistischer Bahn erreichen. (Anm. d. Übs.)

Befehls- und Kontrollstrukturen auf höchster Ebene erfordern und das Risiko erheblich vergrößern würde, daß der Start einer Rakete aufgrund einer Computerstörung oder eines sonstigen technischen Versagens erfolgt.

Die Einführung genauer MIRV-Interkontinentalraketen durch die USA, durch die UdSSR oder insbesondere durch beide kann daher das Risiko, daß ein Atomkrieg entweder durch einen Präventivschlag oder durch eine zufällige Panne ausgelöst wird, nur erheblich vergrößern. Es müssen alle Anstrengungen unternommen werden, die Einführung derartiger Systeme unter Kontrolle zu bringen.

Die Vereinbarungen von SALT II, deren Ratifizierung durch die USA und die UdSSR in nächster Zukunft zu erhoffen ist, werden einen wichtigen Schritt zur Kontrolle derartiger strategischer Waffen darstellen. Sie werden zum erstenmal für strategische Trägerwaffen Höchstwerte festsetzen, die niedrig genug liegen, um eine Reduzierung der vorhandenen Arsenale notwendig zu machen – eine wichtige Maßnahme auf dem Wege zu einer Umkehrung des Rüstungswettlaufs. Das Abkommen wird ferner zum erstenmal der Ablösung alter Waffen durch neue einige Beschränkungen auferlegen. Im Moment deutet der Augenschein jedoch nicht darauf hin, daß diese Beschränkungen weit genug gehen, um die Gewähr dafür zu bieten, daß genaue MIRV-Raketen keine Gefährdung des bodenstationierten ICBM-Anteils an der Abschreckung darstellen. Ein Höchstwert von 820 MIRV-Interkontinentalraketen wird festgelegt werden; diese Zahl liegt jedoch mehr als hoch genug, um genügend Sprengköpfe zur Vernichtung der 1000–1400 ICBM-Raketen der USA und der Sowjetunion übrig zu lassen. Zur Zeit hat die UdSSR Interkontinentalraketen mit nicht weniger als 8 bis 10 Mehrfachsprengköpfen getestet, die USA Raketen mit drei Köpfen. Wenn die erforderliche Zielgenauigkeit erreicht wird und die Einführung dieser Waffen ohne weitere Beschränkung vonstatten geht, dann werden beide Seiten über die potentielle Drohung verfügen, die ICBM-Raketen der Gegenseite vernichten zu können.

SALT II wird schließlich auch Bestimmungen vorsehen, die die Erprobung und Einführung neuer Typen interkontinentaler Raketen begrenzen. Testverbote für neue Techniken könnten die Möglichkeit beschränken, die Zielgenauigkeit zu verbessern. Dennoch wird das SALT-II-Abkommen beiden Seiten erlauben, einen neuen ICBM-Typ zu testen und vielleicht sogar vorhandene Typen zu modernisieren. Solche Hintertüren lassen unter Umständen den Weg zu einer Situation offen, in der beide Seiten über ausgesprochen destabilisierende Drohmöglichkeiten verfügen. SALT II ist daher zwar nützlich, jedoch allein nicht ausreichend. SALT III könnte zu schärferen Beschränkungen führen, zum Beispiel zu einer Reduzierung des ICBM-Testanteils auf sechs, wie das von Präsident Carter 1977 vorgeschlagen wurde. Verhandlungen über Rüstungskontrolle scheinen jedoch viel langsamer vonstatten zu gehen als die Waffentechnik sich entwickelt, und deshalb werden sich alle Länder nationale Zurückhaltung in ihren Rüstungsprogrammen auferlegen müssen, wenn wir wirklich einer Erhöhung der Atomkriegsrisiken vorbeugen wollen. Es ist wichtig, daß wir alle unseren Einfluß auf die führenden Politiker

dieser beiden Nationen geltend machen, damit sie von einer umfassenden Modernisierung ihrer nuklearen Bestände Abstand nehmen, wenn die Welt von den Schrecken eines atomaren Konflikts verschont bleiben soll. SALT II ist gut und sollte unterstützt werden, aber wir sollten uns nicht der Illusion hingeben, damit allein werde der atomare Rüstungswettlauf bereits gestoppt.

Die Diskussion über diese Themen sollte nicht auf die Debatten im Senat der USA oder im Politbüro der UdSSR beschränkt bleiben. Ihr Ergebnis wird sich auf alle Völker der Welt auswirken. Es hat mich daher besonders ermutigt, daß auf der Nordatlantischen Versammlung am 30. November 1978 in Lissabon der holländische Vertreter Klaas de Vries mit Nachdruck für SALT eintrat und sich mit Senator Jackson auseinandersetzte, einem führenden amerikanischen Gegner der SALT-Verhandlungen und der Rüstungskontrolle. Es ist eine bedauerliche Situation, wenn ein amerikanischer Senator der Meinung ist, er müsse die interne Debatte in den USA über SALT nach Europa tragen und Lobbygespräche mit führenden europäischen Vertretern aufnehmen – gegen einen Vertrag, der von den USA und der Sowjetunion unterzeichnet würde und der die Unterstützung führender europäischer Politiker gefunden hat. Andererseits war es besonders ermutigend, daß der Holländer de Vries die Trugschlüsse in der Argumentation Senator Jacksons aufdecken konnte. Er schien über die Realitäten strategischer Abschreckung mehr zu wissen als Senator Jackson, der sich selbst zum Senatsexperten in dieser Sache ernannt hat. Die meisten Einwände Senator Jacksons gegenüber SALT bezogen sich darauf, daß die Vereinbarungen diejenigen Verbote nicht enthalten, die den Interessen der NATO entsprechend bewußt ausgeklammert wurden. Man muß den holländischen Vertreter dafür loben, daß er es verhindert hat, daß die NATO-Vertreter dazu gebracht wurden, die Position der amerikanischen Falken zu übernehmen, die versuchen, jede Anstrengung zur atomaren Rüstungskontrolle zu sabotieren und gleichzeitig Waffensysteme wie die „Neutronenbombe" und neue MIRV-Interkontinentalraketen fördern, die die Gefahr einer atomaren Katastrophe vergrößern.

Ein zweiter Vertrag, der parallel zu SALT II auszuhandeln ist, den schließlich jedoch alle Länder der Welt unterzeichnen sollen, ist der Umfassende Vertrag über das Verbot von Kernwaffenversuchen. Mit ihm wäre ein für allemal das Wettrennen zwischen den USA und der Sowjetunion beendet, immer neue und noch höherentwickelte Atomwaffen zu entwerfen, und der Vertrag wäre damit ein wichtiger Beitrag zur Einschränkung des qualitativen Wettrüstens. Vielleicht noch wichtiger ist jedoch, daß er uns dem Ziel ein wichtiges Stück näherbringen würde, die Ausdehnung von Atomwaffen auf weitere Länder einzudämmen. Zwar könnte ein Land einige primitive Kernwaffen ohne jeden Test lagern, den meisten Ländern würde eine solche Möglichkeit jedoch nicht genügen. Somit würde der Vertrag für die beigetretenen Länder ein Hindernis beim Erwerb eines Atomwaffenpotentials darstellen. Da es auf der ganzen Welt ein deutliches Eintreten der Bevölkerung für einen vollständigen atomaren Teststopp gibt, dürften es viele Länder politisch sehr schwierig finden, dem Vertrag nicht beizutreten. Ein umfassendes Testverbot wird noch nicht das Ende einer Weiterverbreitung von Atomwaffen gewährleisten, aber ohne

ein solches Verbot ist es nahezu sicher, daß mehr und mehr Länder schließlich derartige Waffen erwerben. Und je weiter verbreitet Kernwaffen sind, desto wahrscheinlicher wird ihre Anwendung; die Vorstellung, übernationale Terroristengruppen könnten derartige Waffen erwerben, ist erschreckend genug.

Zusammengefaßt ergibt sich:

– Wir müssen mit höchster Priorität dafür sorgen, daß der Beginn eines atomaren Konflikts weniger wahrscheinlich wird.

– Wir müssen die Entwicklung, Beschaffung und Einführung aller neuen Waffen einstellen, die den Einsatz atomarer Waffen wahrscheinlicher machen. Die Neutronenbombe und zielgenaue MIRV-Raketen sind dafür nur zwei besonders flagrante Beispiele.

– Wir müssen schneller Vereinbarungen herbeiführen, die die Atomwaffenbestände reduzieren und die Entwicklung neuer Typen einschränken. SALT II und das umfassende Testverbot sind zwei Beispiele, die heute durchgesetzt werden müssen.

– Wir müssen zu einer gleichzeitigen nationalen Zurückhaltung im Hinblick auf nukleare Rüstungsprogramme kommen und dafür nicht warten, bis Verträge ausgehandelt worden sind.

– Wir müssen den führenden Politikern die weltweite Unterstützung von Programmen demonstrieren, die die Atomwaffen begrenzen und abbauen, und wir müssen der Propaganda entgegenwirken, deren Ziel es ist, zwischen den Nationen paranoide Angst zu erzeugen anstelle der berechtigten Furcht vor den Konsequenzen eines Atomkrieges.

Das „Europäische Währungssystem" – eine erweiterte „DM-Zone"?

Von Axel Pinck und Ludwig Schröder

Das neue Jahr begann für die EG mit einem Eklat. Das Anfang Dezember 1978 nach langwierigen Verhandlungen verabschiedete Europäische Währungssystem (EWS) konnte nicht, wie vorgesehen, zum 1. Januar 1979 in Kraft treten. Das EWS sollte den bis dahin bestehenden Währungsverbund von EG-

und Nicht-EG-Mitgliedern, die sogenannte „Schlange", ersetzen. Der „Schlange" – auch als „DM-Zone" bezeichnet – gehörten neben der Bundesrepublik Dänemark, Norwegen, Belgien, die Niederlande und Luxemburg an. Mit dem vorläufigen Nichtinkrafttreten des EWS wurde der bislang aussichtsreichste Versuch, die Integration in der EG durch feste Wechselkurse der EG-Währungen untereinander zu vertiefen, zumindest verzögert. Daß dies ausgerechnet im Wahljahr zum „Europäischen Parlament" geschieht, ist für die verantwortlichen Politiker besonders peinlich. Sie hätten dem an den Wahlen ohnehin wenig interessierten Wahlvolk gern einen greifbaren Fortschritt in der Europapolitik präsentiert.

„Schuld" am vorläufigen Scheitern des EWS sind die Franzosen. Zwar gehört Giscard zusammen mit Helmut Schmidt zu den Initiatoren und Verfechtern des EWS – innenpolitische Rücksichten veranlaßten ihn jedoch, den Start des neuen Währungssystems platzen zu lassen. Offensichtlich sieht er sich gegenüber einer starken innenpolitischen EG-Kritik genötigt, noch zusätzliche Vorteile für die französische Wirtschaft herauszuhandeln, um das EWS innenpolitisch leichter durchsetzen zu können[1]).

Dem Rückzieher Giscards waren im Jahre 1978 komplizierte Verhandlungen über das EWS vorausgegangen. Großbritannien, immer noch um den Wert seines Pfundes besorgt und vor einem kritischen Wahlkampf stehend, sagte seine Teilnahme am EWS von vornherein ab. Italien und Irland als wirtschaftlich schwächste EG-Länder verhandelten hart und ließen sich ihre Teilnahme am EWS teuer bezahlen (s. u.).

Die in den Verhandlungen über das EWS und beim Anlaufen des Währungssystems auftretenden Probleme sind symptomatisch für die Integration in der EG, die unter kapitalistischen Bedingungen verläuft: alle Schritte der Integration unterliegen der kapitalistischen „Rationalität", sie dienen, mittelbar oder unmittelbar, der Bereicherung und Expansion des Systems, einzelner Monopol- oder Finanzgruppen bzw. Einzelkapitale. Die kapitalistische Integration verschärft damit die Konkurrenz sowohl zwischen monopolisierten und nichtmonopolisierten als auch zwischen in- und ausländischen Kapitalen. Sie entpuppt sich nicht, wie von ihren Apologeten behauptet, als Schlichter und Harmonisierer der kapitalistischen Wirtschaft, sondern im Gegenteil als Beschleuniger der Konkurrenzverschärfung und der weiteren Monopolisierung[2]). Zusätzlich wird die Ausgestaltung der Integration zum Gegenstand des erbitterten Konkurrenzkampfes und des Kampfes um die Sicherung der eigenen Pfründe und der Vorherrschaft innerhalb des Integrationsraumes.

Es kann daher nicht verwundern, daß die wirtschaftliche Lage in den EG-Ländern trotz der „Integration" denkbar ungleich ist. Die in den Römischen Verträgen verankerte „Harmonisierung des Wirtschaftslebens" ist leere Floskel

1) Siehe auch „Handelsblatt" v. 8. 1. 1979: „In Finanzkreisen der französischen Hauptstadt wird nicht ausgeschlossen, daß die Verzögerung der Einsetzung des EWS nicht nur ausschließlich ‚agrimonetäre' Gründe hat." Eine niedrigere Bewertung des Franc gegenüber der D-Mark in der Verzögerungszeit scheint unerwünscht.
2) Aus Platzgründen soll hier nur die Problematik der kapitalistischen Integration angerissen werden. Der interessierte Leser findet weiterführende Hinweise zu diesem Thema u. a. bei H. J. Axt, Staat, multinationale Konzerne und politische Union in Westeuropa, Köln 1978.

geblieben. Insbesondere im Gefolge der Krise 1975/76, die die EG-Länder in sehr unterschiedlichem Maße traf, entwickelten sich die Volkswirtschaften der EG-Länder weiter auseinander. So ist das wirtschaftliche Gefälle zwischen den „reichen Provinzen" der EG und ihren „armen" Regionen weiter gewachsen. Die Inflationsraten in der EG schwanken zwischen rund 12% (Italien) und knapp 3% (BRD), die Volkswirtschaften wachsen mit stark voneinander abweichenden Wachstumsraten. Ähnliches gilt für die weiterhin hohe Arbeitslosigkeit. Bei einer Gemeinschaftsrate von gut 5% schwanken die Arbeitslosenquoten in den Mitgliedsländern zwischen 9% (Irland) und weniger als 1% (Luxemburg). In enger Nachbarschaft zueinander leben in der EG Staaten mit hohem Außenhandelsüberschuß (z. B. BRD) und solche mit Zahlungsbilanzdefiziten (Dänemark, Frankreich). Diese Unterschiede werden zudem durch Strukturkrisen (z. B. Stahl, Textil, Werften) verschärft, deren Ursachen sowohl in weltweiten Strukturverschiebungen als auch in technologisch bedingten Umwandlungen des Produktionsprozesses liegen[3]). Abgesehen von geringen Mitteln aus dem EG-Sozial- und Regionalfonds sowie einigen wenigen EG-Wirtschaftsprogrammen für einzelne Branchen reagierten die EG-Länder auf ihre Wirtschaftsprobleme mit nationalstaatlichem Krisenmanagement. Eine gemeinsame EG-Konjunkturpolitik gibt es nicht. Im Gegenteil: Gerade in den letzten Jahren ist in der EG eine Tendenz zu desintegrierenden, protektionistischen Maßnahmen erkennbar.

Das EWS wäre das erste Währungssystem der EG. Bei der Gründung der EWG richtete sich das Währungsgeschehen in den kapitalistischen Staaten nach den Regeln des 1944 verabschiedeten Währungssystems von Bretton Woods, dem auch die EWG-Mitgliedsstaaten ihre Währungen unterstellten. Das System von Bretton Woods beinhaltete feste Wechselkurse innerhalb gewisser Bandbreiten zum US-Dollar und damit auch feste Wechselkurse der Währungen untereinander. Der Dollar befand sich in einem festgeschriebenen Kurs zum Gold. Die USA, nach dem Krieg mit riesigen Goldreserven ausgestattet, verpflichteten sich, Dollars jederzeit in Gold umzutauschen; eine Verpflichtung, die sie schon Mitte der 50er Jahre nicht mehr hätten einhalten können. Mit dem System von Bretton Woods war der Dollar offiziell zum Wertmesser aller kapitalistischen Währungen geworden. Er wurde zum Weltzahlungsmittel, zur „Weltwährung". Den USA eröffnete dieses auf den Dollar zugeschnittene System ungeheuren wirtschaftlichen Einfluß und einen bedeutenden Machtzuwachs. Die jahrelangen Außenhandelsdefizite der USA und ihre im Vergleich zu Japan und der EG sinkende ökonomische Stärke führten im Rahmen des Bretton-Woods-Abkommens zu mehreren Abwertungen des Dollars, der Rücknahme der Goldeinlösepflicht und schließlich 1970 bis 1973 zum Zusammenbruch des Systems.

Solange das Bretton-Woods-System bestand und die Führungsrolle des Dollars unstrittig war, gab es kaum Anlaß, an ein eigenes westeuropäisches Währungssystem zu denken. Erst nach dem Zusammenbruch 1973 schlossen sich

3) Vgl. dazu auch die „WSI-Mitteilungen", 12/1977. Auf das Problem der Produktionsverlagerung in sogenannte Billiglohnländer kann hier nicht ausführlicher eingegangen werden.

mehrere westeuropäische Staaten mit dem Ziel zusammen, künftig feste Wechselkurse untereinander zu halten. In der Öffentlichkeit wurde dieser Zusammenschluß die „Währungsschlange" genannt. Bei Gründung der „Schlange" traten bei: die Bundesrepublik, Belgien, die Niederlande, Luxemburg, Dänemark, Frankreich, Norwegen und Schweden. Großbritannien und Italien waren wegen der Schwäche ihrer Währungen gar nicht erst beigetreten. Schweden sowie Frankreich traten aus der „Schlange" aus, als ihre Währungen abwerten mußten.

Aus der Sicht der EG stellte die „Schlange" keine befriedigende Lösung der EG-Währungsprobleme dar, da mit Frankreich, Großbritannien und Italien drei wichtige Länder im Währungsverbund fehlten. Es gab daher in der Vergangenheit mehrere Versuche, auf EG-Ebene zu einer stärkeren Wirtschafts- und Währungskoordination zu kommen. Bereits im Oktober 1970 wurde von einer nach dem luxemburgischen Ministerpräsidenten Werner benannten Kommission ein Stufenplan zur Schaffung einer Wirtschafts- und Währungsunion vorgelegt (Werner-Plan), der ab 1974 eine erhebliche Vereinheitlichung der Wirtschafts- und Währungspolitik der EG vorsah. Der Werner-Plan wurde von den widersprüchlichen ökonomischen Entwicklungen in der EG ebenso überrollt wie der 1975 vorgelegte Tindemans-Bericht, in dem der wirtschafts- und währungspolitische Zusammenschluß nur der stärkeren EG-Länder vorgeschlagen wurde. Erst 1978, 5 Jahre nach dem Zusammenbruch des Weltwährungssystems, war es möglich, sich auf die Grundzüge eines „Europäischen Währungssystems" zu einigen.

In welcher Weise soll das EWS nun funktionieren; wie unterscheidet es sich vom bereits erwähnten Werner-Plan; ist es gerechtfertigt, im Gegensatz zur Währungsschlange von einem „System" zu sprechen? Nicht neu ist eine feste Bindung der verschiedenen westeuropäischen Währungen zueinander. Mit Ausnahme Italiens, dem eine sechsprozentige Schwankungsbreite zugestanden wurde, sowie Großbritanniens, das sich dem Verbund gegenwärtig praktisch noch nicht anschließen will, sollen die restlichen sieben EG-Währungen nicht mehr als 2,25% nach oben und unten auseinanderdriften. Dieses Währungsgitter, bei dem jede Mitgliedswährung zu jeder anderen Mitgliedswährung einen festen Kurs hat, wird ergänzt durch eine ebenso feste Bindung an die Europäische Währungseinheit EWE/ECU (European Currency Unit), eine künstliche Rechengröße. Der Wert dieses ECU setzt sich aus den neun EG-Währungen zusammen, deren Anteil am ECU nach der Wirtschaftskraft des jeweiligen Landes gewichtet wird.

Der aktuelle DM-Wert des ECU liegt etwa bei DM 2,50. Eine etwaige Aufwertung der DM z. B. würde ihren Anteil im Korb und den DM-Wert des ECU erhöhen.

Um die gewünschten festen Währungsparitäten untereinander zu gewährleisten, hat man ein Alarmsystem eingebaut. Es ist vorgesehen, daß bei einer Abweichung der jeweiligen Währung von dreiviertel des maximal zulässigen Wertes von den betroffenen Ländern erste währungs- und wirtschaftspoliti-

sche Maßnahmen getroffen werden sollen, die in Art und Umfang jedoch noch nicht feststehen.

So entsteht folgender Währungskorb:

Tabelle 1

Währungskorb des ECU

Deutsche Mark	33 %
Französischer Franc	*19,9%*
Britisches Pfund	*13,2%*
Holländischer Gulden	*10,4%*
Italienische Lira	*9,8%*
Belgischer Franc	*9,1%*
Dänische Krone	*3,1%*
Irisches Pfund	*1,1%*
Luxemburgischer Franc	*0,4%*
	100,0%

Zur Stabilisierung gefährdeter schwacher Währungen werden die bestehenden Kreditmechanismen zum Währungsausgleich ausgeweitet. Sehr kurzfristige Kredite (45 Tage) in nicht begrenzter Höhe sowie kurzfristige Kredite (6 Monate) im Volumen von 14 Mrd. ECU können nun zur Verfügung gestellt werden. Kann ein Land dann seine Schulden noch nicht zurückzahlen, so steht noch ein mittelfristiger Kredit in Höhe von 11 Mrd. ECU zur Verfügung. Dessen Vergabe ist allerdings an wirtschaftspolitische Auflagen geknüpft. Als Interventionsbasis für den Saldenausgleich müssen die nationalen Notenbanken der Mitgliedsländer ein Fünftel ihrer Gold- und Dollarreserven beim Europäischen Fonds für währungspolitische Zusammenarbeit hinterlegen. Das wären gegenwärtig ca. 11 Mrd. ECU. Nach einer Übergangszeit von zwei Jahren soll dann ein Europäischer Währungsfonds (EWF) nach dem Vorbild des Washingtoner IWF entstehen. Dieses recht verwirrende währungstechnische Gebilde, zum Teil bereits von den „Schlangenländern" erprobt, in seinen neuen Teilen besonders in der praktischen Durchführbarkeit ungewiß und kompliziert, würde bei seiner Verwirklichung eine Weiterentwicklung der bisherigen währungspolitischen Zusammenarbeit in Westeuropa bedeuten.

Auffallend ist dabei das große Interesse und die große Eile, mit der von deutscher Seite auf dieses „historische Ereignis" hingearbeitet wurde. Kanzler Schmidt, sein Finanzminister Matthöfer, der in Visionen bereits die EG-Angestellten in ECU entlohnt sieht[4]), sowie Finanzstaatssekretär Lahnstein haben die übrigen EG-Staaten in währungspolitischen Eilmärschen zum Abschluß der EWS-Vereinbarung getrieben. So ist die Frage, wer an einer größeren Stabilität der Währungsbeziehungen das größte Interesse hat, leicht beantwortet. An der westdeutschen Exportindustrie, die ihre Auslandsgeschäfte sogar innerhalb der EG nur parallel mit Kurssicherungsaktionen abschließen kann, wird das manifeste wirtschaftliche Interesse deutlich. (Vgl. Tabellenanhang

4) „Wirtschaftswoche", v. 8. 1. 1979.

„Außenhandel".) Ein Interesse, das durch die Dauerkrise des US-amerikanischen Dollars mit seinen Belastungen für die D-Mark noch deutlich unterstrichen wird.

In den EG-Staaten, wie Italien, Irland, Großbritannien oder Frankreich, die nicht zur alten Währungsschlange gehörten, ist die Freude über den Beitritt zum EWS nicht so enthusiastisch. In Italien konnte nur mit erheblichen Zugeständnissen, wie direkten Transferzahlungen, Kredit- und Investitionszusagen sowie einer erlaubten Schwankungsbreite von 12% ein sofortiger Beitritt zum EWS durchgesetzt werden. Irland ließ sich die Ankoppelung ans EWS und die Abkoppelung vom britischen Pfund Sterling mit rund 270 Mio. Pfund Wirtschaftshilfe versüßen, die im übrigen zu gut 50% aus bundesrepublikanischen Kassen stammen. Die Regierung Großbritanniens, die den EWS-Vertrag zwar unterschrieben hat, aber in der Praxis noch nicht beigetreten ist, sieht darin keine Garantie für eine dauerhafte positive wirtschaftliche Entwicklung. Die Briten fürchten, daß das Pfund im EWS schon bald unter Abwertungsdruck geraten könnte. Außerdem möchte Callaghan den Wert der britischen Währung noch nach unten flexibel halten, um die dringend benötigten Exporte in die übrigen EG-Länder zu verbilligen. Die Briten kritisieren, daß sich in der konkreten Ausgestaltung der EWS-Mechanismen zu deutlich die Interessen der Bundesrepublik und zu wenig die der anderen größeren EG-Mitglieder, Italien, Frankreich und Großbritannien, widerspiegeln[5]).

Die Haltung Frankreichs, dessen Staatspräsident einer der Initiatoren des Währungssystems war und das mit der Begründung des ungelösten Grenzausgleichsproblems für Agrarprodukte für eine Verzögerung des ursprünglich auf Anfang Januar terminierten Startschusses sorgte, zeigt die ganze Problematik des EWS. Während Giscard eine „Zone der Währungsstabilität", des Stopps „der Desintegration, ... der Auflösung des gemeinsamen (Agrar-) Marktes"[6]) propagierte, nehmen die Bedenken in Frankreich gegen einen Beitritt zu.

Schon zweimal, 1974 und 1976, mußte der französische Franc aus dem westeuropäischen Block fester Wechselkurse ausscheiden. Für 1979 stehen die Chancen nicht viel besser. Bei einer Inflationsrate, die 1978 mit 10% nahezu fünfmal so hoch war wie in der BRD und die auch für 1979 ähnlich hoch erwartet wird, ist der Spekulationsdruck auf den Franc, sind weitere Abwertungen geradezu vorprogrammiert. Etwaige Stützungskredite in Milliardenhöhe, nach dem EWS möglich, hat eine französische Regierung zur Absicherung ihres Wechselkurses noch nie aufgenommen. Sollte Frankreich einem System fester Wechselkurse beitreten, so würde (wie auch konservative Kritiker fürchten) der Franc eine Satellitenwährung der D-Mark, würde die angestrebte Unabhängigkeit von den USA auf eine Unterordnung unter das deutsche Modell hinauslaufen. In der Zeitschrift „Le monde diplomatique" vermerkt man gar, daß Frankreich in der deutschen Kommandozentrale der Eu-

5) Vgl. die Rede des britischen Schatzkanzlers Healey vor dem britischen Unterhaus am 2. 11. 1978 in: „Handelsblatt" v. 7. 12. 1978.
6) „Frankfurter Allgemeine Zeitung" (FAZ) v. 24. 11. 1978.

ropa-Finanz- und Wirtschaftspolitik künftig nur noch ein Klappstuhl zukomme, daß die französische Regierung der BRD einen dominierenden Einfluß selbst auf die französische Innenpolitik ermögliche[7]). Michel Debré, ehemaliger Ministerpräsident: „Wenn ich den deutschen Kanzler sagen höre, daß sich das europäische Parlament nicht mit seinen vertraglich festgelegten Rechten zufriedengeben wird, dann ist das eine Sprache, die wir schon einmal zu hören bekommen haben. Sie will sagen, daß Verträge nicht mehr respektiert werden. . . . Wenn Frankreich nicht ausreichende wirtschaftliche und industrielle Anstrengungen macht, könnte man hier in Deutschland wieder davon anfangen, daß Frankreich sich auf Landwirtschaft und Tourismus beschränken soll. Und das nehmen wir nicht mehr hin."[8])

Den Bemühungen, Länder, die nicht der EG angehören, zu einer positiven Haltung zum EWS zu bewegen, war nicht einmal bei Norwegen, das bis zum Schluß der Schlange angehörte, Erfolg beschieden. Schweden, Finnland, Österreich und die Schweiz bekannten sich zwar zu einem System stabiler Währungsverhältnisse, lehnen aber die verpflichtende Einbindung in das europäische Währungssystem gegenwärtig ab.

In der Bundesrepublik selbst sind die Meinungen geteilt. Der wissenschaftliche Beirat, die fünf wirtschaftlichen Forschungsinstitute, der Sachverständigenrat und auch die Bundesbank äußerten sich skeptisch zum Schicksal des neuen Währungssystems. Die kritischen Einwände all dieser Institutionen laufen auf einen Punkt hinaus. Es wird befürchtet, daß die stabilitätspolitische Strategie der Bundesregierung, die sich bei Hinnahme von Massenarbeitslosigkeit in einer niedrigen Inflationsrate und hohen Gewinnen für die Unternehmen ausdrückt, durch das milliardenschwere Interventionspotential des EWS unterlaufen werden könnte. Käme ein Mitgliedsland an die unteren Indikationspunkte und die BRD entsprechend an die oberen, so könnte die Bundesbank gezwungen sein, ihr strenges Geldmengenziel aufzugeben und dem Aufwertungsdruck auf die D-Mark mit einer Ausweitung des Geldangebots zu begegnen. Dies wiederum könnte Inflationsimpulse auslösen[9]). Man sieht die Gefahr, daß gegenwärtig noch kein griffiges wirtschaftspolitisches Instrumentarium vorliegt; daß es der Bundesrepublik deshalb noch nicht gelingen könnte, die nationalen Wirtschaftspolitiken der Mitgliedsländer in ihrem Sinne zu „harmonisieren".

Es ist unwahrscheinlich, daß die „Macher" des EWS diese Gefahren für die von ihnen selbst vorangetriebene Politik der Geldwertstabilität nicht gesehen haben. Eine besondere Rücksicht auf die Interessen der abhängig Beschäftigten wird kaum eine Rolle gespielt haben, da allenfalls eine Tendenz zur Erhöhung der Verbraucherpreise besteht und mit der Einführung des EWS sicherlich keine neuen Arbeitsplätze geschaffen werden. Wahrscheinlicher ist da

7) Vgl. ebd.
8) „stern" v. 4. 1. 1979.
9) Vgl. „Handelsblatt" v. 7. 12. 1978: „Selbst nach den günstigsten Schätzungen wird die italienische Inflation in den nächsten drei Jahren zusammen 30% erreichen. Das bedeutet eine Differenz von 11,7% gegen den geschätzten Durchschnitt der Währungspartner und 20,8% im Vergleich zur Deutschen Mark. Bei kritischen Schätzungen würde die Differenz sogar 30% gegenüber der Durchschnittswährung ECU und über 40% gegenüber der D-Mark ausmachen."

schon, daß die Interessen der Exportindustrie sehr massiv politisch zur Geltung gebracht werden konnten. Für die BRD würde die Einführung des EWS bedeuten, daß ca. 50% des Außenhandels zu festen Kursen abgewickelt werden könnten. Mindestens genauso wichtig dürfte eine Verbesserung der Position gegenüber dem Dollar sein, dessen handelspolitisch wichtige, aber schwierige und kostspielige Stützung man auf mehr – vor allem auf Frankreichs – Schultern verteilen möchte. Die bundesdeutschen Wirtschaftspolitiker wissen genau, daß die größere Unabhängigkeit vom Dollar und der offensive Ausbau der eigenen Position im System der kapitalistischen Zahlungsbeziehungen nur durch eine gemeinsame Haltung der wirtschaftlich stärksten EG-Länder erreicht werden kann[10]).

Einen Sinn ergäbe es ebenfalls, wenn die Befürchtungen vor allem der französischen Kritiker des EWS zuträfen. Diese befürchten ja, daß mit der Einführung des EWS die Unterordnung der nationalen Wirtschaftspolitik unter das oberste Ziel der Geldwertstabilität bei Inkaufnahme von Massenarbeitslosigkeit verbunden wäre. Genau dies ist das wirtschaftspolitische Konzept der Bundesrepublik, der als größtem Einzahler in den Fonds über die Kontrolle der Bedingungen bei mittelfristigen EWS-Stützungskrediten zusätzliche direkte Einflußmöglichkeiten auf die Volkswirtschaften der Mitgliedsländer erwachsen würden.

Die „Wirtschaftswoche" bekennt offen das Ziel, „die Wirtschaftspolitik der schwächeren EG-Mitglieder ... nach deutschem Muster zu disziplinieren"[11]). So gesehen, handelt es sich um eine neue Offensive des bundesdeutschen Kapitals, die um so wirkungsvoller wäre, als mit der Wahl zum EG-„Parlament" ebenfalls im Jahre 1979 die wirtschaftlichen Expansionsversuche auch auf der politischen Ebene ihre Entsprechung finden werden.

TABELLENANHANG

Tabelle 2
Außenhandel der EG in Mrd. Eur.)*

Jahr	*Import*	*Export*
1958	*23,654*	*22,102*
1965	*39,367*	*34,953*
1968	*46,023*	*43,806*
1970	*59,367*	*55,712*
1972	*67,187*	*67,357*
1973	*82,933*	*79,366*
1974	*124,942*	*109,155*
1975	*117,800*	*113,980*
1976	*140,328*	*124,251*

*) 1 Eur. = 3,21978 DM.

10) Vgl. Sanio/Breuer, Die EWG und die Krise des kapitalistischen Währungssystems, in: Deppe (Hrsg.), Europäische Wirtschaftsgemeinschaft, Reinbek 1975, S. 295.
11) „Wirtschaftswoche" v. 8. 1. 1979.

Tabelle 3
Innergemeinschaftlicher Handel in Mrd. Eur.)*

Jahr	
1958	*11,563*
1965	*29,578*
1968	*39,223*
1970	*56,465*
1972	*73,604*
1973	*88,596*
1974	*111,829*
1975	*111,222*
1976	*133,162*

*) 1 Eur. = 3,21978 DM.

Quelle: Statistisches Amt der Europäischen Gemeinschaften – Außenhandelsstatistik.

Tabelle 4
Handel der Bundesrepublik mit den EG-Partnerstaaten in Mrd. Eur.)*

Jahr	*Import*	*Export*
1958	*2,470*	*3,040*
1965	*7,840*	*7,653*
1968	*9,527*	*11,037*
1970	*14,842*	*15,840*
1972	*19,743*	*19,976*
1973	*22,675*	*25,235*
1974	*26,726*	*32,146*
1975	*28,369*	*29,988*
1976	*33,397*	*36,592*

*) 1 Eur. = 3,21978 DM.

Tabelle 5
Handel der Bundesrepublik mit Drittländern in Mrd. Eur.)*

Jahr	*Import*	*Export*
1958	*4,891*	*5,767*
1965	*9,632*	*10,240*
1968	*10,623*	*13,806*
1970	*14,972*	*18,349*
1972	*16,883*	*22,587*
1973	*20,746*	*28,318*
1974	*28,863*	*39,443*
1975	*28,916*	*38,837*
1976	*35,907*	*43,468*

*) 1 Eur. = 3,21978 DM.

Quelle: Statistisches Amt der Europäischen Gemeinschaften – Außenhandelsstatistik.

Tabelle 6
Welt-Ausfuhr 1977/78

20 größte Länder[1]) *der Ausfuhr (fob)*	*1. Hj. 1977* *Mrd. $*	*in %*	*1. Hj. 1978* *Mrd. $*	*in %*
1. Verein. Staaten (1)	*61,1*	*12,2*	*68,0*	*12,2*
2. BR Deutschland (2)	*56,6*	*11,3*	*67,1*	*12,0*
3. Japan (3)	*37,6*	*7,5*	*46,2*	*8,3*
4. Frankreich (4)	*32,4*	*6,5*	*38,6*	*6,9*
5. Großbritannien (5)	*27,9*	*5,6*	*34,4*	*6,2*
6. Niederlande (6)	*21,7*	*4,3*	*24,5*	*4,4*
7. Italien (7)	*21,3*	*4,2*	*24,5*	*4,4*
8. Kanada (8)	*21,6*	*4,3*	*23,6*	*4,2*
9. Belgien (10)	*19,0*	*3,8*	*21,7*	*3,9*
10. Saudi-Arabien (9)	*20,1*	*4,0*	*17,4*	*3,1*
11. Iran (11)	*12,0*	*2,4*	*11,7*	*2,1*
12. Schweiz (13)	*8,1*	*1,6*	*10,9*	*2,0*
13. Schweden (12)	*9,8*	*2,0*	*10,3*	*1,8*
14. Australien (14)	*6,5*	*1,3*	*6,9*	*1,2*
15. Spanien (17)	*5,2*	*1,0*	*6,2*	*1,1*
16. Brasilien (15)	*6,2*	*1,2*	*5,8*	*1,0*
17. Südafrika (–)	*4,6*	*0,9*	*5,8*	*1,0*
18. Österreich (–)	*4,7*	*0,9*	*5,7*	*1,0*
19. Südkorea (20)	*4,5*	*0,9*	*5,7*	*1,0*
20. Dänemark (19)	*5,0*	*1,0*	*5,7*	*1,0*
20 größte Länder	*385,9*	*76,9*	*440,7*	*78,9*
Welt-Ausfuhr	*502,1*	*100,0*	*558,0*	*100,0*

[1]) Ohne Staatshandelsländer. In Klammern: Rang im Vorjahr.
Quelle: s. Tabelle 7 (auf S. 174).

Jürgen Ostrowsky / Wolfgang Geisler

Südafrika

Rassismus, Imperialismus, Befreiungskampf
160 Seiten, DM 12,80

„Mit dem Buch hat der Leser eine kompakte Darstellung und Analyse der südafrikanischen Apartheid-Politik in der Hand, die sich durch eine beachtliche Fülle von Detailinformationen auszeichnet. Die Fakten, Statistiken und Dokumente sind sorgfältig recherchiert und zusammengestellt. Der vorliegende Band ist allen Gruppen, die sich näher mit Südafrika befassen wollen, aber auch Lehrern und Multiplikatoren, zu empfehlen."

Weltmission Evangelisches Missionswerk

Pahl-Rugenstein

Tabelle 7
Welt-Einfuhren 1977/78

20 größte Länder[1]) der Einfuhr (cif)	1. Hj. 1977 Mrd. $	1. Hj. 1977 in %	1. Hj. 1978 Mrd. $	1. Hj. 1978 in %
1. Verein. Staaten (1)	77,5	15,0	89,1	15,2
2. BR Deutschland (2)	48,9	9,4	58,0	9,9
3. Frankreich (4)	35,8	6,9	40,2	6,9
4. Großbritannien (5)	32,6	6,3	38,3	6,5
5. Japan (3)	35,3	6,8	37,7	6,4
6. Niederlande (6)	23,5	4,5	26,0	4,4
7. Italien (7)	23,9	4,6	24,6	4,2
8. Belgien (9)	20,6	4,0	23,5	4,0
9. Kanada (8)	21,8	4,2	22,8	3,9
10. Schweiz (11)	8,4	1,6	11,3	1,9
11. Saudi-Arabien (13)	8,0	1,5	9,9	1,7
12. Schweden (10)	10,4	2,0	9,4	1,6
13. Spanien (12)	9,3	1,8	9,1	1,6
14. Österreich (14)	6,6	1,3	7,5	1,3
15. Iran (15)	6,8	1,3	7,5	1,3
16. Australien (16)	6,8	1,3	7,2	1,2
17. Dänemark (17)	6,7	1,3	7,0	1,2
18. Brasilien (18)	6,6	1,3	6,9	1,2
19. Südkorea (20)	5,2	1,0	6,5	1,1
20. Norwegen (19)	6,4	1,2	6,0	1,0
20 größte Länder	401,5	77,2	448,5	76,6
Welt-Einfuhr	520,4	100,0	585,0	100,0

[1]) Ohne Staatshandelsländer. In Klammern: Rang im Vorjahr.

Quelle: IWF und eigene Berechnungen. Nach „Frankfurter Allgemeine Zeitung" v. 26. 10. 1978.

Kontinuität und Wandel sozialdemokratischer Westeuropa-Politik von 1945 bis heute (II)*)

Von Heinz-Jürgen Axt

Hatte die SPD bereits beim Abschluß des EWG-Vertrags das Fernbleiben Großbritanniens und der skandinavischen Länder bemängelt, so verstärkte sie die Bemühungen um eine Einbeziehung dieser Länder in die EWG seit

*) Vgl. Heft 1/1979, S. 37–62.

Mitte der 60er Jahre und vor allem seit Bildung der ersten sozialliberalen Koalition. Im „Regierungsprogramm" der SPD von 1969 heißt es dazu: „Deshalb setzen wir uns dafür ein, daß Großbritannien und andere zum Beitritt entschlossene Länder so rasch wie möglich in die Gemeinschaft aufgenommen werden."[122]) Seit der Gipfelkonferenz der Staats- und Regierungschefs der EWG-Staaten von 1969 in Den Haag, als festgestellt wurde, „daß das Hinausschieben der Erweiterung die Gemeinschaft zu lähmen droht"[123]), hat die sozialdemokratisch geführte Bundesregierung ihre Aktivitäten zur *Erweiterung der EWG* verstärkt und oftmals eine Vermittlerrolle zwischen den kontroversen Standpunkten der einzelnen Mitgliedsstaaten eingenommen. Es ging der SPD-Führung auch darum, den westeuropäischen Zusammenschluß angesichts der eingeleiteten ostpolitischen Aktivitäten zu festigen und vor der Stagnation zu bewahren. Die Regierung Brandt/Scheel vollzog gegenüber früheren Bundesregierungen insofern eine Neuorientierung, als sie in den Beitrittsverhandlungen bereit war, die Erweiterung zu akzeptieren, ohne daß zuvor definitiv die Zustimmung der beitrittswilligen Länder zum Ziel der Politischen Union gegeben wurde. In dieser Kompromißbereitschaft kommt eine graduelle Differenzierung sozialdemokratischer gegenüber christdemokratischer Westeuropapolitik zum Ausdruck: Beide Parteien bekennen sich zur „Finalität der politischen Gemeinschaftsbildung". Während jedoch die CDU/CSU auf die möglichst rasche Vertiefung der ökonomischen Integration zu einer politischen Union mit supranationalen Entscheidungsorganen und kollektiver Militärmacht drängt und verbindliche Erklärungen der beitrittswilligen Länder zu diesem föderativen Endziel fordert, orientiert die SPD-Führung zunächst auf die Ausweitung der wirtschaftlichen Verflechtung, um die ökonomische Basis für eine langfristig anzustrebende politische Vergemeinschaftung der EWG-Länder zu schaffen. Mit der zum 1. Januar 1973 vollzogenen Erweiterung der EWG durch den Beitritt Großbritanniens, Irlands und Dänemarks verbindet die westdeutsche Sozialdemokratie vor allem folgende Ziele: *Erstens* sollen die Expansionsmöglichkeiten des westdeutschen Kapitals durch die Einbeziehung des bedeutenden britischen Marktes verbessert werden. Auch der ehemalige Vorsitzende des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI) Fritz Berg betonte: „Fakten sprechen für den britischen Beitritt." Neben dem Zugang zum britischen Markt sei für die westdeutsche Industrie ebenfalls von Vorteil, daß England seine Präferenzstellung in den Commonwealth-Ländern verliere, so daß westdeutsche Unternehmen leichter auf diese Märkte vordringen könnten. Schließlich bringe Großbritanniens Wirtschaft eine beträchtliche „technologische Mitgift" mit, die für den Konkurrenzkampf der westeuropäischen Industrie mit der US-Konkurrenz von Bedeutung sei[124]).

Zweitens werden mit dem Beitritt Großbritanniens die Voraussetzungen für eine engere politische und militärische Zusammenarbeit in Westeuropa und

122) SPD-Vorstand (Hrsg.), Regierungsprogramm 1969 . . ., a.a.O., S. 4.
123) Vgl. „Europa-Archiv", 2/1970, S. D 36.
124) F. Berg, Englands Beitritt zu den Europäischen Gemeinschaften, in: „Außenpolitik", 9/1967, S. 517–524, hier S. 517. Zur EWG-Erweiterung vgl. auch: A. Felsko, Die Erweiterung der EWG und die Westeuropakonzeptionen Großbritanniens, Frankreichs und der BRD, in: „Blätter", 4/1973, S. 350–363.

mit den USA verbessert. Die Sonderbeziehungen Großbritanniens zu den USA sollen die Beziehungen zwischen der EWG und den USA festigen. „Die Europäische Gemeinschaft", so das SPD-Europaprogramm, „bleibt auf die Zusammenarbeit mit den USA angewiesen und mit ihnen verbunden."[125]) *Drittens* erhofft sich die SPD-Führung von der Existenz starker sozialdemokratischer Parteien in Großbritannien und den nordischen Ländern eine Unterstützung ihres EWG-Konzepts, das darauf ausgerichtet ist, antikapitalistische Bewegungen zu integrieren. In diesem Sinn bekräftigt H. Schmidt die Aussage, daß sich „die Sozialdemokratische Partei in einer Zeit großer ideologischer Verwerfungen in Europa der schmerzhaften Aufgabe unterzieht, auch Gruppen links von ihr in unsere Demokratie zu integrieren . . ."[126]). Soll nur „demokratischer Sozialismus . . . Europa zum sozial fortschrittlichsten Raum der Welt machen" können[127]), so betrachtet es die SPD-Führung als ihr Verdienst, daß „sozialdemokratische Politik . . . überall dort, wo sie sich als Gestaltung sozialer Demokratie niederschlug, die Kommunisten überflüssig machte"[128]). Darin sieht die Führung der SPD eine wesentliche Aufgabe der „Stärkung der demokratischen und sozialen Dimension" der EWG[129]). Das „Modell Deutschland", das sich vorrangig dadurch ausweist, „daß es in unserem Land keinerlei kommunistische Gefährdung gibt"[130]), soll auf die gesamte EWG-Gruppierung übertragen werden. *Viertens* hofft die sozialdemokratisch geführte Bundesregierung schließlich, die skandinavischen Länder fester an die EWG und NATO binden zu können. Diese Bemühungen sind bisher allerdings nur gegenüber Dänemark erfolgreich gewesen. In Norwegen hat eine breite Volksbewegung dieses Ziel vereitelt. Trotz massiver, auch von der BRD ausgehender EWG-Propaganda sprach sich die Mehrheit des norwegischen Volkes gegen den Beitritt aus[131]).

Nachdem Großbritannien, Irland und Dänemark der EWG beigetreten sind, richtet sich das Interesse der Gemeinschaftsländer verstärkt auf die *Staaten des Mittelmeerraumes,* zumal in Portugal, Griechenland und Spanien die faschistischen Diktaturen überwunden wurden und die politischen Auseinandersetzungen um die zukünftige Entwicklung dieser Länder zugenommen haben. In Spanien halten sich gleichwohl immer noch starke autoritäre, antidemokratische Strukturen. Die politischen Umwälzungen in diesen Staaten sollen nach Auffassung der SPD-Führung auf ein gewisses Niveau begrenzt und den sozialdemokratischen Vorstellungen, die auf eine „Bändigung", nicht aber Überwindung des Kapitalismus ausgerichtet sind, angenähert werden. Ein vorrangiges Ziel besteht darin, die sozialdemokratischen und sozialistischen Parteien von einer Zusammenarbeit mit kommunistischen Par-

125) SPD-Vorstand (Hrsg.), Sozialdemokratische Europapolitik . . ., a.a.O., S. 30.
126) Für diese Worte möchte H. Schmidt H. D. Genscher „ausdrücklich danken". H. Schmidt, in: Weiterarbeiten am Modell Deutschland, Reden von W. Brandt und H. Schmidt, SPD-Parteitag in Dortmund am 18./19. Juni 1976, Bonn 1976, S. 47.
127) SPD-Vorstand (Hrsg.), Sozialdemokratische Europapolitik . . ., a.a.O., S. 35.
128) W. Brandt in: Weiterarbeiten . . ., a.a.O., S. 15.
129) Ebd., S. 17.
130) H. Schmidt, ebd., S. 26.
131) „Eine große Rolle spielt (in Norwegen, d. V.), daß man sich von den mächtigen Großkonzernen in einem kapitalistischen gemeinsamen Markt nicht schlucken lassen will . . .", schrieb die Zeitung der IG-Metall „Metall" am 10. 10. 1972.

teien abzuhalten. Die Verbindungen innerhalb der Sozialistischen Internationale, dem Bund sozialdemokratischer Parteien in der EWG und Kontakte zwischen sozialdemokratisch geführten Regierungen werden zur Erreichung dieses Ziels genutzt. Besondere Aufmerksamkeit kam in jüngster Vergangenheit der Entwicklung Portugals zu. Während bundesdeutsche Unternehmer damit begannen, Investitionspläne zu „überprüfen", und ihre ökonomischen Aktivitäten einschränkten, weil Portugal, wie die „Frankfurter Allgemeine Zeitung" im Oktober 1974 berichtete, wegen der Reformen für Investitionen „nicht mehr so attraktiv" sei und Vertreter von CDU/CSU den portugiesischen Rechtskräften ihre Unterstützung zusagten, waren führende Vertreter der SPD ebenfalls bemüht, ihren Einfluß auf die Entwicklung des Landes geltend zu machen. W. Brandt konzentrierte sich während seiner Reise durch Portugal 1974 darauf, „der Sozialistischen Partei von jeder Form von Aktionseinheit mit den Kommunisten abzuraten"[132]). Die Gewährung finanzieller Unterstützung wurde von der Einhaltung dieser Bedingung abhängig gemacht[133]). Eine westdeutsche Kapitalhilfe in Höhe von 70 Mrd. DM war ausdrücklich daran gebunden, in Portugal „die Kräfte zu ermutigen, die im Lande auf eine pluralistische Entwicklung bedacht seien"[134]). Bundeskanzler Schmidt betonte kategorisch: „Wir sind nicht gewillt, an der Südwestflanke des Bündnisses (der NATO, d. V.) ein Vakuum entstehen zu lassen."[135])

Nach derart intensiven Bemühungen konnte W. Brandt im April 1976 im Bundestag feststellen: Angesichts der Stagnation der EWG „wird es um so wichtiger, die ökonomische Zusammenarbeit mit jenen Ländern besonders zu pflegen, die der Gemeinschaft nicht angehören, . . . weil dies im Norden und im Süden Europas ein Element zusätzlicher Stabilität in einer Phase sein kann, in der die Gemeinschaft als solche keine großen Fortschritte machen kann . . . Die deutschen Sozialdemokraten haben dabei geholfen, daß (in Portugal, d. V.) nicht eine neue, nämlich eine kommunistische Diktatur errichtet wurde"[136]). Die SPD, so heißt es in den Thesen von W. Brandt zur Außenpolitik, „ist in Europa eine Kraft der Freiheit und Gerechtigkeit. So wie sie in unserem Lande kommunistische Bewegungen in einer Position der Bedeutungslosigkeit gehalten hat, obliegt ihr in Europa die Aufgabe – ob in Portugal, Spanien oder anderswo –, die Kräfte des freiheitlichen Sozialismus als Alternative zum Kommunismus zu stärken . . . Als die größte Sozialdemokratische Partei Europas haben wir die besondere Aufgabe, durch die politisch-moralische Unterstützung freiheitlicher Sozialisten in unserem Teil Europas nicht nur die Reaktion von rechts abzuwehren, sondern vor allem auch die Alternative zu den Kommunisten zu stärken"[137]). „Sozialdemokraten und Freien Demokraten vertraut man in der Welt, so daß die erheblichen wirtschaftlichen – auch militärischen – Ressourcen der Bundesrepublik keine Angst oder Unruhe stif-

132) FAZ v. 21. 10. 1974. Vgl. H.-J. Axt, Aktuelle Tendenzen der Bonner Westeuropapolitik, in: „Blätter", 9/1975, S. 992–1007, hier S. 1005 f.
133) Vgl. FR v. 21. 10. 1974.
134) So Staatssekretär Kollatz vom Entwicklungsministerium in: FAZ v. 31. 7. 1975.
135) Nach „Die Welt" v. 19. 8. 1975.
136) W. Brandt, Europas Hausnummern . . ., a.a.O. Vgl. FR v. 22. 4. 1974.
137) W. Brandt, Zehn Jahre . . ., a.a.O., S. 392.

ten."[138]) Die Interventionen der christdemokratischen Parteien in Spanien z. B. werden zwar als hilfreiche Verbindungen geschätzt – W. Brandt: „Und warum sollte ich mich über hilfreiche Kontakte aus den Reihen der CDU beschweren?"[139]) –, doch kommt der sozialdemokratischen Außenpolitik eine besondere Bedeutung zu: „Es hat lange gedauert, unserer Außenpolitik jenes Maß an Glaubwürdigkeit zu verleihen, die die Grundlage unserer Stärke ist. Wir dürfen nicht zulassen, daß andere sie verspielen."[140])

Die Aktivitäten der sozialliberalen Bundesregierung und die Bemühungen der SPD-Führung haben nicht nur dazu beigetragen, daß in Portugal das einheitliche Vorgehen der Arbeiterparteien weitgehend verhindert wurde, sie haben auch den Kurs der Soares-Regierung begünstigt, der – nicht zuletzt aufgrund des zunehmenden innenpolitischen Drucks der Rechtskräfte – die nach dem Sturz des Faschismus errungenen Reformen in Frage stellt. Während sich die Bewegungsfreiheit des Kapitals vergrößert, kündigt Premierminister Soares drastische Sparmaßnahmen, die Aufhebung des Entlassungsstopps, die Einschränkung der Streikfreiheit, 20- bis 30prozentige Steuererhöhungen auf Importgüter, die Drosselung von Lohnerhöhungen, die Widerrufung des Einheitsgewerkschaftsgesetzes und die Reprivatisierung von Landgütern und Betrieben an. „Der Premier wies mehrmals darauf hin, daß die Regierung ein marktwirtschaftliches Modell befolge. Anspielungen auf den Sozialismus fehlten . . . Die Maßnahmen im verstaatlichten Sektor deuten darauf hin, daß die sozialistische Regierung der Privatinitiative einen angemessenen Spielraum überlassen will."[141]) Die Wirkungen des wiederholt für Portugal geforderten „neuen Marshall-Plans" zeichnen sich ab.

Soll einerseits die „Südflanke der NATO" militärisch, politisch und ökonomisch stabilisiert werden, so stellen sich andererseits der Forderung, die EWG müsse „offen bleiben für die Mitgliedschaft weiterer europäischer Staaten"[142]), müsse die Mittelmeerländer zunächst assoziieren und später als Mitgliedsstaaten aufnehmen, doch auch spezifische Probleme entgegen. Wie die gegenwärtigen Beitrittsverhandlungen mit Griechenland zeigen, ist das enorme Entwicklungsgefälle zwischen Griechenland und dem Durchschnittsniveau der EWG-Länder ein ernstes Hindernis. Es erscheint wenig wahrscheinlich, daß Griechenland, aber auch die EWG-Staaten die mit einem Beitritt verbundenen Verpflichtungen einhalten können. Die angestrebte Erweiterung der EWG zieht nicht nur ernsthafte Probleme nach sich, um die Funktionsfähigkeit des Gemeinsamen Marktes zu erhalten, sie erschwert auch die Vertiefung des Integrationsprozesses und den Ausbau der EWG. „Aber wir wissen mittlerweile, was eine Erweiterung für Probleme mit sich bringt, angesichts der Schwierigkeiten bei dem Bemühen um eine Vertiefung."[143]) Angesichts dieser Probleme schält sich immer mehr eine auch von der SPD vertretene Integrationsstrategie heraus, die zumindest eine Zweitei-

138) Ebd., S. 395.
139) Ebd., S. 394.
140) Ebd., S. 395.
141) FR v. 11. 9. 1976.
142) SPD-Vorstand (Hrsg.), Sozialdemokratische Europapolitik . . ., a.a.O., S. 31.
143) W. Brandt, Zehn Jahre . . ., a.a.O., S. 392.

lung der westeuropäischen Gemeinschaft vorsieht: Zur Stabilisierung der politischen Lage in Westeuropa soll eine möglichst große Zahl von Ländern im Mittelmeerraum und in Skandinavien an die EWG herangeführt werden. Einer kleineren, ökonomisch entwickelteren Gruppe von Staaten bleibt es vorbehalten, den Integrationsprozeß zu forcieren und engere Formen der ökonomischen und politischen Verflechtung in der EWG einzugehen. Mit diesem Konzept eines „Kerneuropas", wie W. Brandt es formuliert hat, soll dem Problem begegnet werden, daß, indem „der Raum der verfaßten Gemeinschaft erweitert" wird, der „Fortschritt der Wirtschafts-, Währungs- und Politischen Union, der Supranationalität" erschwert wird[144]). Auf diese Weise soll die EWG „außen- und verteidigungspolitisch in der Welt geschlossen auftreten" können und soll im Verhältnis zu den assoziierten Staaten der „Weg der Anbindung peripherer Räume an diesen Kern (der EWG, d. V.)" sichergestellt werden[145]).

Die weitreichenden sozialdemokratischen Pläne für die Gestaltung Westeuropas lassen sich freilich nur dann durchsetzen, wenn die Unzufriedenheit über die EWG und die Kritik an der „Gemeinschaft der Geschäfte" abgebaut wird. Für die Führung der SPD kommt es daher darauf an, vor allem die Lohnabhängigen für ihr Programm zu gewinnen und den Widerstand von dieser Seite abzubauen. Damit die „Europäische Gemeinschaft ... eine starke Klammer für unsere Völker" bleiben kann[146]), bedarf der Integrationsprozeß der „politischen Zustimmung der Mehrheit der Bürger"[147]). Der Ausbau der EWG läßt sich nur dann verwirklichen, wenn „eine gesellschaftspolitische Dimension" des Integrationsprozesses sichtbar wird. Seit 1970 fordern daher führende Vertreter der SPD immer wieder, die „Europäische Gemeinschaft noch innerhalb dieses Jahrzehnts zum sozial fortschrittlichsten Großraum der Welt zu machen"[148]). W. Brandt hat 1972 auf dem Gipfeltreffen der EWG-Regierungschefs in Paris gefordert, mit dem Ausbau der Gemeinschaft zur Wirtschafts- und Währungsunion eine gemeinschaftliche Sozialpolitik, die Schaffung einer *„Sozialunion"* zu verbinden. Eine Sozialpolitik der EWG „werde es vielen Bürgern erleichtern, sich mit der Gemeinschaft zu identifizieren"[149]). Im einzelnen werden gefordert: eine koordinierte Arbeitsmarktpolitik, die Verbesserung der Arbeitsbedingungen, eine „wirksame Beteiligung" der Arbeitnehmer, der Abschluß europäischer Tarifverträge, ein gemeinschaftliches Sozialbudget, berufliche und Erwachsenenbildung, eine wirksame Regionalpolitik, gemeinschaftliche Regelungen für den Umweltschutz und die Ausweitung von Vorschlagsrechten der „Sozialpartner"[150]). Im „Europapolitischen Programm" der SPD von 1975 werden diese Forderungen um einige weitere ergänzt: Durch Mitbestimmung soll die „Demokratisierung aller Be-

144) W. Dröscher, Die deutschen Christdemokraten im europapolitischen Abseits, in: „Die Neue Gesellschaft", 1/1976, S. 45–48, hier S. 46.
145) Ebd.
146) W. Brandt, in: Weiterarbeiten . . ., a.a.O., S. 15.
147) SPD-Vorstand (Hrsg.), Sozialdemokratische Europapolitik . . ., a.a.O., S. 24.
148) Zit. nach E. C. Heinrich, „Europa" auf dem SPD-Parteitag 1979, in: „Europäische Gemeinschaft", 6/1970, S. 15.
149) FR v. 20. 10. 1972.
150) Ebd.

reiche der Wirtschaft" erreicht werden, die Normen der Arbeitssicherheit sollen vereinheitlicht werden, eine Anmeldepflicht für Investitionen soll angesichts der zunehmenden Umweltgefährdung erwogen, die gleichmäßigere Beteiligung der Lohnabhängigen an den Zuwachsraten sichergestellt und die Vergabe der Subventionen überprüft werden. Mit der Verwirklichung derartiger Vorstellungen sieht es freilich äußerst bescheiden aus. Weder in der BRD noch in den anderen EWG-Ländern zeichnet sich eine Realisierung dieser sozialpolitischen Forderungen ab. Die sozialdemokratisch geführte Bundesregierung wäre in der Lage gewesen, im nationalen Rahmen eine wirksame, die Kontrolle über das große Kapital verbessernde Mitbestimmungsregelung durchzusetzen. Dazu wäre aber die Mobilisierung der Lohnabhängigen selbst zur Durchsetzung einer fortschrittlichen Mitbestimmung notwendig gewesen, was jedoch von der SPD-Führung unterlassen wurde, um die sozialpartnerschaftliche Zielsetzung nicht zu gefährden. In diesem Zusammenhang stellt sich auch die Frage, mit welchen politischen Kräften Programme für den sozialen Fortschritt in der EWG überhaupt zu realisieren sind. Wenn die SPD-Führung ernsthaft soziale Verbesserungen gegen den Widerstand der bisher Privilegierten in der Gemeinschaft durchsetzen wollte, dann kommt sie an den starken kommunistischen Parteien in Italien und Frankreich nicht vorbei. Ohne diese sind anspruchvolle Sozialprogramme nicht zu verwirklichen. Mit den französischen Gaullisten und Republikanern lassen sich derartige Ziele sicher ebensowenig erreichen wie mit den italienischen Christdemokraten.

Indem die Führung der SPD sich jedoch darauf konzentriert, „die Kommunisten überflüssig" zu machen[151]), und jede Form der Zusammenarbeit mit kommunistischen Parteien ablehnt, sind nicht nur die Realisierungschancen für eine Sozialunion gering, sondern zeigt sich vielmehr der betont integrationistische Charakter der vorgeschlagenen Sozialprogramme. Die ungehemmte Entfaltung des Kapitals soll nicht eingeschränkt, die Integration der Werktätigen in die bestehenden ökonomischen und sozialen Verhältnisse forciert werden. Wilhelm Dröscher, der Präsident des Bundes Sozialdemokratischer Parteien der EG, betont deshalb: Es kommt darauf an, eine „sozialdemokratische Politik für die ganze Gemeinschaft durchzusetzen. Das heißt eine Politik, die in dieser schwierigen Zeit eine institutionalisierte Zusammenarbeit zwischen der Arbeitnehmerschaft und der Wirtschaft mit dem Ziel der Stabilität und Vollbeschäftigung sichere und gleichzeitig dafür sorge, daß Mitbestimmung und Mitverantwortung der Arbeitnehmer in dieser Situation schnell wirksam werden könne. Wenn den sozialdemokratischen Kräften dieses Vorhaben nicht gelänge, so drohe für den Gesamtbereich der Gemeinschaft ein Verteilungskampf um die jeweiligen Sozialprodukte, der die bisherigen Erfahrungen zu sprengen in der Lage sei und zur Radikalisierung mit allen gefährlichen Folgen führen könne. Deshalb müßten alle, die guten demokratischen Willens seien, jetzt auf die Sozialdemokraten und auf ihre Fähigkeit zur Integration der Arbeitnehmer in die Staatsverantwortung setzen" [152]).

151) W. Brandt, in: Weiterarbeiten . . ., a.a.O., S. 15.
152) W. Dröscher, Dämme gegen die Radikalisierung im sozialen Verteilungskampf, Interview in: „Europa Union", Dezember 1974, S. 2.

Sollen der „Ausbau unserer deutschen Sozialordnung und unserer ökonomischen Politik und Leistungsfähigkeit ... Orientierungsbilder für andere" EWG-Länder sein, wie H. Schmidt meint[153]), dann impliziert die Übertragung dieses westdeutschen „Modells" auf die übrigen EWG-Staaten auch die Orientierung auf sozialpartnerschaftliche Konzeptionen und verpflichtet die Gewerkschaften und Arbeiterparteien, „daß man heute die Kuh nicht schlachten darf, die doch auch morgen und nächstes Jahr noch Milch geben soll"[154]).

Der Kurs sozialpartnerschaftlicher Politik, der auch beinhaltet, daß diejenigen politischen Kräfte, die sich der Integrationspolitik widersetzen, scharfen Repressionen unterliegen, wird indessen nicht von allen sozialdemokratischen bzw. sozialistischen Parteien in Westeuropa geteilt. An der Diskussion um die Mitbestimmungsfrage wird dies deutlich. Zwar läßt sich, wenn man den Kern der westdeutschen Mitbestimmungsforderungen mit den „Forderungen der Streikbewegung in Frankreich, Italien und Großbritannien (vergleicht) ..., der Zusammenhang mit wesentlichen Aspekten der Klassenkämpfe in den behandelten drei Ländern" kaum übersehen[155]), doch wenden sich die französischen Sozialisten ebenso wie die englische Labour Party gegen eine Mitbestimmung, die auf die Partnerschaft mit dem Kapital und die Einbeziehung der Arbeiterschaft in die Verantwortung für die bestehenden ökonomischen Verhältnisse ausgerichtet ist. F. Mitterrand betont daher: „Die Zusammenarbeit der Klassen, Partizipation, das ist einfach Betrug ... Wir wollen an die Macht, nicht kontrollieren."[156]) Die Macht der Großkonzerne soll, wie im gemeinsamen Regierungsprogramm der französischen Linksunion dargelegt, überwunden und nicht bloß die Folgeerscheinungen kapitalistischen Wirtschaftens kontrolliert werden. „Eine echte Reform des Kapitalismus", so Mitterrand weiter, „sei nicht auf dem Wege der Mitbestimmung zu erreichen. Keine sozialistische Gesellschaft werde ohne eine wirksame Mitsprache und Machtausübung der Arbeiter auskommen."[157])

Als Folge der Weltwirtschaftskrise seit 1974 haben sich auch auf der EWG-Ebene die Bestrebungen zur *„Konzertierung der Sozialpartner"* verstärkt, um auf diese Weise zur Überwindung der schärfsten Krise der kapitalistischen Weltwirtschaft seit 1929/33 beizutragen und die Akkumulationsfähigkeit des Kapitals wiederherzustellen. Diese Bemühungen lehnen sich eng an die in der BRD praktizierten, von der SPD-Führung wesentlich konzipierten Integrationsvorstellungen an, wie sie in der Konzertierten Aktion und in der staatlichen Einkommenspolitik zum Ausdruck kommen. Im Juni 1976 hat zum zweitenmal eine „Dreierkonferenz" zwischen Regierungs-, Kommissions-, Arbeitgeber- und Gewerkschaftsvertretern im Rahmen der EWG stattgefunden. W. Haferkamp, der Vizepräsident der EWG-Kommission, der sich besonders um das Zustandekommen derartiger Konferenzen bemüht hat, beabsichtigt, auf der EWG-Ebene ein „Bündnis zwischen Sozialpartnern und

153) W. Brandt/H. Schmidt, Deutschland 1976 ..., a.a.O., S. 142.
154) H. Schmidt, in: Weiterarbeiten ..., a.a.O., S. 35.
155) D. Albers/W. Goldschmidt/P. Oehlke, Klassenkämpfe in Westeuropa, Reinbek 1971, S. 288.
156) Zit. in: „Europa Union", Juli 1973.
157) Nach FR v. 28. 4. 1973.

Staat" zu schließen[158]). „Dreierkonferenzen sollen auf der Ebene der Gemeinschaft allmählich das hervorbringen helfen, was für die Bundesrepublik schon fast selbstverständlich ist: einen gesellschaftlichen Konsens zwischen Sozialpartnern und Regierungen über die Grundlagen der Gesellschaftsordnung und über jene Ziele, die in dieser Gesellschaftsordnung vornehmlich zu erreichen sind."[159]) Geht es einerseits darum, daß in Westeuropa „ein gewaltiger Schritt zur . . . Überwindung des Klassenkampfes getan" werden soll[160]), so sollen andererseits vor allem die Gewerkschaften dadurch „zu größerer Preisstabilität beitragen, indem sie . . . sich bei ihren Lohnforderungen Mäßigung auferlegen . . ."[161]). Während in den Vorlagen der Kommission für die zweite Dreierkonferenz keine Kriterien zur Begrenzung der Unternehmereinkommen genannt werden, soll für die Einkommen der Lohnabhängigen der „gesamtwirtschaftliche Produktivitätsfortschritt die wichtigste Bestimmungsgröße" sein[162]). Vorübergehend soll die Reallohnentwicklung sogar „hinter der Produktivitätsentwicklung" zurückbleiben[163]). Die Senkung der Masseneinkommen ist damit ebenso programmiert wie die überproportionale Steigerung der Gewinneinkommen. Gewerkschaftliche Forderungen nach Einkommensumverteilung über eine aktive Tarifpolitik sind von vornherein blockiert. Die Intentionen derartiger Dreierkonferenzen im Rahmen der EWG werden von der Bundesregierung ebensosehr unterstützt wie von der christdemokratischen Opposition in der BRD. Während die sozialliberale Regierung wesentlich an der Ausarbeitung solcher sozialpartnerschaftlicher Konzeptionen beteiligt ist, stellt Hans Katzer von der CDU in Übereinstimmung mit den Zielsetzungen der Bundesregierung fest: „Verantwortliche Mitwirkung der Gewerkschaften in der Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik ist in modernen Demokratien unerläßlich . . . Der damit verbundene Abbau sozialer Spannungsfelder ist der sicherste Schutz gegen die weitere Ausdehnung der links- wie rechtsfaschistischen Klimazonen in Europa."[164])

Während sozialdemokratische Westeuropapolitik stets auf die rasche Erweiterung der EWG gedrungen hat, vor allem, als es um den Beitritt Großbritanniens und einiger nordischer Länder ging, befürwortet sie hinsichtlich des *Ausbaus der EWG zur Wirtschafts- und Währungsunion sowie zur Politischen Union* mit kollektiver Militärmacht ein behutsames Vorgehen. Liegt darin eine tendenzielle Unterscheidung zur Westeuropastrategie von CDU/CSU – diese Parteien wollen den politischen Zusammenschluß einschließlich der gemeinsamen Militärorganisation und einer Nuklearbewaffnung der Gemeinschaftsstreitkräfte möglichst rasch und direkt, ohne Zwischenstufen erreichen –, so läßt die Führung der SPD aber keinen Zweifel, daß die „Verei-

158) Vgl. W. Haferkamp, Für Vollbeschäftigung und Stabilität, in: „Europa Union", Juni 1976, S. 5.
159) E. Rhein, Konzertierte Aktion auf europäisch?, in: „EG-Magazin", 7/1976, S. 12.
160) Ders., Europäische konzertierte Aktion, in: „Europa-Archiv", 15/1976, S. 497–504, hier S. 503.
161) EG-Kommission, Wiederherstellung von Vollbeschäftigung und Stabilität in der Gemeinschaft, Brüssel, 2. 5. 1978 (Hektographierte Vorlage), S. 10.
162) Ebd., S. 5.
163) 2. Dreierkonferenz für Gemeinschaftsstrategie, in: „Europa Union", Mai 1976, S. 3.
164) H. Katzer in: „Europa Union", Juni 1976, S. 5. Gegen die faschistischen Regime in Portugal, Spanien und Griechenland ist die CDU/CSU doch wohl nicht wirksam vorgegangen; von der „antitotalitären" Einstellung bleibt nicht mehr als der Kampf gegen die politische Linke.

nigten Staaten von Europa das Ziel sozialdemokratischer Politik" sind[165]). Die Voraussetzungen sieht man im Ausbau der EWG zu einer Wirtschafts- und Währungsunion, in der Einfügung gewisser sozialpolitischer Elemente in den Integrationsmechanismus und in der Verstärkung der außenpolitischen Zusammenarbeit der EWG-Länder. Auf der Gipfelkonferenz der EWG-Regierungschefs 1969 in Den Haag wurde der Beschluß gefaßt, eine Wirtschafts- und Währungsunion einzurichten. Das Streben nach Schaffung „binnenmarktähnlicher Verhältnisse", die zunehmende Interdependenz der einzelnen Volkswirtschaften in der EWG, die Verstärkung zur Übertragung von Inflationsbewegungen zwischen den einzelnen Mitgliedsländern und die Notwendigkeit fester Währungsrelationen zur Erhaltung des freien Warentauschs sowie des Agrarmarktes forcierten angesichts zunehmender währungspolitischer Unruhen seit Ende der 60er Jahre die Bemühungen zur Schaffung einer wirtschafts- und währungspolitischen Union[166]). Die sozialliberale Bundesregierung war bemüht, diese Pläne umzusetzen, wobei sie folgende Interessen vorrangig durchzusetzen versuchte: Der Stagnation der EWG-Entwicklung sollte entgegengewirkt werden; die Weiterentwicklung der Wirtschaftsgemeinschaft zu einer Politischen Union sollte sichergestellt werden; die Wirtschafts- und Währungsunion sollte „Ferment für die Entwicklung der politischen Union" sein. Als ökonomisch stärkstes Land der EWG hat die BRD ein besonderes Interesse an der Erhaltung des Gemeinsamen EWG-Marktes, an einer wirtschafts- und währungspolitischen Zusammenarbeit, da die Möglichkeiten der Expansion des BRD-Kapitals nicht unwesentlich von der relativen Stabilität der übrigen EWG-Länder abhängen. Das westdeutsche Kapital exportiert rund 40% seiner Waren in die Gemeinschaftsländer und bezieht aus diesen rund die Hälfte seiner Importe[167]). Rund ein Drittel westdeutscher Direktinvestitionen geht in die EWG-Staaten.

1970 legte der damalige Wirtschaftsminister K. Schiller einen Stufenplan zur Wirtschafts- und Währungsunion vor. Die Auseinandersetzungen zwischen den sogenannten Monetaristen (Frankreich und Belgien), die währungspolitischen Schritten Priorität einräumen, und den sogenannten Ökonomisten (BRD, Niederlande und Italien), die wirtschaftspolitische Koordinationsmaßnahmen bevorzugen, haben jedoch bisher ebenso wie die zunehmenden ökonomischen Krisenerscheinungen und die verstärkten nationalen Staatseingriffe wesentliche Fortschritte zur Wirtschafts- und Währungsunion verhindert[168]). Aus diesem Grund ist natürlich auch die ökonomische Kooperation und Koordination, „um auch politisch weiter zu kommen"[169]), kaum fortgeschritten. Die Bundesregierung bemüht sich derzeit verstärkt darum, auf zwi-

165) W. Brandt, Zehn Jahre . . ., a.a.O., S. 392.
166) Vgl. hierzu knapp H. E. Scharrer, Europäische Wirtschafts- und Währungsunion – Pragmatismus ohne politisches Konzept, in: Ders. (Hrsg.), Europäische Wirtschaftspolitik – Programm und Realität, Bonn 1973, S. 81–158.
167) Vgl. F. Deppe, Zur ökonomischen und politischen Struktur des Integrationsprozesses, in: Ders. (Hrsg.), Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG), Reinbek 1975, S. 175–284, bes. S. 186 ff.
168) Zum strukturellen Widerspruchscharakter der EWG vgl. H.-J. Axt, Staat, multinationale Konzerne und politische Union in Westeuropa. Ein Beitrag zur Staatstheorie und Analyse regionaler Integration, Köln 1978, bes. S. 182 ff.
169) K. Schiller, in: „Bulletin . . ." v. 24. 11. 1970, S. 1721.

schenstaatlicher Ebene, in bilateralen Beziehungen auf die übrigen EWG-Staaten einzuwirken, um sie zur Inflationsbekämpfung und zur Politik der ökonomischen Stabilisierung anzuhalten. Die Bundesregierung kann eine Gefährdung der Zollunion und des Gemeinsamen Marktes nicht zulassen, will sie nicht die Verwertungschancen des westdeutschen Kapitals gefährden. Je mehr jedoch die Inflationsraten in den EWG-Ländern ungleichmäßig wachsen und die Zahlungsbilanzungleichgewichte zunehmen, desto größer wird die Gefahr, daß einzelne Mitgliedsstaaten zu protektionistischen Maßnahmen greifen. In seiner Regierungserklärung von 1974 betonte H. Schmidt daher, daß aus Gründen der Handelsverflechtung und „aus allgemeinpolitischen Gründen . . . es für uns von großer politischer Bedeutung (ist), die Europäische Gemeinschaft und die von ihr bereits verwirklichten Elemente gemeinsamen Handelns und wirtschaftlicher Zusammenarbeit voll funktionsfähig zu erhalten"[170]). Gegenwärtig konzentrieren sich die Forderungen der SPD zur Wirtschafts- und Währungspolitik darauf, den Fonds für währungspolitische Zusammenarbeit als „Keim eines künftigen Zentralbankensystems" zu entwickeln, die Wechselkurse zu verklammern, die Geldmengenpolitik abzustimmen, eine gemeinschaftliche währungspolitische Strategie durchzusetzen und Kapitalverkehrskontrollen zu koordinieren. Die Wettbewerbspolitik soll ausgebaut und mit den Maßnahmen der einzelnen EWG-Länder abgestimmt werden. Den privaten Investoren sollen die „entsprechenden wirtschaftlichen Daten" zur Orientierung vorgelegt und eine gewisse „Mißbrauchsaufsicht" multinationaler Konzerne sowie Offenlegung bestimmter Daten betrieben werden[171]). Wenn bezüglich der „Frage der Eigentumsordnung" im „Europaprogramm" der SPD gesagt wird, daß „für eine inhaltliche Aussage zu diesem Thema", soweit sie für die sozialdemokratischen und sozialistischen Parteien in der EWG verbindlich sein soll, „vorherige enge Kontakte mit den sozialistischen Bruderparteien in Westeuropa" erforderlich sind[172]), dann verweist dies auf die unterschiedlichen politischen Positionen der angesprochenen Parteien und auf das unterschiedliche Kräfteverhältnis zwischen sozialliberal-integrationistischen und reformistischen Kräften in ihnen. Die integrationistische Mehrheit der SPD hat sich in dieser Frage freilich festgelegt: Sie will eine „neue Gesellschaftsordnung, die den Grundwerten des Sozialismus entspricht"[173]), herbeiführen, ohne die ökonomische Basis der bestehenden kapitalistischen Gesellschaft wesentlich zu verändern: „Die einzelwirtschaftliche Verfügung über die Produktionsmittel und die Marktkonkurrenz sind weitgehend unentbehrlich."[174]) Und W. Brandt ergänzt: „Niemand, der zu sachlicher Erörterung fähig ist, wird . . . behaupten können, die SPD wolle die Marktwirtschaft zerstören . . ."[175])

„Das Ziel einer demokratischen und sozial gerechten Gesellschaftsordnung und einer europäischen Friedensordnung wird durch die Schaffung einer eu-

170) Vgl. FAZ v. 18. 5. 1974.
171) Vgl. SPD-Vorstand (Hrsg.), Sozialdemokratische Europapolitik . . ., a.a.O., S. 35ff.
172) Ebd., S. 42.
173) SPD-Vorstand (Hrsg.), Entwurf eines ökonomisch-politischen Orientierungsrahmens für die Jahre 1973–1985, Bonn 1972, S. 6 (Erster Entwurf).
174) Ders. (Hrsg.), Zweiter Entwurf . . . Orientierungsrahmen, a.a.O., S. 15.
175) Ders. (Hrsg.), Erster Entwurf . . . Orientierungsrahmen, a.a.O., S. VI.

ropäischen politischen Föderation, die über zentrale Entscheidungsbefugnisse im Bereich der Außen- und Verteidigungspolitik, der Wirtschafts- und Währungspolitik, der Gesellschafts- und Sozialpolitik sowie über eigene Finanzhoheit verfügt, gefördert und beschleunigt. In dieser Föderation muß die unmittelbare demokratische Mitwirkung der Bevölkerung, die Mitwirkung der Staaten und der ständige weitere Ausbau sozialer und rechtsstaatlicher Grundsätze gewährleistet sein."[176]) Um diese anspruchsvolle Zielsetzung in einer Zeit verschärfter ökonomischer Krisen, zunehmender politischer Auseinandersetzungen und einer weiteren Stagnation der EWG-Entwicklung durchsetzen zu können, sind neue Ansätze zur Förderung der EWG-Integration notwendig. Neben der Propagierung eines sozialpolitischen Programms für die EWG sieht die SPD-Führung den geeigneten Ansatzpunkt dafür in dem von dem belgischen Premierminister Leo Tindemans vorgelegten Bericht zur *„Europäischen Union"*, den sie, wie die CDU auch, nachdrücklich unterstützt[177]). Für die Führung der SPD stellt der „Tindemans-Bericht" „einen wichtigen und vorwärtstreibenden Beitrag für die Gestaltung der europäischen Zukunft dar . . . Die SPD macht sich dieses Konzept für grundsätzliche und praktische Europa-Politik zu eigen, wird es unterstützen und in Aktivitäten für die gemeinsame Zukunft Europas umsetzen helfen"[178]).

Das Tindemans-Konzept will die Entwicklung zur Europäischen Union forcieren, indem politische Impulse aktiviert, zwischenstaatliche Beziehungen in Kohärenz gebracht und Voraussetzungen für die gesellschaftliche und politische Stabilität in den EWG-Ländern gesichert werden. Tindemans möchte verhindern, daß die Mitgliedsländer der EWG sich weiter auseinanderentwickeln, weil sich die Regierungen „zuwiderlaufenden sozialen Pressionen gegenübersehen"[179]). Die Europäische Union soll eine gemeinsame Außenpolitik betreiben, um die Entwicklung, daß sich „seit dreißig Jahren . . . das relative Gewicht und der Einfluß unserer Staaten in der Welt ständig verringert" hat[180]), umzukehren. Ausdrücklich befürworten führende Vertreter der SPD auch die Forderung nach einer gemeinschaftlichen Verteidigungspolitik, einer Art Neuauflage der Anfang der 50er Jahre gescheiterten „Europäischen Verteidigungsgemeinschaft". „Eine Europäische Gemeinschaft, die . . . außen- und verteidigungspolitisch in der Welt geschlossen auftreten würde, stellt im großen Spiel der Weltmächte zwischen den USA, der UdSSR und China eine neue Qualität dar", meint W. Dröscher[181]). Hatte W. Brandt bereits im Februar 1972 davon gesprochen, daß in den 80er Jahren „Streitkräfte der EWG" existieren würden[182]), so stellt sich mittlerweile die Frage nach einer Atombewaffnung dieser militärischen Kräfte. Wenn W. Brandt hierzu äußerte, er könne sich nicht vorstellen, daß man eine europäische Nuklearmacht schaf-

176) Ders. (Hrsg.), Sozialdemokratische Europapolitik . . ., a.a.O., S. 5.
177) Vgl. L. Tindemans, Die Europäische Union, „Bulletin der Europäischen Gemeinschaften", Beilage 1/1976. Und H.-J. Axt, Das „Europa der Bürger" – Ideologie und Wirklichkeit. Zum Tindemans-Bericht über die „Europäische Union" und zur gegenwärtigen Lage der EG, in: „Blätter", 8/1976, S. 849–866.
178) Presseerklärung der SPD v. 7. 1. 1976, in: „Informationsdienst", Beilage zur „Europa Union", Februar 1976, S. 1.
179) L. Tindemans, Die Europäische Union . . ., a.a.O., S. 12.
180) Ebd., S. 38.
181) W. Dröscher, Die deutschen Christdemokraten . . ., a.a.O., S. 46.
182) Vgl. Autorenkollektiv, BRD-Politik im Spannungsfeld . . ., a.a.O., S. 73.

fe, „ohne eine europäische Regierung zu haben, die darüber verfügt"[183]), dann heißt das, daß eine Europäische Union auch eine Nuklearmacht mit Beteiligung des westdeutschen Militärs haben wird. Der u. a. von F. J. Strauß konzipierte Weg zur westdeutschen Teilhabe an Atomwaffen wäre geebnet. Damit die militärische Integration der EWG-Staaten aber nicht von den Unsicherheiten des Fortschreitens zur Europäischen Union abhängig gemacht wird, ist die Zusammenarbeit auf dem militärischen Sektor bereits durch die Aktivierung der Westeuropäischen Union (WEU) und der Euro-Group der NATO eingeleitet worden. Nach Ansicht des ehemaligen Bundesverteidigungsministers Leber ist der Zeitpunkt für die Verwirklichung der angestrebten Europäischen Union im Jahre 1980 zu spät angesetzt, um erst dann mit der militärischen Verflechtung zu beginnen: „Wir können aber nicht bis zu diesem Zeitpunkt mit der Neugestaltung unserer Beziehungen im Bündnis warten. Es wird vielmehr unsere Aufgabe sein, mehr als bisher die europäische Zusammenarbeit innerhalb der Allianz zu fördern . . . Diesem Ziel hat die Arbeit der Westeuropäischen Union in der Vergangenheit ebenfalls gedient . . . Die Arbeit von zehn Bündnis-Staaten in der Europäischen Gruppe der NATO seit 1969 hat deutlich gemacht, daß es eine Reihe von Möglichkeiten und Notwendigkeiten für die europäischen Bündnispartner gibt, bei der Zusammenfassung ihrer Verteidigungsanstrengungen stärker als in der Vergangenheit die Besonderheiten ihrer Situation zu berücksichtigen."[184])

Indem der Tindemans-Bericht für ein abgestuftes Integrationskonzept plädiert – die ökonomisch potenteren Staaten sollen eine engere Verflechtung eingehen, während die übrigen Staaten auf einem niedrigeren Integrationsniveau verharren –, kommt er jenen Vorstellungen entgegen, wie sie von führenden Vertretern der SPD seit einiger Zeit entwickelt wurden, wobei es nicht zuletzt darum geht, dem Dilemma, daß eine Erweiterung der EWG die Vertiefung der Integration hemmt, zu begegnen. Im November 1974 hatte W. Brandt bereits sein „Notprogramm" vorgestellt, das vorsah, „die wirtschaftlich ‚fußkranken' Staaten der EG zu deren eigenem Nutzen von den relativ gesünderen Ländern Bundesrepublik, Frankreich und Benelux zeitweise ‚abzukoppeln'"[185]). Soll auf diese Weise die Einbeziehung solcher Länder wie Portugal, Griechenland und Spanien erleichtert werden, so heißt dies aber auch, daß in der EWG faktisch zwei Kategorien von Mitgliedsländern geschaffen werden, wobei die BRD unter den ökonomisch stärkeren Ländern die Führung innehat. Der Anspruch, Entwicklungsunterschiede in der EWG abzubauen, wird hiermit aufgegeben.

Um der Verwirklichung der Pläne für eine Politische Union näherzukommen, ist es entscheidend, daß die Kritik an den undemokratischen Strukturen der EWG, an ihrem „demokratischen Defizit" abgebaut wird. „Europa muß bürgernah sein, damit die Anstrengungen und notwendigen Opfer auf freiwilliger Basis erfolgen."[186]) Die Bemühungen um eine „Demokratisierung" der

183) W. Brandt, zit. in: FR v. 23. 7. 1973.
184) G. Leber, Europa im Bündnis mit Amerika einigen, in: FAZ v. 30. 11. 1973.
185) So. FR v. 15. 11. 1974.
186) L. Tindemans, Die Europäische Union . . ., a.a.O., S. 29 und 7.

EWG werden also aus den gleichen Motiven wie die „Europäische Sozialunion" gespeist: Breite Bevölkerungskreise sollen sich für die kapitalistische Integration und ihren Ausbau einsetzen, zumindest aber keinen entscheidenden Widerstand leisten. Gegenwärtig konzentrieren sich derartige Bestrebungen auf die *Direktwahl des Europäischen Parlaments.* Daß ab 1979 die Abgeordneten zur Straßburger Versammlung nicht mehr von den nationalen Parlamenten delegiert, sondern direkt gewählt werden sollen, wird bereits als ein großer Schritt zur Demokratisierung der EWG gepriesen. Für Bundeskanzler Schmidt liegt hier ein „Durchbruch mit noch nicht abzuschätzender tiefgehender Wirkung" vor[187]). Angesichts der Tatsache, daß auch dem direkt gewählten Parlament keine echten Kontrollbefugnisse zustehen, wird deutlich, daß es der SPD-Führung weniger darum geht, parlamentarische Kontrollpositionen aufzubauen, als vielmehr darum, den stagnierenden Integrationsprozeß in Richtung Politische Union voranzubringen. „Dieses Parlament wird sich dann, ohne sich zu übernehmen, im geschichtlichen Prozeß zu verstehen haben als permanente Konstituante. So würde sie zum untrennbaren Lebensnerv beim Aufbau der Europäischen Union."[188]) Von der Direktwahl erwartet H. Schmidt eine „Neubelebung des Einigungsprozesses", weshalb auch die Bundesregierung bereit sei, „jeden Kompromißvorschlag für die Technik der Direktwahl anzunehmen"[189]). Ein mit Kompetenzen gegenüber den nationalen Regierungen versehenes Parlament der EWG würde der BRD als dem ökonomisch mächtigsten Mitgliedsland natürlich bedeutende Vorteile einbringen, würde ihr erlauben, maßgeblich auf die Entwicklung der übrigen EWG-Staaten einzuwirken. Ein mit Befugnissen ausgestattetes Europäisches Parlament könnte Entwicklungen begünstigen, die die im nationalen Rahmen getroffenen Entscheidungen modifizierten oder gar ihre Umsetzung verhinderten. „Je weiter die Kooperation fortschreitet", so W. Dröscher, desto mehr wird „die Fähigkeit zu autonomer Politik zunehmend eingeschränkt"[190]). Für die BRD ergäben sich vor allem Möglichkeiten, auf politische Entwicklungen Einfluß zu nehmen und z. B. die Stärkung der Linksunion in Frankreich durch eine Politik der äußeren Einwirkung zu behindern. Da die NATO nicht mehr in dem Maße wie früher innenpolitische Entwicklungen kanalisieren kann, übernimmt die EWG zunehmend die Aufgabe, innere Entwicklungen in den Mitgliedsländern, etwa durch die Vergabe oder Verweigerung wirtschaftlicher Hilfe, zu beeinflussen. Die Gemeinschaft soll so zu einem „bindenden Rahmen" gesellschaftlicher und politischer Stabilisierung und Konservierung werden[191]). Zwar wird die Existenz starker sozialistischer und kommunistischer Parteien in den EWG-Ländern auch Rückwirkungen auf die Politik der SPD-Führung haben, doch wäre es eine völlige Fehleinschätzung des tatsächlichen Kräfteverhältnisses zwischen den Staaten der EWG, wollte man annehmen, die integrationistische SPD-Mehrheit würde dadurch auf weniger partnerschaftliche und mehr reformistische Positionen gebracht. Wie gegen-

187) FR v. 14. 7. 1976.
188) W. Brandt in: Weiterarbeiten . . ., a.a.O., S. 16.
189) H. Schmidt, ebd., S. 27.
190) W. Dröscher, in: „Europa-Archiv", 24/1968, S. D 600.
191) Vgl. U. Nerlich, Détente und Westpolitik, in: „Europa-Archiv", 4/1976, S. 105ff., hier S. 110.

wärtig bereits deutlich erkennbar ist, nimmt die Bundesrepublik als ökonomisch stärkstes und sozial „stabilstes" Mitgliedsland in der EWG die Führungsrolle ein. Aufgrund des derzeitigen Entwicklungsstandes der EWG ist die Bundesregierung gezwungen, ihre Einwirkungsmöglichkeiten auf die übrigen Gemeinschaftsländer vornehmlich auf der Ebene bilateraler Beziehungen zu nutzen.

Erinnert man sich daran, daß es die SPD-Führung als ihre vorrangige Aufgabe betrachtet, antikapitalistische Tendenzen abzuwehren und dafür zu sorgen, daß „kein Regierungschef mit dem Führer einer starken kommunistischen Partei verhandeln muß, wie (die Führung der Christdemokraten, d. V.) . . . das in Rom tut"[192]), dann wird klar, welche eminente Bedeutung die Direktwahl und die Ausweitung der Befugnisse des Europäischen Parlaments im Rahmen dieser Strategie erhält. Es geht um die Stabilisierung des gesellschaftlichen und politischen Status quo und um die Integration antikapitalistischer Opposition. W. Behrendt formuliert dies folgendermaßen: „Immer brennender wird . . . die Frage nach der politischen Legitimation dieser Rechtsetzung (durch EWG-Organe, d. V.) . . . Sie schürt die Unruhe, weil der Gemeinschaftsbürger das Gefühl bekommt, daß eine anonyme Macht sein Leben bestimmt und ihm bei der Entscheidung weder Einblick noch Anteil gewährt . . . Die Gefahr, daß die Interessen der breiten Arbeitnehmer- und Verbraucherschaft zunehmend verletzt werden, kann eine zusätzliche Quelle für Unruhe bilden . . . Deshalb sollte ernsthaft daran gedacht werden, ob nicht das Europäische Parlament die Rolle eines Katalysators übernehmen könnte. Einerseits könnte es die berechtigten Sorgen der Bevölkerung zum Ausdruck bringen und die vorhandene Unruhe auffangen (!), zum andern könnte es den für den Fortgang der Integration notwendigen schmerzhaften Entscheidungen die demokratische Legitimation geben."[193]) Will gerade die SPD mittels Direktwahl und verstärkter Parteienzusammenarbeit in Westeuropa einerseits zur politischen und sozialen „Stabilisierung" und andererseits zur Schaffung der Politischen Union beitragen, so wird die Durchsetzung dieser Ziele freilich immer wieder von der antikommunistischen Abgrenzung der Partei behindert. Als z. B. 1971 die holländischen Sozialisten eine engere Kooperation der sozialdemokratischen Parteien vorschlugen, wobei Beschlüsse der supranationalen Parteiorgane für die nationalen Parteivorstände und Fraktionen bindend sein sollten, war es gerade die SPD, die energischen Widerstand leistete. „Vor allem die deutschen Sozialdemokraten mit Herbert Wehner als ihrem Wortführer widersetzten sich einer allzu engen Nachbarschaft zu ‚Volksfront-Sozialisten' in den südlichen EWG-Ländern. Das weitgehend ungeklärte Verhältnis der französischen und italienischen Sozialisten zur kommunistischen Linken schloß nach Meinung der SPD zum derzeitigen Zeitpunkt eine engere institutionelle Verbindung der nationalen Parteien noch aus."[194]) Der Ausbau der

192) W. Brandt, Europas Hausnummern . . ., a.a.O.
193) W. Behrendt, Das Europäische Parlament – ein Stiefkind der Integration?, in: „Die Neue Gesellschaft", 4/1972, S. 271–274, hier S. 273f.
194) N. Gresch, Zwischen Internationalismus und nationaler Machtbehauptung – Die europäische Zusammenarbeit der Sozialdemokratischen Parteien, in: O. Hrsg., Zusammenarbeit der Parteien in Westeuropa. Auf dem Weg zu einer neuen politischen Infrastruktur? Bonn 1976, S. 143–249, hier S. 204. H. Köhnen, Die Zusammenarbeit der Sozialistischen Parteien in der Europäischen Gemeinschaft, in: „Die Neue Gesellschaft", 6/1976,

EWG stärkt die hegemoniale Position der Bundesrepublik. „Im Rahmen eines integrierten Europas", so heißt es im „Europaprogramm" der SPD daher, „wächst das außenpolitische Gewicht der Bundesrepublik bei gleichzeitiger Verminderung ungewollter Abhängigkeiten von einer der Supermächte"[195]). Um bereits zum gegenwärtigen Zeitpunkt, also noch vor der Institutionalisierung der Europäischen Union, das Gewicht der EWG-Staaten in den weltpolitischen Auseinandersetzungen zu vergrößern, fördert die Bundesregierung die seit 1969 eingeleitete „Europäische Politische Zusammenarbeit" (EPZ), um möglichst rasch zu einer Koordinierung der außenpolitischen Zielsetzungen und Strategien der EWG-Staaten zu gelangen, zumal die nationalen Strukturen sich gegenüber den Supranationalitätsbestrebungen als sehr widerstandsfähig erweisen[196]).

Ebenso wie sich in den Ländern der EWG der Widerstand gegen das Hegemoniestreben der BRD verstärkt, wird auch der Kurs der westdeutschen SPD keineswegs von den übrigen sozialistischen Parteien in der EWG geteilt und unterstützt. Die unbedingte Zustimmung der SPD zum Tindemans-Bericht über die Europäische Union wird z. B. von S. Mansholt, dem holländischen Vizepräsident der Sozialistischen Internationale, scharf kritisiert: „Es wundert mich eigentlich, daß die Sozialdemokraten in Deutschland den Bericht so positiv beurteilen. Denn einer der wichtigsten Punkte ist gerade, daß der Demokratie mit dem Tindemans-Bericht nicht gedient ist . . . Hier werden nur Direktwahlen eines europäischen Parlaments als ‚Beruhigungsmittel' für die Bevölkerung vorgeschlagen . . . Ich gebe nichts auf die Resolutionen einer europäischen Bewegung, die sich aus Konservativen, Sozialisten und Christdemokraten zusammensetzt und in denen es heißt, daß wir ein Europa wollen."[197]) In dem Maße jedoch, in dem die Führung der SPD es übernommen hat, den Führungsanspruch der BRD in der EWG durchzusetzen, und dafür nach neuen Ansätzen und Lösungsmöglichkeiten sucht, hat sie sich auch zu einer Position der Gemeinsamkeiten mit konservativen Kräften entschieden.

Das „Modell Deutschland"

Die Westeuropapolitik der SPD war in der Vergangenheit nicht nur darauf ausgerichtet, neue Initiativen für den von Krisen gezeichneten Integrationsprozeß zu entwickeln und Ansätze für eine rasche Erweiterung und allmähliche Vertiefung der EWG zu finden, sondern auch darauf, einen sozialliberal-integrationistischen Kurs in den EWG-Staaten und den assoziierten Ländern durchzusetzen. Das „Modell Deutschland" wird von der sozialdemokratisch geführten Bundesregierung derzeit offensiver vertreten, als es frühere Regierungen je hätten wagen können. Der Grund dafür liegt vor allem in dem gestiegenen ökonomischen Potential der BRD, die auch in der gegenwärtigen

S. 511–516, hier S. 514. Die jüngste Entwicklung der französischen Sozialisten im Zusammenhang mit den Wahlen von 1978 hin zur „marktwirtschaftlichen Orientierung", Anpassung an das Konzept der westdeutschen SPD und verschärften Abgrenzung von den Kommunisten ist ganz im Sinne der SPD-Politik.

195) SPD-Vorstand (Hrsg.), Sozialdemokratische Europapolitik . . ., a.a.O., S. 31.

196) Vgl. Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (Hrsg.), Europäische Politische Zusammenarbeit (EPZ), Bonn 1974.

197) S. Mansholt, Eine widersinnige Politik ohne Zielsetzung, Interview in: „Wirtschaftsdienst", 3/1976, S. 117f.

Weltwirtschaftskrise ihre Position halten, z. T. sogar ausbauen konnte. Kennzeichen des „Modells Deutschland" sind u. a. die Integration antikapitalistischer Bewegungen, die Ausweitung des Einflusses der führenden EWG-Staaten auf die Länder des Mittelmeerraumes und der nordischen Region, die sozialpartnerschaftliche „Mäßigung" der Forderungen von Lohnabhängigen und Gewerkschaften, die Ausweitung staatlicher Einkommenspolitik, die Propagierung gesellschaftspolitischer Initiativen zur Forcierung des Ausbaus der EWG zur Europäischen Union und die Schaffung einer kollektiven Militärmacht. Die Grundlage für dieses weitgespannte außenpolitische Programm sehen führende Vertreter der SPD in der Gemeinsamkeit mit den konservativen politischen Kräften in der BRD. H. Schmidt stellt dazu fest: „Es gibt heute außenpolitische Grundüberzeugungen, die von den Bundestagsfraktionen, von den Parteien, wenn auch auf je verschiedene Weise, gemeinsam vertreten werden – und zwar auch ohne Rücksicht darauf, wer zur Regierung oder zur Opposition gehört oder in den letzten zehn Jahren gehört hat. Meinungsverschiedenheiten ergeben sich erst außerhalb dieser Grundüberzeugungen . . ."[198])

Ist bei einer solchen Haltung die Zustimmung der SPD-Führung zum „konservativen", von einem „christdemokratisch begrenzte(n) Weltbild" gekennzeichneten Tindemans-Bericht[199]) verständlich, so bemüht sich H. Schmidt andererseits darum, die christdemokratischen Parteien zu einer Anpassung ihrer konservativen Strategie zu bewegen: In der Ostpolitik tue sich die CDU/CSU im Bundestag noch schwer. „Ihr fehlt gewissermaßen noch jenes Aha-Erlebnis, das die Sozialdemokratische Partei bezüglich der Westpolitik mit jener Bundestagsrede Herbert Wehners vom 30. Juni 1960 gehabt hat."[200]) Das Denken der CDU ist, wie H. Koschnick meint, zu „statisch", um die Einwirkungsmöglichkeiten einer flexiblen Ostpolitik erkennen zu können. „Die Chance, von der Konfrontation über die Koexistenz zur Kooperation zu gelangen – wie sie in der Ausfüllung des großen wirtschaftlichen Nachholbedarfs des Ostens durch den Westen gegeben ist –, wird nicht erkannt . . . Die zaghafte Einsicht, daß es mit der Politik des Kalten Krieges nicht weitergeht, verdient nicht das Attribut alternativer Politik zu derjenigen der Bundesregierung."[201]) Das Interesse an der Aufrechterhaltung des gesellschaftlichen Status quo kommt auch darin zum Ausdruck, daß führende SPD-Politiker die westeuropäische Integration gleichsam als „wertneutralen" Prozeß darstellen, der vom Gegensatz der Parteien ebenso wenig wie vom Antagonismus zwischen Lohnarbeit und Kapital beeinflußt sein soll. W. Brandt meint deshalb: „Ich halte jedenfalls nichts davon, die Europapolitik zu ideologisieren . . . Ich habe es immer abgelehnt, mein europäisches Engagement parteipolitisch abstempeln zu lassen."[202]) Diese vermeintlich ideologiefreie Haltung impliziert freilich den grundlegenden Konsens der sozialdemokrati-

198) W. Brandt/H. Schmidt, Deutschland 1976 . . ., a.a.O., S. 133.
199) L. Radoux, Links um, Herr Tindemans!, in: „Die Neue Gesellschaft", 3/1976, S. 254.
200) H. Schmidt in: W. Brandt/H. Schmidt, Deutschland 1976 . . ., a.a.O., S. 133.
201) H. Koschnick, Die „Westeuropäische Verteidigungsgemeinschaft" – eine Alternative der CDU/CSU?, in: „Die Neue Gesellschaft", 1/1976, S. 41–44, hier S. 43.
202) W. Brandt/H. Schmidt, Deutschland 1976 . . ., a.a.O., S. 143.

schen Politik sozialliberaler Ausrichtung mit den konservativen bürgerlichen Parteien. Für alle politischen Strömungen – bis auf diejenigen, die links von der Sozialdemokratie angesiedelt sind – soll in der EWG und der späteren Europäischen Union Platz sein. So sehr führende Vertreter der SPD bürgerlichen Strömungen entgegenkommen, so scharf ist der Kampf gegen politische Bewegungen auf der Linken, die sich einer integrationistischen Politik widersetzen. „Keiner hat einen Monopolanspruch auf Europa", betont W. Brandt. „Das sage ich meinen Freunden immer wieder, auch wenn solche in diesem Land oder in anderen Ländern vom ‚sozialistischen Europa' reden. Dann sage ich: Nein, Freunde, so haben wir nicht gewettet . . . Es muß Platz sein für die Sozialdemokraten, die Liberalen, die Konservativen, die Christdemokraten; sonst wird das nicht Europa sein."[203]) Den bestehenden ökonomischen und politischen Verhältnissen wird ein Monopolanspruch zuerkannt. Jeder, der sich ihnen gegenüber negatorisch verhält, wird aus den „großen Richtungen der europäischen Demokratie" ausgeschlossen[204]).

Auf der Basis der außenpolitischen Gemeinsamkeiten von CDU/CSU und der integrationistischen Mehrheit der SPD wird in letzter Zeit in zunehmendem Maße eine Führungsrolle der BRD beansprucht. Nach H. Schmidt „muß unser Land das ihm zukommende Gewicht voll einbringen und die ihm entsprechende Verantwortung übernehmen"[205]). Wie Beispiele aus der jüngsten Vergangenheit zeigen, ist das Streben nach einer führenden Position der BRD in Westeuropa gekoppelt mit gesteigerten Aktivitäten der äußeren Einmischung in die inneren Angelegenheiten anderer westeuropäischer Staaten. Als Italien im Mai 1974 Importbeschränkungsmaßnahmen erließ, gewährte die Bundesregierung weniger aus „europäischer Solidarität" als aus höchst eigennützigen Gründen einen Kredit von fünf Mrd. DM. Der Export westdeutscher Unternehmen sollte ungehindert weitergehen können. Deshalb waren an die Kreditgewährung auch harte wirtschaftspolitische Auflagen geknüpft, die von Italien strenge „Sparmaßnahmen" forderten. Mit dem Kredit sollte Italien aber auch stärker an die NATO gebunden werden, um angesichts der Entwicklungen in Portugal, Griechenland und der Türkei die „Südflanke" der NATO zu festigen. Schließlich sollte die wirtschaftspolitisch vor dem Offenbarungseid stehende christdemokratische Regierung in Italien gegenüber der kommunistischen Opposition gestützt werden. W. Haferkamp hat die Intentionen des Kredits auf den Begriff gebracht, als er kürzlich davon sprach, Italien brauche einen „neuen Marshall-Plan"[206]). Bundeskanzler Schmidt hat mehrfach in den italienischen Wahlkampf eingegriffen, sich gegen die Regierungsbeteiligung der Kommunisten ausgesprochen und den Wählern das Gefühl zu vermitteln versucht, ein kommunistischer Wahlerfolg und eine eventuelle Beteiligung der kommunistischen Partei an der Regierungsbildung werde Italien in die außenpolitische Isolierung treiben sowie von jeglicher wirtschaftlicher Hilfe aus dem Ausland abschneiden. Ein besonders eklatan-

203) W. Brandt, Europas Hausnummern . . ., a.a.O. Kommunisten, die zumindest in Italien und Frankreich bedeutende Bevölkerungsteile repräsentieren, werden nicht genannt!
204) Vgl. ebd.
205) W. Brandt/H. Schmidt, Deutschland 1976 . . ., a.a.O., S. 145.
206) FR v. 24. 6. 1976.

tes Beispiel derartiger Einwirkungsbemühungen stellt das auf der Konferenz von Puerto Rico zwischen den Regierungschefs Großbritanniens, Frankreichs, der USA und der BRD erzielte „Einvernehmen" dar, wirtschaftliche und finanzielle Hilfe für Italien davon abhängig zu machen, daß die Regierungsbeteiligung von Kommunisten ausgeschlossen werde. Nicht nur die Wahl, auch die Regierungsbildung wurde also massiv von außen beeinflußt[207]). Diese Politik der Einmischung, die wesentlich von der bundesdeutschen sozialliberalen Regierung mitverantwortet wird, trifft jedoch in Westeuropa auf zunehmenden Widerstand. Giancarlo Pajetta, Vorstandsmitglied und außenpolitischer Experte der KPI, erklärte: „Schmidt trug dazu bei, daß die italienischen Sozialdemokraten die Hälfte ihrer Parlamentsmandate verloren, die Kommunisten dagegen 70 Abgeordnete und Senatoren dazu gewannen und heute stärker denn je sind."[208]) Und E. Berlinguer sieht den außenpolitischen Kurs der SPD-Führung wesentlich im Zurückweichen gegenüber den Rechtskräften in der BRD begründet: „Besonders besorgniserregend ist der Wiederaufschwung der Kräfte der Rechten und der offen reaktionären Gruppen in der Bundesrepublik Deutschland. Leider hat die Initiative der christdemokratischen Gruppe, an deren Spitze Strauß steht, in der ganzen deutschen Sozialdemokratie nicht die angemessene Antwort gefunden, von der ein Teil jenen klassischen Irrtum einiger sozialdemokratischer Parteien zu wiederholen scheint, die, statt dem Druck standzuhalten, ihrerseits nach der Rechten ausweichen."[209])

Die für Juni 1979 anstehenden Direktwahlen des Europäischen Parlaments haben die transnationalen Kooperationsbemühungen der Parteien verstärkt. Die im „Bund der sozialdemokratischen Parteien der Europäischen Gemeinschaft" zusammengeschlossenen Parteien haben 1977 einen *„Entwurf der Wahlplattform des sozialdemokratischen Bundes"* vorgelegt, der allerdings noch stark kompromißhaften Charakter hat und die Schwierigkeiten einer Vereinheitlichung der sozialdemokratischen Politik und Programmatik verdeutlicht[210]). Es wird die Priorität nationaler Politik hervorgehoben, die auch durch eine Übertragung nationaler Kompetenzen auf EG-Organe nicht beeinträchtigt werden dürfe. Es fehlt deshalb auch die Forderung nach einer Politischen Union. Die Ausweitung demokratischer staatlicher Regulierung der Ökonomie wird ebenso als Sonderfall dargestellt wie die Zusammenarbeit mit linkssozialistischen und kommunistischen Kräften, womit sich die im Bund weiter rechts stehenden Parteien davor absichern, diese Forderungen für allgemeinverbindlich zu erklären. An der Mitbestimmungsfrage werden wiederum die Differenzen im sozialdemokratischen Bund deutlich. Ein eher kämpferisches Konzept von Mitbestimmung trifft auf das in der SPD dominante sozialpartnerschaftliche Verständnis und verhindert eine gemeinsame Programmatik in dieser Frage. Diese Probleme wie auch das vom Bund prakti-

207) Vgl. H.-J. Axt, Aktuelle Tendenzen . . ., a.a.O.
208) Interview in: „Der Spiegel", 31/1976, S. 22.
209) Nach FAZ v. 19. 3. 1975.
210) Vgl. SPD-Parteivorstand (Hrsg.), Dokumente zur Europapolitik, Bonn 1978. H.-J. Axt/F. Deppe, „Europawahlen" und EG-Erweiterung – Krise oder Fortschritt der Integration?, Köln (Frühjahr 1979). H.-J. Axt, „Soziale Demokratie in Europa" – Anspruch und Realität, in: SK („Sozialistische Korrespondenz), 22/1978, S. 15 ff., 23/1978, S. 15 ff., 24/1978, S. 14 ff.

zierte Verfahren, einem gemeinsamen Programm für die Direktwahlen jeweils nationale Beiträge anzuhängen, machen die internen Spannungen zwischen den beteiligten Parteien deutlich. Dies zwingt die SPD zwar, diese Gegensätze bezüglich ihrer Politik in Rechnung zu stellen, bedeutet jedoch nicht, daß sie nicht in der Lage wäre, auf andere Parteien Einfluß zu nehmen. Die von den sozialdemokratischen Parteiführern am 24./25. Juni 1978 verabschiedete *„Politische Erklärung"* konnte nur deshalb von allen Parteien – also auch den widerstrebenden dänischen und englischen Sozialisten – unterzeichnet werden, weil jeder Hinweis darauf, daß das EG-Parlament zu einer „Europäischen Konstituante" (W. Brandt) werden solle, fehlt. Brandt erklärte, er wolle in den Ländern mit starken EG-Vorbehalten keine „schlafenden Hunde wecken". Es heißt deshalb auch in der Erklärung: „Die weitere Zusammenarbeit in Europa ist unter Achtung der eigenständigen Entwicklung unserer Länder und Parteien möglich . . . Wir erkennen an, daß jede weitere Übertragung von Befugnissen von nationalen Regierungen auf die Gemeinschaftsinstitutionen oder von nationalen Parlamenten auf das Europäische Parlament nur aufgrund eindeutiger Zustimmung der nationalen Regierungen und Parlamente stattfinden kann."[211])

Im August 1978 wurde von der Europakommission der SPD der „Entwurf des Programms der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands für die erste europäische Direktwahl 1979" vorgelegt, der auf dem Europaparteitag der SPD am 9./10. Dezember 1978 beraten und verabschiedet wurde. Auch wenn das Programm selbst keine antikapitalistischen Forderungen enthält, so finden dennoch einige kritische Stimmungen Berücksichtigung. Dies gilt u. a. für die Forderung nach einer Einführung der 35-Stunden-Woche, der Verlängerung des Jahresurlaubs, dem Verbot der Aussperrung. Indem jedoch gänzlich darauf verzichtet wird, anzugeben, wie, mit welchen gesellschaftlichen und politischen Kräften und gegen wen diese Zielsetzungen zu realisieren sind, erweist sich die Unverbindlichkeit des Forderungskatalogs. Es ist z. B. nicht die Rede davon, daß es notwendig ist, die Lohnabhängigen für die Durchsetzung dieser Ziele zu mobilisieren, daß die Forderungen für „Europa" mit den nationalen Bewegungen und Auseinandersetzungen zu verbinden sind, um sie konkret werden zu lassen, daß diese Programmpunkte zumindest in anderen EG-Ländern nicht ohne die kommunistischen Parteien durchzusetzen sind, daß wenigstens dort die SPD von ihrer Abgrenzungspolitik abrücken müßte. Wiederum erscheint die westeuropäische Integration als eine von gesellschaftlichen und klassenmäßigen Interessen losgelöste, abgehobene Erscheinung. „Europa" wird als solches angestrebt, ohne daß gefragt wird, wem dies vorrangig nützt. Der Effekt ist gleichwohl der, ein „Europa des Status quo" zu stabilisieren. Deshalb taucht im Programm die „Zukunftsfrage" auch als „Problem an sich" auf; nicht die Zukunft des privatkapitalistischen Gesellschaftssystems, sondern die Zukunft der Menschheit, der Gesellschaft überhaupt wird in Frage gestellt. Problematisch gewordene ideologische Leitbil-

211) Politische Erklärung der Sozialdemokratischen Parteien der Europäischen Gemeinschaft (23. 6. 1978), in: SPD-Parteivorstand (Hrsg.), Politik. Aktuelle Informationen der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Bonn, Juli 1978.

der sollen offensichtlich adaptiert und modernisiert werden[212]). Wenn in der veröffentlichten Meinung nach dem Parteitag festgestellt wurde, die SPD habe eine Linksentwicklung zur „Gewerkschaftspartei" vollzogen, die „Wurzeln des Marxismus" seien deutlich geworden und die Partei wolle zurück zum Klassenkampf, so offenbart dies nicht nur eine unzureichende Analyse des Gesamtprogramms, sondern verkennt auch die realen Intentionen sozialdemokratischer Westeuropa-Politik. Daß einige kritischere Formulierungen und weitergehende Forderungen Eingang gefunden haben, ist vor allem darauf zurückzuführen, daß sich die SPD offensichtlich gezwungen sieht, Wählermassen an sich zu binden, die vor allem im Jungwählerbereich ansonsten etwa zu „alternativen", „grünen" oder „bunten" Listen abwandern könnten. „Europa" soll wiederum zur Integration der Parteimitgliedschaft und Wählerbasis dienen, im vollen Bewußtsein dessen, daß die im Europaprogramm formulierten Forderungen die nationalen Aktivitäten der Partei nicht bestimmen werden. Diese Unverbindlichkeit der Forderungen des Wahlprogramms machte H. Koschnick, stellvertretender Parteivorsitzender, deutlich, als er in einem Interview mit der „Bild-Zeitung" mögliche Kritiker des Europaprogramms beruhigte: „Wir haben unser Ziel zu einem Europa der Arbeitnehmer formuliert. Das wird morgen nicht zu verwirklichen sein . . ." Genau aus diesem Grund wurde die Forderung nach einem Verbot der Aussperrung auch nicht etwa zum Inhalt einer Gesetzesinitiative erklärt und beschlossen. Die progressiven Kräfte in der SPD stehen also erst noch vor der Aufgabe, die weiterreichenden Forderungen in konkrete Programmatik und Politik zu transformieren.

Schlußbemerkung

Der hier dargestellte Kurs rechtssozialdemokratischer Außen- und Westeuropapolitik hat sich oft nur gegen den erbitterten Widerstand linker Kräfte in der SPD durchsetzen können. Diese Auseinandersetzungen spielten sich im wesentlichen zwischen einer sozialpartnerschaftlich-integrationistischen und einer sozialistisch-reformistischen Strömung innerhalb der Sozialdemokratie ab, wobei die letztere Gruppierung durch mehr oder weniger starke Kräfte, die an marxistischen Positionen festhielten, verstärkt wurde. Ein Höhepunkt dieser Auseinandersetzungen war sicher der Streit um die „Westorientierung" und die Remilitarisierung der BRD. Für die wissenschaftliche Analyse dieser Entwicklungen stellt sich die von W. Abendroth formulierte Aufgabe: „So werden die zahlreichen, oft sogar von breiten Massenbewegungen getragenen Initiativen und Strömungen in der Geschichte der Sozialdemokratie, die jeweils der Politik der Führung zuwiderliefen und Alternativen formulierten, ebenfalls sichtbar und eingehender analysiert werden müssen . . ."[213]) Trifft diese Aussage auch für die hier vorgelegten Ausführungen zu, so lassen sich dennoch einige Schlußfolgerungen hinsichtlich der Politik der linken Kräfte innerhalb der SPD ziehen, die dazu geführt haben, daß sich letztlich der

212) Vgl. SPD-Parteivorstand (Hrsg.), Soziale Demokratie für Europa. Entwurf. Programm der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands für die erste europäische Direktwahl 1979, Bonn 1978.
213) Vorwort v. W. Abendroth, in: J. v. Freyberg u. a., Geschichte . . ., a.a.O., S. 8.

sozialliberale Kurs durchsetzen konnte, bzw. daß nicht alle Möglichkeiten des Widerstandes gegen eine „prowestliche" und prokapitalistische Ausrichtung der SPD-Politik genutzt wurden. Sowohl bei der integrationistischen Mehrheit als auch bei den linksorientierten Kräften spielte der Antikommunismus und die Ablehnung der Zusammenarbeit mit kommunistischen Parteien eine große, die Rechtsentwicklung begünstigende Rolle. Während er den sozialliberalen Kräften oftmals den Weg zu Alternativen zur Regierungspolitik versperrte und damit der regierenden CDU/CSU nützte, hemmte er die linken Kritiker an der Politik der Parteiführung, wirksam gegen deren politischen Kurs vorzugehen und die Westorientierung, die Remilitarisierung und die Spaltung Deutschlands zu bekämpfen. Die Vorherrschaft des integrationistischen Parteiflügels festigte sich mit der Verallgemeinerung des antikommunistischen Weltbildes. Diese machte es auch der SPD-Führung leichter, traditionelle Forderungen der Sozialdemokratie als „Ballast" abzulegen. Wenn A. Ashkenasi in bezug auf Berlin schreibt: „Diese Revision traditioneller sozialistischer Haltungen setzte sich umso leichter durch, als angesichts der Unpopularität der SED kein Stimmenverlust nach links zu befürchten war"[214]), so läßt sich diese Aussage durchaus in bezug auf die gesamte Nachkriegsentwicklung Westdeutschlands, vor allem aber seit Mitte der 50er Jahre verallgemeinern.

Mit dem Antikommunismus hing die Übernahme von Schablonen des Kalten Krieges zusammen. „Die Sorge der SPD um Sicherheit gegenüber dem totalitären Osten und ihre heroische antikommunistische Vergangenheit spielten eine beherrschende Rolle in der SPD-Wahlpropaganda."[215]) Diese Haltung trieb viele Mitglieder der SPD dazu, die Westintegration zu unterstützen, bzw. sie – wenn auch mit Widerwillen – als einzige Alternative zu sehen. Mit der Übernahme außenpolitischer Vorstellungen durch die SPD, die eine Westintegration für unvermeidlich ausgaben, wurde im Inneren der BRD die Restauration alter Besitz- und Machtverhältnisse wesentlich gefördert. Die reformistischen Kräfte in der SPD wurden auch dadurch behindert, daß sie nicht klar genug die politische Richtung des integrationistischen Flügels der Partei erkannten und herausstellten. Viele ließen sich z. B. von K. Schumachers verbalradikalen Angriffen auf die kapitalistische Gesellschaftsordnung blenden und von einem aktiven Widerstand gegen die Restaurationsentwicklung in Westdeutschland abhalten. Während Schumacher den Kapitalismus für historisch überholt und den Sozialismus als „Tagesaufgabe" ausgab, kehrten die Verantwortlichen des faschistischen Wirtschafts- und Verwaltungsapparats oft schon wieder in ihre Funktionen zurück. Unterschätzte die Parteiführung damit einerseits den tatsächlich vollzogenen Restaurationsprozeß, so gelang es ihr andererseits immer wieder, die innerparteiliche Opposition zurückzudrängen und diese Kräfte letztendlich in ihre Politik einzubinden. Schon auf dem Heidelberger Parteitag von 1925, als die SPD die Losung von den „Vereinigten Staaten von Europa" ausgab, war es der Parteilinken nicht gelungen, wirksam Einfluß auf die Gesaltung des Programms zu nehmen. Nach Nie-

214) A. Ashkenasi, Reformpartei . . ., a.a.O., S. 160.
215) Ebd.

mann resultierte die Schwäche der Linken aus der „zunehmenden Verschüttung marxistischen theoretischen Denkens . . . Die Linken erlagen der vom Parteivorstand geschürten Atmosphäre antikommunistischer Hysterie, die sie zu ständigen politischen und theoretischen Abgrenzungsversuchen gegenüber den Kommunisten veranlaßte. Levi, Karl Rosenfeld, Max Seydewitz u. a. glaubten, daß es eine besonders geschickte Taktik sei und ihren Einfluß in der Partei vergrößere, wenn sie die Widersprüche zur opportunistischen Parteiführung vorrangig als taktische Differenzen – unter Beschwörung der Einheit im Ziel und Geschlossenheit im Wollen – darstellten. Das aber erschwerte es ihnen, sich besonders in den Augen der proletarischen Mitglieder politisch zu profilieren und ihren prinzipiellen Gegensatz zur opportunistischen Führung klarzustellen"[216]). Ashkenasi wiederum verdeutlicht ein weiteres Moment, das zu nur geringer Wirkung der Parteilinken beitrug: Angesichts bevorstehender Wahlen vermied es die Linke, den Kurs der Parteiführung offensiv zu bekämpfen, um nach außen ein Bild der Geschlossenheit zu wahren. Als die Bundestagswahlen 1957 der SPD nicht das erhoffte Ergebnis brachten – CDU/CSU errangen die absolute Mehrheit, die SPD befand sich in der schwächsten Position seit 1948 –, führte auch das zurückhaltende Verhalten der innerparteilichen Linksopposition dazu, daß die Parteirechte nun verstärkt den innen- und außenpolitischen Kurs bestimmte. Sie forderte u. a., daß die Partei „ihr ökonomisches Denken umorientieren und ein für allemal den Gedanken des Klassenkampfes und der allgemeinen Sozialisierung verwerfen, ihre Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit der CDU und/oder der FDP in der Außen- und Innenpolitik bekunden, ihre Opposition gegen die NATO und die westliche Sicherheitspolitik aufgeben . . . (und) sich politisch, militärisch und geistig eindeutig zum Westen bekennen" solle[217]). Daß die Politik der innerparteilichen Integration der Linksopposition schließlich immer auch einflußreicher Parteiführer bedurfte, an denen sich die Linke orientierte, ohne daß sie deshalb vom rechten Parteiflügel nicht akzeptiert worden wären, zeigt Ashkenasi am Beispiel H. Wehners. Wehner, der gegen Ende der 50er Jahre „links vom Parteivorstand und Ollenhauer" stand, „genoß das Vertrauen der Linken, aber es ist hauptsächlich auch ihm zu verdanken, daß das Fußvolk der Partei gegen das Werben des linken Flügels sowohl in Stuttgart (1958, d. V.) als auch in München (1956, d. V.) immun blieb"[218]).

216) H. Niemann, Das Heidelberger Programm . . ., a.a.O., S. 794.
217) A. Ashkenasi, Reformpartei . . ., a.a.O., S. 115 f.
218) Ebd., S. 121.

Neu

Pahl-Rugenstein Hochschulschriften Gesellschafts- und Naturwissenschaften

Seit Anfang des Jahres 1979 bietet der Pahl-Rugenstein Verlag eine neue Publikationsmöglichkeit für wissenschaftliche Literatur an, die er als Unterstützung der fortschrittlichen Wissenschaft betrachtet. An vielen Einrichtungen des tertiären Bildungsbereichs konnten demokratische Wissenschaftler in den letzten Jahren Inhalte und Formen von Forschung und Lehre mitgestalten, Beziehungen zu den Arbeitnehmerorganisationen anknüpfen und die ersten Studentenjahrgänge zum Studienabschluß führen. Damit nahm die Zahl der wissenschaftlichen Arbeiten zu, die entweder unmittelbar von den demokratischen Wissenschaftler- und Studentenorganisationen initiiert oder doch in ihrem Umkreis entstanden sind und dem allgemeinen Fortschritt dienen. An der Veröffentlichung dieser Arbeiten besteht über das wissenschaftliche und wissenschaftspolitische Interesse hinaus ein allgemeines politisches Interesse.
In der neuen Sammlung „Pahl-Rugenstein Hochschulschriften" erscheinen wissenschaftliche Arbeiten (Dissertationen, Diplom- und Staatsarbeiten, Habilitationsschriften) aus allen Bereichen der Gesellschafts- und Naturwissenschaften.
Allgemeine Voraussetzungen für die Aufnahme sind:
– eine eigenständige wissenschaftliche Leistung mit hohem Forschungsanteil,
– eine demokratische Perspektive der Forschung.
Entsprechend den spezifischen Schwierigkeiten, die mit der Herausgabe und der Verbreitung von Hochschulschriften in kleinerer Auflage verbunden sind, trägt der Verfasser einen Teil der Kosten. Der Verfasser trägt die reinen Herstellungskosten, während der Verlag die Kosten für seine Dienstleistungen wie Lektorat, Werbung und Vertrieb über den Verkauf erwirtschaftet.

Nähere Informationen über die Konditionen der Reihe fordern Sie bitte an beim Lektorat „Hochschulschriften". Manuskriptangebote nimmt der Verlag entgegen.

Im März erscheinen:

Harald Werner
Arbeiterbildung und gesellschaftliches Bewußtsein.
Eine empirische Untersuchung zum Bewußtsein von Teilnehmern an Arbeiterbildungsveranstaltungen
Band 1, 456 S., brosch. ca. DM 49,–;
ISBN 3-7609-5000-0

Brigitte Nauhaus
Probleme der Frauenarbeitslosigkeit in der gegenwärtigen Krise
Band 3, 240 S., brosch. ca. DM 36,–;
ISBN 3-7609-5002-7

Martin Kutscha
Verfassung und „streitbare Demokratie".
Historische und rechtliche Aspekte der Berufsverbote
Band 9, ca. 280 S., brosch. ca. DM 32,–;
ISBN 3-7609-5008-6

Erika Meyer
Die Herausbildung der Arbeiterklasse im Spiegel der zeitgenössischen Lyrik.
Vom Vormärz bis zum Anfang der siebziger Jahre
Band 2, 589 S., brosch. ca. DM 75,–;
ISBN 3-7609-5001-9

Christoph Türcke
Zum ideologiekritischen Potential der Theologie.
Konsequenzen einer materialistischen Paulus-Interpretation
Band 8, ca. 120 S., brosch. ca. DM 20,–;
ISBN 3-7609-5007-8

Pahl-Rugenstein · Gottesweg 54 · D-5000 Köln 51

Wem gehört Amerika?

Sozialstruktur und Besitzverhältnisse in den Vereinigten Staaten

Von Maurice Zeitlin

Jede Erwähnung von „Klassen" in den Vereinigten Staaten oder gar von „Kapitalisten" und „Arbeitern" klingt mittlerweile geradezu altmodisch und mehr als nur ein bißchen fremdartig. Jeder, der von ihnen spricht, riskiert, sich intellektuell suspekt zu machen. Amerikaner sind fixiert auf ein surreales politisches Theater vorbeiziehender Bilder; „links" und „rechts" erscheinen, wenn überhaupt, lediglich als wechselnde Stimmungslagen. Amerikaner haben für die tieferen Unterschiede in ihrem gesellschaftlichen Leben keine feststehende politische Ausdrucksmöglichkeit. Und dennoch sind diese Unterschiede tief und dauerhaft, und keine „stille" oder „unsichtbare" Revolution hat sie beseitigt. Leider ist es noch nicht an der Zeit, das Verschwinden von Klassen in Amerika zu feiern, etwa preiswerte Besichtigungsfahrten nach Newport zu organisieren „und Bustouren durch Grosse Pointe, ausschließlich zu Bildungszwecken, so wie man früher die Karlsbader Höhlen besichtigte", oder auszurufen: „Die Arbeiterklasse ist tot. Lang lebe die Erinnerung an die Arbeiterklasse!" [1]) Betrachtet man die gerade zitierten Äußerungen weniger humorvoll und mit größerem Ernst, so steckt in ihnen die Behauptung (die wiederholt aufgestellt wurde, um die Theorie zu untermauern), die Vereinigten Staaten hätten eine wesentliche Demokratisierung ihres Wirtschaftslebens, die Auflösung der Klassen und die Geburt einer „nachkapitalistischen Gesellschaft" oder eines „neuen Industriestaates" erlebt [2]). Diese Behauptung erscheint in gleicher Weise in wissenschaftlichen Arbeiten und populären Bestsellern. So schreibt Talcott Parsons, in theoretischer Hinsicht der Mentor einer ganzen Generation amerikanischer Soziologen, die „Verlagerung der Unternehmenskontrolle von den Besitzinteressen der Gründerfamilien hin zum leitenden und technischen Personal" habe in Verbindung mit „hoher progressiver Besteuerung" und weiteren „Veränderungen in der Struktur der Wirtschaft die frühere Oberschicht ‚beschnitten'" [3]). Der Publizist und Industrieberater Peter Drucker hat – zuerst in seinem neokonservativen Buch *Public Interest* und vor kurzem in *The Unseen Revolution* die Behauptung aufgestellt, der Besitz amerikanischer Unternehmen sei so gestreut und der Aktienbesitz der Arbeitnehmer-Rentenfonds mittlerweile so umfangreich, daß „der Sozialismus der marxistischen Theorie erstmalig auf amerikanischem Boden

1) David Bazelon, Power in America, New York 1971; S. 364, 357.
2) Ralf Dahrendorf, Classes and Class Conflict in I Industrial Society, Stanford 1959. – John Kenneth Galbraith, The New Industrial State, New York 1967.
3) A Revised Analytical Approach to the Theory of Social Stratification; in: R. Bendix/S. M. Lipset (Hrsg.), Class, Status, and Power, Glencoe, Illinois o. J.; S. 123.

verwirklicht worden ist"[4]). Ein angesehenes College-Lehrbuch der Wirtschaftswissenschaften erklärt, in den Vereinigten Staaten sei es zu „einer dramatischen Verschiebung von Blue Collar zu White Collar, von Muskel- zu Kopfarbeit gekommen", während uns der Bestseller *Future Shock* voller Begeisterung darüber informiert, daß „zum ersten Mal in der Geschichte der Menschheit" eine Gesellschaft „es innerhalb einiger kurzer Jahrzehnte schaffte, das Joch der körperlichen Arbeit abzuwerfen"[5]). Kurz, mit den Worten eines populären Buches über Politik: „Das ökonomische Klassensystem verschwindet . . . Die Neuverteilung von Wohlstand und Einkommen . . . hat die politische Bedeutung wirtschaftlicher Ungleichheit beseitigt."[6])

Diese Behauptungen, so plausibel sie auch sein mögen, sind Pseudotatsachen: scheinbar empirische Aussagen, die ebenso überzeugend wie trügerisch sind[7]). Ein Grund für ihre weite Verbreitung liegt in der Schwierigkeit, die Fakten über den Besitz von Reichtum und die Kontrolle von Unternehmen in Erfahrung zu bringen. Selbst die offiziellen Daten der amerikanischen Volkszählung halten für den Unaufmerksamen Fallstricke bereit, die ein klares Erfassen der realen Klassenbeziehungen unmöglich machen. Eine sorgfältige Analyse zeigt jedoch, daß die wirtschaftliche Ungleichheit so schwer wiegt wie eh und je und einen tiefen Einschnitt in der amerikanischen Gesellschaft darstellt und daß weder Kapitalisten noch Arbeiter aus dem amerikanischen Leben verschwunden sind.

Der Besitz von Reichtum wird in einem Wust von Firmenbeteiligungen und finanziellen Zwischeninstanzen sowohl absichtlich versteckt als auch unbewußt verschleiert. Selbst Wirtschaftswissenschaftler der Regierung mit Zugang zu den IRS-Daten *) haben außerordentliche Schwierigkeiten, wenn sie abzuschätzen haben, was wem gehört. Dennoch enthüllen die Verstorbenen oft, was die Lebenden zu verbergen suchten – eine Tatsache, die durch die Methode der Nachlaßmultiplikatoren verdeutlicht wird. Betrachtet man die jeweils im Verlaufe eines Jahres Verstorbenen als „geschichtete Stichprobe" der Lebenden und zieht man ferner die Nachlaßsteuererklärungen des IRS heran, so werden durch dieses Verfahren relativ genaue und verläßliche Schätzungen möglich über die Vermögenshöhe der wenigen Superreichen und über ihren Anteil am Vermögen aller Amerikaner. Diese Untersuchungen zeigen, daß gerade 4% aller erwachsenen Amerikaner Vermögen von nicht weniger als 60 000 Dollar besitzen, wobei ihr gesamter Besitz zusammengerechnet und ihre Schulden abgezogen wurden. Innerhalb dieser Gruppe stellt eine winzige Anzahl Amerikaner jedoch die wirklichen Besitzer Amerikas dar. Nur 55 400 Erwachsene besitzen eine Million Dollar Aktienkapital; noch weniger, lediglich 40 000, haben 100 000 Dollar oder mehr in staatlichen oder

*) IRS: Internal Revenue Service, amerikanische Steuerbehörde. (Anm. d. Übs.)

4) New York 1976.
5) Campbell R. McConnell, Economics, New York [3]1966, S. 377. – Alvin Toffler, Future Shock, New York 1970, S. 16.
6) Stimson Bullit, To Be A Politician, New York 1959, S. 20. (Mit einem glänzenden Vorwort des Harvard-Soziologen David Riesman.)
7) Das Wort „Pseudotatsache" ist eine gelungene Neuschöpfung des Soziologen an der Columbia-Universität Robert K. Merton.

örtlichen Pfandbriefen (die alle von Bundessteuern ausgenommen sind), und 73 500 Erwachsene besitzen 200 000 Dollar oder mehr, wenn man alle staatlichen, örtlichen und Bundespfandbriefe (Sparbriefe ausgenommen), Bundesschatzbriefe, Zertifikate, Schuldverschreibungen und Hypotheken sowie ausländische Schuldverschreibungen berücksichtigt. Kurz, diese winzige besitzende Klasse, die die äußerste Spitze der Gesellschaft bildet – sie macht kaum mehr aus als ein Zwanzigstel % aller erwachsenen Amerikaner – besitzt ein Fünftel des *gesamten* Aktienkapitals, fast zwei Drittel des Werts *aller* staatlichen und örtlichen Pfandbriefe und zwei Fünftel *aller* Pfandbriefe und Schuldverschreibungen.

Schneiden wir oben eine Scheibe ab, die gerade das reichste eine % aller Amerikaner umfaßt, so ergibt sich, daß sie ein Siebentel des Grundbesitzes, über die Hälfte des privaten Aktienkapitals, fast ein Sechstel des gesamten Bargeldes (in bar oder auf Bank- und anderen Konten) und fast alle Treuhandvermögen (von denen sich die meisten wiederum auf den Konten einiger Großbanken befinden) in den Vereinigten Staaten enthält. Zusammenfassend ist also festzustellen, daß das eine % Amerikaner an der Spitze über ein Viertel des Eigenkapitals aller Amerikaner verfügt. Diese Schätzungen, das sei ausdrücklich vermerkt, liegen noch um etwa 10 bis 15% *unter* der wirklichen Konzentration des Reichtums, da bei den Daten Anpassungen vorgenommen wurden, um die Konsistenz zu erreichen, die zur Ermittlung von Trends seit den 20er Jahren erforderlich war. Untersucht man eine etwas stärkere Oberschicht, so stellt man fest, daß – aufgrund von Daten, die durch Erhebungen ermittelt wurden – die reichsten 5% amerikanischer Familien 40% des gesamten persönlichen Vermögens besitzen. (Nachlaßdaten führen zu fast den gleichen Schätzungen, nach denen die oberen 4% 37% des Nettovermögens besitzen.) Im Gegensatz dazu besitzt die untere *Hälfte* aller Familien lediglich 3% des gesamten Nettovermögens. Absolut bewegt sich der Anteil der oberen 5% am Reichtum in einer Größenordnung von über einer Billion Dollar – genug, um das gesamte Sozialprodukt der Vereinigten Staaten aufzukaufen und immer noch genügend übrig zu behalten, um die vereinigte Produktion mehrerer kleiner Länder Europas auch noch mitzunehmen. Nach Schätzungen, die auf Nachlaßsteuerdaten basieren, besitzen sie weit über ein Viertel vom Grund und Boden der Nation, fast zwei Drittel des Aktienkapitals, vier Fünftel der staatlichen und kommunalen Pfandbriefe und nahezu alle Schuldverschreibungen, Hypotheken, Auslands- und Firmenobligationen. Wem gehört also Amerika? Die Antwort ist klar: einer winzigen besitzenden Klasse an der Spitze.

Und diese Klasse hat den Griff, in dem sie die Reichtümer der Nation hält, auch nicht gelockert. In den 30er Jahren gab es eine offensichtliche Abnahme in der Vermögenskonzentration; sie erfolgte jedoch zum größten Teil während der großen Depression, als viele Vermögen senkrecht abstürzten. Und selbst dieser Niedergang ist vielleicht eher scheinbar als wirklich und spiegelt zum großen Teil sicherlich die phänomenale Inflation auf dem Aktienmarkt, der Hauptversorgungsquelle der Reichen, kurz vor dem Zusammenbruch wider. Seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs hat sich die Konzentration des Reich-

tums nicht meßbar verändert. In jedem der seitdem in Abständen von ungefähr einem halben Jahrzehnt jeweils herausgegriffenen Jahren zeigen die Daten, daß das reichste eine % rund ein Viertel und das halbe % an der Spitze ungefähr ein Fünftel des Nettovermögens aller Amerikaner zusammen besitzen. In der Tat ergibt sich aus der Analyse handschriftlicher Volkszählungsberichte, daß der Anteil des reichsten einen % am Reichtum der Nation am Vorabend des Bürgerkriegs vor über einem Jahrhundert fast genau derselbe war wie heute: im Jahre 1860 belief er sich auf 24%, während er im Vergleich dazu im Jahre 1969 24,9% betrug[8])!

Die Vermögenskonzentration sollte nicht mit der Einkommensverteilung verwechselt werden, so eng sie auch miteinander in Verbindung stehen, da die Höhe des Einkommens, das jemand jährlich bezieht, in keiner notwendigen Beziehung zur Höhe seines Vermögens steht. Je höher natürlich die Einkommensklasse, um so größer ist der prozentuale Anteil derjenigen, deren Einkommen aus dem Besitz von Vermögen stammt. Auf die „Verbraucher-Einheiten" in der Einkommensgruppe der oberen 5% entfiel (im Jahre 1962, aus dem die letzten verläßlichen Schätzungen stammen) fast die Hälfte aller Einkommen aus *Vermögensbesitz,* und zwar in folgender Aufschlüsselung: rund zwei Drittel der Dividende öffentlich gehandelten Kapitals, zwei Drittel des Einkommens aus Treuhandvermögen und Grundbesitz, fast zwei Fünftel der gesamten Miet-, Pacht- und Tantiemen-Einnahmen und etwas weniger als ein Drittel des gesamten Zinseinkommens. Geht man von dem *gesamten* Familien-Privateinkommen einschließlich der Löhne, Gehälter usw. aus, so entfallen etwa 5% auf das Fünftel mit den niedrigsten Einkommen und etwa 40% auf das Fünftel mit den höchsten Einkommen; und diese Aufteilung ist in jedem Jahr seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs nahezu identisch geblieben. Das ist ein stabiles Verhältnis von acht zu eins, und die Vorausberechnungen gehen davon aus, daß es bis zum Jahre 1985 gleich bleiben wird. (Die Kluft zwischen den Einkommen, wie sie in diesem Verhältnis des oberen Fünftels zum unteren Fünftel gemessen wird, ist in den Vereinigten Staaten größer als in der BRD, Großbritannien, den Niederlanden und Japan. Nur in Frankreich steht es noch schlechter.) Obwohl das Verhältnis stabil ist, ist die Kluft zwischen dem durchschnittlichen Realeinkommen des oberen und des unteren Fünftels weiter geworden: in den zwei Jahrzehnten von 1949 bis 1969 ist sie von 11 000 Dollar auf 19 000 Dollar gestiegen (in konstanten Dollars von 1969).

Es mag in früheren Jahren, von 1929 bis 1948, so etwas wie einen Rückgang im Einkommensanteil der oberen 5% gegeben haben; schließlich waren dies Jahre der Depression, einer Massenorganisation der Industriearbeiter, der Lohn- und Preiskontrollen und der Vollbeschäftigung während des Zweiten Weltkriegs. Dennoch ist dieser Rückgang umstritten, und zwar aus verschie-

8) Die Daten zur Vermögenskonzentration stammen aus: Robert Lampman, The Share of Top Wealth-Holders in National Wealth, Princeton 1962; James D. Smith/Stephen D. Franklin, Concentration of Personal Wealth, 1922–1969; in: „American Economic Review" 86, Mai 1974, S. 162–167; James D. Smith, The Concentration of Personal Wealth in America, 1969, in: „Review of Income and Wealth", Reihe 20, Nr. 2, Juni 1974, S. 143–180; Robert E. Gallman, Trends in the Size Distribution of Wealth in the Nineteenth Century, in: Lee Soltow (Hrsg.), Six Papers on the Size Distribution of Income, New York 1969.

denen Gründen. Der wichtigste Grund besteht darin, daß die Hauptuntersuchung, in der ein solcher Rückgang der Einkommensungleichheit behauptet wird (von Simon Kuznets), die nicht ausgezahlten Unternehmensgewinne, Bestandsbewertungen von Unternehmen und die immer stärker florierenden Formen versteckter Einkommen und der zu niedrigen Steuererklärungen, wie sie für die höheren Einkommensgruppen typisch sind, nicht berücksichtigt. (Untersuchungen haben ergeben, daß die Abgabe zu niedriger Steuererklärungen viel häufiger bei Einkommen aus Dividenden, Zinsen und Pacht anzutreffen ist als bei Lohn- und Gehaltseinkommen.) Hinzu kommt, daß Einkommen-Splitting unter Wohlhabenden, wodurch Einkommen lediglich unter Einzelpersonen und Familien innerhalb derselben Klasse neu verteilt wird, als Verminderung der Einkommensungleichheit zu Buche schlägt, obwohl der von der besitzenden Klasse erhaltene Anteil als Ganzes tatsächlich in keiner Weise reduziert wurde.

Die sogenannte progressive Besteuerung hat ganz gewiß die „obere Schicht" äußerst intakt gelassen. Und soweit die Auswirkungen meßbar sind, haben auch Besteuerung und Regierungsausgaben seit dem Zweiten Weltkrieg nicht mehr Gleichheit in der Einkommensverteilung bewirkt. In Wirklichkeit ist die steuerliche Gesamtlast wahrscheinlich regressiver geworden, d. h. die Steuern ziehen den Angehörigen der unteren Einkommensgruppen mehr vom Einkommen ab als denen der höheren Gruppen. Ein Grund dafür besteht darin, daß die Steuern auf staatlicher und kommunaler Ebene, die typischerweise regressiver sind als die Bundessteuern, heute einen größeren Anteil an der steuerlichen Gesamtlast darstellen; von 42% der Bundessteuern im Jahre 1950 sind sie 1961 auf 51% und 1970 auf 58% gestiegen. Und sogar die Belastung durch Bundessteuern ist im Verlauf der letzten beiden Jahrzehnte wahrscheinlich regressiver geworden. Die Körperschaftssteuer ist niedriger geworden – sie sank von 1950 bis 1970 von 27% der gesamten Bundessteuern auf 16%, während Sozialversicherung und Lohnsummensteuer schneller gestiegen sind, nämlich im gleichen Zeitraum von 9 auf 26%. Auf diese Weise ist es trotz des massiven Anstiegs der Regierungsausgaben und der immer tieferen Eingriffe des Staates in alle sozialen Beziehungen nicht zu einer meßbaren Abschwächung der Ungleichheit in der Einkommensverteilung der USA gekommen[9]). Seit vor kurzem die neue Steuergesetzgebung den Kongreß passiert hat, durch die die Besteuerung von Kapitalgewinnen reduziert und die Besteuerung der Einkommen von Lohn- und Gehaltsempfängern erhöht werden, läßt sich sogar eine Tendenz voraussagen, die zu noch größerer Ungleichheit führen wird (Vgl. Tabelle im Anhang zu diesem Aufsatz.)

9) Die Daten zur Einkommensverteilung stammen aus D. S. Projector/G. S. Weiss/E. T. Thoresen, Composition of Income as Shown by the Survey of Financial Characteristics of Consumers; in: Soltow (Hrsg.), Six Papers . . ., a.a.O.; More Money, but the Shares Stays the Same; in: „Business Week", v. 1. 4. 1972, S. 56–57; Selma F. Goldsmith, Changes in the Size Distribution of Income; in: „American Economic Review", 47/2, Mai 1957, S. 504–518; Victor Perlo, A Review of „Shares of Upper Income Groups in Income and Savings"; in: „Science & Society", 18/2, Frühjahr 1954, S. 168–173; Morgan Reynolds/Eugene Smolensky, Public Budgets and the U.S. Distribution of Income: 1950, 1961, and 1970 in: Maurice Zeitlin (Hrsg.), American Society, Inc., Chicago ^{2}1977.

Ausgaben für militärische Zwecke

Während den Reichen die Steuerlast erleichtert wird, steigen die Ausgaben für Krieg und Kriegsvorbereitung weiter an. Das Militärbudget des Haushaltsjahres 1978 hat nicht, wie vom Kandidaten Carter seinerzeit versprochen, eine Senkung der Militärausgaben gebracht, sondern diese Ausgaben *erhöht.* Die Regierung Carter forderte gegenüber der Zahl des Vorjahrs eine Erhöhung um 12 Mrd. Dollar; sie erhielt 8 Mrd. Dollar – eine Steigerung um 2% zusätzlich zur Inflationsrate. Mehr noch, dieser Militärhaushalt in Höhe von 116 Mrd. Dollar enthält noch nicht die militärbezogenen Aktivitäten, die im Budget des Energieministeriums versteckt sind und die Atomwaffentechnologie betreffen. Ebensowenig enthält er die rund eine halbe Mrd. Dollar für Militärhilfe sowie über 3 Mrd. Dollar für Treuhandfonds zugunsten von Rüstungsverkäufen im Ausland. Dies alles ergibt den höchsten Militäretat, der jemals in der amerikanischen Geschichte in Friedenszeiten aufgestellt wurde, und die Regierung Carter hat bereits um eine weitere Aufstockung der in diesem Jahr erhaltenen 116 Mrd. Dollar auf 126 Mrd. Dollar im kommenden Jahr ersucht. Dennoch bezeichnete Verteidigungsminister Harold Brown den Militärhaushalt des Jahres 1978 als „karg" und als „aufgestellt unter Berücksichtigung der Finanzierung innenpolitischer Programme aus den Regierungseinnahmen". Bestenfalls kann sich die Regierung Carter darauf berufen, daß sie *die Zuwachsrate reduziert* hat, wenn auch nicht den Militärhaushalt selbst, wie Carter das versprochen hatte. Mit 5% der Weltbevölkerung geben die Vereinigten Staaten jetzt ein Drittel aller Aufwendungen aus, die auf der ganzen Welt für Kriegszwecke gemacht werden. Zwei von jeweils drei Dollars aus dem frei verfügbaren Haushalt (noch ohne die Verpflichtungen, die sich durch Zinsentilgung, Aufwendungen für soziale Sicherheit, Veteranenzuwendungen usw. ergeben) werden jetzt von der Regierung der Vereinigten Staaten für Zwecke der Kriegsvorbereitung ausgegeben. Darüber hinaus werden die Militärausgaben in zunehmendem Maße kapitalintensiver, so daß nicht einmal mehr der Anspruch erhoben werden kann, sie würden „Arbeitsplätze schaffen". Im Gegenteil, neues Beweismaterial legt den Schluß nahe, daß jede Erhöhung der Militärausgaben um 1 Mrd. Dollar die Amerikaner 11 600 Arbeitsplätze kostet.

Es ist daher nicht überraschend, daß einige führende Gewerkschaftsvorsitzende beginnen, die „geplante Umstellung" des Militärhaushalts auf die Erfordernisse des Friedens zu fordern. Das bedeutet, wie William A. Winpisinger, der Präsident der Internationalen Maschinenbauergewerkschaft IAM, es am 6. April 1978 formulierte, „jetzt zu planen, damit für diejenigen Arbeiter, die von der Drosselung oder Aufgabe eines Unternehmens oder eines Programms der Verteidigungsindustrie betroffen werden, in Zukunft Arbeitslosigkeit, Einkommensverluste und Wegfall von Arbeitnehmerzuschlägen vermieden werden. Es bedeutet die Umstellung ungenutzter Fabrikanlagen und Einrichtungen aus dem Verteidigungs- und Militärbereich auf zivile und sozial nützliche Produktion. Es bedeutet die Möglichkeit zum Bau von Eisenbahnen, Massenverkehrssystemen, Häusern und Sonnenenergiesystemen anstelle von überflüssigen Raketen, Bomben und Atomsprengköpfen. Damit

wäre wirkliche Beschäftigung statt Arbeitslosigkeit gegeben, wenn Verteidigungsarbeit eingestellt wird."

Selbst der streitbare alte und konservative Kalte Krieger George Meany, der Vorsitzende der AFL-CIO, fängt an, sich über die gegen die Arbeiterklasse gerichtete Politik der Regierung Carter Sorgen zu machen; und tatsächlich gebraucht sein enger Vertrauter und voraussichtliche Nachfolger Lane Kirkland, Schatzmeister der AFL-CIO, eine Klassen- und „Klassenkampf"sprache, wie man sie seit über vierzig Jahren auf dieser Ebene der Gewerkschaftsbewegung nicht mehr gehört hat. Empört über die antigewerkschaftliche Politik der Regierung Carter und über die systematischen Versuche des Großkapitals, die Gewerkschaftsbewegung zu schwächen, legte er am 24. Mai 1978 gegen das Big Business los. Hinter dem „zivilisierten, kooperativen Gespräch" des Managements mit den Gewerkschaften und seiner gefälligen „Tünche der Höflichkeit" liege, so erklärte er, „urprimitiv das scharfmacherische Streben nach der Herr-Knecht-Beziehung". Die amerikanische Industrie habe, so Kirkland, „eine Kampagne gestartet, um die Hoffnungen der am stärksten unterdrückten und verdienstvollsten Arbeiter dieses Landes zu zerschlagen. Das ist Klassenkampf . . ., und er wurde von den Privilegiertesten und Mächtigsten in unserer Gesellschaft begonnen."

In ähnlicher Weise hat Donald Fraser, der Vorsitzende der 1,5 Millionen Mitglieder umfassenden Vereinigten Automobilarbeitergewerkschaft UAW, der größten Industriegewerkschaft der USA, die „Business-Gemeinschaft" mit ungewohnt scharfen Worten angeprangert. Im Juli 1978 erklärte er als Mitglied der quasi-offiziellen „Labor-Management Group" seinen Rücktritt mit den folgenden Worten: „Ich bin überzeugt davon, daß die Führer der Geschäftswelt, von wenigen Ausnahmen abgesehen, sich dazu entschlossen haben, heute in diesem Lande einen einseitigen Klassenkrieg zu führen, einen Krieg gegen die Arbeitslosen, die Armen, die Minderheiten, die sehr Jungen und die sehr Alten und sogar gegen viele Angehörige der Mittelklasse unserer Gesellschaft."

Vielleicht ist also in Amerika der Klassenkampf doch noch nicht ganz verschwunden, und es verhält sich damit ebenso wie mit dem angeblichen Verschwinden der Klassen selbst. Diese Auffassung, daß Klassen ein verschwindendes Phänomen seien, beruht nicht ausschließlich oder in erster Linie auf der Behauptung, an der Spitze seien die Besitzenden gekappt worden, sondern auch darauf, daß die Arbeiterklasse selbst im Schwinden begriffen sei. Oder daß sie sogar überhaupt nicht mehr existiere, während die sogenannte „White collar"-Mittelklasse stärker werde. Die Verwirrung – denn um eine solche handelt es sich – rührt daher, daß zwischen der Zusammensetzung nach Berufen und der Klasseneinteilung nicht unterschieden wird. So erklärt beispielsweise John Kenneth Galbraith, ein Hauptgrund für das Absterben des Klassenkampfes in Amerika liege in der einfachen „Tatsache" begründet, daß „die Anzahl der White-collar-Arbeiter in den Vereinigten Staaten vor fast 15 Jahren die Anzahl der Blue-collar-Arbeiterschaft überholt hat und sie jetzt

natürlich bei weitem übertrifft"[10]). „Natürlich" – nur daß diese Zählweise die wirklichen Ereignisse verschleiert. Seit der Jahrhundertwende, vor allem während des Zweiten Weltkriegs und mit zunehmendem Tempo während der letzten Jahre, wächst der Anteil der Frauen (insbesondere der verheirateten Frauen) an der arbeitenden Bevölkerung. Rund zwei Fünftel der arbeitenden Bevölkerung sind heute Frauen, und fast die Hälfte aller Frauen übt eine bezahlte Tätigkeit aus oder ist auf der Suche danach. Und es war dieser Zustrom von Frauen in der Arbeiterschaft, der der steigenden Zahl der sogenannten „White collar jobs" – hauptsächlich in der Büroarbeit und auf dem Verkaufssektor – während der letzten Jahrzehnte parallel lief und in sie einmündete. Von allen arbeitenden Frauen war 1900 weniger als ein Zehntel in Büros oder im Verkauf beschäftigt; um 1940, am Vorabend des Zweiten Weltkriegs, war die Zahl bereits auf 29% gestiegen und kletterte weiter bis auf 42% im Jahre 1970. Gleichzeitig sank der Anteil der als Handwerkerinnen, Fabrikarbeiterinnen und ungelernte Arbeiterinnen außerhalb der Landwirtschaft Beschäftigten ebenso wie die Anzahl der in den sogenannten Dienstleistungsberufen Tätigen, wo vor allem von Frauen typisch niedrige Beschäftigungen ausgeübt wurden, wie zum Beispiel Dienstbotentätigkeit oder Küchenarbeit. Einige „White collar jobs" werden heute fast nur von Frauen ausgeübt; und zehn Beschäftigungen – darunter Kellnerin, Stenotypistin, Kassiererin, Friseuse und Kosmetikerin, Krankenschwester und Diätassistentin, Verkaufsangestellte – machen allein über zwei Fünftel aller Frauenberufe aus. Zwei Drittel aller Büro- und Verkaufsberufe und der gleiche Prozentsatz im Dienstleistungsbereich werden von Frauen ausgeübt und stehen nur einem Sechstel in den Bereichen Handwerk, Fabrikarbeit und ungelernte Arbeit außerhalb der Landwirtschaft gegenüber. Im Gegensatz dazu ist bei den Männern im Verlauf der letzten dreißig Jahre bis heute der Anteil an den Büro- und Verkaufsberufen nicht gestiegen. Der Prozentsatz stieg von 7 im Jahre 1900 auf 12 im Jahre 1940 und ist seitdem auf diesem Stand geblieben. („Höhere und technische" Berufe haben während der gleichen Jahre zugenommen und sind von 3 auf 6 und dann auf 14% gestiegen. Viele derjenigen, die solche „höheren" Berufe ausüben, kommen jedoch aus berufsbildenden Schulen. Ungefähr 40% aus der expandierenden Sparte der „Techniker" sind zum Beispiel keine graduierten College-Absolventen.) Tatsache ist ganz einfach, daß die spezifische Kategorie der „manuell Tätigen" bei den Männern von 38% im Jahre 1900 auf 45% im Jahre 1920 angewachsen und seitdem in dieser Größenordnung geblieben ist: im Jahre 1970 waren 47% der männlichen Arbeiterschaft Handwerker, Fabrikarbeiter und ungelernte Arbeiter außerhalb der Landwirtschaft. Hinzu kommt noch, daß in den Tiefen der Volkszählungskategorie „Beschäftigte im Dienstleistungsgewerbe" unzählige Arbeiterberufe (also „Blue collar jobs") versteckt sind, z. B. Hausmeister, Pförtner, Kellner, Tellerwäscher und Wäschereiarbeiter. Wie viele von den 7% Männern in solchen Berufen (1970) als „wirkliche Arbeiter" auszusieben wären, ist Ansichtssache; ich nehme an, es sind die meisten. (Die Zahlen für den Dienstleistungsbereich haben sich

10) J. K. Galbraith, What Happened to the Class Struggle? Nachdruck aus „Washington Monthly" in meinem Buch American Society, Inc., a.a.O.

gleichfalls seit 1940 kaum verändert.) Dann gibt es noch eine Unzahl von „White collar"-Berufen wie Lagerverwalter, Gepäckträger, Zeitungsausträger und Briefträger, bei denen mit Sicherheit manuelle (und oft schwere) Arbeit verrichtet wird. Nach einer zuverlässigen Schätzung verrichtet über die Hälfte der in den USA beschäftigten Männer manuelle Arbeit, vielleicht sogar sechs von zehn Männern. (Und darin sind die rund 3% der in der Landwirtschaft Beschäftigten nicht enthalten.) Vielleicht besteht der einzige wirkliche Unterschied für die Arbeiterklasse von heute darin, daß viele arbeitende Männer jetzt mit dem Verdienst ihrer Frauen (oder Töchter) rechnen, damit die Familienkasse stimmt. Tatsächlich üben die meisten berufstätigen Frauen, die mit manuelle Arbeit verrichtenden Männern verheiratet sind, selbst manuelle oder „Dienstleistungs"-Berufe aus. Im Gegensatz dazu ist es bei den Frauen von Managern und Angehörigen höherer Berufe nur eine kleine Minderheit, etwa ein Sechstel, die manuellen oder Dienstleistungsberufen nachgeht, und dabei verbirgt diese Kategorie mit Sicherheit noch die Unterschiede, die zwischen der Art der Beschäftigung dieser Frauen und der Tätigkeit von Arbeiterfrauen bestehen. Von den berufstätigen Frauen von Handwerkern arbeiten zwei Fünftel manuell oder im Dienstleistungsbereich, bei den Frauen von Fabrikarbeitern ist es die Hälfte und bei den Frauen ungelernter Arbeiter ungefähr zwei Drittel. Für sie muß ebenso wie für die meisten Männer das „Joch der körperlichen Arbeit" erst noch abgeschafft werden[11]).

Wie es auch immer um das soziale Image der manuellen Arbeit oder um das von ihr hervorgerufene Leid bestellt sein mag – in wirklichen Klassenbegriffen ist die Unterscheidung zwischen ihr und „nichtmanueller" Arbeit irreführend. Wieso läßt das Tragen eines weißen Kragens jemanden in eine andere Klasse aufsteigen? (Man erinnere sich daran, daß es meist Frauen sind, und die tragen ohnehin keine Kragen, weder weiße noch andersfarbige.) Die große Mehrheit der in Büros oder im Verkauf Beschäftigten ist nicht mehr der Typ des Angestellten von gestern. Ihre Arbeit ist nicht nur der Routine unterworfen und standardisiert, sehr häufig üben sie ihren Beruf an ausgedehnten Arbeitsplätzen zusammen mit vielen anderen Arbeitern aus; in Büros, die in vielen Fällen größer sind als kleine Fabriken, bedienen sie Steno- und Schreibmaschinen, Buchungsmaschinen, Datenverarbeitungsgeräte, Anlagen, die auf Tastendruck reagieren usw.; oder sie arbeiten zusammen mit mehreren hundert anderen in Supermärkten oder Kaufhäusern. Der Kontrolle über ihre Arbeit oder die Produkte ihrer Arbeit sind sie ebenso beraubt wie die „manuellen" Arbeiter. In Wirklichkeit verfügen viele Facharbeiter in ihrem unmittelbaren Arbeitsprozeß über mehr Selbständigkeit und Kontrolle als „White collar"-Arbeiter. Da viele der letzteren im Verkauf tätig sind, haben sie natürlich ihren spezifischen Platz in dem wirtschaftlichen Gesamtprozeß,

11) Das beste (und einzige) allgemeinverständlich geschriebene Buch mit verläßlichen Daten über die wirklichen Trends in der Größe der Arbeiterklasse stammt von Andrew Levison, The Working Class Majority, New York 1974. – Die ursprüngliche, überaus systematische und erschöpfende Untersuchung zur Bevölkerungsstatistik der Arbeiterklasse und verwandten Themen stammt von Richard F. Hamilton: Class and Politics in the United States, New York 1972; mehr neuere Daten sind enthalten in: Richard F. Hamilton/James Wright, The Transformation of the Class Structure; in meinem Buch American Society, Inc., a.a.O. – Eine gründliche Aufbereitung der Daten bringt auch Albert Szymanski, Trends in the American Class Structure; in: „Socialist Revolution" 2, Nr. 10, Juli/August 1972, S. 101–122.

der ihre Arbeit in die Profite des Kapitals umwandelt. Auch wenn man diesen Aspekt beiseiteläßt, bleibt doch der kritische Sachverhalt bestehen, daß sie unter ihren adretten sauberen Kragen besitzlose Arbeiter sind, vollkommen abhängig vom Verkauf ihrer Arbeitskraft; und dies ist das spezifische Wesensmerkmal der Arbeiterwirklichkeit.

Es ist also weder die arbeitende noch die besitzende Klasse verschwunden. Ist aber die letztere wirklich eine *kapitalistische* Klasse? Hat sie nicht, da ihr Besitz so weitgestreut ist, die *Kontrolle* über die großen Gesellschaften verloren, die heute die entscheidenden Produktionseinheiten in Amerika darstellen? *)

Von den drei Pseudotatsachen, die der Auffassung zugrundeliegen, die Klassen hätten sich aufgelöst, ist keine derart flexibel immer wieder ins Spiel gebracht worden wie diejenige, die durch diese Fragen impliziert wird. Behauptet wird, die „Trennung von Eigentum und Kontrolle" der großen Unternehmen habe im Bereich der Produktionsmittel die Verbindung zwischen Familie und Privateigentum unterbrochen. Das Ergebnis sei, daß nicht mehr das Kapital, sondern die Bürokratie, nicht mehr Kapitalisten, sondern anonyme Verwalter die Produktionsmittel kontrollieren und in der modernen Gesellschaft die entscheidende Macht ausüben. Die „Manager" haben danach den Platz ihrer kapitalistischen Vorgänger usurpiert; der inhärente Konflikt zwischen Arbeit und Kapital wurde ersetzt durch eine rationale Berufsordnung, in der „Vergütungen" gewährt werden entsprechend „funktionaler" Wichtigkeit; und mit der Auflösung des Kapitals und der Bürokratisierung der Unternehmen ist das Herauswirtschaften von Profit nicht mehr länger die treibende Kraft in der neuen „nachkapitalistischen Gesellschaft". Statt dessen sind, wie Donald S. McNaughton, der Vorsitzende der Prudential-Lebensversicherung, vor kurzem erklärte, die Angehörigen des Firmenmanagements heute lediglich „Treuhänder für alle, die an dem Unternehmen beteiligt sind . . .: Aktionäre, Arbeitnehmer, Zulieferer, Verbraucher und Öffentlichkeit" [12]).

Die propagandistische Absicht und ideologische Funktion derartiger Darlegungen ist klar: sie dienen der Verschleierung von Klassenherrschaft. Letztlich ist die Illusion der Managertheorie (managerialism) aus der Undurchsichtigkeit der Beziehungen zwischen Besitz und Kontrolle großer Unternehmen herzuleiten. Und diese Illusion wird weiter genährt durch die „massive Verdunkelung", wie es der verstorbene Senator Lee Metcalf anklagend formulierte, der hauptsächlichen Kapitaleigentümer, die diese Unternehmen in Wirklichkeit kontrollieren [13]). Tatsächlich kontrolliert nicht die Bürokratie,

*) Die größten 200 Firmen außerhalb des Finanzbereichs kontrollieren legal rund 60% vom Netto-Anlagekapital der Unternehmen und mit Sicherheit wesentlich mehr über verschiedene Formen der Minderheitskontrolle. Auf dem Herstellungssektor besitzen die größten 20 allein fast ein Drittel des gesamten Netto-Anlagekapitals und zwei Fünftel der Gewinne nach Abzug der Steuern, während die größten 100 über weit mehr als die Hälfte des Netto-Anlagekapitals und fast sechs Zehntel aller Gewinne im Herstellungsbereich verfügen. Die 500 größten Industriegesellschaften kontrollieren drei Viertel des Netto-Anlagekapitals, erhalten acht Zehntel der Gewinne und beschäftigen drei von vier Industriearbeitern des Landes.

12) Zit. in: The Corporation in Transition, Defining its Social Charter; Chamber of Commerce of the United States 1973, S. 12.

13) U.S. Senate, Disclosure of Corporate Ownership, Washington, D.C., 1974, Einleitung von Senator Lee Metcalf und Senator Edmund Muskie. Auszüge daraus sind abgedruckt in meinem Buch American Society, Inc., a.a.O. – Detailliertes Material zur Untermauerung meiner Argumentation habe ich vorgelegt in meiner Arbeit

sondern das Kapital den Produktionsprozeß auf drei Ebenen, die miteinander in enger Verbindung stehen: Erstens wird das Großunternehmen – obwohl es von Funktionären gemanagt wird, die keine „Eigentümer" zu sein brauchen – von grundlegenden Besitzinteressen *kontrolliert.* Zweitens sind die hauptsächlichen „Eigentümer" und „Manager" der Großunternehmen als Ganzes genommen lediglich Angehörige der gleichen, mehr oder weniger einheitlichen sozialen Klasse, deren Kern die Haupteigentümer des Kapitals bilden. Drittens ist die Führung eines Großunternehmens wesentlich bestimmt durch die Erfordernisse der Kapitalakkumulation.

Anhänger der Managertheorie verwechseln *Kontrolle* und *Verwaltung* des Kapitals. Um seine unternehmerischen Ziele zu verfolgen, d. h. Kontrolle auszuüben, muß der Besitzeranteil nicht formal bei den Führungskräften und Direktoren vertreten sein. Kontrolle ist abhängig vom Besitz eines variablen prozentualen Anteils am Stammkapital und von besonderen finanziellen Abmachungen, die insbesondere die Schuldenhaftung betreffen. Welcher Anteil bereits zur Kontrolle eines Unternehmens ausreicht, variiert sowohl mit der internen Zusammensetzung seiner Haupteigner als auch mit dem Netz seiner Beziehungen zu anderen Unternehmen. Die Fähigkeit zur Kontrolle wächst mit der Zahl weiterer Unternehmen (einschließlich Banken und anderer Finanzinstitutionen), an denen ein Einzelner, eine Familie oder eine Gruppe von Gesellschaftern Beteiligungen besitzen. Gleiche Kapitalprozente haben verschiedene Auswirkungen, je nachdem, ob sie sich im Besitz einer führenden Kapitalistenfamilie befinden, deren Einflußsphäre sich auf diverse Großunternehmen und Banken erstreckt, oder jemandem gehören, der über keine sonstigen Verbindungen oder Mittel verfügt. (Man vergleiche etwa den verstorbenen Richard King Mellon bei General Motors mit dem Songschreiber Billy Rose bei AT&T.) Und gerade weil der Kapitalbesitz so weit gestreut ist, kann – worauf in dem vom Unterausschuß Senator Metaclfs kurz nach dessen Tod im Januar 1978 veröffentlichten Bericht hingewiesen wird – ein Anteil von nur 1 oder 2% vom Stammkapital eines Unternehmens ausreichen, um Kontrolle über die Unternehmenspolitik auszuüben. Empirisch sind die entscheidenden Beteiligungen und Verbindungen für den uninformierten Beobachter und oft sogar für den geübten Ermittler unsichtbar. So entdeckte zum Beispiel der Metcalf-Unterausschuß, daß Laurence S. Rockefeller ein beherrschendes Paket von 5% der Stimmrechtsaktien bei Eastern Airlines besitzt. Er war jedoch in keinem der Berichte an die SEC *) oder das Amt für Zivilluftfahrt unter den Hauptaktionären aufgeführt. Monatelang mußten die Konten von Strohmännern sondiert werden, um es herauszufinden[14]). Selbst „Insider" wie die Finanzanalytiker bei „Fortune", „Forbes" und „Business Week" verlassen sich weitgehend auf Klatsch, um die Beteiligungen sogar von „führenden Familien" an Unternehmen abschätzen zu können, die von ihnen seit langem kontrolliert werden. Denn ihre Beteiligungen sind versteckt in einem

Corporate Ownership and Control: The Large Corporation and the Capitalist Class; in: „American Journal of Sociology" 79, Nr. 5, S. 1073–1119.
(Anm. d. Übs.)

14) U.S. Senate, Voting Rights in Major Corporations, Washington, D.C., 1978.

*) SEC: Securities and Exchange Commission, amerikanische Wertpapier- und Börsenaufsichtsbehörde.

Durcheinander von Mittelsmännern, Maklern, Stiftungen, Straßennamen, Holdinggesellschaften, Gesellschaftern, Vermittlern und anderen „Strohmännern". Das Ausmaß der Beteiligungen einer Familie wird außerdem verschleiert durch ein feingewobenes, aber verwickeltes Gewebe verwandtschaftlicher Beziehungen, durch die scheinbar beziehungslose Personen in zusammenhängenden Besitzeinheiten zu Kontrollzwecken zusammengefaßt werden. Wollte man ohne Nachforschungen dieses Gewebe zu durchdringen versuchen, so wäre jede Bemühung, die wirklichen Zentren der Macht zu lokalisieren, von vornherein stark behindert.

Kein Wunder, daß die sogenannte „inkontrovertible" Tatsache – diese Bezeichnung stammt von dem Yale-Politologen Robert Dahl – der Trennung von Eigentum und Kontrolle in Wirklichkeit niemals im einzelnen nachgewiesen wurde[15]). Wie sich herausstellt, enthält sogar das Buch *Modern Corporation and Private Property* von Berle und Means, mit dem vor rund vierzig Jahren alles begann, Informationen, die es den Autoren lediglich ermöglichten, von den 200 größten Unternehmen 22% als definitiv vom Management geleitet einzustufen, und von den 106 Industriellen standen ganze 4% unter Kontrolle des Managements! Eine hervorragende neue Untersuchung von Philip Burch Jr., der systematisch über einen Zeitraum von mehreren Jahren die öffentlich zugänglichen Informationen aus erster Hand auswertete, soweit sie in den führenden Wirtschaftszeitschriften und -zeitungen erschienen sind, kommt zu dem Schluß, daß sich mindestens 60% der 500 größten Unternehmen „wahrscheinlich" (236) oder „möglicherweise" (64) unter Familienkontrolle befinden[16]). Aber „niemand weiß wirklich, wem die riesigen Unternehmen gehören, die unser Wirtschaftsleben beherrschen", wie Ralph Nader zu Recht bemerkt[17]). Daher liegen vermutlich sogar die Schätzungen Burchs noch viel zu niedrig. Meine eigene Vermutung geht dahin, daß – könnte man einen Weg ausfindig machen, um den Schleier der Strohmänner zu durchdringen – auch bei den übrigen Großunternehmen spezifisches Eigenkapital in beherrschender Position entdeckt würde.

Aber selbst wenn dies nicht der Fall wäre, selbst wenn bestimmte große Banken und Unternehmen nicht wie üblich von besonderen Eigentumsinteressen beherrscht wären, würde das nicht bedeuten, daß die Macht auf die „neuen Prinzen", wie sie von Berle und Means genannt wurden, des Management-Bereichs übergegangen wäre, denn deren relative Autonomie bliebe durch die allgemeinen Interessen des Kapitals beschränkt. Die Chefs der größten Unternehmen sind die Hauptfunktionäre des Kapitals, ihre persönlichen Karrieren, Interessen und Verpflichtungen sind auf diffizile Weise an die Expansion des Gesellschaftskapitals gebunden. Soweit wir wissen, gehören sie in der Regel nicht zu den wenigen größten Aktienbesitzern der von ihnen geleiteten Unternehmen. Viele sind es jedoch, und die meisten verfügen über Aktienbesitz, dessen Gesamtwert nicht nur die Quelle eines großen Teils ihrer Einkommen darstellt, sondern sie auch zur Spitze der Kapitalbesitzer gehören

15) Dahl, After the Revolution?, New Haven, Connecticut, 1970, S. 125.
16) The Managerial Revolution Reassessed, Lexington, Massachusetts 1972.
17) In: U.S.Senate Hearings on Corporate Secrecy, Role of Giant Corporation, Teil 2, S. 1056.

läßt. Bezeichnenderweise verkehren sie im gleichen intimen sozialen Milieu wie die Superreichen. Debütantinnenbälle, exklusive Klubs, Sommer- und Winterkurorte sowie eine Anzahl Badeorte gewährleisten ebenso wie die „richtigen" Schulen und Hochschulen das Zusammentreffen ihrer Familien, ihre Verträglichkeit und ihren Sinn für gesellschaftliche Solidarität sowie als Konsequenz daraus ihre Tendenz, sich untereinander zu verheiraten. Man kratze an einem beliebigen leitenden Angestellten oder Direktor eines Unternehmens, und es bestehen gute Aussichten, daß er ein Verwandter irgendeines Hauptaktionärs ist. Enge soziale Bindungen und feste Verwandtschaftsbeziehungen, gemeinsame Interessen und bindende Verpflichtungen vereinigen die Familien der Manager und der führenden Kapitalbesitzer zu ein und derselben herrschenden Klasse.

Schließlich wären die Angehörigen des Managements, wenn sie wirklich die alleinige Kontrolle über die Unternehmen besäßen, immer noch gezwungen, alles zu versuchen, um die höchsten praktikablen Profite herauszuwirtschaften. Ihr Verhalten wird in erster Linie bestimmt durch die objektiven Erfordernisse der Kapitalakkumulation: durch die Typen der Investitionen, die (heute grundsätzlich globale) Wettbewerbslage und das Verhältnis zwischen Unternehmensleitung und Arbeitnehmern, jeweils im Hinblick auf ihre Firmen. Sogenannte „Managerziele" – Wachstum, technische Leistungsfähigkeit und eine starke Marktposition – sind ebenfalls kritische Determinanten hoher Unternehmensprofite, von denen wiederum hohes Managereinkommen und ein entsprechender Status abhängen. Unabhängig von ihrer „Motivierung" werden die Entscheidungen des Managements über die Organisation von Produktion und Verkauf an einem Maßstab gemessen: sie dürfen die Rentabilität des Unternehmens nicht gefährden. Daß sich in der letzten Zeit in den Wirtschaftszeitschriften Artikel zu dem Thema „Wie entläßt man einen leitenden Angestellten?" häufen, zeigt ebenso wie die neu für sie eingerichteten Stellenvermittlungsdienste deutlich, was aus der angeblichen „beherrschenden Stellung des Managements" in Zeiten sinkender Gewinnspannen wird. Im Jahre 1974 nahm man an, daß schätzungsweise die *Hälfte* aller leitenden Angestellten in den Vorständen der 500 amerikanischen Spitzenfirmen abgelöst würden. Ein wöchentlich erscheinender Informationsdienst für Unternehmensleitungen sprach von einer „Welle von Entlassungen leitender Angestellter", die „zum größten Bruch in der Geschäftswelt seit der Depression des Jahres 1929" führen würde[18]). Sinkende Gewinne spiegeln sich außerdem schnell wider in fallenden Aktienkursen des Unternehmens, wodurch dessen Kapitalbasis geschmälert, es selbst zu einem attraktiven und verwundbaren Ziel für Übernahmeaktionen – und das Management entlassen wird. Weiterhin wären angesichts der Aktienzentralisierung bei den Treuhandabteilungen einiger weniger Banken, die die Portefeuilles der Superreichen verwalten (sie verwalten inzwischen größere Vermögensbestände als die der 100 größten Unternehmen), die Ängste besonders tief und die Konsequenzen ziemlich schmerzhaft für diejenigen leitenden Angestellten, die

18) Gallagher President's Report, zit. nach „The Milwaukee Journal" v. 9. 1. 1974, Abschnitt 2, S. 17.

niedrigere Kapitalverzinsungen als andere erreichen *). Gewinne sind sowohl das einzige eindeutige Kriterium erfolgreicher „unternehmerischer Leistung" als auch unabdingbare Voraussetzung für das Überleben des Unternehmens.

Die großen Unternehmen sind die entscheidenden Einheiten in einem klassenkontrollierten Apparat privater Aneignung. Eine politische Strategie, die nicht auf einem soliden Verständnis dieser Realität beruht oder die die tiefen Klassenunterschiede in unserem Lande ignoriert, kann den gemeinsamen Interessen der Mehrheit aller Amerikaner nicht entsprechen. Zum Glück setzt sich diese Erkenntnis jetzt auf der höchsten Ebene der Gewerkschaftsbewegung durch. Eine Koalition aus 104 liberalen, gewerkschaftlichen und „Minderheits"-Organisationen (des schwarzen und mexikanischstämmigen Bevölkerungsteils) hat einen noch zögernden, aber wichtigen Gegenangriff auf „die zunehmende Drohung rechtsgerichteter Unternehmergewalt in Amerika" gestartet. Diese Koalition reicht von den Bauarbeitergewerkschaften bis zur National Lawyers Guild, einer linken Anwälteorganisation. Sie hat sich zusammengefunden unter Führung Douglas A. Frasers, des Vorsitzenden der Vereinigten Automobilarbeitergewerkschaft, und es gehören ihr über 30 Gewerkschaften an. Die Koalition, die noch keinen Namen hat, befindet sich möglicherweise, wie Fraser ankündigte, durchaus „auf einem Kollisionskurs zur Demokratischen Partei, solange diese keine Veränderungen bewirkt". Er hat bereits öffentlich, wenn auch noch gedämpft, von der möglichen Gründung einer Arbeiterpartei gesprochen, und von vielen Delegierten wurde dies im Oktober 1978 auf dem Gründungskongreß der Koalition in Detroit zur Sprache gebracht. Fraser erklärte, den Gedanken einer Arbeiterpartei „müssen wir vielleicht letzten Endes, wenn nichts anderes mehr geht, in Erwägung ziehen". Andere Gewerkschaftsführer auf dem Kongreß, wie zum Beispiel Sol Stetin, der Stellvertretende Vorsitzende der Vereinigten Textilarbeitergewerkschaft (ACTWU), erklärten in aller Öffentlichkeit: „Es ist für die heute hier anwesenden Organisationen an der Zeit, sich ernsthaft klarzumachen, entweder vollständige Kontrolle über die Demokratische Partei zu erlangen oder unsererseits eine eigene Partei zu gründen." Eins ist sicherlich klar: solang die Amerikaner sich der Illusion hingeben, eine stille Revolution habe das Kapital bereits zu Grabe getragen, die Arbeiterschaft emanzipiert und Wohlstand und Einkommen in ihrem Lande neu verteilt, so lange wird jede wirkliche „Revolution" mit den gleichen Zielen immer wieder auf die lange Bank geschoben. Diese Illusion jedoch wird jetzt in zunehmendem Maße von vielen genau derjenigen Liberalen und Gewerkschaftsführern zunichte gemacht, die einst ihre lautstärksten Vertreter waren. Zumindest bedeutet es bereits eine wichtige Veränderung in der amerikanischen Politik, wenn einer der prominentesten Gewerkschaftsführer der USA unverblümt von der Notwendigkeit sprechen kann, wie Fraser es tat, „die Demokratische Partei umzuwandeln in eine wirklich progressive Volkspartei".

*) Lediglich 30 Banken in zehn wichtigen Städten verwalten 52% aller Treuhandvermögen, die von nationalen Banken verwaltet werden. In sieben von diesen zehn Städten verwalten die Banken dieser Gruppe über 90% sämtlicher Treuhandvermögen des betreffenden Gebiets.

ANHANG

Tabelle
Schematische Zusammenfassung der Untersuchungsergebnisse zu wirtschaftlicher Konzentration, Vermögensbesitz und Einkommensverteilung in den USA

Wirtschaftliche Konzentration

Untersuchung	*Datenmaterial*	*Ergebnisse*
Means	*IRS*	*Die 200 größten Unternehmen (außer Geldinstitute) = 58% des Netto-Kapitalvermögens im Jahre 1929, heute etwas mehr. – Die 100 größten Herstellerfirmen = 44% (1929) bzw. 58% (1962).*
Mueller	*FTC*	*Die 50 größten Herstellerfirmen = 36%, 100 = 46%, 200 = 56% des gesamten Betriebsvermögens aller 420000 Herstellerfirmen. – Die 20 größten = 25% des gesamten, aber 31% des Netto-Anlagekapitals der Herstellerfirmen und 38% der Gewinne nach Abzug der Steuern (1962). Die 419000 kleinsten = Anteil der 20 größten am Gesamtvermögen im Herstellungsbereich.*
Sherman	*IRS*	*1% an der Spitze der Firmen mit Auslandsinvestitionen = 60% der Auslandsgewinne. – 2% an der Spitze = 57% vom Wert der US-Investitionen im Ausland (1957).*
Patman Comittee	*FDIC*	*Die 100 größten Handelsbanken = 46% sämtlicher Einlagen bei 13775 Banken. – Die 14 größten Banken (ein Zehntel %) = 25% der Einlagen. – Für Großstadtgebiete typisch: die 3 größten Banken verfügen über mehr als die Hälfte der Einlagen. – 49 Banken in 10 Städten = über die Hälfte (52%) aller Treuhandvermögen. Weniger als die führenden 2% der Banken = 62% aller Treuhandvermögen (1964).*
Vermögensbesitz		
Smith/ Franklin	*Nachlaß*	*Verteilung stabil seit 1945: 1% an der Spitze = 27,5% alles persönlichen Kapitals (1953); 27,4% (1962); 24,9% (1969); 0,5% an der Spitze = 22%, 21,6% und 19,9% in den gleichen Jahren. – Führende 0,5% = 85% aller Treuhandvermögen; führendes 1% = 14% (1969). Führendes 1% = 14% vom Marktwert des Grundbesitzes; 14% des Bargelds; 51% des privaten Aktienkapitals. – Obere 4% = 27,4% Grundbesitz; 78,4% Pfandbriefe; 32,6% Bargeld; 63% Aktienkapital; die meisten Schuldscheine, Hypotheken und Schuldverschreibungen von Aktiengesellschaften; 37% des gesamten Eigenvermögens (1969).*

Untersuchung	Datenmaterial	Ergebnisse
Universität von Massachusetts	Umfrage	Führende 5% = 40% alles persönlichen Kapitals (1970).
Projector/ Weiss	Volkszählung	Prozentsatz aller Verbrauchereinheiten mit Vermögen in folgender Höhe (1962): bis 1 Dollar = 10%; 1–999 Dollar = 16%; 1000–4999 Dollar = 19%; 5000–9999 Dollar = 16%; 10000–24999 Dollar = 23%; 25000–49999 Dollar = 11%; 50000–99999 Dollar = 4%; 100000–199999 Dollar = 1%; 200000–499999 Dollar = 1%; 500000–999999 Dollar = weniger als 0,5%; 1 Mio. Dollar und mehr = weniger als 0,5%.
Ungleiche Einkommensverteilung		
Projector/ Weiss/ Thoresen	Volkszählung	Obere 20% = 64% des Geschäftseinkommens und Einkommens aus Grundbesitz. – Obere 20% = 45% der Löhne und Gehälter. – Untere 20% = 2% bzw. 1% der gleichen Kategorien. – Gini = 0,43 für Einkommen aus beliebiger Quelle; 0,52 für Löhne und Gehälter und 0,93 für Einkommen aus Grundbesitz. – Obere 5% = 47% des gesamten Einkommens aus Grundbesitz; 64% der Dividende; 37% der Miet- und Pachteinkünfte und Tantiemen; 64% der Treuhand- und Nachlaßeinkünfte (1962).
Thurow/ Lucas	Volkszählung	1947 und 1970: Anteile etwa gleichbleibend: die ärmsten 20% = 5% des Einkommens; obere 20% = 42% des Einkommens in fast allen dazwischenliegenden Jahren.
Kuznets	IRS	Obere 5% = 32,2% (1929) bzw. 19,4% (1948) der privaten Einzeleinkommen.
Goldsmith	IRS, Volkszählung	Obere 5% = 30,0% (1929) bzw. 20,5% (1952) des privaten Familieneinkommens. – Obere 5% = 33% (1929); 27% (1939) bzw. 26% (1950–55) des Volkseinkommens (einschließlich Einkommensrücklagen und Körperschaftssteuer).
Perlo	Labor Research Association; Volkszählung	Obere 5% = 33% (1929), 33% (1948). Oberes 1% = 16,6% (1929), 16,6% (1948).
Budd	IRS	Oberes 1% = Durchschnittswert 8% (1946–67).
Smolensky	Verschiedene „Experimente"; Volkszählung; IRS	Verteilung nach der Besteuerung, gemessen anhand des Gini-Koeffizienten = .381 (1950); .367 (1961); .366 (1970) als Mittelwert aus fünf verschiedenen Versuchen. Vor der Besteuerung = .436 (1950); .436 (1961); .446 (1970).

Quellen: Diese Untersuchungsergebnisse beruhen auf den vom Verfasser in der obigen Tabelle zitierten empirischen Untersuchungen. Die genauen Untersuchungen werden ausführlich beschrieben oder auszugsweise dargestellt in Maurice Zeitlin (Hrsg.), American Society, Inc. Studies of the Social Structure and Political Economy of the United States, Chicago 1970; 2. Aufl. Chicago 1977. Es sind dies die stichhaltigsten und verläßlichsten Untersuchungen, die zur Zeit zur Verfügung stehen.

Abkürzungen: IRS = Internal Revenue Service, amerikanische Steuerbehörde. – FTC = Federal Trade Commission, Ausschuß zur Bekämpfung des unlauteren Wettbewerbs, amerikanische Bundesbehörde, die die Einhaltung der Antitrustgesetze überwacht. – FDIC = Federal Deposit Insurance Corporation, bundesstaatliche Einlagenversicherungsanstalt in den USA, überwacht die Depotgesetzbestimmungen. (Anm. d. Übs.)

Denkspiele über die Nützlichkeit von Kriegen

Von Lorenz Knorr

Zwei auffallend kontrastierende weltpolitische Ereignisse am Ende des Jahres 1978 verweisen einerseits auf friedensfestigende, andererseits auf friedensgefährdende Planungen und Entwicklungen. Das eine Ereignis drückt den großangelegten Versuch aus, die Rüstungslawine zu stoppen, die schwer errungenen Entspannungserfolge zu stabilisieren, das fundamentale Menschenrecht auf Leben und die Wohlfahrt der Völker durch Abrüstung zu gewährleisten. Das andere unterminiert infolge eines langfristig konzipierten verschärften Rüstungskurses das militärische Gleichgewicht und damit die relative Sicherheit der Völker. Nur eine kleine Minderheit profitiert von diesem rücksichtslosen Streben nach militärischer Konfrontation. Dieser grundlegende Widerspruch charakterisiert auch das neue Jahr.

Die neue Deklaration der Warschauer Pakt-Staaten[1]) enthält ein ebenso umfassendes wie detailliert-konkretes Programm zur Verringerung der Rüstungen. „Es gibt keine Waffenart, zu deren Begrenzung oder Reduzierung die auf der Tagung vertretenen sozialistischen Staaten auf der Grundlage der strikten Achtung des Prinzips der gleichen Sicherheit aller Länder nicht bereit wären." Ausdrücklich wird erklärt, daß „sie selbst niemals nach militärischer *Überlegenheit* strebten und streben werden" und daß das militärische *Gleichgewicht* durch reduzierte Rüstungen auf viel niedrigerer Ebene zu sichern sei. Eindringliche Warnungen vor beschleunigter Rüstungseskalation werden mit einem Appell an alle Regierungen und Völker verbunden, alle internationalen Streitfragen friedlich zu lösen und konkrete Abrüstungsmaß-

1) Vgl. „Blätter", 12/1978, S. 1520 ff.

nahmen einzuleiten. Die Bereitschaft zum Dialog mit Personen und Organisationen verschiedenster Herkunft und Überzeugung „zur Beseitigung der Kriegsgefahr" verweist auf den Ernst der Lage. Diese Deklaration stimmt überein mit den Verpflichtungen, den die Signatarmächte mit der Schlußakte der KSZE in Helsinki[2]) und der UNO-Sondertagung 1978 für Abrüstung übernahmen[3]).

Dagegen waren die Herbsttagungen der NATO[4]) mit Konkretisierung und Realisierung des im Mai 1978 beschlossenen Langzeit-Rüstungsprogramms[5]) befaßt. Letzteres ist Ausdruck einer Politik, die auf „Wiederherstellung der Bedeutung des Westens für die universalen Verhältnisse der Menschheit" gerichtet ist, d. h. auf die Rückgewinnung der verlorenen Hegemonie über alle anderen Völker[6]). Über die Methoden zur Erreichung dieses Ziels wurden Machtkämpfe zwischen Politikern und Militärs ausgetragen. NATO-Oberbefehlshaber US-General Haig hatte die politische Führung der NATO öffentlich brüskiert und ihr Unfähigkeit bescheinigt, die von den Militärs ausgeglichen würde[7]). Zweifellos dominieren in der NATO Militärapparat und Rüstungskonzerne. „Das Politische ist weitgehend in eine dienende Rolle abgedrängt . . . Das liegt an den Politikern. Sie schieben die Verantwortung ab"[8]). Es gehörte jedoch von Anfang an zum Wesen der NATO, daß Rüstungsplanung und Strategie von Militärs und Rüstungskonzernen bestimmt wurden und die europäischen NATO-Regierungen nachträglich zustimmten[9]). Minister Apel reagierte offensichtlich mehr wegen der Öffentlichkeit der Brüskierung. Denn: alle seine Scheinalternativen stellen nicht den Vorrang der Rüstung in Frage. Sein Auftreten kennzeichnete die gewachsene Macht des BRD-Kapitals sowohl gegenüber den USA als auch gegenüber den kleineren NATO-Staaten. Gerade deren Souveränität ist durch „verstärkte Koordinierung" weiter eingeschränkt. Mit dem Köder „Gleichberechtigung" versuchte Apel, sie für die Stationierung neuer Atomwaffen auf ihren Territorien zu gewinnen. Das verschärft die Lage, aber auch die inneren Widersprüche. Das zeigte sich auch bei der Blockierung des britischen Vorstoßes zugunsten von Verhandlungen mit den Warschauer-Pakt-Staaten auf Außenminister-Ebene durch Minister der BRD. Solche Verhandlungen hatte die NATO im Mai 1978 avisiert für den Fall, daß es in Wien bei den Beratungen über Abrüstung in Mitteleuropa zu Fortschritten kommen sollte – was mit einem neuen Vorschlag der sozialistischen Staaten vom 8. Juni 1978 auch geschah. Außerdem bestände gerade angesichts der anhaltenden Krise im Westen und der zunehmenden Finanzierungsschwierigkeiten beim Langzeit-Rüstungsprogramm genug Ursache, die in der Deklaration der Warschauer-Pakt-Staaten

2) Ebd., 8/1975, S. 908.
3) Vgl. „Europa-Archiv" (EA), 19/1978, S. D 519ff.; „IPW-Berichte", 9/1978, S. 56ff.; „Blätter", 7/1978, S. 780ff.
4) Vgl. Tagespresse v. 1. bis 8. 12. 1978.
5) Vgl. EA, 17/1978, S. D 483ff.; „IPW-Berichte", 8/1978, S. 21; „NATO-Brief", 3/1978; „Stuttgarter Zeitung" v. 17. 5. 1978.
6) Vgl. „Frankfurter Allgemeine Zeitung" (FAZ) v. 17. 11. 1977; „Blätter", 3/1978, S. 274ff.
7) „NATO-Brief", 4/1978, S. 9 und 11.
8) Vgl. A. Weinstein in: FAZ v. 8. 12. 1978.
9) Vgl. R. Barnet/M. Raskin, Nach dem kalten Krieg, München 1966, insbes. S. 35/36; R. Barnet, Der amerikanische Rüstungswahn, Hamburg 1971, S. 43ff., insbes. S. 49; J. K. Galbraith, Wie man Generale bändigt, Hamburg 1970, u. v. a.

enthaltenen Angebote zumindest zu prüfen oder, besser, aufzugreifen. Diese Chance blieb ungenutzt, wurde verhindert. Offiziell befaßte man sich nicht mit der neuen Deklaration [10]). Einen eigenen langfristigen Plan zur Friedenssicherung hat die NATO den Völkern kennzeichnenderweise noch niemals präsentiert. Das anhaltende und verstärkte Bemühen, die Neutronenbombe in Westeuropa zu stationieren, die Rüstungen weiter zu steigern und Abrüstungsverhandlungen auszuschlagen oder zu blockieren, hebt das durch Entspannung bereits erheblich gesenkte Kriegsrisiko – trotz andauernder und verstärkter Warnungen – wieder an.

Kriegsrisiko und Bedeutung des militärischen Faktors waren reduziert

Es war weder als Panikmache zu werten noch als Fatalismus, wenn C. F. v. Weizsäcker 1976 feststellte „Der dritte Weltkrieg ist wahrscheinlich." Auch wer die differenzierten Begründungen für diese ernste Warnung nicht in allen Punkten oder nicht im Endergebnis mitvollziehen kann, wird anerkennen, daß er einen konkreten Weg zur Vermeidung des Dritten Weltkrieges aufgezeigt hat. „Eine Politik, die ihn verhindert, ist möglich und wird heute versucht; diese Politik stößt auf Hindernisse, die in gesellschaftlichen Strukturen wurzeln; die Überwindung dieser Hindernisse erfordert einen umfassenden Bewußtseinswandel; kriegverhütende Politik muß so geführt werden, daß sie den Bewußtseinswandel erleichtert und nicht erschwert [11])."

Als Weizsäcker diese Warnung und seine Vorschläge formulierte, war das Gewicht des militärischen Faktors in den internationalen Beziehungen im Vergleich zum beinahe überwundenen Kalten Krieg erheblich reduziert und die Kriegsgefahr gemindert. In der Phase der Verhandlungen der KSZE und der Kissinger-Ära in den USA dominierte eindeutig die Verständigungspolitik und die intersystemare Kooperation. In diesem Zeitabschnitt hatte die UdSSR für ihre Politik der friedlichen Koexistenz einen relativ vernünftigen Verhandlungspartner in den realistischeren Kreisen der NATO-Staaten, so daß trotz quantitativ und qualitativ wachsender Rüstungspotentiale das Bemühen um politische Lösungen und um friedlichen Interessenausgleich eindeutig vorherrschte. Während der feindlichen Konfrontation des Kalten Krieges waren die Vernichtungskapazitäten wesentlich geringer und die Rüstungsdynamik langsamer gewesen; doch die Bedeutung des militärischen Faktors in der Weltpolitik im allgemeinen und im Systemwettstreit im besonderen war erheblich größer als unter den Bedingungen der Entspannung, das Kriegsrisiko bestand jeden Tag. Dies war eine Folge dessen, daß imperialistische Praktiken in der Weltpolitik noch deren Charakter bestimmten und koexistentielle Verhandlungspolitik sowie beiderseits vorteilhafte Zusammenarbeit noch unterentwickelt waren oder fehlten. Zudem waren die Einflußmöglichkeiten der gesellschaftlichen Kräfte auf die Regierungen infolge der im Kalten Krieg fast zwangsläufigen Disziplinierung relativ gering. Die KSZE-Verhandlungen von 1973–1975 waren jedoch nicht nur Ausdruck eines

10) Vgl. insbes. „Frankfurter Rundschau" v. 5. 12. 1978, sonst wie Anm. 4.
11) C. F. v. Weizsäcker, Wege in der Gefahr, München 1976, S. 109ff.

enorm gewachsenen Gewichts aller Friedenskräfte und deren dominierenden Einflusses auf den Charakter der internationalen Beziehungen; zugleich erreichte die durchgesetzte politische Entspannung einen Grad an Popularität und Stabilität, der die Forderung nach Ergänzung der politischen durch die militärische Entspannung und durch Abrüstung real erscheinen ließ. In der Tat kehrte man in der Schlußakte der KSZE das traditionelle Sicherheitskonzept – nach dem immer mehr Waffen angeblich immer mehr Sicherheit garantierten – um: „Die Teilnehmerstaaten anerkennen ihrer aller Interesse an Bemühungen zur Verhinderung der militärischen Konfrontation und zur Förderung der Abrüstung, die darauf gerichtet sind, die politische Entspannung in Europa zu ergänzen und ihre Sicherheit zu stärken."[12]) Also Sicherheit durch Abrüstung! Trotz größerer Rüstungspotentiale als im Kalten Krieg war die Kriegsgefahr in Europa erheblich verringert[13]).

Der Stellenwert, den Militär und Rüstung im gesamtpolitischen Instrumentarium von Regierungen oder Allianzen erreichen, hängt jedoch nicht nur von der Dominanz friedlicher Koexistenz oder feindlicher Konfrontation in den internationalen Beziehungen ab, sondern auch von den vorherrschenden Interessen innerhalb der Staaten. Wo soziale Sicherheit und allseitige Mitbestimmung den Sonderbedürfnissen des militärisch-industriellen Komplexes[14]) (MIK) geopfert werden und wo man nach dem Motto „Si vis pacem para bellum" – „willst du den Frieden, so sei kriegsbereit" – handelt, sind Rolle und Gewicht des militärischen Faktors wesentlich größer als dort, wo sozialer Fortschritt und friedliche Koexistenz mit Abrüstung angestrebt werden. Es existiert eine Wechselbeziehung zwischen innenpolitischer Lage und internationalen Beziehungen für das Gewicht des militärischen Faktors.

Die aggressivsten Kräfte innerhalb der NATO, insbesondere der Militär-Industrie-Komplex, für die Kalter Krieg, feindliche Konfrontation und Wettrüsten quasi Existenzbedingungen sind, versuchten bereits in der ersten Phase der Entspannung, die relativierte Bedeutung des militärischen Faktors wieder kräftig zu beleben: einerseits durch Verhandlungssabotage und Schüren oder Provozieren von Konflikten, andererseits durch gesteigerte Rüstungseskalation[15]). Das gewaltige Rüstungspotential, das durch verringerten Einfluß auf die Struktur der internationalen Beziehungen und durch das nukleare Selbstvernichtungsrisiko in seinen Verwertungsbedingungen erheblich eingeschränkt war, sollte wieder nutzbar gemacht werden, auch mittels „technologischer Durchbrüche zur Revolutionierung des Schlachtfeldes", um die erreichte und festgeschriebene Parität zu unterlaufen und um wieder vorherrschenden Einfluß auf die weltpolitische Lage zu erreichen. *Deshalb* eskalierten die Rüstungsausgaben in der Phase der Entspannung noch schneller als im Kalten Krieg! Trotz und gerade wegen des Fiaskos, das der US-Militarismus in

12) Vgl. „Blätter", 8/1975, S. 908.
13) Zur modifizierten Bedeutung des militärischen Faktors vgl. Friedliche Koexistenz in Europa, Berlin (DDR) 1977, S. 243 ff.
14) Vgl. K. Engelhardt/K. Heise, Der militärisch-industrielle Komplex im heutigen Kapitalismus, Köln 1974; „Blätter", 11/1975, S. 1193 ff.
15) Z. B. ließ US-Rüstungsminister Schlesinger Mini-Atomwaffen „für neue Optionen" in der Zeit entwickeln, als SALT I und das Abkommen zur Verhinderung eines Atomkrieges zwischen UdSSR und USA vorbereitet, signiert und in Kraft gesetzt wurden.

Vietnam in der Konfrontation mit dem überlegenen Befreiungswillen eines Volkes und einer massiven internationalen Solidaritätsbewegung erlebte, setzte der Militär-Industrie-Komplex weiter auf die Trumpfkarte Rüstung. Und dies besonders dann, als mit der Schlußakte der KSZE die Weichen auf Abrüstung gestellt waren und der „point of no return" – der Punkt, an dem es keine Umkehr mehr gibt – erreichbar schien[16]). Mit der Destabilisierung der Entspannung durch die Carter/Brzezinski-Administration kamen die Interessen des MIK wieder stärker zur Geltung, trat eine Situation ein, in der das Gewicht des militärischen Faktors die Gewichte von Verhandlungspolitik und Kooperation zwischen USA und UdSSR aufwog, zeitweise sogar überwog[17]), obwohl die europäischen Staaten an der Entspannung, allerdings bei gesteigertem Rüstungstempo, festhielten.

Unter diesen Voraussetzungen sprach Leonid Breschnew am 2. November 1977 warnend vom „Scheideweg . . ., der entweder zu einem dauerhaften Frieden oder bestenfalls zum Balancieren am Rande eines Krieges führt" [18]).

Statt Kriegsverhinderung Kriegsrechtfertigung?

Die offiziellen Kommuniqués von NATO-Tagungen haben noch nie zureichend die wirklichen Absichten und Planungen enthüllt. Dazu bedurfte es vorwiegend der Analyse von Praktiken. Kürzlich aber lüftete sich jener Schleier etwas, mit dem interne NATO-Beratungen verhüllt werden. Auf einer internationalen Tagung von 1200 NATO-Reserveoffizieren in Bonn schwor Dr. Bertram, Direktor des mit der NATO liierten Internationalen Instituts für Strategische Studien, seine Zuhörer auf die mit dem Langzeit-Rüstungsprogramm zusammenhängende globale Militärstrategie ein. Für den offiziellen Charakter dieser Aussagen bürgt schon das Amt, das Bertram ausübt, sowie die Gelegenheit, die er für seine Darbietung nützte. „Es ist natürlich lebenswichtig, über die Fähigkeit militärischer Intervention zu verfügen in Fällen, in denen alle sonstigen Mittel der Einflußnahme versagen", wurde erklärt. Und weiter: Die NATO verfügt „über eine ganze Anzahl solcher Mittel – sie reichen von diplomatisch ausgeübtem Druck bis zur technischen Hilfe und wirtschaftlicher Förderung und schließen notfalls militärische Intervention mit ein" [19]). Deutlicher läßt es sich kaum sagen, daß man am alten, inzwischen völkerrechtswidrigen „ius ad bellum", am „Recht auf Krieg", festhält. Zwar wurde diese Aussage geschickt in einem Abschnitt über die „dritte Welt" untergebracht und mit der „Sicherheit des Zugangs zu den Rohstoffen" verknüpft – so, als ob es keine UNO-Charta mit dem „Grundsatz gleicher souveräner Rechte aller ihrer Mitglieder", die „ihre internationalen Streitigkeiten durch friedliche Mittel beilegen" (Art. 2) gäbe. Antiimperialistische Befreiungsbewegungen und rohstoffbesitzende Entwicklungsländer dürften die Warnung und den damit verbundenen Anspruch richtig verstehen.

16) Das Weißbuch zur Sicherheit der BRD 1975/76 ist nur einer der vielen Konterschläge gegen die Entspannung; vgl. auch „Blätter", 12/1976, S. 1336 ff.
17) Vgl. „Blätter", 3/1978, S. 274 ff.
18) „Nowosti-Presse-Bericht" v. 2. 11. 1977, S. 24.
19) „Vgl. „loyal – das deutsche wehrmagazin", 9/1978, S. 35 ff., insbes. S. 38.

Sollte jemand in Übereinstimmung mit der UNO-Charta den von Raubkriegen – nichts anderes deutet Bertram an – bedrohten Völkern angemessene Hilfe bieten, so sind nicht diese der Urheber von Auseinandersetzungen mit militärischen Mitteln! Jedoch hat die Aussage Bertrams über „lebenswichtige militärische Interventionen" gleichwohl allgemeinen Charakter. Im Abschnitt seines Referats über das Ost/West-Kräfteverhältnis sprach er einige Male vom Krieg, als ob dieser das Selbstverständlichste auf dieser Welt wäre.

Um Fehlinterpretationen zu vermeiden, ließ man eine Studie des Referenten über „Sicherheit in einer sich ändernden Welt" kursieren; sie wird auch in NATO-Kreisen lebhaft erörtert. In dieser Studie wird eine Begründung versucht, warum „Kriege wahrscheinlicher" werden[20]). Zwar gelingt diese Beweisführung nicht; es bleibt bei Feststellungen und Behauptungen. Hätte der Autor die US-Aggression in Vietnam gründlich analysiert, wäre er nicht zu dem Ergebnis gekommen, daß Angriffskriege „politische Dividende" bringen, sondern zum Gegenteil. Schließlich förderte der Krieg in Vietnam die Machterosion der USA. Dennoch erfolgte die Schlußfolgerung: „Wandel durch Krieg ist damit als Mittel der Politik . . . rehabilitiert." Etwas relativierend hieß es dann: „Wandel ohne Krieg bleibt das Ziel und hoffentlich die Regel, Wandel durch Krieg wird mehr als bisher als Ausnahme akzeptabel." Der Verfasser der Studie verriet nicht, warum der Krieg als Mittel der Politik „rehabilitiert" sein soll, für wen „Krieg als Ausnahme" akzeptabel ist – obschon dies von größtem Interesse wäre – und welcher „Wandel durch Krieg" mit welchem Ziel erreichbar werden soll. In der Tat weist er dem Angriffskrieg – dem Völkermord! – trotz aller „Wenn" und „Aber" eine positive Funktion zu.

Einen „grundlegenden Wandel" durch Abkehr von der bisherigen Verhandlungspolitik und Kooperation zwischen USA und UdSSR versucht auch Herr Brzezinski, der Sicherheitsberater des US-Präsidenten, zu erreichen. Eine unbehinderte Vorherrschaft der imperialistischen Mächte und Monopole zulasten der Systemalternative und antiimperialistischer Befreiungsbewegungen: das ist das erklärte Ziel solchen Wandels, für den auch der Krieg wieder als „akzeptabel" erklärt wird[21]). Hält man Krieg gegen sozialistische Staaten und antiimperialistische Befreiungsbewegungen für eine Art „Kreuzzug", der wegen seines quasi-religiösen Charakters als Mittel der Politik „rehabilitiert" wird? Wird deshalb wieder vom „Feind" gesprochen, wie es im Kalten Krieg üblich war und wie es Bertram in seinem Referat tat? Die Feststellungen des Direktors des Internationalen Instituts für Strategische Studien decken sich mit Brzezinskis Hinweisen auf den „begrenzten Atomkrieg" in Europa, mit der Anweisung des US-Rüstungsministers Brown an die US-Streitkräfte, Vorbereitungen für einen „großen Krieg" in Europa und einen „halben" am Persischen Golf zu treffen, mit Äußerungen des NATO-Oberbefehlshabers Haig sowie mit Ankündigungen in der BRD, mit der Neutronenbombe sei der „Krieg wieder führbar" geworden[22]). Man kann davon ausgehen, daß Bertram

20) Eine nicht aktualisierte Fassung der Studie ist abgedruckt in: Sicherheitspolitik, Bad Honnef 1977.
21) Vgl. FAZ v. 5. 9. und 17. 11. 1977 sowie „Die Welt" v. 11. 10. 1977.
22) Wie Anm. 17.

ausführlicher als andere die gültige Militärstrategie der NATO vor den 1200 Reserveoffizieren darstellte.

Gilt also für die NATO „Krieg als Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln" (Clausewitz), als „Recht des Stärkeren", den Schwächeren die Bedingungen des Zusammenlebens zu diktieren, erkennt man „Krieg als Gestaltungsmacht der Geschichte" (Treitschke)? Von Heraklits „Krieg als Vater alle Dinge" 530 v. Chr. über Papst Urbans Heiligung von Mord und Raub während der Kreuzzugskriege 1095 n. Chr. und über das besitzbürgerliche „Krieg als Kulturideal" 1889[23]) führt eine gerade Linie zu Bertrams „Wandel durch Krieg". Militärische Macht, die jahrhundertelang ausschlaggebend war für die zwischenstaatlichen Beziehungen, soll offenbar weiter gestärkt werden zu Lasten politischer Lösungen internationaler Streitfälle. Warum dies nach beachtlichen Erfolgen der Entspannungspolitik?

Angesichts veränderter weltpolitischer Machtverhältnisse und des nuklearen Vernichtungsrisikos galt bereits in den 60er Jahren für realistischere Kräfte in den USA, „daß der Krieg nicht mehr die annehmbare Methode zur Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln ist"[24]). Friede galt als alternativloses Ziel. Zwar sieht sich auch Carter „in einer Welt, in der der Friede buchstäblich eine Angelegenheit des Überlebens ist"[25]). Der Widerspruch zwischen vielen seinen Äußerungen und die Kluft zwischen schönen Worten und Taten ist jedoch beträchtlich – wie die politische Praxis zeigt.

Angriffsdrohungen als Flucht aus der anhaltenden Krise?

Es ist eindeutig, daß Bertram nicht den „Verteidigungsfall", den Defensivkrieg meinte, auch wenn er gelegentlich so formulierte, übereinstimmend mit den obligatorischen Aussagen in Kommuniqués von NATO-Tagungen. „Politische Dividende" für den Angreifer wurde zu stark betont, und „militärische Intervention" ist kein Synonym für Verteidigung. In Bertrams Referat wurde auch die Militärstrategie der UdSSR einleitend korrekt zitiert: „Zunächst die mit allen Aussichten auf Erfolg geführte Abwehr und das Zerschlagen eines westlichen Angriffs und dann das Ausfechten und die siegreiche Beendigung eines europäischen Krieges auf westlichem Territorium." Dieser Satz spricht für sich. Hinzugefügt sei nur, daß die erkennbare Praxis der UdSSR seit 1917 auf Friedenssicherung gerichtet ist und daß heute als Konsequenz aus den Erfahrungen nach 1917 und nach 1941 im Falle eines Angriffs der Krieg auf das Gebiet des Aggressors getragen wird[26]). Es ist eine eigenartige Logik, wenn man aus dieser richtigen Einschätzung schlußfolgert: dies „muß vom Westen als Bedrohung empfunden werden". Doch wohl nur dann, wenn die NATO angreift und einen „Wandel durch Krieg" erstrebt!

---

23) Vgl. Vom Wettrüsten zur Abrüstung, vom gleichen Verfasser, Köln 1978.
24) K. Knorr, On the Use of Military Power in the Nuclear Age, Princeton 1966, S. 135.
25) „International Herald Tribune" v. 20. 9. 1977.
26) Im prinzipiellen Widerspruch zum imperialistischen „ius ad bellum" ist die Politik der UdSSR seit 1917 auf friedliche Koexistenz orientiert; vgl. dazu die Parteiprogramme der KPdSU sowie J. P. Franzew, Kommunismus – heute und morgen, Frankfurt/M. 1965, S. 393ff.; L. I. Breschnew, Unser Kurs – Frieden und Sozialismus, Moskau 1978.

Englisch Amerikanische Studien

Zeitschrift für Unterricht, Wissenschaft & Politik

EAST

Englisch an Gesamt- und Hauptschulen

Christoph Edelhoff **Englisch an Gesamtschulen**

Hans-Eberhard Piepho **Englischunterricht an Hauptschulen: Ein Positionsbericht**

Inge Christine Schwerdtfeger **Fremdsprachenunterricht für alle: Eine Trendanalyse**

Unterricht

Peter Mohr **»I am looking for a jumper!«: Unterrichtsprojekt für den Anfangsunterricht mit heterogenen Lerngruppen**

Allgemeine Aufsätze

Dieter Keiner **Anglistikstudium und Studienreform: Zur Planung des Wissenschaftsrats**

J. Henner Harnisch **Englischlehrerausbildung in der zweiten Phase**

Rüdiger Hillgärtner **Literaturrezeption Lyrik in Anfängerseminaren**

März 1979 **1** Pahl-Rugenstein

Erscheint viermal im Jahr. Jahresabonnement DM 30.00 (Schüler, Studenten, Studienreferendare DM 25.00) plus Porto. Die Zeitschrift ist zu beziehen durch jede Buchhandlung und durch Pahl-Rugenstein Verlag, Gottesweg 54, 5000 Köln 51.

An einigen anderen Stellen seines an Widersprüchen reichen Referats hielt Bertram die angebliche Angriffsdrohung des Warschauer Paktes für gegeben. Er plauderte jedoch aus der Schule, als er im Blick auf das östliche Militärbündnis feststellte, daß es „massiven Truppenkonzentrationen ein Ende setzt, die zuvor nicht nur der NATO eine ausreichende taktische Warnzeit sicherten, sondern auch günstige Ziele für Atomangriffe boten". Das klingt nach Präventivschlag, nach Ersteinsatz von Atomwaffen, ohne daß zuvor ein Angriff auf die NATO erfolgte. Bertram wiederholte mehrfach, was in den meisten NATO-Publikationen als Rechtfertigung zu lesen ist, daß nämlich die Rüstung der NATO reaktiv sei auf vorangegangene Anstrengungen des Warschauer Paktes. Er widerlegte sich selbst und enthüllte, was sonst in NATO-Publikationen nicht zu lesen ist: „Seit 1970 haben allein die amerikanischen Streitkräfte ihr Inventar beinahe verdreißigfacht, während bei einigen anderen NATO-Streitkräften der Zulauf nicht viel geringer ist." An anderer Stelle betonte er, daß die NATO-Staaten „einwandfrei nicht das eigentlich treibende Element im Rüstungsrennen waren". Im gleichen Satz erwähnte er jedoch die „amerikanische Verwicklung in Vietnam", die bekanntlich zu einer Vielzahl neuentwickelter Vernichtungssysteme führte, die auch im Krieg getestet wurden und ins Waffenarsenal der NATO eingingen[27]).

Der Direktor des Internationalen Instituts für Strategische Studien erkannte für die NATO, daß „die ernstesten Herausforderungen . . . im (innen)politischen Bereich" liegen, nicht im militärischen: in der anhaltenden Krise, in der „Besorgnis über die Rolle und Greifkraft von Regierungen" – mit anderen Worten: über die wachsende Gegenkraft für sozialen Fortschritt und friedliche Koexistenz! –, „Unsicherheit über die Ziele der Erziehung, über die Rolle der gesellschaftlichen Institutionen". Wachsende Unsicherheit in den Staaten mit Konzernvorherrschaft, Zweifel der Herrschenden über ihre Stabilisierungsmöglichkeiten angesichts zunehmender Labilität – und dies vor dem Hintergrund der konsolidierten Systemalternative, der Aktivität antiimperialistischer Befreiungsbewegungen und der gesteigerten Kraft der Weltfriedensbewegung: Dies ist das Kernproblem, nicht irgendeine militärische Bedrohung. Der Zusammenhang sich zuspitzender innenpolitischer Probleme mit den ständig nach oben getriebenen Rüstungsausgaben wurde jedoch nicht hergestellt. Bertrams Referat ist ein Beispiel dafür, daß die nicht in den Griff zu bekommende Krise des Spätkapitalismus neben hochentwickelter technologischer Rationalität zugleich wachsenden politischen Irrationalismus hervorbringt, der destabilisierend auf die Entspannung und fördernd für gefährliche Spekulationen auf „Wandel durch Krieg" wirkt. Wenn schon der Repräsentant eines früher renommierten Forschungsinstituts anstatt distanzierter Analysen und davon abgeleiteter humaner Konsequenzen derartigen Irrationalismus produziert, wundert kaum noch, was im spätbürgerlichen Blätterwald geboten wird. Der Zeitpunkt, an dem im Widerspruch zu allen historischen und zeitgeschichtlichen Erfahrungen sowie zu den durch die Ent-

27) Das renommierte Stockholmer SIPRI, ein neutrales Friedensforschungs-Institut, belegte mehrfach über Jahre hinweg, daß die treibende Kraft im Wettrüsten die USA sind; vgl. auch: SIPRI, Rüstung und Abrüstung im Atomzeitalter, Hamburg 1977, S. 85.

spannung geschaffenen Möglichkeiten eines realistischen Interessenausgleichs der Krieg „rehabilitiert" wird, hängt zweifellos auch mit der Krise zusammen. Referat und Studie sind symptomatisch dafür.

Weizsäckers oben zitierte Ausführungen ebenso wie die zitierte Aussage Breschnews sind nicht nur Warnungen vor der Kriegsgefahr, sie sind zugleich mit konkreten Vorschlägen verknüpft, wie der Friede trotz aller Komplikationen zu sichern ist. Was das mit der NATO liierte Internationale Institut für Strategische Studien zu bieten hat, ist vordergründiger Fatalismus, ist psychologische Kriegsvorbereitung und Unvermögen oder fehlende Bereitschaft, für die „Sicherheit in einer sich verändernden Welt" akzeptable friedensfestigende Empfehlungen zu unterbreiten.

Politische Prioritätensetzung oder Selbstlauf der Technik

Niemand möchte vor der Weltöffentlichkeit den Vorwurf hinnehmen, eine Politik zu betreiben, die zum Krieg führt, oder gar direkt auf Angriffskrieg zu setzen. Insofern ist eine beachtliche Geistesakrobatik erforderlich, um einerseits NATO-Offiziere auf die „lebensnotwendige militärische Intervention" einzuschwören, „politische Dividende" für den Aggressor nachzuweisen und dem „Wandel durch Krieg" eine positive Funktion zuzuschreiben, andererseits jedoch defensive Absichten zu belegen und zu bekräftigen. So reicht es für die NATO offensichtlich auch nicht mehr aus, der UdSSR die Schuld für die anhaltende Rüstungseskalation zuzuschieben; deren vielfältige Initiativen zur Festigung der Entspannung und für konkrete Abrüstungsschritte, die gleiche Sicherheit gewährleisten, sind hinlänglich bekannt und auch in NATO-Staaten nicht auf Dauer totzuschweigen oder „als Propaganda zu entlarven"[28]). Also wird zugleich auch die Rüstungstechnologie in Anspruch genommen, indem man ihr eine nicht aufhaltbare Dynamik unterstellt, so, als führe sie über alle politischen Bemühungen hinweg direkt und unbeeinflußt von politischen Entscheidungen in den Krieg. Diesen Nachweis versuchte Bertram in seiner Studie. Während er als „Merkmal der vorhergegangenen Waffengeneration", also der atomaren und nuklearen Massenvernichtungsmittel der 50er und 60er Jahre, „Abschreckung von Krieg und Nichteinsatz von Waffen" feststellte, weil die Zerstörungwirkung zu groß und nicht genau zu berechnen war, attestierte er der gegenwärtigen neuen Rüstungsprodukten das Gegenteil: „die Begünstigung des Einsatzes im nuklearstrategischen, im atomar-taktischen wie im konventionellen Bereich". Daß es Personen sind, deren Handeln kontrolliert und auch verhindert werden kann, blieb unerwähnt. Auch bei einem Gipfelpunkt des Zynismus blieben Personen und Gruppen, die das alles planen, ausgeklammert: „Die Waffenwirkung kann genau dosiert werden, wieviel Radioaktivität, wieviel Sachschaden, wieviel Tote." Geht es also nicht um Kriegsverhinderung, sondern nur noch um die Dosierbarkeit von Kriegsfolgen? Fast ist man geneigt, wie Egon Bahr angesichts von Meldungen über die Wirkungsweise der Neutronenbombe an die „Perversion des Denkens" zu er-

28) Vgl. auch Dokumente zur Abrüstung 1917–1976, Frankfurt/M. 1978; E. Laboor, Sechs Jahrzehnte Kampf um Frieden und Sicherheit, Berlin (DDR) 1977.

innern[29]). Zweifellos ist es so, daß manche alle menschlichen und sozialen Folgen unberücksichtigt lassen und von einer Technik begeistert sind, die eine derartige „Dosierung" ermöglicht. Andere bemühen sich um das Durchsetzen einer Politik, die „Sicherheit in einer sich verändernden Welt" durch Abrüstung garantiert.

Wie heißt es im Abkommen zwischen der UdSSR und den USA zur Verhütung von Atomkriegen vom 22. Juni 1973? „Daher vereinbaren die Vertragsparteien, daß ihr Handeln davon bestimmt sein wird, die Entwicklung von Situationen zu verhüten, die zu einer gefährlichen Verschlechterung ihrer Beziehungen führen können, um auf diese Weise militärische Konfrontationen zu verhüten und die Möglichkeit des Ausbruchs eines Atomkriegs zwischen ihnen und auch zwischen jeder der beiden Vertragsparteien und anderen Staaten auszuschließen."[30]) Darstellung und Analyse einer solchen Politik, die wegführt vom Kriegsrisiko und die beiden Vertragsparteien dementsprechende Verpflichtungen auferlegt, hätten in eine Untersuchung über „Sicherheit in einer sich verändernden Welt" gehört. Tatsächlich aber weisen Studie und Referat den Weg in die Katastrophe.

So wurde denn auch festgestellt: „Die gerufenen Geister der neuen Technologie werden sich nur schwer bändigen lassen, vielleicht überhaupt nicht." Also: Vorwärts, marsch in den Atomkrieg!? Aber die Rüstungstechnologie ist keine dämonische Größe, die sich hoch über aller politischen Prioritätensetzung verselbständigt hat. Rüstungstechnologie hängt nicht nur von budgetären Entscheidungen ab, mittels deren ihr sowohl Mittelzufuhr als auch Personalbestand verweigert werden kann; und auf budgetäre Entscheidungen können auch Nicht-Parlamentarier Einfluß nehmen, wenn sie ihre Interessen erkennen und in zielgerichteten Aktionen manifestieren. Rüstungstechnologie hängt auch von einer Gesamtpolitik ab, die entweder über die Reduzierung des Gewichts des militärischen Faktors zur Abrüstung weist oder über die geplante Rüstungseskalation zum Kriegsrisiko und in das atomare Inferno führen kann. Lenkt man von der politischen Verantwortung dadurch ab, daß die Frage politischer Prioritätensetzung und die Einflußmöglichkeiten der betroffenen Staatsbürger aus dem Blickfeld gerückt werden, dann muß der falsche Eindruck entstehen, als triumphiere die Technologie über alles andere, als habe sie sich verselbständigt[31]). Was wäre die Folge?

Man wird allen jenen zustimmen, die – wie Bertram – davon ausgehen, daß die neue Waffentechnologie mit verwischten Unterschieden zwischen atomaren und konventionellen, strategischen und taktisch-operativen, kurzzeitwirkenden und langzeitwirkenden, den Menschen oder seine natürliche Umwelt zerstörenden Vernichtungssystemen wesentlich kompliziertere Probleme für Abrüstungsverhandlungen aufwirft, als dies noch vor etwa zehn Jahren der Fall war. Unbestreitbar ist auch, daß gegenwärtig das Tempo der Rüstungseskalation wesentlich schneller ist als das der Abrüstungsverhand-

29) „Vorwärts" v. 29. 7. 1977.
30) Vgl. „Blätter", 7/1973, S. 788.
31) Vgl. dazu V. Bialas, Wissenschaftliche und technische Revolution in Vergangenheit und Gegenwart, Köln 1978.

lungen. Es genügt jedoch nicht, dieses Faktum fatalistisch hinzunehmen. Es ist nach den Ursachen dieser gefährlichen Situation zu fragen. Auch hier geht es um politische Prioritätensetzung und um die Frage, ob friedliche Koexistenz mit dem Ziel der Abrüstung oder das „Si vis pacem para bellum" mit entsprechender Kriegsgefahr praktiziert werden. Es ist nachprüfbar, wer das eine und wer das andere anstrebt. Stellte man für die Realisierung von Sicherheit durch Abrüstung nur ein Viertel jener menschlichen Energie zur Verfügung, die für das Weitertreiben der Rüstungsschraube aufgebracht wird, dann könnte die Abrüstungsdiplomatie die Rüstungsdynamik einholen.

Prinzipieller Widerspruch zu Weizsäckers Forderungen

Es ist kennzeichnend, daß in Bertrams Studie und Referat eine angemessene Würdigung des beachtlichen Erfolges fehlt, der mit der Schlußakte der KSZE zweifellos erreicht wurde. Die in der Schlußakte von Helsinki fixierten Vereinbarungen zur Festigung der Entspannung durch Abrüstung weisen in die Zukunft und erlauben es, werden sie verwirklicht, den Krieg ein für allemal aus dem Leben der Völker auszuschalten. Das sind nicht Utopien, sondern hier und heute erreichbare Ziele. Allerdings: Der Erfolg der KSZE war ein Erfolg gegen den Militär-Industrie-Komplex und andere aggressive Kräfte, es war ein Erfolg für die Völker, möglich durch den Konsens zwischen sozialistischen Staaten und den realistischeren Gruppen der NATO-Staaten bei kräftiger Mithilfe der Neutralen. Die Dominanz jener Interessen, die mit friedlicher Koexistenz, Abrüstung und sozialem Fortschritt identisch sind, sowie die allgemeine Kenntnis der in der Schlußakte getroffenen Festlegungen passen jenen nicht ins Konzept, die „Wandel durch Krieg" für möglich und vertretbar halten. So heißt es denn auch in der Studie: „Die traditionellen Instrumente internationaler Ordnung greifen nicht mehr in einer veränderten Welt", offenbar, um Verhandlungs- und Vertragspolitik, die den „Wandel durch Krieg" verhindern, als gescheitert oder unzeitgemäß erscheinen zu lassen. Dabei wird auf das angebliche Nichtfunktionieren der UNO hingewiesen – täte man dies auch, wenn die NATO-Staaten die UNO wie gehabt dirigieren könnten? Verhandlungen zwischen den beiden Weltmächten und in Europa werden als eine Art Sondersituation dargestellt, für die das Nichtfunktionieren keine Gültigkeit hat.

Ebenso symptomatisch ist, daß in Bertrams Referat die Lage nach dem NATO-Gipfel und dieser selbst unkritisch interpretiert wurden, während die UNO-Sondertagung für Abrüstung mit ihren weitreichenden Vorschlägen für die „Sicherheit in einer sich verändernden Welt" unerwähnt blieb. Unberücksichtigt blieb auch, daß die neue Struktur der internationalen Beziehungen – trotz aller Destabilisierungsversuche und forcierter Rüstungseskalation – durch weiteren Ausbau der gleichberechtigten und allseits vorteilhaften Zusammenarbeit friedensfestigend wirkt, das alte „Recht des Stärkeren" immer mehr relativiert und den militärischen Faktor in seiner Bedeutung langfristig mindert. Solche Auslassungen können kein Zufall sein, eher ist bewußte Ignoranz zu vermuten, da „militärische Interventionen" und „politische Dividende" für Aggressoren dazu in unvereinbarem Widerspruch stehen. Das ent-

scheidende Kriterium für die „Sicherheit in einer sich verändernden Welt" sind und bleiben die koexistenziellen Normen zwischenstaatlichen Verhaltens, wie sie in UNO-Deklarationen und in der Schlußakte der KSZE niedergelegt sind. Trotz aller Widerstände setzen sich diese in der politischen Praxis langsam, aber mit geschichtlicher Notwendigkeit durch.

Der verengte Blickwinkel in Bertrams Referat und Studie, vorwiegend auf den militärischen Bereich reduziert, bei gröblicher Unterschätzung sozialer Faktoren – gleich ob fahrlässig oder mit Methode –, signalisiert Gefahren. Wer den Computer nur mit militärischen Werten bedient und den Friedens- und Befreiungswillen der Völker sowie internationale Solidarität als kaum relevante Größen betrachtet, riskiert die Niederlage derer, für die er handelt. Das Fanal von Vietnam verdient größere Beachtung.

Die typische Beschränkung des Sicherheitsproblems auf die Kompetenz von Politikern, Militärs und Wissenschaftlern bei Ausklammerung des eigentlichen Souveräns, des Volkes bzw. der Völker, und des gewachsenen Einflusses der gesellschaftlichen Kräfte auf Regierungen zeigt nicht nur allgemeines Desinteresse für alles, was nicht zum MIK gehört, sondern auch totale Mißachtung demokratischer Möglichkeiten und Notwendigkeiten sowie humaner Verpflichtungen. Das Menschenrecht auf Leben und die sozialen Interessen der Völker berücksichtigend, wird „Sicherheit in einer sich verändernden Welt" anders zu untersuchen und zu beantworten sein als im speziellen Fall im Interesse der NATO.

Ganz außer acht blieben die gesellschaftlichen Kräfte wohl nicht, auch wenn sie nicht direkt erwähnt wurden mit ihrem Recht und ihrer gewachsenen Kraft für Mitwirkung bei Planung und Gestaltung von Gegenwarts- und Zukunftsaufgaben. Als eine Art auszuschaltender Negativposten mögen die Planer militärischer Interventionen jene weltweiten Massenaktionen gegen die Atomkriegsgefahr, gegen die US-Aggression in Vietnam, gegen die Neutronenbombe sowie für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa und anderen Kontinenten betrachtet haben. Die Tatsache, daß auf immer mehr internationalen Kongressen gesellschaftlicher Massenorganisationen für Friedenssicherung durch Abrüstung plädiert wird, fördert jenen Bewußtseinswandel, der kriegsverhütende Politik unterstützt. Solche Manifestationen schränken den politischen Handlungsspielraum jener empfindlich ein, die am „Recht auf Krieg" und am „Si vis pacem para bellum" festhalten[32]). Diese aktiven Friedenskräfte zu entmutigen, zu desorientieren und in die Passivität zu treiben, war früher und ist heute ein Ziel jener parasitären Minderheiten, die an Rüstung und Krieg verdienen; mitunter wenden sie jedoch noch härtere Mittel an[33]). Den Friedenskräften und anderen zu suggerieren, daß die moderne Rüstungstechnologie den Krieg nicht nur begünstige, sondern daß sie fast unaufhaltsam zu ihm führe, daß der Krieg wieder eine positive Funktion erfülle, daß die Zerstörungswirkung der neuen Waffengeneration beliebig „dosierbar" sei, ist ein Mittel psychologischer Kampfführung und Kriegsvorbereitung, darauf ge-

32) Vgl. dazu: Die öffentliche Meinung in der Weltpolitik, Moskau 1976.
33) Vgl. Antikommunismus – Verbrechen ohne Chance, Berlin (DDR) 1967.

richtet, den eingeengten Manövrierraum des MIK wieder auszuweiten und verlorenes Terrain zurückzugewinnen. Derartige Referate und Studien sind geeignet, vorhandene Hemmungsschwellen gegen Krieg und Einsatz von Vernichtungsmitteln zu vermindern oder abzubauen.

Vergleicht man die in Bertrams Referat und Studie unternommenen Versuche dieser Art mit den eingangs dargestellten Thesen Weizsäckers für eine Politik der Kriegsverhinderung, so wird deutlich, daß der Direktor des Internationalen Instituts für Strategische Studien dem genau entgegenwirkt und damit die Kriegsgefahr vergrößern hilft. Wenn eine kriegsverhindernde Politik den erforderlichen Bewußtseinswandel erleichtern und nicht erschweren oder gar verhindern soll, wenn im Gegensatz dazu statt entspannungsfestigender Aufklärung eine auf „militärische Intervention" gerichtete „Krieg-wieder-möglich"-Orientierung betrieben wird, so ist von all denen öffentlich Rechenschaft zu verlangen, für die Bertram sprach und publizierte. Warnung vor der Kriegsgefahr ist ebenso legitim und not-wendig wie die Mobilisierung gesellschaftlicher Kräfte für friedliche Koexistenz. Bagatellisierung von Krieg und Verbreitung von Fatalismus ist – zurückhaltend formuliert – in höchstem Grade verantwortungslos angesichts des Vernichtungsrisikos, das selbst noch ein „begrenzter Atomkrieg", sollte er begrenzbar bleiben, enthielte.

Rolle und Aufgaben der gesellschaftlichen Kräfte wachsen

Es ist hier nicht der Ort, um die Wirkungen der Pekinger Politik im einzelnen zu untersuchen. Hier genügt der Hinweis, daß die These der chinesischen Führung von der „Unvermeidlichkeit des Krieges" zwischen USA und UdSSR sowie die Aufforderung an die NATO zu größeren militärischen Anstrengungen viel Wasser auf die Mühlen jener treibt, die von „militärischer Intervention" reden. Damit wird die Aggressionsbereitschaft verstärkt – obschon die Chinesen nicht im entferntesten daran denken, kapitalistische Kastanien aus dem Feuer zu holen[34]). Der auch von F. J. Strauß proklamierte Zangengriff von NATO und China, mit dem der Warschauer Pakt unter militärischen Druck gebracht werden soll, setzt entspannungsfeindliche und total aggressive Regierungen und Kapitale in Westeuropa voraus und riskiert dessen Ausschaltung als eines der drei imperialistischen Zentren.

Gewichtiger in nächster Zeit ist das Faktum, daß die anhaltende Krise dazu führte, zur Ablenkung von ihr die alten Feindbilder des Kalten Krieges neu aufzupolieren und eine gesteigerte antisozialistisch-antikommunistische Hetze zu starten, daß zugleich Irrationalität und Aggressivität zunahmen bzw. bewußt gesteigert wurden.

Einerseits zeigt sich, daß das Aufbrechen verstärkter und vielfältigerer innerer Widersprüche des Spätkapitalismus trotz allem die Differenzierung der herrschenden Kräfte in Grundfragen der internationalen Politik nicht aufhebt. Die einen halten weiter an der Entspannung fest und ließen dies auch im jüngsten NATO-Kommuniqué verankern, andere orientieren verstärkt auf Kriegs-

34) Vgl. „Blätter", 7/1978, S. 888ff., insbes. S. 893; „Deutsche Außenpolitik", 8/1978, S. 73ff.

vorbereitung; die einen bauen den Ost-West-Handel weiter aus, schon um nicht weitere Arbeitsplätze zu gefährden, andere operieren mit Wirtschaftsboykott. Auch gegenüber den Entwicklungsländern gibt es keine gemeinsame Linie. Dies in einer Situation, in der das Zusammenwirken aller Teile der Weltfriedenskräfte eine neue Qualität erreichte und die Möglichkeiten, aggressive Politik zu verhindern, zweifellos weiter wachsen.

Andererseits besteht die Gefahr, daß die zunehmenden inneren Schwierigkeiten nach außen abgewälzt werden sollen, wie das in der Vergangenheit oft der Fall war, daß zumindest die internationale Lage weiter verschärft und das Kriegsrisiko erhöht wird. Unter früheren weltpolitischen Bedingungen, als der imperialistische Einfluß noch dominierte, wich man bei anhaltenden Krisen in den Krieg aus. Zwar veränderte sich das Wesen des Imperialismus nicht. Aber die neue Lage, die seit etwa Ende der 50er Jahre besteht, nötigt – um den Preis der Selbstvernichtung – zur Anpassung. Die von den USA erstrebte „Begrenzung" des Krieges und die versuchte Risikoabwälzung auf andere zeigt, daß das eigene Vernichtungsrisiko gescheut wird; begrenzte Kriege schwächen jedoch – bei riesigen Opfern an Menschen – den aus der historischen Defensive nicht herauskommenden Imperialismus noch weiter. Verschiedenes deutet darauf, daß eben dies den Herrschenden bekannt ist. Hier liegt die Chance, daß – verstärkte Aktivität und das Zusammenwirken aller Teile der Weltfriedenskräfte vorausgesetzt – die aggressivsten Kräfte zurückgedrängt und weitere friedenssichernde Vereinbarungen zwischen sozialistischen Staaten und realistischeren Kräften der NATO realisiert werden[35]). Es gibt verschiedene Anzeichen dafür, daß die einseitige Risikoabwälzung der US-Administration auf andere nicht hingenommen wird – was die Einheit der NATO untergräbt.

In dieser Phase ist die Aktivierung der gesellschaftlichen Kräfte in den Staaten mit Konzernvorherrschaft von großer Bedeutung. Das kämpferische Bemühen um eine demokratische Lösung der Krise anstelle einer autoritären verknüpft sich immer enger mit dem Wirken für Kriegsverhinderung und friedlichem Austrag des geschichtlich unvermeidlichen Systemwettstreits. Der gewerkschaftliche Kampf erreicht einen größeren Stellenwert – nicht nur beim Ringen um Sicherung des sozialen Status und sozialer Gerechtigkeit sowie um Erhaltung und Ausbau demokratischer Rechte, sondern zugleich um stabilisierten Frieden und schrittweise Beseitigung innenpolitischer Kriegsursachen. Wo die Regierenden jenen Bewußtseinswandel, der kriegsverhindernde Politik unterstützt und ermöglicht, nicht fördern, sondern gar zu blockieren versuchen, dort kann und muß dieser Bewußtseinswandel durch die gesellschaftlichen Kräfte forciert werden, ein Bewußtseinswandel, der friedliche Koexistenz und sozialen Fortschritt und die dazu erforderlichen politischen Maßnahmen in einer Symbiose artikuliert. Die Rolle des subjektiven Faktors wächst unter diesen Gegebenheiten. In der Verbindung von Wissenschaft und Gewerkschaften liegt eine solche Möglichkeit, die anstelle eines „Wandels durch Krieg" einen Wandel der gegenwärtigen Gefahrenlage hin

35) Vgl. Allgemeine Krise des Kapitalismus, Berlin (DDR) 1976, S. 535 ff.

zu sozialem Fortschritt und zur Entspannungsfestigung durch vermindertes Gewicht des militärischen Faktors auf dem Weg zur Abrüstung vollzieht[36]).

Dichtung und Wahrheit in der Gewerkschaftsgeschichte

Von Bernhard v. Mutius

Am 2. Januar 1979 veröffentlichte die „Frankfurter Rundschau" eine Besprechung des von Frank Deppe, Georg Fülberth und Jürgen Harrer herausgegebenen Buches „Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung". Verschiedene Fassungen dieser Besprechung waren zuvor u. a. in der „Neuen Gesellschaft", dem „Langen Marsch" und „Das da – Avanti" erschienen. Der Autor, Manfred Scharrer, erhebt in dieser Rezension schwerwiegende Vorwürfe, die über den Rahmen einer an der Sache orientierten wissenschaftlichen Auseinandersetzung hinausgehen: das Buch betreibe „eklatante Geschichtsfälschung", beschönige „in skrupelloser Weise die verhängnisvollen Fehler kommunistischer Politik in der deutschen Arbeiterbewegung" und biete als Werk „parteikommunistische(r) Geschichtswissenschaft" eine „Mischung aus Dichtung und Wahrheit". Es liegt auf der Hand, daß derartige Vorwürfe unter den Bedingungen des in der Bundesrepublik herrschenden Antikommunismus nur geeignet sein können, die „Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung" aus der wissenschaftlichen Diskussion auszuschließen und beruflichen Diskriminierungen ihrer Autoren und Herausgeber Vorschub zu leisten. Der folgende Beitrag von Bernhard v. Mutius, Verfasser einer umfangreichen Studie über Rosa Luxemburg, setzt sich mit dem Geschichtsbild auseinander, das der Kritik Scharrers zugrunde liegt; in einem der nächsten Hefte werden Frank Deppe, Georg Fülberth und Jürgen Harrer noch einmal grundsätzlich zu den Problemen der Gewerkschaftsgeschichtsschreibung Stellung nehmen, die in der gegenwärtigen Auseinandersetzung aufgeworfen wurden. D. Red.

An den Universitäten werden ständig Untersuchungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung produziert, die, zumindest zum Auftakt, eine Distanzierung von der „parteikommunistischen" Geschichtschreibung aufweisen. Die Kritik

36) Die erforderliche Begrenzung des Umfangs dieser Arbeit erlaubte es nicht, auf alle mit Referat und Studie von Bertram aufgeworfenen Fragen einzugehen.

Medienkritik

„HOLOCAUST" UND DIE DICHTER

„Etwas zu wissen, heißt ein besserer Mensch sein." Mit diesen Worten fordert Frau Weiß, kurz bevor sie in die Gaskammer geht, ihre Schüler im KZ auf, Shakespeare zu lesen. Für die vornehme alte Dame, die man zuerst aus der schönen Wohnung und vom Bechsteinflügel vertrieben und dann in den Osten verschleppt hat, trägt das, was man wissen muß, um ein besserer Mensch zu sein, die Namen Shakespeare, Mozart, Beethoven. Aber auch der Hauptsturmführer Dorf, Gegenspieler der am Ende fast ausgerotteten jüdischen Familie Weiß, feiert seinen sozialen und politischen Aufstieg in der Faschistenpartei und Terrororganisation mit dem Besuch italienischer Opern. Beide, Unterdrücker und Opfer, beziehen sich auf die Namen der anerkannten Kultur, um bessere Menschen zu sein oder zu scheinen. Es gibt allenfalls kleine Unterschiede in der Gewichtung: auf der einen Seite ist Heine, der bürgerlich-aufsässige Jude, dabei, aber nur mit der romantischen *Loreley,* auf der anderen wird Wagner bevorzugt.

Mit der Bezugnahme auf solche Etiketten unterstellt sich „Holocaust" selber jenen ästhetischen Normen, aufgrund derer der Film dann als „Seifenoper" (konkret), als „rüder Kolportagezuschnitt" (FAZ) abqualifiziert wird. Auch die Autoren von Heftchenromanen, von „trivialer", aber massenwirksamer Literatur, bedienen sich häufig des Hinweises auf literarische oder künstlerische Bildung zur Aufwertung der als positiv zu empfindenden Figuren, hoffend, daß dabei ein Abglanz des Prestiges auch auf das ästhetische Produkt selber fällt.

Die amerikanischen Autoren von „Holocaust" statten ihre deutschen Geschöpfe, wohl auch unter dem Einfluß eines nationalen Minderwertigkeitskomplexes in Sachen Kulturgeschichte, mit einem unbändigen Drang nach höherer Kunst aus: Weiß, Dorf, Heydrich, Himmler. Aber sie treffen, wenngleich nur den Gesetzen der Machart des Trivialgenres folgend, doch die Realität. Denn sowohl die Nazis, als auch große Teile des Widerstands gegen sie waren dem bürgerlichen Bildungsideal in der abstrakten, zur Unbrauchbarkeit verschwommenen Form, die es im 20. Jahrhundert angenommen hatte, zutiefst verbunden: den einen Dekorum, den andern Vorbild und geheimnisvolle Kraft, aus der jenes Heldentum des aufrechten würdevollen Gangs in den Tod sich speiste. Zwei einander entgegenstehende Fatalismen lieferten sich Kämpfe, von deren Dramatik auch „Holocaust" lebt.

In einem so gezeigten System, wo die Massenmörder gleichsam unter dem Zwang einer Naturgewalt handelten, hat ein anderer als *todesmutiger* Widerstand keinen Platz, vor allem nicht der die Würde der Ausweglosigkeit transzendierende marxistische. Und da genau verfälscht der Film die Realität, stößt er an die Grenzen nicht so sehr seiner Ästhetik als an die der hier herrschenden politischen Doktrin. „Holocaust", dieses Dokument des damals wie heute weitverbreiteten pathetischen Analphabetismus in Sachen Faschismus, hat immerhin einige Tatsachen zutage und in das emotionale Gedächtnis bisher nicht Affektierter gebracht. Anscheinend war sein Erkenntnis-Schock stärker als die mitgelieferter Heilslehre: *amor vincit omnia.*

Joachim Fest, am genannten Analphabetismus nicht unschuldig, rührt (in seiner Zeitung vom 29. Januar 1979) an „Grundfragen unseres ästhetischen Verständnisses": „Können schlechte Filme, Bücher oder Stücke bessere Menschen machen?" Nein. Aber sie können anläßlich drastischer Szenen aus der Geschichte des bürgerlich-kapitalistischen Terrorismus klarmachen, welch frappierende Ähnlichkeit die *Klischees* dieser Filme mit den *geistigen Grundlagen* unserer Gesellschaft haben.

Die *unbekümmerten* Amerikaner bieten dem Volk der Dichter und Denker eine Lösung an: „Dies ist das Land von Beethoven, Schiller, Mozart. Unglücklicherweise ist keiner von denen in der Regierung", beklagt sich eines der Opfer. Grass for president? – Nun, immerhin hat Günter Grass sich, zusammen mit sechs weiteren lebenden bundesdeutschen Dichtern, bereiterklärt, eine deutsche Fernsehserie zu erarbeiten, die der „Holocaust"-Thematik gerecht wird. Auch das ein Verdienst von „Holocaust".

Günter Giesenfeld

Arbeitsunfälle und Berufskrankheiten

(Wirtschafts- und sozialstatistische Daten)

Glaubt man den offiziellen Darstellungen, so scheinen die Maßnahmen zur Vergrößerung der Arbeitssicherheit in den Betrieben im großen und ganzen erfolgreich zu sein. Vor allem die offiziellen Arbeitsunfallziffern weisen einen rückläufigen Trend auf. Das gilt in hohem Maße für die absoluten Ziffern, aber abgeschwächt auch für die relativen Unfallzahlen, d.h. bezogen auf die Beschäftigtenzahlen.

Tabelle 1
Angezeigte Arbeitsunfälle

	in 1000	*Arbeitsunfälle je 1000 „Vollarbeiter"*
1955	*2180*	*97*
1961	*2871*	*114*
1970	*2392*	*94*
1973	*2221*	*89*
1974	*1989*	*82*
1975	*1761*	*76*
1976	*1829*	*75*[1]*)*
1977	*1814*	*74*[1]*)*

1) Die Definition des „Vollarbeiters" wurde 1976 geändert, so daß die Zahlen nicht voll vergleichbar sind.

Quelle: E. Dähne/K. Priester, „Arbeitsbedingungen und gewerkschaftlicher Kampf", „IMSF-Informationsbericht", Nr. 20, Frankfurt/M. 1978, S. 81 ff.

Um diese Zahlen richtig interpretieren zu können, ist ihre Entstehung zu untersuchen. Anzeigepflichtig sind Arbeitsunfälle überhaupt nur dann, wenn sie eine Arbeitsunfähigkeit von mehr als 3 Tagen nach sich ziehen. „Bagatellunfälle" – die aber durchaus auch schwerer sein können (wenn die Betroffenen auf „Schonarbeitsplätze" umgesetzt werden) – müssen nicht gemeldet werden. Hinzu kommt, daß der Unternehmer, nicht der Betroffene die Unfälle meldet. Da die Beiträge des Unternehmers an die Berufsgenossenschaft aber von der Unfallhäufigkeit in seinem Betrieb abhängen, hat dieser ein wirtschaftliches Interesse, so wenig Unfälle wie möglich zu melden. Es ist daher anzunehmen, daß die Unfallzahlen auch dann höher liegen, wenn man von den „Bagatellunfällen" absieht. Diese Annahme wird durch die Ergebnisse von Mikrozensus-Befragungen erhärtet, die vom Statistischen Bundesamt durchgeführt wurden. Demnach ist davon auszugehen, „daß die amtlich gemeldeten Unfallziffern mindestens um 30 bis 50 Prozent zu niedrig sind." (Dähne/Priester, a.a.O., S. 82.) Die Tatsache, daß die gesamte Unfallstatistik wesentlich in Händen der Unternehmer liegt, erweist sich als ein zentrales Problem für die korrekte Durchleuchtung des Unfallgeschehens. Gerade diese Statistiken sind alles andere als „objektiv".

Zusätzliche Probleme tauchen auf, wenn die absoluten Unfallzahlen auf die Beschäftigtenzahlen bezogen werden. Um eine Vergleichbarkeit herzustellen, gehen die Berufsgenossenschaften von einem fiktiven „Vollarbeiter" aus, wodurch der Einfluß von Beschäftigtenschwankungen ausgeklammert werden soll. Die Definition des „Vollarbeiters" – und damit auch die Unfallhäufigkeit – ist so recht willkürlichen Festlegungen ausgesetzt – viele Berufsgenossenschaften berücksichti-

gen dabei z. B. laufende Arbeitszeitverkürzungen nur unzureichend. Der Einfluß solcher „Ungenauigkeiten" kann aber kaum abgeschätzt werden, da die einzelnen Berufsgenossenschaften jeweils unterschiedlich vorgehen.

Doch auch wenn man von diesen Problemen absieht, vermittelt die oben dargestellte Unfallhäufigkeit je „Vollarbeiter" ein falsches Bild. Obwohl die Unternehmer diese Ziffern gern als Beleg für den Fortschritt ihrer „Humanisierungsbestrebungen" benutzen, hält diese Behauptung einer kritischen Durchleuchtung nicht stand. In der oben erwähnten Arbeit von Dähne/Priester werden die offiziellen Zahlen der beiden Krisenjahre 1967 und 1975 miteinander verglichen. Dabei kommen die Autoren zu dem Ergebnis: „Der Rückgang der Unfälle zwischen 1967 und 1975 läßt sich größenordnungsmäßig vollständig aus der Verringerung des Arbeitsvolumens sowie den Strukturveränderungen in der Wirtschaft erklären."

Tabelle 2
Unfälle 1967 und 1975

	Absolute Zahlen	*Differenz*
1967	*2181464*	
1975	*1760713*	*−420751 (−19,3%)*

Quelle: Dähne/Priester, a.a.O., S. 85.

Gleichzeitig verminderte sich aber das Arbeitsvolumen, gerechnet in Arbeitsstunden, um 11,2%, während die als Grundlage für die Berechnung der Unfallhäufigkeit durch die Berufsgenossenschaften dienende Zahl der fiktiven „Vollarbeiter" nur um 3,4% zurückging. Allein der Rückgang des Arbeitsvolumens zwischen 1967 und 1975 erklärt also einen Rückgang der Unfallziffern um 244000 Fälle.

Aber auch der „verbliebene" rechnerische Rückgang der Unfallzahlen um 176000 ist nicht auf die „Humanisierung" der Arbeitsplätze oder auf Unfallschutzmaßnahmen zurückzuführen. Denn zu berücksichtigen ist die Tatsache, daß der wirtschaftliche Strukturwandel vor allem Branchen mit hohen Unfallziffern, wie den Bergbau und die Bauwirtschaft, reduziert hat. Dähne/Priester schätzen, daß allein die Branchenverschiebungen einen Rückgang der Unfallziffern um 90000 zwischen 1967 und 1975 erklären.

Schließlich ist zu berücksichtigen, daß auch die Verschiebung der Beschäftigtenstruktur zugunsten von Angestelltentätigkeiten mit durchschnittlich wesentlich niedrigerer Unfallhäufigkeit notwendig einen Rückgang der gesamten Unfallziffern mit sich bringt. Die Autoren des „IMSF-Informationsberichts" setzen diesen Effekt mit ebenfalls etwa 90000 Unfällen an. Tatsächlich hat also die Rationalisierung, die Veränderung der Arbeitsmethoden in der Produktion selbst zu keinem Rückgang der Unfallhäufigkeit geführt. Der Vergleich der Jahre 1967 und 1975 zeigt, daß der zu beobachtende Rückgang der Arbeitsunfälle ausschließlich ein Ergebnis des Strukturwandels ist und nichts mit „Humanisierung der Arbeitsplätze" oder gar mit wirksameren Unfallschutzmaßnahmen zu tun hat. Dieses Ergebnis ist um so erschütternder, als gleichzeitig die Berufskrankheiten – die Abgrenzung zwischen Arbeitsunfällen und Berufskrankheiten ist ohnehin schwierig – absolut und relativ zunehmen. (Vgl. Tabelle 3 auf S. 248.)

Viele Einwendungen, die gegen die Unfallstatistik gemacht werden können, gelten auch hier. Hinzu kommt die Tatsache, daß die Kategorie der „Berufskrankheiten" sehr willkürlich ist und keineswegs Erkrankungen als Folge der Berufskrankheit – z. B. durch steigende Arbeitsbelastung – schlechthin erfaßt. Es gibt einen Katalog von anerkannten Berufskrankheiten, der zuletzt 1976 um 4 Krankheiten erweitert wurde. Von den Berufsgenossenschaften, die die entsprechenden Statistiken führen, wird nun behauptet, der Anstieg der Krankheitszahlen seit 1970 sei zumindest teilweise auf die Erweiterung des Berufskrankheitenkatalogs zurückzuführen, spiegele also nicht etwa eine erhöhte Krankheitsgefährdung im Arbeitsprozeß wider. Dem ist aber entgegenzuhalten, daß mit der Veränderung der Produktionsverfahren auch ganz neue Belastungen auftauchen und zu vorher nicht bekannten oder kaum bemerkten Krankheiten führen. Zudem werden solche völlig neu oder in großer Zahl neu auftretenden Krankheiten erst mit großer Zeit-

verzögerung überhaupt als Berufskrankheiten anerkannt, wobei der hinhaltende Widerstand der Berufsgenossenschaften eine unrühmliche Rolle spielt. Schon dieser Faktor beinhaltet eine systematische Untererfassung der Berufskrankheiten.

Tabelle 3
Angezeigte Berufskrankheiten

	Absolute Zahlen	*Berufskrankheiten je 1000 „Vollarbeiter"*
1955	*51348*	*2,27*
1960	*33727*	*1,36*
1970	*25960*	*1,03*
1973	*32827*	*1,31*
1974	*36124*	*1,49*
1975	*38296*	*1,64*
1976	*40038*	*1,64*
1977	*48414*	*1,99*

Quelle: Dähne/Priester, a.a.O., S. 103; „Wirtschaft und Statistitik", 10/1978, S. 697*.

Ist also die Tendenz der Berufskrankheiten seit 1970 ganz eindeutig ansteigend, so hat der merkwürdige statistische „Sprung" im Jahre 1977 eine zusätzliche besondere Ursache. Das Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung weist in der Zeitschrift „Arbeits- und Sozialstatistik" (12/1078) nämlich darauf hin, daß eine Berufsgenossenschaft seit 1970 die angezeigten Berufskrankheiten „irrtümlich untererfaßt" hat. Dieser Fehler wurde erstmals 1977 korrigiert. Die Zahlen für 1970 bis 1976 sind also sämtlich zu niedrig, was allerdings an der ansteigenden Tendenz nichts ändert. Immerhin dürften solche „Irrtümer keine absoluten Ausnahmefälle sein – eine sicher große Verunsicherung für die Statistikgläubigkeit.

Jörg Goldberg

Dokumente zum Zeitgeschehen

Neufassung der Grundsätze für die Prüfung der Verfassungstreue vom 17. Januar 1979

(Wortlaut)

Das Presse- und Informationsamt der Bundesregierung teilt mit:

Das Bundeskabinett hat am 17. Januar 1979 unter Bezug auf die Darstellung des verfassungsrechtlichen Rahmens für die Verfassungstreue-Prüfung im öffentlichen Dienst vom 8. November

zu sozialem Fortschritt und zur Entspannungsfestigung durch vermindertes Gewicht des militärischen Faktors auf dem Weg zur Abrüstung vollzieht[36]).

Dichtung und Wahrheit in der Gewerkschaftsgeschichte

Von Bernhard v. Mutius

Am 2. Januar 1979 veröffentlichte die „Frankfurter Rundschau" eine Besprechung des von Frank Deppe, Georg Fülberth und Jürgen Harrer herausgegebenen Buches „Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung". Verschiedene Fassungen dieser Besprechung waren zuvor u. a. in der „Neuen Gesellschaft", dem „Langen Marsch" und „Das da – Avanti" erschienen. Der Autor, Manfred Scharrer, erhebt in dieser Rezension schwerwiegende Vorwürfe, die über den Rahmen einer an der Sache orientierten wissenschaftlichen Auseinandersetzung hinausgehen: das Buch betreibe „eklatante Geschichtsfälschung", beschönige „in skrupelloser Weise die verhängnisvollen Fehler kommunistischer Politik in der deutschen Arbeiterbewegung" und biete als Werk „parteikommunistische(r) Geschichtswissenschaft" eine „Mischung aus Dichtung und Wahrheit". Es liegt auf der Hand, daß derartige Vorwürfe unter den Bedingungen des in der Bundesrepublik herrschenden Antikommunismus nur geeignet sein können, die „Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung" aus der wissenschaftlichen Diskussion auszuschließen und beruflichen Diskriminierungen ihrer Autoren und Herausgeber Vorschub zu leisten. Der folgende Beitrag von Bernhard v. Mutius, Verfasser einer umfangreichen Studie über Rosa Luxemburg, setzt sich mit dem Geschichtsbild auseinander, das der Kritik Scharrers zugrunde liegt; in einem der nächsten Hefte werden Frank Deppe, Georg Fülberth und Jürgen Harrer noch einmal grundsätzlich zu den Problemen der Gewerkschaftsgeschichtsschreibung Stellung nehmen, die in der gegenwärtigen Auseinandersetzung aufgeworfen wurden. D. Red.

An den Universitäten werden ständig Untersuchungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung produziert, die, zumindest zum Auftakt, eine Distanzierung von der „parteikommunistischen" Geschichtschreibung aufweisen. Die Kritik

36) Die erforderliche Begrenzung des Umfangs dieser Arbeit erlaubte es nicht, auf alle mit Referat und Studie von Bertram aufgeworfenen Fragen einzugehen.

Scharrers an der „Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung" (im folgenden zit. als „Gewerkschaftsgeschichte") ist exemplarisch für dieses akademisch gepflegte Argumentationsmuster. Das Besondere an ihr ist darüber hinaus, daß hier auf eine sehr interessante Weise mit den historischen Fakten umgegangen wird. Ich muß gestehen, daß ich selten einen Text zur Geschichte der Arbeiterbewegung in den Händen gehabt habe, der auf derartig knappem Raum eine derartige Unkenntnis der historischen Tatsachen offenbart. Es gibt im ganzen Text kaum zwei zusammenhängende Sätze, die zusammenhängend richtig sind. Um den Nachweis für meine Behauptung nicht schuldig zu bleiben, komme ich nicht umhin, Scharrers „Darstellung von wesentlichen Brennpunkten in der Geschichte der Arbeiterbewegung" Punkt für Punkt zu folgen und dabei einige Proben seiner Darstellungskunst leibhaftig vorzustellen.

Der 4. August 1914

Manfred Scharrers erste grundsätzliche Kritik betrifft „Die Legende vom Verrat der Parteiführung", die „in Anlehnung an die parteikommunistische Geschichtsschreibung" im vorliegenden Buch zur Gewerkschaftsgeschichte „aufgetischt" worden sei. Wortlaut Scharrer: „Als 1914 die Reichstagsfraktion der Deutschen Sozialdemokratie den Kriegskrediten zustimmte, wurde dies vom linken Flügel der Zweiten Internationale als Verrat der Parteiführung an den Massen verstanden. War doch gerade die Deutsche Sozialdemokratie das Vorbild einer mit dem besten marxistischen Rüstzeug versehenen Bewegung. Dieser Eindruck mußte entstehen, wenn man, wie z. B. Lenin, die Partei und Gewerkschaften vornehmlich aus den Artikeln der linken Theoretiker, wie Kautsky und Luxemburg, kannte. Schon die Sonntagsreden der Parteiführer – von Bebel angefangen – und auch die Resolutionen der Parteitage offenbarten bei näherem Hinsehen eine ganz andere Sozialdemokratie." Erst vier Sätze und schon vier Offenbarungen eines außergewöhnlichen wissenschaftlichen Talents.

– Der linke Flügel der 2. Internationale hatte in den letzten Jahren vor Kriegsausbruch schon längst nicht mehr den Eindruck, daß die deutsche Partei noch das „Vorbild" einer „mit den besten marxistischen Rüstzeug versehenen Bewegung" war.

– Dieser Eindruck konnte auch nicht entstehen, wenn man nur die Artikel Kautskys und Rosa Luxemburgs kannte; gerade die Kontroversen zwischen Rosa Luxemburg und Kautsky oder die Polemiken Rosa Luxemburgs gegen den Parteivorstand, die (spätestens) im Jahre 1910 ihren Anfang nahmen und an Intensität bis zum Kriegsausbruch immer mehr zunahmen, offenbarten die ganze Zerrissenheit und innere Schwäche einer vom Opportunismus dominierten Partei.

– Lenin wußte bereits lange vor dem August 1914 mehr über die „zwei Welten" der deutschen Sozialdemokratie als Scharrer knapp 70 Jahre später. Vor allem wußte er besser Bescheid über Äußerungen „von Funktionären Legienschen Schlages", die „durch und durch opportunistisch sind, *nichts* mit dem

Sozialismus gemein haben", ob sie nun in den „Sozialistischen Monatsheften" abgedruckt waren oder ob sie selbst vor dem Abgeordnetenhaus der Vereinigten Staaten gemacht wurden[1]).

– Scharrers Erfindungen über die Eindrücke Lenins, Rosa Luxemburgs oder andere Vertreter des linken Flügels der 2. Internationale sind logisches Produkt der Annahme, wer nach dem 4. August 1914 vom Verrat der deutschen Sozialdemokratie spreche, müsse bis zum 3. August an das Vorbild einer marxistischen deutschen Sozialdemokratie geglaubt haben. Das ist jedoch allein die Annahme Scharrers und Produkt seiner eigenartigen Logik, nicht die der internationalistischen Linken. Scharrer zieht also gegen seine eigene Annahme zu Felde, die er den Repräsentanten des linken Flügels der 2. Internationale unterstellt hat.

Weiter Scharrer: „Angenommen, die Sozialdemokratie wäre eine revolutionäre Bewegung gewesen, dann ist damit noch längst nicht gesagt, daß sie sich nicht auch für eine Landesverteidigung hätte entschließen müssen. Eine Zustimmung zu den Kriegskrediten wäre damit noch nicht automatisch verbunden gewesen. Alle maßgeblichen Führer der Sozialdemokratie, bis hin zu Rosa Luxemburg, waren im August 1914 der Auffassung, daß die deutsche Regierung nicht der Kriegstreiber war. Die Landesverteidigung, besonders gegenüber dem verhaßten Zarismus, entsprach durchaus der Tradition der Bewegung. Die Führung hat deshalb keineswegs die Massen verraten, sondern befand sich mit der überwältigenden Mehrheit der Mitglieder in Übereinstimmung, als sie die Parole ausgab: Wir lassen in der Stunde der Gefahr das Vaterland nicht im Stich." Offenbar wollte Scharrer sagen: Die Führung der deutschen Sozialdemokratie gab im August 1914 mit gutem revolutionären Gewissen die Parole der Vaterlandsverteidigung aus, denn es herrschte zu Beginn des Krieges Übereinstimmung bis hin zu Rosa Luxemburg, daß es sich für Deutschland um einen Verteidigungsfall handelte. Doch gehen wir auch hier Satz für Satz vor:

– Es gab eine Zeit, da das Eintreten für die Landesverteidigung Programmpunkt der revolutionären Bewegung in Deutschland, wie in ganz Europa war. Insofern liegt Scharrer in dem ersten Satz dieses Abschnitts nicht ganz unrichtig. Allerdings war dies die Zeit etwa zwischen 1789–1871, als die Völker Europas ein berechtigtes Interesse hatten, für ihre nationale Befreiung und Unabhängigkeit Kriege zu führen. So kann man es durchaus verstehen, daß die „Vaterlandsverteidigung" bis in die 90er Jahre des 19. Jahrhunderts zum politischen Selbstverständnis der deutschen Sozialdemokratie gehörte. Nicht verstehen kann man es jedoch, daß Scharrer diese historische Periodisierung mit keinem Wort erwähnt.

– Auch der nächste Satz ist so falsch nicht, im Gegenteil, er ist sogar sehr richtig. Nur merkt Scharrer nicht, daß er mit diesem Satz seiner ganzen kunstvoll aufgebauten Konstruktion vom Verteidigungsfall den Boden unter den Füßen

1) W. I. Lenin, Was man der deutschen Arbeiterbewegung nicht nachahmen soll. In: Werke Bd. 20, S. 254. Lenin bezieht sich hier auf Legiens Buch „Aus Amerikas Arbeiterbewegung", in welchem Legien über seine Reise in die Vereinigten Staaten und seinen großen Erfolg bei einem Auftritt im Abgeordnetenhaus berichtete.

wegzieht: Das Eintreten für die Vaterlandsverteidigung bedeutete eben *nicht automatisch* die Zustimmung zu den Kriegskrediten im Jahre 1914. Mehr noch, die Volksinteressen, die noch im 19. Jahrhundert zumindest die Bereitschaft zum nationalen Verteidigungskrieg geboten, erforderten zu Beginn der imperialistischen Epoche, also etwa seit der Jahrhundertwende, die kompromißlose Verteidigung des Friedens gegen *jede* kriegerische Aktion, die doch nur der Auslöser zu einem *imperialistischen* Krieg sein konnte. Und es war, neben anderen Marxisten, vor allem Rosa Luxemburg, die immer wieder vor den Gefahren eines aus der imperialistischen Weltpolitik drohenden Weltkrieges warnte und die Antiquiertheit der Parole von der Vaterlandsverteidigung nachwies: „Die Triebkraft dieser Kriege ist das Bestreben, die noch nicht vom Kapitalismus erreichten Gebiete aufzuteilen", erklärte sie, deshalb sei heutzutage „die Unterscheidung zwischen Angriffs- und Verteidigungskrieg" nicht mehr möglich: „wir als Proletarier haben uns gegen jeden Krieg zu wenden, gleichviel ob Angriffs- oder Verteidigungskrieg. Wir erkennen in ihm eine Folge des Imperialismus, und wie wir den Imperialismus als Ganzes, so bekämpfen wir auch jede seiner Teilerscheinungen" [2]).

– Es ist schon töricht, daß Scharrer nicht erwähnt, daß der Unterschied, ja Gegensatz zwischen nationalem Verteidigungskrieg und imperialistischem Krieg in der deutschen Sozialdemokratie debattiert wurde und noch dazu verschweigt, daß Rosa Luxemburg diesen Gegensatz herausgearbeitet hatte. Aber es ist noch törichter, wenn er auch noch versucht, Rosa Luxemburg als Kronzeugin für seine „Verteidigung" einzuspannen, und beschwört, Rosa Luxemburg habe im August 1914 immer noch an den Verteidigungsfall für Deutschland geglaubt. Deppe, Fülberth und Harrer haben bereits in ihrer ersten Antwort auf diesen außerordentlichen Schnitzer von Scharrer hingewiesen. Doch Scharrer versucht seine „Verteidigung" aufrechtzuerhalten und zitiert Rosa Luxemburg in seiner Entgegnung wie folgt: „Fragt man freilich, ob die deutsche Regierung kriegsbereit sei, so kann die Frage mit gutem Recht verneint werden. Man kann den kopflosen Leitern der deutschen Politik ruhig zugestehen, daß ihnen in diesem Augenblick jede andere Perspektive in lieblicherem Lichte erscheint als die, um des habsburgischen Bartes willen alle Schrecken und Wagnisse des Krieges mit Rußland und Frankreich oder gar am letzten Ende mit England auf sich zu nehmen." Ende des Zitats bei Scharrer[3]), *aber Anfang* der eigentlichen Argumentation Rosa Luxemburgs. Diese fährt nämlich fort: „Diese Kriegsunlust ist aber, weit entfernt, ein versöhnendes und achtungsgebietendes Moment in den Augen der Voksmassen zu sein, vielmehr ein Grund mehr, das Treiben dieser unverantwortlichen Lenker der deutschen Geschicke vor das strengste Gericht der Volksmassen zu ziehen. Denn was hat mehr zu der heutigen Kriegslage beigetragen als das wahnwitzige Rüsten, als die ungeheuerlichen Militärvorlagen, die in Deutschland in den letzten Jahren förmlich einander jagten? Was hat mehr die imperialistischen Appetite im Süden Europas entfesselt, den Zündstoff angehäuft, die Gegensätze verschärft als die frivole Einmischung Deutschlands in den Ma-

2) Rosa Luxemburg, Die weltpolitische Lage, in: Gesammelte Werke (GW) Bd. 3, S. 214 f.
3) Vgl. Manfred Scharrer, Brief an die Redaktion der Quelle, abgedruckt in: „Langer Marsch", Nr. 39, S. 10.

rokkokonflikt, die erst den italienischen Raubzug ermutigt, im weiteren Gefolge die Balkankriege entfesselt und so am letzten Ende den heutigen Krieg mit vorbereitet hat... Kommt es doch in der Politik nicht auf Gefühle, sondern auf Taten und ihre Konsequenzen an."[4]) (Der Artikel erschien am 28. Juli 1914.)

– Die „Vaterlandsverteidigung, besonders gegen den verhaßten Zarismus", entsprach also durchaus nicht den Traditionen *„der* Bewegung", sondern nur der *reformistisch* bzw. *revisionistisch* dominierten Bewegung, deren Akteure für die marxistische Analyse des imperialistischen Charakters möglicher Kriege nur ein opportunistisches Achselzucken übrig hatten. Aber da auch Scharrer für diese Analyse nicht übrig hat – was könnte ihn dazu veranlassen, die Traditionen der antiimperialistisch ausgerichteten Strömung zu erwähnen?

– Die Führungskräfte der deutschen Sozialdemokratie stimmten mit einem großen Teil der Massen in der *Parole* von der Vaterlandsverteidigung überein, *weil ihr Denken nicht mehr mit der Wirklichkeit übereinstimmte.* Hatten sie doch ihr marxistisches denkerisches Instrumentarium im Stich gelassen, mit welchem sie leicht die Unsinnigkeit dieser Parole hätten nachweisen können. Nicht das Vaterland war in Gefahr, sondern die nackte Existenz von Millionen Menschen aus ganz Europa war in diesem imperialistischen Kriegstreiben bedroht.

Scharrer fährt fort: „Eine revolutionäre Antwort auf den imperialistischen Krieg – nämlich den Aufruf zum Bürgerkrieg, wie er besonders von den Anarchisten und auch von Lenin vorgeschlagen wurde – war unter dieser Annahme unmöglich." Scharrer wirft wirklich alles durcheinander. Die Haltung der Anarchisten und die Haltung Lenins zum zunächst drohenden, dann entfesselten imperialistischen Krieg war so grundverschieden, wie anarchistische und leninistische Politik eben grundverschieden ist. Und in jeder Beziehung unmöglich war nur die Konzeption der Anarchisten. Es war der französische Anarchist Gustave Hervé, der sowohl in seinem Heimatland wie auch auf der Ebene der 2. Internationale, Jahr um Jahr die ebenso einfache wie „geniale" Orientierung ausgegeben hatte: die internationale Arbeiterbewegung müsse jeden Kriegsausbruch mit Generalstreik bzw. Militärstreik und Aufstand beantworten[5]).

Diese fixe Idee eines aus der Pistole geschossenen Generalstreiks aller Länder, die sich in echt anarchistischer Manier über die unterschiedlichen ökonomischen und politischen Bedingungen der einzelnen nationalen Arbeiterbewegungen großmütig hinwegsetzte, erntete bei allen Marxisten nichts außer Spott. Hervé war ein hervorragender Vertreter dieser besonders radikalen Revolutionäre, die ständig ihre Absichten nicht nach den vorhandenen Kräften, sondern die Kräfte nach ihren Absichten messen. Und so nimmt es nicht Wunder, daß der besonders radikale Antimilitarist Hervé nach Kriegsaus-

4) Rosa Luxemburg, Der Friede, der Dreibund und wir, in: GW Bd. 3, S. 476ff.
5) Vgl. hierzu Julius Braunthal, Geschichte der Internationale Bd. 1, S. 334ff.

bruch zu den besonders radikalen Verfechtern der französischen Kriegspolitik gehörte.

Die Haltung Lenins im drohenden imperialistischen Krieg kam zum Ausdruck in dem von Lenin, Luxemburg und Martow gemeinsam vorgeschlagenen Passus der antimilitaristischen Resolution des Stuttgarter Kongreß der 2. Internationale von 1907: „Droht der Ausbruch eines Krieges, so sind in den beteiligten Ländern die Arbeiter und ihre parlamentarischen Vertreter verpflichtet, alles aufzubieten, um den Ausbruch des Krieges durch Anwendung entsprechender Mittel zu verhindern, die sich je nach der Verschärfung des Klassenkampfes und der allgemeinen politischen Situation naturgemäß ändern und steigern. Falls der Krieg dennoch ausbrechen sollte, sind sie verpflichtet, für dessen rasche Beendigung einzutreten und mit allen Kräften dahin zu streben, um die durch den Krieg herbeigeführte wirtschaftliche und politische Krise zur politischen Aufrüttelung der Volksschichten und zur Beschleunigung des Sturzes der kapitalistischen Herrschaft auszunutzen."[6]) In dieser Orientierung wurden die jeweiligen nationalen Kampfbedingungen nicht ignoriert, vielmehr die *Verhältnismäßigkeit* der Kampfmittel der Arbeiterbewegung betont, allerdings im Sinne ihrer Entfaltung und Steigerung *bis hin* zum Generalstreik und zum Aufstand. Und erst als der entfesselte Weltkrieg und die Herrschaft der Kriegsdiktatur keinen anderen Ausweg mehr ließ, hieß es: „Krieg dem Kriege", galt die Leninsche Orientierung auf die allmähliche „Umwandlung des imperialistischen Kriegs in den Bürgerkrieg" [7]). Wie „unmöglich" diese Orientierung war, sah man dann im Oktober 1917 bzw. im November 1918.

Weiter im Text von Scharrer: „Die Verratsthese gründet sich jedoch nicht nur auf die angeblich kampfbereiten Massen, sondern auch noch auf das Nichteinhalten der Beschlüsse der Internationale. Doch läßt sich dies ebenfalls nicht nachweisen. Alle Anti-Kriegsbeschlüsse der 2. Internationale sind bewußt unverbindlich gehalten worden, weil gerade die maßgebliche deutsche Partei und besonders ihr anerkannter Führer Bebel die Festlegung auf eine bestimmte Aktion systematisch verhinderten." In diesen drei Sätzen werden drei verschiedene Ausagen über das Verhältnis von Beschlüssen der Internationale und Einhaltung bzw. Nichteinhaltung dieser Beschlüsse angeboten. Der Leser kann sich aussuchen, welche ihm am besten gefällt:

– Erste Variante: es gab *keine* Antikriegsbeschlüsse. (Denn nur dann wäre die Bewilligung der Kriegskredite als Einhaltung der Beschlüsse der Internationale zu bezeichnen.)

– Zweite Variante: es gab Antikriegsbeschlüsse, aber diese waren *unverbindlich.*

---

6) Änderungsvorschläge Rosa Luxemburgs, W. I. Lenins und L. Martows zum Resolutionsentwurf August Bebels für den Tagesordnungspunkt „Der Militarismus und die internationalen Konflikte", beantragt am 22. August 1907, abgedruckt in: Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung Bd. 2, Hrsg. IML beim ZK der SED, Berlin (DDR) 1966, S. 371.

7) W. I. Lenin, Der Krieg und die russische Sozialdemokratie, in: Werke, Bd. 21, S. 13ff.

– Dritte Variante: es gab Antikriegsbeschlüsse, aber diese waren *unverbindlich,* weil sie die Arbeiterbewegung nicht auf *eine Aktion* festlegten.

Aber *keine* von diesen Alternativen stimmt! In Wirklichkeit gab es eindeutige Antikriegsbeschlüsse, sie waren verbindlich. Sie legten die Arbeiterbewegung nicht auf eine, sondern auf sich steigernde Aktionen fest. Nicht Bebel verhinderte verbindliche (und zugleich realisierbare) Beschlüsse der Internationale, sondern Luxemburg, Lenin etc. *setzten durch,* daß solche Beschlüsse gefaßt wurden. Der bereits zitierte, von Lenin, Luxemburg und Martow vorgeschlagene Text zur *Stuttgarter Resolution* wurde als *Änderungs*vorschlag zur Bebelschen Fassung dieser Resolution – die ursprünglich tatsächlich ziemlich unverbindlich war – eingebracht und mit nur minimalen Korrekturen auch verabschiedet. Die Stuttgarter Resolution enthielt also nicht nur eine eindeutige Verpflichtung der europäischen Arbeiterparteien, gegen den imperialistischen Krieg Stellung zu beziehen, sie enthielt auch eine eindeutige Orientierung auf sich steigernde antimilitaristische Kampfaktionen. Dieser Beschluß wurde auf dem Kopenhagener Kongreß der Internationale von 1910 bestätigt. Und auf dem außerordentlichen Kongreß der Internationale in Basel von 1912 verabschiedeten die Delegierten ein Manifest, mit dem die Arbeiterbewegungen aller Länder zu gemeinsamen antimilitaristischen Aktionen aufgefordert und „jeder sozialistischen Partei ihre besondere Aufgabe" zugewiesen wurde. In diesem Manifest wurde den Delegierten nicht im geringsten die besondere Möglichkeit der Vaterlandsverteidigung eingeräumt. Mit völliger Klarheit wird „der kapitalistische Imperialismus" als Ursache der Bedrohung des Weltfriedens hingestellt.

Es wird betont, daß die „wesentliche Bürgschaft des Friedens" nichts anderes als die „Furcht der herrschenden Klassen vor einer proletarischen Revolution im Gefolge eines Weltkrieges" ist. Schließlich wird die Pariser Kommune und die russische Revolution von 1905 als Beispiel für die zu erwartende revolutionäre Antwort auf ein mögliches Kriegsabenteuer hingestellt[8]).

Scharrer scheint wohl gespürt zu haben, daß seine Falschspielerei aufgedeckt werden könnte, jedenfalls fährt er fort: „Selbst wenn es eindeutige Beschlüsse gegeben hätte, wären sie immer noch erst auf dem Papier gestanden. Der Unterschied zwischen Resolution und Revolution ist jedoch ein gewaltiger." Eine besonders geistreiche Bemerkung. In der Tat steht jede Resolution zunächst auf dem Papier, und es kommt erst darauf an, sie zu realisieren. Nichts anderes als der gewaltige Unterschied zwischen den Anti-Kriegsresolutionen der 2. Internationale und der anschließend realisierten aktiven Kriegspolitik der Führung der alten Sozialdemokratie steht doch hier zur Debatte! Dieses Sich-in-Gegensatz-Stellen zu den Beschlüssen der Internationale ist im engeren Sinn die Handlung, die man seit 1914/1915 gemeinhin als „Verrat" bezeichnet. Nun unterstützt die alte deutsche Sozialdemokratie den Weltkrieg nicht etwa in irgend einer besonders proletarischen, eingeschränkten Weise – was auch immer das hätte sein mögen –, sie schwenkte vielmehr völlig um, lief

8) Aus dem Manifest des außerordentlichen internationalen Sozialistenkongresses in Basel am 24./25. November 1912, in: Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung Bd. 2, a.a.O. S. 403 ff.

in das Lager ihrer ehemaligen Klassengegner über und beschloß daselbst den berüchtigten *Burgfrieden,* d. h. den Stillstand des Klassenkampfes zugunsten des Krieges. Damit war eine neue Ära angebrochen, mit wirklich neuartigen Perspektiven für die Arbeiterbewegung: In der 1915 herausgegebenen Jubelschrift zur Feier des nunmehr geschlossenen Burgfriedens zwischen Kapital und Arbeit mit dem schönen Titel „Die Arbeiterschaft im neuen Deutschland", herausgegeben von Friedrich Thimme und Carl Legien, heißt es hierzu programmatisch: „Immer wieder ist in dieser Zeit der Wunsch ausgesprochen worden, daß es gelingen möge, die Einheit und Einigkeit des ganzen deutschen Volkes, die sich im Weltensturm so herrlich offenbart hat, aus der Kriegszeit hinüberzuretten in die Zeit des künftigen Friedens."[9]) Die Führung der deutschen Sozialdemokratie und der Freien Gewerkschaften, streitend für die herrliche Offenbarung des ganzen deutschen Volkes, vereinigt im imperialistischen Weltensturm – nur verbohrte „Parteikommunisten" können angesichts dessen auf die Idee kommen, vom „Verrat" zu sprechen, und zwar Verrat nicht nur an den Beschlüssen der Internationale, sondern Verrat an den ursprünglichen Zielen der Sozialdemokratie, am Sozialismus, an der Arbeiterbewegung.

Scharrer hat eine tiefe Abneigung gegen das Wort „Verrat". In ihm sträubt sich alles gegen diesen groben Begriff. Wir können das gut verstehen, schließlich reagiert nicht nur er allergisch auf den „Verrat". Allerdings gibt es solche, die haben eine Abneigung gegen den groben Begriff, und solche, die haben eine Abneigung gegen den groben Tatbestand, der diesem Begriff zugrunde liegt. Der Begriff „Verrat" kennzeichnet in der deutschen Sprache einen eindeutigen Sachverhalt. Man spricht dann von „Verrat", wenn jemand im Kriegsfall die Seiten der kriegsführenden Parteien wechselt, zum Gegner überläuft, nun für diesen Partei ergreift und die ehedem verfochtenen Ziele preisgibt. Zugegeben, wer vom „Verrat" der deutschen Sozialdemokratie im August 1914 spricht, benutzt ein grobes und emotionsgeladenes Wort aus der Sprache des Krieges. Nur, im August 1914 herrschte Krieg. Die sozialdemokratische und gewerkschaftliche Führung wechselte nicht in einer harmlosen Situation, nicht in einer belanglosen Angelegenheit die Fronten, sondern sie lief über zu der Partei, die gegen die Völker Krieg führte. Und für diesen unzweideutigen Tatbestand des Frontwechsels der alten deutschen Sozialdemokratie gibt es seit den von Rosa Luxemburg entworfenen „Leitsätzen über die Aufgaben der internationalen Sozialdemokratie"[10]) bzw. seit Lenins Analyse über den „Zusammenbruch der II. Internationale"[11]) in der marxistischen Literatur auch einen unzweideutigen Begriff, den des Verrats. Selbstverständlich ist damit noch nicht gesagt, wie, warum und unter welchen Umständen veraten wurde – das kann und muß gesondert erklärt werden –, nur kann und muß man doch aussprechen, was geschehen ist.

9) Vorwort der Herausgeber zu: Die Arbeiterschaft im neuen Deutschland. Hrsg. Friedrich Thimme und Carl Legien, Leipzig 1915.
10) Rosa Luxemburg, Entwurf zu den Junius-Thesen, in: GW Bd. 3, S. 43.
11) W. I. Lenin, Der Zusammenbruch der II. Internationale, in: Lenin Werke Bd. 21, S. 197 ff.

Scharrers Abneigung weist allerdings noch eine besondere Spezialität auf: dank seiner originellen Art, mit den Fakten umzugehen, und dank seiner Fähigkeit zu außerordentlichen gedanklichen Kombinationen ist er nicht einmal imstande, den der Verratsthese zugrunde liegenden Tatbestand zu registrieren. Die bemerkenswerte wissenschaftliche Methode, die darin besteht, die historischen Fakten zuerst zu verkehren, um dann bei den von marxistischer Seite getroffenen Verallgemeinerungen „verkehrt" zu rufen, verdient es zweifellos, nicht unerkannt und namenlos zu bleiben, sondern auf den Begriff gebracht zu werden. Doch zuvor soll sie noch einmal exemplarisch vorgeführt werden am „Revisionismus", da wo sie von sich selbst spricht.

Der Revisionismus

Manfred Scharrer mißfällt nicht nur der „Verrat", sondern auch der „Revisionismus". Auch hier richtet sich sein Mißfallen natürlich in erster Linie gegen den Begriff und weniger gegen seine Entsprechung in der Wirklichkeit der politischen und gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung. Scharrer ist entrüstet, daß die „Gewerkschaftsgeschichte" auf die Frage, wie es zum Verrat vom August 1914 kommen konnte, „als Antwort das Schlagwort von den ‚Revisionisten', die die Schaltstellen der Partei und Gewerkschaften erobert hatten" (Scharrer) offeriere. Das „Schlagwort" vom Revisionismus sei ebenso wie die „Verratsthese" nur eine „Verklärung" und tauge „höchstens zu der Lehre, daß eben die Führer ausgewechselt werden müssen"[12]). Man ahnt es bereits, Scharrers Konsequenzen aus der Geschichte der Arbeiterbewegung sind viel durchgreifender: nicht die Führer, sondern die Massen müssen ausgewechselt werden. Mindestens. Darunter macht es ein Scharrer nicht.

Nur, die „Gewerkschaftsgeschichte" kennt keinen absoluten Gegensatz von Führern und Massen. Von einem Revisonismus als besonderer Eigenschaft von Führungspersonen ist nirgends die Rede, aber um so mehr vom Revisionismus als *politische Strömung,* die von Führern *und* Mitgliedern zum Ausdruck gebracht wurde. Der Unterschied ist allerdings der, daß die Führer aus Partei und Gewerkschaften durch ihre Funktion weitaus mehr Möglichkeiten hatten und haben als die Masse der Mitglieder, *aktiv* revisionistische und reformistische Politik zu betreiben. Und die Legiens, die Davids und die Scheidemänner wußten diese Möglichkeiten in der deutschen Arbeiterbewegung vor 1914 zu nutzen, mit allen organisatorischen Konsequenzen.

Scharrer hat es gelesen, aber er will seine Lesart von Führern und Massen nicht aufgeben. Er traut der Revisionismuserklärung der „Gewerkschaftsgeschichte" nicht, denn er hält sie nur für eine besonders raffinierte Variante der Leninschen Revisionismustheorie, nach der, so Scharrer, der „Sieg des Revisionismus... nur das Werk einer finsteren Verschwörung" sei. Lenin meinte selbst dazu: „Es wäre unsinnig, unwissenschaftlich und lächerlich, alles auf *Personen* zurückzuführen und auf Kautsky, Guesde oder Plechanow (‚sogar' solche Leute!) zu verweisen. Das wäre eine erbärmliche Ausflucht. Um eine

12) So Manfred Scharrer in seiner Erwiderung auf Wolfgang Abendroth, abgedruckt in: „Langer Marsch", Nr. 39, S. 9.

ernsthafte Erklärung zu geben, muß man die *ökonomische* Bedeutung einer gegebenen Politik untersuchen, sodann ihre grundlegenden *Ideen* analysieren und schließlich die Geschichte der *Richtungen* im Sozialismus studieren... Zwei Hauptrichtungen sehen wir während der ganzen Epoche von 1889–1914 im Sozialismus: die opportunistische und die revolutionäre. Zwei Richtungen in der Frage des Verhältnisses zum Sozialismus gibt es auch jetzt. Man höre auf, in der Manier der bürgerlichen und opportunistischen Lügner auf *Personen* zu verweisen; man sehe sich die *Richtungen* in einer ganzen Reihe von Ländern an..."[13])

In der „Gewerkschaftsgeschichte" wird festgestellt, daß sich die reformistische bzw. revisionistische Richtung in der Arbeiterbewegung vor 1914 besonders stark in den Freien Gewerkschaften ausbreitete. Sie bestand vor allem in der Abkehr von der marxistischen Theorie und in der Beschränkung auf die unmittelbar ökonomische Aufgabenstellung. Sie machte sich fest im „Postulat der politischen Neutralität"[14]). Scharrer sieht das ganz anders: Wie die Haltung der Sozialdemokratie im August 1914 nichts Antirevolutionäres, so ist ihm auch die politische Neutralität der Gewerkschaften nichts Unmarxistisches. Scharrer erklärt: Die „Forderung der Gewerkschaftsführung nach politischer Neutralität, d. h. nach organisatorischer Selbständigkeit" dürfe nicht als Abkehr von der revolutionären Theorie von Marx und Engels verstanden werden. Hier versucht Scharrer, mit zwei Buchstaben den Leser und jeden Gewerkschafter zum Narren zu halten: „d. h.", das heißt. Aber das heißt es eben nicht! „Politische Neutralität", das heißt *nicht* „organisatorische Selbständigkeit", das heißt etwas ganz anderes. Die organisatorische Selbständigkeit steht überhaupt nicht zur Diskussion. Selbstverständlich bedeutet sie keine Abkehr von der marxistischen Theorie, steht sie doch völlig im Einklang mit dieser. Aber „politische Neutralität" heißt: Abkehr von der politischen Bestimmung des gewerkschaftlichen Kampfes, heißt Abkehr von der politischen Theorie, die den gewerkschaftlichen Kampf einordnet in die allgemeine Politik, heißt Abkehr von einem Gewerkschaftsverständnis, das sich ausrichtet nach dem ökonomischen *und* politischen Ziel des Sozialismus. Und damit ist der Zusammenhang vom Postulat der Neutralität und dem Frontwechsel im August 1914 einsehbar. Mit der *Selbstbeschränkung* der Gewerkschaften auf die unmittelbar ökonomischen Aufgaben konnten die – ebenso ökonomischen wie politischen – Einflüsse des Imperialismus in der Gewerkschaftsbewegung *nicht* wirksam *eingeschränkt* werden. Mit der Abkehr von der marxistischen Theorie war man auch davon abgekehrt, den Imperialismus theoretisch zu bestimmen. Und mit der Absage an die politische Ausrichtung des Gewerkschaftskampfes hatte man auch abgesagt, dem Militarismus mit allen politischen Kampfmitteln entgegenzutreten.

Rosa Luxemburg hatte diese Entwicklung frühzeitig kritisiert. Die Neutralitätspolitik der Gewerkschaften müsse „zur Preisgabe des gegenwärtigen fortschrittlichen Charakters der deutschen Gewerkschaftsbewegung führen. So-

13) W. I. Lenin, Der Opportunismus und der Zusammenbruch der II. Internationale, in: Lenin Werke Bd. 21, S. 450f.
14) Deppe/Fülberth/Harrer u.a., Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung, a.a.O., S. 84.

bald das einigende Band der sozialistischen Einsicht, der weiteren Perspektiven der sozialen Entwicklung abgestreift ist, treten wieder einzelne Gruppen- und Berufsinteressen, *engherzige nationale Interessen* (Hervorhebung v. Verf.) in den Vordergrund", schrieb sie bereits im September 1900[15]). Rosa Luxemburg wollte die organisatorische Selbständigkeit der Gewerkschaften nicht antasten: „das natürliche Verhältnis zwischen der politischen und wirtschaftlichen Organisation des Proletariats als zwei selbständig nebeneinander bestehenden und einander ergänzenden Teilen der proletarischen Kampfarmee" dürfe nicht „in ein widernatürliches Abhängigkeits- und Unterordnungsverhältnis verkehrt" werden. Wer aber die äußere, formelle, organisatorische Unterordnung nicht wolle, müssen um so mehr für „den *inneren* engsten Zusammenhang der beiden Arbeiterorganisationen" eintreten[16]). Der innere Zusammenhang, das war die zusammenhängende Praxis und die zusammenhängende Theorie; das war die Einheit von ökonomischem und politischem Kampf. Jeder gewerkschaftliche Erfolg konnte nur gesichert werden durch den *Friedens*kampf; der Frieden konnte nur gesichert werden durch den Einsatz *aller* Kampfmittel der Arbeiterbewegung unter Einschluß von *Massenstreikaktionen*. Das war in Umrissen die marxistische Alternative zur revisionistischen Neutralitätskonzeption[17]). Und was schreibt Scharrer dazu? „Tatsache war, daß weder in der Neutralitätsdebatte noch in der Massenstreikdebatte von 1905/06 eine alternative, vielleicht sogar revolutionäre Politik der Partei einer reformistischen gegenüber gestanden hätte... Selbst Rosa Luxemburg, die sonst immer für Überzeugung und gegen Kadavergehorsam war, versteifte sich auf eine formale Unterordnung der Gewerkschaften."

Der Verrat kein Verrat, der Revisionismus nur ein Schlagwort, die Auffassung von der politischen Neutralität eine marxistische Auffassung, Rosa Luxemburgs Alternative keine Alternative, Legien & Co. im Recht – gibt es dazu einen besseren Titel als Scharrer ihn selbst gewählt hat: „Über Geschichtsfälschung"?
– Es gibt einen: *Geschichtsscharrerei.*

Es ist unschwer zu bestimmen, wie es mit der ‚Recht'sprechung weitergehen wird. Die Richtung ist vorgezeichnet, und so mag es erlaubt sein, im folgenden den Weg zu den weiteren „Brennpunkten" abzukürzen.

Die gespaltene Arbeiterbewegung

Auch Scharrer ist sich klar darüber: „Während des ersten Weltkrieges, im Verlauf der Novemberrevolution und des darauffolgenden Bürgerkriegs fallen für die weitere Entwicklung der Arbeiterbewegung Entscheidungen, deren Folgen bis heute reichen", und zwar ist das „Hauptereignis" dieser Periode: „die Spaltung der deutschen Arbeiterbewegung mit ihren katastrophalen Folgen". Derart eingestimmt, erwartet man mit Spannung, wie Scharrer die histori-

15) Rosa Luxemburg, Die „deutsche Wissenschaft" hinter den Arbeitern, in: GW Bd. 1/1, S. 781.
16) Rosa Luxemburg, Der Parteitag und der Hamburger Gewerkschaftsstreit, in: GW Bd. 1/2, S. 116f.
17) Zu Rosa Luxemburgs Gewerkschaftskonzeption s. das entsprechende Kapitel in: Bernhard v. Mutius, Die Rosa Luxemburg-Legende Bd. 1, Frankfurt/M. 1977, S. 132ff.

schen Entscheidungen insbesondere von Novemberrevolution und Bürgerkrieg deutet, ist man doch gespannt, wie die anti„parteikommunistische" Deutung der Spaltung der Arbeiterbewegung ausfällt. Man liest weiter und findet über die Ereignisse zwischen November 1918 und dem Frühjahr 1919 genauso viel wie auch sonst in den letzten Wochen und Monaten in der antikommunistischen Presse über die Novemberrevoution, nämlich keinen Satz. Als Entschädigung dafür darf man sich eine halbe „lange Marsch"-Seite mit Scharrers Gedanken zum Streik der Berliner Rüstungsarbeiter vom Januar 1918 beschäftigen. Scharrer diskutiert hier das Problem, ob Spartakus die organisatorische Leitung der Streikaktionen inne hatte oder die Organisation der revolutionären Obleute. Nun weiß die marxistische Geschichtswissenschaft nicht erst seit gestern, daß die mangelnde Organisation vor allem der Betriebsarbeit die Schwäche von Spartakus war, was sie jedoch nicht hindert, die Stärke von Spartakus hervorzuheben: die politische Orientierung auf Massenaktionen und Massenstreiks. Aber Scharrer belästigt den Leser lang und breit mit seinen neuesten Erkenntnissen über die Streikleitung in den Berliner Rüstungsbetrieben und hält das auch noch für einen wesentlichen Beitrag zum Problem der Spaltung. Die mit dem Januar 1918 einsetzenden Massenstreikbewegungen *si nd* ein wichtiges Thema für die Diskussion über die Spaltung der Arbeiterbewegung. Allerdings wäre dann nicht über die künstliche Alternative – revolutionäre Obleute oder Spartakus – zu diskutieren, sondern über die wirklich relevante historische Alternative – streikende Massen und Massenstreikgegner. D.h. es müßte die Entwicklung der Massenaktionen der deutschen Arbeiterklasse vom Januar 1918 bis (mindestens) zum Januar 1919 analysiert werden. Diese Analyse würde ergeben, daß revolutionäre Obleute und Spartakus konsequent die Massenkämpfe unterstützen, daß die Mehrheitssozialdemokratie sich konsequent gegen die Massen stellte und daß die Unabhängige Sozialdemokratie inkonsequent hin- und herpendelte. Das wäre ein fruchtbarer Beitrag zur Erhellung der Frage, wie sich die Spaltung der Arbeiterbewegung entwickelte und warum sie sich so und nicht anders entwickelte. Man muß über die deutsche Revolution berichten, will man etwas über die Spaltung der deutschen Arbeiterbewegung sagen.

Es muß erwähnt werden, wie die Führung der Mehrheitssozialdemokratie und die Generalkommission der Gewerkschaften durch ihr Paktieren mit der Obersten Heeresleitung den letzten noch fälligen Schritt taten, um die Einheit mit dem Klasssengegner zu schmieden und damit die Einheit der Arbeiterbewegung zu zerstören. Es muß erwähnt werden, wie und warum Spartakus den endgültigen organisatorischen Bruch mit der Mehrheitssozialdemokratie *und* mit der Unabhängigen Sozialdemokratie vollzog und sich als Kommunistische Partei Deutschlands konstituierte. Es muß erwähnt werden, daß die Auseinandersetzungen zwischen den divergierenden Strömungen innerhalb der Arbeiterbewegung nicht mehr bloße Wortgefechte waren, sondern daß die Kontrahenten nun auf verschiedenen Seiten der Barrikaden kämpften. Es muß erwähnt werden, daß der Frontverlauf zwischen Revolution und Konterrevolution mitten durch die Arbeiterbewegung führte und damit die Spaltung für

lange Zeit tief in die Arbeiterbewegung eingebrannt wurde. Wer all dies nicht erwähnt und doch von Spaltung redet, hat von der Spaltung nichts verstanden. Wer nicht sehen will, daß die historischen Ereignisse aus den Kriegs- und Revolutionsjahren auch die Härte der späteren Auseinandersetzungen innerhalb der Arbeiterbewegung bestimmten, hat vom dialektischen Verlauf des Geschichtsprozesses nichts begriffen.

Aber Scharrer interessiert sich nicht für den objektiven Verlauf des Geschichtsprozesses. Er interessiert sich nur dafür, wie er die Geschichte der Arbeiterbewegung gern hätte. Und von diesem Stundpunkt aus macht er der Geschichte der Arbeiterbewegung den Prozeß. Genauer gesagt: er spielt nur eine Rolle, zudem eine Nebenrolle, in dem Prozeß den bürgerlichen Historiker schon längst der Arbeiterbewegung zu machen versuchen mit ihren Anklagen gegen die Spaltung der Arbeiterbewegung durch die Kommunisten. Nachdem Scharrer seine Darstellung der Januarstreiks beendet und die Ereignisse der Novemberrevolution übersprungen hat, hält er inne im Jahre 1920 und erörtert nun das Problem der Spaltung der Arbeiterbewegung an der im gleichen Jahr auseinanderbrechenden USP. Die Spaltung dieser Partei sei ein mutwilliger Akt der Zerstörung, ein subjektiver Willkürakt, ein Produkt der Weisungen der Kommunistischen Internationale gewesen. Diese habe von der Unabhängigen Sozialdemokratie die „totale Unterordnung" unter die Leitung der Komintern und den Ausschluß der sogenannten ‚Zentristen' und ‚Opportunisten' gefordert" und damit den Bruch der Partei erzwungen. Mit anderen Worten, die Unabhängige Partei fiel nicht auseinander, weil die Spaltung in der Partei durch den Gegensatz von revolutionären, marxistischen Kräften auf der einen und opportunistischen Kräften auf der anderen Seite bereits angelegt war, sondern die Partei fiel auseinander, weil Moskau es so wollte und von außen die Spaltung forderte. Und der Zentrismus und der Opportunismus waren nur Schlagwörter, erfunden von den Kommunisten, um die Spaltung der Arbeiterbewegung besser legitimieren zu können.

Niemand wird leugnen, daß die Weise, wie die Kommunistische Internationale ihre revolutionäre und internationalistische Ausrichtung durchsetzte, nicht die großzügige Art war, mit der die 2. Internationale das Sich-durchsetzen von Nationalismus und Reformismus tolerierte. Doch daß auf Weisungen von außen eine innerlich intakte Partei auseinanderfällt bzw. die Mitglieder ihre eigene Partei auseinanderbrechen, wie Scharrer es suggeriert, mag der glauben, der auch sonst an fernsteuernde und ferngesteuerte Mächte in der Geschichte glaubt. Ob es nicht vielleicht doch eher so war, daß die revolutionären Kämpfer und Aktivisten der Massenstreik- und Rätebewegung wie Richard Müller und zentristische Ermattungsstrategen und Bolschewistenfeinde wie Karl Kautsky *objektiv* gegensätzliche Strömungen der Arbeiterbewegung repräsentierten? Ob nicht vielleicht doch Karl Liebknecht bereits an der Jahreswende 1918/19 recht hatte, als er auf dem Gründungskongreß der KPD erklärte: „Die USP ist schlechthin ein Produkt aus den prinzipiellen und taktischen *Gegensätzen*, die bestanden haben vor dem Kriege, sie ist als Gelegenheitsprodukt während des Weltkrieges entstanden. Die USP hat sich zusammengesetzt aus den allerverschiedensten Elementen ... sie ist be-

herrscht von dem unausgesetzten Hin- und Herschwanken, Lavieren von einer vollkommenen Aktionsunfähigkeit."?[18])

Aber Scharrer interessiert sich auch nicht für Liebknecht, erst recht nicht für die Gründung der KPD und deren Begründung. Mit diesen historischen Voraussetzungen gibt er sich nicht ab, und genauso „voraussetzungslos" wie die Spaltung der USP behandelt er nun als nächstes das Scheitern der Arbeitereinheit gegen den drohenden Faschismus. Hier findet endlich auch Scharrer ein Korn: die Verfasser der „Gewerkschaftsgeschichte" haben es versäumt, die „Sozialfaschismus"-Theorie der KPD zu erwähnen. Und nun prahlt Scharrer mit seinem Fund und glaubt endlich über „das Buch mit DKP-Drall" triumphieren zu können. Wortlaut Scharrer: „Daß die Verfasser der ‚Geschichte' in diesem Zusammenhang mit keinem Wort auf die Sozialfaschismustheorie und einer entsprechenden Politik der KPD eingehen, kann nur als eklatante Geschichtsfälschung bezeichnet werden. Wenn etwas die Einheit der Arbeiterbewegung verhindert hat, dann diese wahnwitzige Politik der KPD". Daß die sozialdemokratische Führung mit Hilfe des Staatsapparats die Kommunisten bekämpfte – beginnend mit der Hetzjagd gegen Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg –, daß auf diese und andere Weise die autoritäre Aushöhlung des Weimarer Staates vorbereitet bzw. vorangetrieben wurde, daß diese und andere historische Fakten sozialdemokratischer konterrevolutionärer Politik objektiv das Entstehen einer Sozialfaschismustheorie begünstigten, was kümmert es Scharrer. Er glaubt sich lustig machen zu können über die Verfasser der „Gewerkschaftsgeschichte", die in erster Linie in der antikommunistischen Politik von SPD- und ADGB-Führung die Ursache für das Scheitern der Einheitsbestrebungen sehen, und spottet doch damit nur seiner eigenen Geschichtsbetrachtung, er weiß nicht wie. In der „Gewerkschaftsgeschichte", so schreibt Scharrer, wird „auf die ‚Einheitsfrontangebote' der KPD hingewiesen, die SPD- und ADGB-Führung jedesmal abgelehnt hatten. Eine Ursache dafür sehen die Verfasser im Antikommunismus dieser ‚Instanzen', der von ihren Repräsentaten ‚angesichts des anwachsenden Faschismus um die Komponente der Totalitarismustheorie erweitert wurde, indem eine Gleichsetzung von Kommunisten und Nationalisten erfolgt. ‚Nicht nur wird durch diese Darstellung *unterschoben* (Hervorhebung v. Verf.), daß die SPD-Führung gemeinsam mit den Gewerkschaftsführungen eine Einheitsfront der Arbeiterbewegung gegen den Faschismus verhindert hatte ... sondern die KPD erscheint auch noch als Opfer einer antikommunistischen Gemeinheit." Hätte Scharrer nicht lieber sagen sollen: es ist eine Gemeinheit, der SPD-Führung Antikommunismus zu unterschieben, wo diese sich doch immer so redlich bemühte eine antifaschistische Einheitsfront zu bilden – die gejagte SPD-Führung, ein Opfer parteikommunistischer Geschichtsfälschung?

Es ist wirklich schade, daß die Verfasser der „Gewerkschaftsgeschichte" in ihrer Darstellung der Gewerkschaftsentwicklung in der Weimarer Republik

18) Karl Liebknecht, Die Krisis in der USP, in: Der Gründungsparteitag der KPD, Dokumente und Materialien, Frankfurt/M. 1969, S. 52f.

nicht ausführlich die Politik von KPD *und* SPD gewürdigt haben. Selbstverständlich spricht vieles dafür, in einer solchen Darstellung den Strom der Gewerkschaftsentwicklung möglichst wenig ausufern zu lassen, aber in der Frage der Stellung der Arbeiterbewegung zur antifaschistischen Einheit wäre eine Ausweitung durchaus am Platze. Denn eine Würdigung der Politik der Arbeiterparteien würde, weit entfernt einer antikommunistischen Sichtweise zu dienen, vielmehr die ganze Blindheit derselben offenbaren. Die marxistische Analyse[19]) von SPD und KPD zeigt eindeutig, welche Politik und welche Ideologie die beiden Arbeiterparteien zu welchem Bündnis und zum Kampf gegen welche gesellschaftlichen Kräfte führte und führen mußte: Die SPD (in ihrer Mehrheit) hatte ihre Politik ausgerichtet auf die Klassenzusammenarbeit und so hatte sie sich eingerichtet in der Gesellschaft des nachrevolutionären Deutschlands. Die Weimarer Republik galt ihr nicht als eine durch Kapitalsherrschaft eingeschränkte Demokratie, sondern als Demokratie mit eingeschränktem Kapitalismus. Man wähnte sich schon mit dieser Gesellschafts- und Staatsordnung im Stadium des „Übergang(s) zum Sozialismus, wirtschaftlich, politisch und sozial"[20]), und es galt nur, in die einmal eingeschlagene Richtung weiterzumarschieren mit Hilfe bürgerlich-demokratischer Partner und unter Verzicht auf Erschütterungen durch proletarische Massenkämpfe. Versteht sich, daß die marxistische Theorie bei einer solchen Politik nicht mehr die Grundlage für die Bestimmung der Praxis bildete, und so versteht es sich auch, daß das Aufkommen des Faschismus nur oberflächlich analysiert wurde und man sich deshalb keineswegs veranlaßt sah, die einmal eingeschlagene Richtung zu korrigieren. Die Konsequenzen beschreibt Abendroth: „Die SPD besaß jedoch keine Analyse des Faschismus, so wenig sie eine Analyse der Krisensituation besessen hatte. Sie steckte unter der Devise ‚Deutschland ist nicht Italien' gegenüber dem Wachsen der faschistischen Bewegung den Kopf in den Sand. So ließ sie sich zur Tolerierung gegenüber den Notverordnungen Brünings verleiten und gab damit nicht nur Stück um Stück der Rechte und des Lebenshaltungsniveaus der Arbeitnehmer, sondern auch die Verteidigung der Verfassung praktisch auf."[21]) Dabei muß als selbstverständlich vorausgesetzt werden, daß die Notwendigkeit ei-

19) Hier sei nur auf zwei Darstellungen verwiesen, die, mit verschiedenem Blickwinkel, einen guten Überblick über die Geschichte der Arbeiterparteien geben: Joachim Streisand, Deutsche Geschichte von den Anfängen bis zur Gegenwart. Eine marxistische Einführung, Köln 1972, S. 314ff.; Georg Fülberth/Jürgen Harrer, Die deutsche Sozialdemokratie 1890–1933, Darmstadt und Neuwied 1974, S. 166ff.

20) Protokoll des Sozialdemokratischen Parteitages Magdeburg 1929, Berlin 1929, S. 109.

21) Wolfgang Abendroth, Aufstieg und Krise der deutschen Sozialdemokratie, Frankfurt/M. 1969, S. 66.

Kleine Bibliothek Politik · Wissenschaft · Zukunft

125 *Ostrowsky/Geisler* **Südafrika. Befreiungskampf.** 240 S. DM 12,80
126 *Römer* **Kapitalistisches Privateigentum.** 320 S. DM 14,80
127 *Kirchhoff-Hund* **Rollenbegriff und Interaktionsanalyse.** 300 S. DM 14,80
130 *Ruben* **Dialektik und Arbeit der Philosophie.** 280 S. DM 14,80

Pahl-Rugenstein

ner Kritik am historischen Versagen der sozialdemokratischen Parteiführung keinesfalls eine Rechtfertigung der Sozialfaschismus-These einschließt.

Die KPD verstand sich nie anders denn als Partei der Arbeiterbewegung. Das Maß ihrer Politik waren die Interessen der Arbeiterklasse und mit dieser klassenmäßigen Sicht betrachtete sie die gesellschaftliche Entwicklung in Deutschland. Da wurde nicht vergessen, daß die konterrevolutionäre Gewalt von Noske, der Obersten Heeresleitung und Gardekavallerieschützendivision der Geburtshelfer der Weimarer Republik war. Da wurde nicht übersehen, daß hinter den Kulissen der parlamentarischen Demokratie die Kohle- und Stahlproduzenten sowie die Chemie- und Elektroindustriellen die Regie führten. Die KPD hatte begriffen, daß nicht der Aufstieg und Fall von Ministern, wohl aber das Steigen und Fallen der Aktienkurse in erster Linie die politische Entwicklung bestimmte, galt ihr doch das Wissen der marxistischen Theorie als nützlich und praktisch. Sie mochte in einigen Phasen ihrer Entwicklung aus richtigen marxistischen Erkenntnissen – oder trotz diesen – manche verkürzte und sektierische Schlüsse ziehen (wie die RGO-Politik oder überhaupt die Überschätzung der Revolutions-„Trächtigkeit" der nachrevolutionären Jahre), aber sie erkannte das Ausmaß der faschistischen Gefahr und die Priorität des antifaschistischen Kampfes. Während andere Parteien sich in der Vogel-Strauß-Politik gefielen, stellte die KPD fest: „Das Ziel der faschistischen Bewegung ist die Aufrichtung der faschistischen Diktatur, die Errichtung eines Regimes des weißen Terrors, der Standgerichte und des Meuchelmordes, wie es die Herrschaft Mussolinis in Italien ist."[22])

Scharrers Argumentation ist gerade an dem Punkt, wo sie einen Moment von Plausibilität zu haben scheint, am Punkt: Scheitern der Arbeitereinheit gegen den drohenden Faschismus, die wissenschaftlich und politisch folgenschwerste Verkehrung der historischen Wahrheit. „Wahnwitzig" war nur *eine* Politik, die des Faschismus. Diese Politik erkannt zu haben und den Kampf gegen diese mit dem Ziel der Einheitsfront vorangetrieben zu haben, war das historische Verdienst der KPD. Den Charakter des Faschismus nicht begriffen zu haben und die Bildung einer antifaschistischen Einheitsfront nicht für notwendig befunden zu haben, war das historische Versagen der SPD. Wer die Dinge umgekehrt darstellt, d. h. verkehrt, hat aus der Geschichte der Arbeiterbewegung nichts gelernt und trägt mit dazu bei, daß die heutige Arbeiterbewegung nichts aus der Geschichte lernt.

Die vorliegende „Gewerkschaftsgeschichte" kann und muß diskutiert werden. Das Bild von der Entwicklung der deutschen Gewerkschaften kann durch eine solche Diskussion nur klarer und differenzierter werden. Es gilt noch manche Fragen, die die „Gewerkschaftsgeschichte" offengelassen hat und offenlassen mußte, zu beantworten. Aber man sollte sich dabei um wissenschaftliche Ernsthaftigkeit bemühen und endlich darauf verzichten, gegen eine marxistische Darstellung landesübliche Vorurteile nach dem Muster „parteikommunistische Geschichtswissenschaft" zu mobilisieren.

22) Aus der Resolution des Politbüros des ZK der KPD über den Kampf gegen den Faschismus vom 4. Juni 1930, zit. nach: Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, a.a.O., Bd. 4, S. 529.

verzögerung überhaupt als Berufskrankheiten anerkannt, wobei der hinhaltende Widerstand der Berufsgenossenschaften eine unrühmliche Rolle spielt. Schon dieser Faktor beinhaltet eine systematische Untererfassung der Berufskrankheiten.

Tabelle 3
Angezeigte Berufskrankheiten

	Absolute Zahlen	*Berufskrankheiten je 1000 „Vollarbeiter"*
1955	*51348*	*2,27*
1960	*33727*	*1,36*
1970	*25960*	*1,03*
1973	*32827*	*1,31*
1974	*36124*	*1,49*
1975	*38296*	*1,64*
1976	*40038*	*1,64*
1977	*48414*	*1,99*

Quelle: Dähne/Priester, a.a.O., S. 103; „Wirtschaft und Statistitik", 10/1978, S. 697*.

Ist also die Tendenz der Berufskrankheiten seit 1970 ganz eindeutig ansteigend, so hat der merkwürdige statistische „Sprung" im Jahre 1977 eine zusätzliche besondere Ursache. Das Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung weist in der Zeitschrift „Arbeits- und Sozialstatistik" (12/1078) nämlich darauf hin, daß eine Berufsgenossenschaft seit 1970 die angezeigten Berufskrankheiten „irrtümlich untererfaßt" hat. Dieser Fehler wurde erstmals 1977 korrigiert. Die Zahlen für 1970 bis 1976 sind also sämtlich zu niedrig, was allerdings an der ansteigenden Tendenz nichts ändert. Immerhin dürften solche „Irrtümer keine absoluten Ausnahmefälle sein – eine sicher große Verunsicherung für die Statistikgläubigkeit.

Jörg Goldberg

Dokumente zum Zeitgeschehen

Neufassung der Grundsätze für die Prüfung der Verfassungstreue vom 17. Januar 1979

(Wortlaut)

Das Presse- und Informationsamt der Bundesregierung teilt mit:

Das Bundeskabinett hat am 17. Januar 1979 unter Bezug auf die Darstellung des verfassungsrechtlichen Rahmens für die Verfassungstreue-Prüfung im öffentlichen Dienst vom 8. November

1978 und die Regierungserklärung vom 16. Dezember 1976 die folgende Neufassung der „Grundsätze für die Prüfung der Verfassungstreue" vom 19. Mai 1976 verabschiedet. Diese Neufassung wird für die öffentliche Verwaltung des Bundes am 1. April 1979 in Kraft treten.

I.

Die Feststellungen, ob der Bewerber die Eignungsvoraussetzung der Gewähr der Verfassungstreue erfüllt, trifft die für diese Entscheidung zuständige Bundesbehörde unter Beachtung des Beschlusses des Bundesverfassungsgerichts vom 22. Mai 1975 – 2 BvL 13/73 – und der in der Entschließung des Deutschen Bundestages vom 24. Oktober 1975 aufgestellten Grundsätze unter Berücksichtigung aller Umstände des Einzelfalles.

II.

Bei der Feststellung, ob ein Bewerber die für die Einstellung in den öffentlichen Dienst erforderliche Gewähr der Verfassungstreue bietet, sollen einheitlich folgende Verfahrensgrundsätze beachtet werden:

1. Bei der Entscheidung, ob bei der Verfassungsschutzbehörde angefragt wird, gilt der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit:

1.1 Anfragen dürfen nicht routinemäßig erfolgen.

1.2 Anfragen haben zu erfolgen, wenn tatsächliche Anhaltspunkte darauf hindeuten, daß der Bewerber nicht die Voraussetzungen für die Einstellung in den öffentlichen Dienst erfüllt. Diese Anhaltspunkte können insbesondere während Vorbereitungsdienst und Probezeit gewonnen werden.

1.3 Anfragen dürfen nur erfolgen, wenn eine Einstellung tatsächlich beabsichtigt und die Verfassungstreue nur noch die letzte zu prüfende Einstellungsvoraussetzung ist.

1.4 Anfragen erfolgen nicht, wenn der Bewerber das 18. Lebensjahr noch nicht vollendet hat.

2. Für die Mitteilung der Verfassungsschutzbehörde aufgrund von Anfragen der Einstellungsbehörden des Bundes ist zu beachten:

2.1 Den anfrageberechtigten Stellen dürfen nur solche gerichtsverwertbaren Tatsachen mitgeteilt werden, die Zweifel an der Verfassungstreue eines Bewerbers begründen können.

2.2 Erkenntnisse des Verfassungsschutzes, die Tätigkeiten vor der Vollendung des 18. Lebensjahres betreffen, dürfen nicht weitergegeben werden, es sei denn, sie sind Gegenstand eines anhängigen Strafverfahrens.

2.3 Erkenntnisse über abgeschlossene Tatbestände, die mehr als 2 Jahre zurückliegen, dürfen nicht weitergegeben werden, es sei denn, die Weitergabe ist im Hinblick auf das besondere Gewicht der Erkenntnisse nach dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit geboten.

2.4 Erkenntnisse, die unter eine gesetzlich geregelte Schweigepflicht fallen, dürfen nicht weitergegeben werden.

3. Die obersten Bundesbehörden stellen für ihren Geschäftsbereich sicher, daß die Prüfung der Relevanz der von der Verfassungsschutzbehörde evtl. mitgeteilten gerichtsverwertbaren Erkenntnisse durch eine von ihnen zu bestimmende zentrale Stelle erfolgt.

4. Die Einstellungsbehörden des Bundes sind verpflichtet, Bedenken, die gegen die Einstellung eines Bewerbers sprechen, und die dafür erheblichen Tatsachen schriftlich mitzuteilen.

5. Der Bewerber hat das Recht, sich hierzu mündlich oder schriftlich zu äußern.

6. Findet ein Anhörungsgespräch statt, ist ein Protokoll zu führen. Dem Bewerber ist auf Antrag Einsicht zu gewähren.

7. Die Mitwirkung eines Rechtsbeistandes ist auf Antrag des Bewerbers zu gestatten und auf Verfahrensfragen zu beschränken.

8. Die Entscheidungszuständigkeit in den Fällen, in denen die Eignung des Bewerbers nicht festgestellt werden kann, liegt bei der obersten Dienstbehörde, d. h. grundsätzlich bei dem Bundesminister.

9. Ablehnende Entscheidungen dürfen nur auf gerichtsverwertbare Tatsachen gestützt werden.

10. Dem Bewerber ist die Ablehnungsbegründung unter Angabe der hierfür maßgeblichen Tatsachen, jedenfalls auf seinen Antrag hin, schriftlich mitzuteilen. Der Bescheid erhält eine Rechtsmittelbelehrung.

11. Erkenntnisse, die von den Verfassungsschutzbehörden nicht an die Einstellungsbehörde weitergegeben werden dürfen (Ziff. 2.2, 2.3, 2.4), dürfen von ihr auch dann nicht verwertet werden, wenn sie ihr von anderer Seite mitgeteilt worden sind.

12. Wenn eine Einstellung trotz vorliegender Erkenntnisse des Verfassungsschutzes erfolgt ist, müssen alle aus dem Verfassungsschutzbereich vorgelegten Unterlagen aus den Personalakten entfernt werden.

III.

Die Richtlinien für die Sicherheitsüberprüfung von Bundesbediensteten bleiben unberührt.

Begründung

Die Bundesregierung nimmt zunächst Bezug auf die Regierungserklärung von 1976, in der der Bundeskanzler erklärt hat, die Praxis der Überprüfung von Bewerbern für den öffentlichen Dienst habe Zweifel an der Liberalität in unserem Land aufkommen lassen:

Wir werden alles tun, um die Entstehung eines allgemeinen Mißtrauens zu verhindern, welches die persönliche Ausübung von Grundrechten mit Gefahren für die persönliche berufliche Zukunft belasten könnte; . . .

Die Koalitionspartner werden in Bund und Ländern darauf hinwirken, daß die Anfrage bei den Verfassungsschutzämtern und die Weitergabe von deren Erkenntnissen an eine Einstellungsbehörde nach Maßgabe der höchstrichterlichen Entscheidungen in jedem Einzelfall streng nach dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit erfolgt.

Die Bundesregierung wird auch weiterhin entschlossen und uneingeschränkt das geltende Recht anwenden. Sie will damit auch weiterhin verhindern, daß Personen in den öffentlichen Dienst gelangen, die die freiheitliche demokratische Grundordnung als den Kernbestand unserer Verfassung, wie Achtung vor den Menschenrechten, vor allem vor dem Recht der Persönlichkeit auf Leben und freie Entfaltung, Volkssouveränität, Gewaltenteilung, parlamentarische Verantwortlichkeit der Regierung, Gesetzmäßigkeit der Verwaltung, Unabhängigkeit der Gerichte, Mehrparteiensystem, Recht auf Opposition bekämpfen oder politische Ziele auch mit Gewalt durchsetzen wollen. Das gilt für Verhalten sowohl innerhalb als auch außerhalb einer Partei. In diesem Willen weiß die Bundesregierung sich mit den sie tragenden Parteien einig.

Der Beschluß der Regierungschefs von Bund und Ländern vom 28. Januar 1972 und die nach ihm in der öffentlichen Verwaltung weithin eingetretene Praxis der Routineanfrage bei Hunderttausenden von Fällen von Bewerbungen für den öffentlichen Dienst waren – wie wir heute wissen – eine falsche Antwort auf die Gefahren rechts- und linksextremistischer Unterwanderung des öffentlichen Dienstes. Die junge Generation und alle Bürger haben Anspruch darauf, daß der vorhandene rechtliche Spielraum ausgeschöpft wird, um ein Verfahren abzubauen, das unsere demokratische Substanz eher geschwächt als gestärkt hat; insbesondere hat dieses Verfahren Teile der jüngeren Generation unserer Verfassung entfremdet.

Die Bundesregierung ist der Meinung, daß generelle Beurteilungskriterien nicht aufzustellen sind. Die abstrakte Bewertungsregel etwa, die Mitgliedschaft in einer Organisation mit verfassungsfeindlicher Zielsetzung begründe Zweifel daran, ob ein Bewerber jederzeit für die freiheitliche demokratische Grundordnung eintreten werde und rechtfertige deshalb in der Regel die Ablehnung seines Einstellungsantrages, verstellt den Blick auf die anderen zu beachtenden Bewertungselemente. Damit besteht die Gefahr eines unzulässigen pauschalen Verfahrens mit ei-

ner Ablehnungsautomatik nur im Hinblick auf ein einziges Kriterium. Verfahrensregelungen, die diese Gefahren mit sich bringen, sind aufzugeben. Die Bundesregierung hat dies im einzelnen in ihrer Darstellung vom 8. November 1978 ausgeführt (Ziffer 1.3, „Bulletin" Nr. 131 vom 14. November 1978, S. 1221 f.).

Vor allem aber hält die Bundesregierung es für erforderlich, daß von der Routineanfrage abgesehen wird:

Aus dem Beschluß des Bundesverfassungsgerichts vom 22. Mai 1975 ergibt sich keine Verpflichtung, routinemäßig beim Verfassungsschutz anzufragen. Das Bundesverfassungsgericht hat sich expressis verbis zum Thema der Anfrage beim Verfassungsschutz dahin geäußert, daß eine solche Anfrage bei der Übernahme in den Vorbereitungsdienst, die zu zusätzlichen Ermittlungen führen würde, schädlich ist.

Eine positive Äußerung dahin, daß und in welchen Fällen eine Anfrage erfolgen muß, weist die Entscheidung nicht auf. Allerdings kann aus dem Beschluß gefolgert werden, daß das Gericht eine Anfrage beim Verfassungsschutz nur als eines von mehreren denkbaren Mitteln zur Prüfung der Verfassungstreue ansieht: Es bezeichnet Vorbereitungsdienst und Probezeit als Möglichkeiten, „den Bewerber intensiv kennenzulernen, ihn zu beobachten und sich schließlich ein Urteil über seine Persönlichkeit zu bilden". In diesen Zeiträumen, die grundsätzlich jeder Bewerber vor der endgültigen Berufung in das Beamtenverhältnis zu durchlaufen hat, soll sich primär die Eignung eines Bewerbers, zu der auch die Verfassungstreue gehört, erweisen:

„Hier, wo sich die Verwaltung unmittelbar ein zuverlässiges Bild über den Anwärter machen kann, muß der Schwerpunkt liegen für die Gewinnung des Urteils, ob der Bewerber die geforderte Gewähr bietet oder nicht" (BVerfGE 39, 334, 356).

Dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit entspricht es, die Entscheidung, ob beim Verfassungsschutz angefragt wird, von den Umständen des konkreten Einzelfalles abhängig zu machen.

Die Bundesregierung lehnt die Auffassung ab, daß der Grundsatz der „Einheit der Staatsverwaltung" eine Pflicht zum routinemäßigen Datenaustausch zwischen Verfassungsschutz und Einstellungsbehörde beinhalte. Diese Auffassung widerspräche auch dem im Grundgesetz zum Ausdruck gelangten liberalen Staatsverständnis von den Grenzen der Wirksamkeit des Staates. Damit wäre nicht vereinbar, ohne weiteres die bei den verschiedenen staatlichen Stellen vorhandenen personenbezogenen Daten zu einem umfassenden Persönlichkeitsbild der Bürger zusammenzuführen. Nach dem Rechtsstaatsprinzip (Artikel 20 Abs. 3 Grundgesetz) muß auch für die Weitergabe personenbezogener Daten der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit gelten.

Wenn mit Rücksicht auf den Grundsatz der Verhältnismäßigkeit auf routinemäßige Anfragen beim Verfassungsschutz verzichtet wird, liegt es im pflichtgemäßen Ermessen der Einstellungsbehörden, welche Feststellungen zu treffen sind und ob im Einzelfall eine Anfrage beim Verfassungsschutz erfolgt. Die Einstellungsbehörden haben dann anzufragen, wenn tatsächliche Anhaltspunkte, die insbesondere während Vorbereitungsdienst und Probezeit gewonnen werden können, darauf hindeuten, daß der Bewerber nicht die Voraussetzungen für den Eintritt in den öffentlichen Dienst erfüllt.

Wenn von Routineanfragen abgesehen wird, so ist dies nach Auffassung der Bundesregierung auch geeignet, Mißtrauen gegenüber den Verfassungsschutzbehörden abzubauen. Die Bundesregierung weist gegenüber der irrigen Meinung, die Routineanfrage habe gezielte Nachforschungen ausgelöst, darauf hin, daß es sich nur um die Abfrage des beim Verfassungsschutz bereits vorhandenen gerichtsverwertbaren Wissens handelte. Dennoch hat die automatische Heranziehung des Verfassungsschutes wesentlichen Anteil an den besonders bei der jungen Generation vorhandenen Vorbehalten gegenüber dem Verfassungsschutz.

Die Bundesregierung hält es für unverzichtbar, daß die Bürger ihren Sicherheitsbehörden Vertrauen entgegenbringen. Ohne dieses grundsätzliche Vertrauen kann auch der Verfassungsschutz seine wichtige Aufgabe nicht erfüllen. Das Grundgesetz hat sich in Art. 73 Ziffer 10 klar für einen Verfassungsschutz ausgesprochen, um Freiheit und Toleranz dadurch zu ermöglichen, daß Bestrebungen, die gegen Freiheit und Toleranz gerichtet sind, beobachtet werden.

Nach dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit bestimmt sich auch der Umfang der Mitteilungen, die den anfragenden Einstellungsbehörden von der Verfassungsschutzbehörde gegeben werden. Hierzu erscheint es erforderlich, im einzelnen festzulegen, welche Erkenntnisse vom Verfassungsschutz nicht oder nur unter bestimmten Voraussetzungen auf Anfrage den anfrageberechtigten Stellen weitergegeben werden.

Darmstädter Appell an den Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland und die Ministerpräsidenten der Bundesländer, beschlossen auf der Internationalen Konferenz „Demokratische Rechte verteidigen – Berufsverbote aufheben – gemeinsam gegen die Verletzung von Grund- und Menschenrechten in der BRD" vom 28. Januar 1979

(Wortlaut)

Seit über sieben Jahren werden in der Bundesrepublik Deutschland Bürger verschiedener Berufe diskriminiert, nicht eingestellt oder entlassen wegen ihrer Mitgliedschaft in oder Betätigung für legale Parteien oder Organisationen oder weil sie von ihren verfassungsmäßigen Grundrechten Gebrauch gemacht haben.

Mit großer Sorge betrachten wir diese Entwicklung. Es ist eine historische Erfahrung, daß das Vorgehen gegen Demokraten keine innere Angelegenheit der Bundesrepublik allein ist, sondern eine Gefahr für Demokratie, friedliche Verständigung und angstfreies Zusammenleben in Europa darstellt. Die Einschränkung von Grundrechten verstößt nicht nur gegen die Verfassung der Bundesrepublik, sie verletzt auch völkerrechtliche Verträge und internationale Pakte, zu deren Einhaltung Sie sich verpflichtet haben. Das Mißtrauen gegen die Politik der Bundesregierung und die Befürchtung, daß sich die unter dem Begriff „Berufsverbote" international bekanntgewordene Politik durch das große Gewicht der Bundesrepublik ausdehnen könnte, sind nur durch ihre vollständige Beendigung zu beseitigen.

In der letzten Zeit hat es verschiedene Versuche gegeben, die Berufsverbotspraxis zu korrigieren. Das gilt vor allem für den Beschluß des Bundeskabinetts vom 17. Januar 1979. Sie können nicht überzeugen, wenn sie nicht zu einer vollständigen Aufgabe dieser Berufsverbote führen.

Wir appellieren deshalb an Sie: Setzen Sie Ihre Autorität dafür ein, daß

– die Beseitigung der Berufsverbote in der Bundesrepublik jetzt endlich vollständig und ersatzlos erfolgt,

– die Rehabilitierung der zahlreichen Betroffenen erfolgt,

– die Wiederherstellung der ungeschmälerten Geltung von Grund- und Menschenrechten in der Bundesrepublik erfolgt!

ARGUMENT-SONDERBÄNDE (AS)

Die Taschenbuch-Reihe im ARGUMENT-Verlag

PROGRAMM 1979

AS 33 GULLIVER 5: Englisch / Unterrichts- und Studienreform

AS 34 FORUM KRITISCHE PSYCHOLOGIE 4
herausgegeben von Klaus Holzkamp

AS 35 ALTERNATIVE WIRTSCHAFTSPOLITIK
Methodische Grundlagen — Analysen und Diskussion (Beiträge von M.Bolle, J.Glombowski, J.Goldberg, R.Hickel, J.Huffschmid, H.Riese, K.H.Tjaden, W.Voigt u.a.)

AS 36 STAMOKAP-THEORIE — Probleme und Diskussion — STAAT UND MONOPOLE (III)
herausgegeben von Werner Goldschmidt

AS 37 JAHRBUCH FÜR KRITISCHE MEDIZIN 4

AS 38 30 JAHRE BILDUNGSPOLITIK
Schule und Erziehung (VII)

AS 39 GULLIVER 6: Shakespeare inmitten der Revolutionen

AS 40 THEORIEN ÜBER IDEOLOGIE
(Projekt Ideologie-Theorie)

AS 41 FORUM KRITISCHE PSYCHOLOGIE 5
herausgegeben von Klaus Holzkamp

AS 42 MUSIK 50er JAHRE/herausgegeben von Dietrich Stern

AS 43 AUTOMATIONSARBEIT: EMPIRIE
Projekt Automation und Qualifikation Band 4

AS 44 EUROKOMMUNISMUS
— STRATEGIE FÜR DIE BUNDESREPUBLIK ?
Zu einer marxistischen Theorie der Politik (Arbeitskreis westeuropäische Arbeiterbewegung, Christoph Kievenheim, Karin Priester, Detlev Peukert u.a.)

in Vorbereitung ferner:

AS 45 FRAUENBEWEGUNG
herausgegeben von Frigga Haug

AS 46 SOZIALISMUS UND ENTWICKLUNGSLÄNDER
Internationales Sozialismus-Forum 1

AS 47 MATERIALISTISCHE KULTURTHEORIE
Theoretische Grundlagen und Beiträge zur Erforschung der Alltagskultur

---

In jedem Jahr erscheinen ca. 10 Argument-Sonderbände. Jeder Band ca. 216 Seiten; Einzelpreis: 15,50 DM, Schüler und Studenten 12,80 DM. Auswahl-Abo (3 Bände nach Wahl): 38,40 DM (Stud. 33,-DM) zzgl. Versandkosten. Gesamt-Abo: alle Bände zum Abo-Preis, ohne Versandkosten.

Argument-Vertrieb · Tegeler Str. 6 · 1000 Berlin 65

Vertrag über Freundschaft und Zusammenarbeit zwischen der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und der Sozialistischen Republik Vietnam vom 3. November 1978

(Wortlaut)

Die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und die Sozialistische Republik von Vietnam,

ausgehend von den engen brüderlichen Beziehungen allumfassender Zusammenarbeit zwischen ihnen, von der unverbrüchlichen Freundschaft und Solidarität, die auf den Prinzipien des Marxismus-Leninismus und des sozialistischen Internationalismus beruht;

im festen Glauben, daß die umfassende Stärkung des Zusammenhalts und der Freundschaft zwischen der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und der Sozialistischen Republik von Vietnam im vitalen Interesse der Völker dieser beiden Länder ist und der Sache einer weiteren Stärkung des brüderlichen Zusammenhalts und der Einheit der Länder der sozialistischen Gemeinschaft dient;

geleitet von den Prinzipien und Zielen einer sozialistischen Außenpolitik, durch das Bestreben, die günstigsten internationalen Voraussetzungen für den Aufbau des Sozialismus und Kommunismus zu sichern;

unter der Bekräftigung, daß die beiden Seiten die gegenseitige Hilfeleistung bei der Festigung und Verteidigung der sozialistischen Errungenschaften, die zu dem Preis der heroischen Anstrengungen und der selbstlosen Arbeit ihrer Völker erreicht wurden, als ihre internationalistische Pflicht ansehen;

mit dem festen Bekenntnis zum Zusammenhalt aller Kräfte, die für Frieden, nationale Unabhängigkeit, Demokratie und sozialen Fortschritt kämpfen;

mit dem Ausdruck der festen Entschlossenheit, einen stärkeren Frieden in Asien und der ganzen Welt zu fördern, ihren Beitrag zur Entwicklung guter Beziehungen und gegenseitig vorteilhafter Zusammenarbeit zwischen Staaten mit unterschiedlicher Gesellschaftsordnung zu leisten;

bestrebt, die Entwicklung und Vervollkommnung der allumfassenden Kooperation zwischen den beiden Ländern fortzusetzen;

indem sie der weiteren Entwicklung und Stärkung der vertraglich-legalen Grundlage ihrer Beziehungen große Bedeutung beimessen;

in Übereinstimmung mit den Zielen und Prinzipien der Charta der Vereinten Nationen;

haben beschlossen, diesen Vertrag über Freundschaft und Zusammenarbeit zu schließen, und sind wie folgt übereingekommen:

ARTIKEL 1: In Übereinstimmung mit den Prinzipien des sozialistischen Internationalismus werden die Hohen Vertragsparteien weiterhin die Beziehungen unverbrüchlicher Freundschaft, der Solidarität und der brüderlichen gegenseitigen Hilfe stärken. Sie werden beständig die politischen Beziehungen entwickeln und die allumfassende Kooperation vertiefen und dem anderen umfassende Unterstützung auf der Grundlage des gegenseitigen Respekts für die staatliche Souveränität und Unabhängigkeit, Gleichberechtigung und Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten des anderen geben.

ARTIKEL 2: Die Hohen Vertragsparteien werden gemeinsame Anstrengungen unternehmen zur Stärkung und Ausweitung gegenseitig vorteilhafter wirtschaftlicher, wissenschaftlicher und technischer Zusammenarbeit mit dem Ziel, den sozialistischen und kommunistischen Aufbau zu beschleunigen, das materielle, kulturelle Niveau und den Lebensstandard der Völker ihrer Länder anzuheben.

Die Seiten werden die langfristige Koordinierung ihrer nationalen Wirtschaftspläne fortsetzen, vorausschauende Maßnahmen zur Entwicklung entscheidender Zweige der Wirtschaft, Wissenschaft und Technik verbinden und das Wissen und die Erfahrung, gesammelt beim sozialistischen und kommunistischen Aufbau, austauschen.

ARTIKEL 3: Die Hohen Vertragsparteien werden die Zusammenarbeit zwischen staatlichen Organen und öffentlichen Organisationen erleichtern, breite Bindungen auf den Gebieten der Wissenschaft und Kultur, der Erziehung, der Literatur und der Künste, der Presse, des Rundfunks und Fernsehens, des Gesundheitswesens, des Umweltschutzes, des Tourismus, der Leibesübungen und des Sports und auf anderen Gebieten fördern. Sie werden die Entwicklung von Kontakten zwischen arbeitenden Menschen beider Länder anregen.

ARTIKEL 4: Die Hohen Vertragsparteien werden einen allumfassenden und beständigen Kampf führen für die weitere Stärkung der brüderlichen Beziehungen, der Einheit und Solidarität zwischen sozialistischen Ländern, auf der Grundlage des Marxismus-Leninismus und des sozialistischen Internationalismus. Sie werden jede Anstrengung für eine Konsolidierung des sozialistischen Systems in der Welt unternehmen und einen lebhaften Beitrag zur Entwicklung und zum Schutz der sozialistischen Errungenschaften leisten.

ARTIKEL 5: Die Hohen Vertragsparteien werden weiterhin alle Anstrengungen zur Sicherung des internationalen Friedens und der Sicherheit der Völker unternehmen, werden energisch allen Plänen und Machenschaften des Imperialismus und der reaktionären Kräfte entgegenwirken, werden den gerechten Kampf für die endgültige Liquidierung von Kolonialismus und Rassismus in all seinen Formen und Erscheinungsweisen unterstützen, werden den Kampf der blockfreien Länder unterstützen, die Kämpfe der Völker Asiens, Afrikas und Lateinamerikas gegen Imperialismus, Kolonialismus und Neo-Kolonialismus, für eine Stärkung der Unabhängigkeit, für die Verteidigung der Souveränität, für das Recht, frei über ihre nationalen Ressourcen zu verfügen, für die Schaffung neuer internationaler Wirtschaftsbeziehungen, frei von Ungleichheit, Diktat und Ausbeutung, werden die Bestrebungen der Völker Südostasiens für Frieden, Unabhängigkeit und Zusammenarbeit untereinander unterstützen

Sie werden unbeirrbar eintreten für den Ausbau dcer Beziehungen zwischen Ländern mit unterschiedlicher Koexistenz, für die Erweiterung und Vertiefung des Entspannungsprozesses in den internationalen Beziehungen sowie für die endgültige Ausmerzung von Aggression und Eroberungskriegen aus dem Leben der Völker im Namen des Friedens, der nationalen Unabhängigkeit, der Demokratie und des Sozialismus.

ARTIKEL 6: Die Hohen Vertragsparteien werden einander in allen wichtigen internationalen Fragen, welche die Interessen der beiden Länder betreffen, konsultieren. In dem Fall, daß eine der Parteien zum Objekt eines Angriffs oder einer Angriffsdrohung wird, werden die Hohen Vertragsparteien unverzüglich gegenseitige Konsultationen beginnen mit dem Ziel, jene Bedrohung zu beseitigen und angemessen effektive Maßnahmen zu unternehmen, um den Frieden und die Sicherheit ihrer Länder zu gewährleisten.

ARTIKEL 7: Der vorliegende Vertrag berührt nicht die Rechte und Verpflichtungen der Parteien nach bilateralen und multilateralen Vereinbarungen, welche jetzt in Kraft sind, geschlossen mit ihrer Beteiligung, und er ist nicht gegen irgendein drittes Land gerichtet.

ARTIKEL 8: Der vorliegende Vertrag unterliegt der Ratifizierung und wird am Tag des Austausches der Ratifizierungsurkunden in Kraft treten. Dies soll zum frühestmöglichen Zeitpunkt in der Stadt Hanoi stattfinden.

ARTIKEL 9: Der vorliegende Vertrag ist für einen Zeitraum von 25 Jahren geschlossen und soll jedesmal automatisch um weitere zehn Jahre verlängert werden, falls nicht eine der hohen Vertragsparteien zwölf Monate vor Ablauf der jeweiligen Periode ihren Wunsch mitteilt, ihn zu beendigen. Geschehen in der Stadt Moskau, an diesem dritten Tag des Novembers neunzehnhundertachtundsiebzig, in doppelter Ausführung, jede Kopie in russischer und in vietnamesischer Sprache. Beide Texte sind gleich authentisch.

Für die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken: L. Breschnew, A. Kossygin

Für die Sozialistische Republik von Vietnam: Le Duan, Pham Van Dong.

Die „Blätter für deutsche und internationale Politik" werden herausgegeben von Prof. Dr. Wilfried Frhr. v. Bredow, Prof. Dr. Helga Deppe-Wolfinger, Prof. Dr. Jörg Huffschmid, Prof. Dr. Urs Jaeggi, Prof. Dr. Gerhard Kade, Prof. Dr. Reinhard Kühnl, Dr. Jutta Menschik, Dr. Reinhard Opitz, Manfred Pahl-Rugenstein, Senatspräsident a. D. Dr. Hermann Rauschning, Prof. Dr. Helmut Ridder, Prof. Dr. Fritz Strassmann, Prof. Dr. Gerhard Stuby. Redaktion: Dr. Kurt Bayertz, Karl D. Bredthauer, Paul B. Neuhöffer, Johannes Weidenheim; verantwortlich für den Inhalt: Johannes L. Schmidt. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die persönliche Meinung des Verfassers wieder und stellen nicht unbedingt die Auffassung der Herausgeber und der Redaktion dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit Zustimmung der Redaktion. Redaktionsanschrift: Gottesweg 54, 5000 Köln 51, Telefon 36 40 51.
Die „Blätter für deutsche und internationale Politik" erscheinen einmal im Monat. Sie sind direkt vom Verlag, durch die Post und durch jede Buchhandlung zu beziehen. Der Abonnementspreis beträgt DM 4,00 (Studenten, Schüler, Wehrpflicht- und Zivildienstleistende DM 3,50,), zuzüglich DM 0,50 Versandgebühr. Das Einzelheft kostet DM 5,50. Abonnementsrechnungen sind innerhalb von zwei Wochen nach ihrer Ausstellung zu begleichen. Das Abonnement verlängert sich jeweils um ein weiteres Jahr, wenn nicht bis zum 30. September des laufenden Jahres eine Kündigung zum Jahresende beim Verlag eingegangen ist. Änderungen der Anschrift sind dem Verlag unverzüglich bekanntzugeben. Der Auslandsabonnementspreis beträgt einschl. Versandgebühr (ohne Luftpostzuschläge) sfrs 54,50; öS 440,–; hfl 66,–; bfrs 965,–; FF 140,–; £ 16,50; Lit 28 000,–; dkr 170,–; nkr 168,–; skr 144,–; Yen 6 480; $ 33,–. Erhebliche Wechselkursänderungen berechtigen den Verlag zur Angleichung der Umrechnungsbeträge. Die Abonnementsauslieferung in andere Währungsgebiete erfolgt nach den geltenden Verrechnungsbestimmungen. Anschrift von Verlag und Vertrieb: Gottesweg 54, 5000 Köln 51, Telefon 36 40 51. Konten: Postscheckamt Köln 65 14-503 und Deutsche Bank Köln. Satz: Zentralsatz Dieter Noe, Köln. Druck: Plambeck & Co., Neuß. Erfüllungsort und Gerichtsstand ist Köln. *ISSN 0006–4416*

Autoren dieses Heftes

Bernd GREINER, geb. 1952 in Pirmasens, Studium der Amerikanistik, Geschichte und Politik an den Universitäten Marburg und Frankfurt/M., Studienjahr in den USA, z. Z. Promotion über die Außenkritik der USA. • • • *Ernst WALTEMATHE,* MdB, geb. 1935 in Bremen, wegen nationalsozialistischer Verfolgung 1938–1948 in Amsterdam aufgewachsen, Oberregierungsrat, seit 1972 im einstweiligen Ruhestand, Mitglied des Landesvorstands der SPD in Bremen. • • • *Christian GÖTZ,* geb. 1940 in Leer/Ostfriesland, Leiter der Redaktion und Pressestelle beim Hauptvorstand der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen (HBV); Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen, u. a.: Heinz Oskar Vetter. Christian Götz befragt und porträtiert den Vorsitzenden des Deutschen Gewerkschaftsbundes, Köln 1977. • • • *Herbert SCOVILLE Jr.,* geb. 1915 in New York, lange Zeit direkt befaßt mit der Entwicklung von Kernwaffen, bekleidete wichtige Ämter im US-Verteidigungsministerium, von 1955–1963 stellvertretender Technischer Direktor der CIA, heute Vizepräsident der Arms Control Association. • • • *Axel PINCK,* geb. 1949 in Hamburg, Diplom-Volkswirt; Zeitschriftenveröffentlichungen • • • *Ludwig SCHRÖDER,* geb. 1949 in Hamburg, Diplom-Volkswirt; Zeitschriftenveröffentlichungen. • • • *Dr. Heinz-Jürgen AXT,* geb. 1946 in Dillenburg, Wissenschaftlicher Assistent am Institut für Soziologie der TU Berlin, Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen zur Staats-, Weltmarkt- und EG-Problematik. • • • *Maurice ZEITLIN,* Professor für Soziologie und Geschichtswissenschaft, lange Jahre an der University of Wisconsin in Madison, heute Inhaber eines Lehrstuhls an der University of California in Los Angeles; Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen, vor allem zur neuesten Sozialgeschichte der USA. • • • *Lorenz KNORR,* geb. 1921 in Eger/CSR, ehemals Bundesvorsitzender der Sozialistischen Jugend Deutschlands „Die Falken", heute Mitglied des Direktoriums der Deutschen Friedens-Union, lebt als Publizist in Frankfurt/M. • • • *Dr. Bernhard v. MUTIUS,* geb. 1949 in Heidelberg, Studium der Politischen Wissenschaften, Geschichte und Philosophie in Marburg und Frankfurt/M.; Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen.

G 1800 EX
Postvertriebsstück
Gebühr bezahlt (2/79)

Pahl-Rugenstein Verlag
Gottesweg 54
5000 Köln 51

KOERTING
CLAUS
0498
73518
RETHELSTR 147
4000 DUESSELDORF 1

Es schrieben bisher u. a.:

Wolfgang Abendroth
Ulrich Albrecht
Frank Allaun
Günther Anders
Stefan Andres
Hans Apel
Manfred v. Ardenne
Otmar Frhr. v. Aretin
Geoffrey Barraclough
Hans Werner Bartsch
Wolf Graf v. Baudissin
Arno Behrisch
Max Bense
Frank Benseler
Wilhelm R. Beyer
Charles Bloch
Heinrich Böll
Bogislaw v. Bonin
Dieter Boris
William Borm
Lenelotte v. Bothmer
Wilfried Frhr. v. Bredow
Wilhelm M. Breuer
Fenner Brockway
Zbigniew Brzezinski
Vittorio de Caprariis
Eberhard Czichon
Wolfgang Däubler
Frank Deppe
Hans Ulrich Deppe
Karlheinz Deschner
Roshan Dhunjibhoy
Ingeborg Drewitz
Klaus Ehrler
Bernt Engelmann
Hans Magnus Enzensberger
Walter Fabian
Ossip K. Flechtheim
Friedrich Wilhelm Foerster
Gertrud v. le Fort
Erich Fried
Erich Frister
Klaus Fritzsche
Georg Fülberth
John Kenneth Galbraith
Hans-Jochen Gamm
Albrecht Goes
Werner Goldschmidt
Helmut Gollwitzer
Wilfried Gottschalch
Walter Grab
Heinrich Grüber
Max von der Grün
Dshermen Gwischiani
Wilmont Haacke
Sebastian Haffner
George W. F. Hallgarten
Hildegard Hamm-Brücher
Heinrich Hannover
Frigga Haug
Friedrich Heer
Ernst Henry
Werner Otto v. Hentig
Sebastian Herkommer
Joachim Hirsch
Werner Hofmann
Hans Heinz Holz
Alfred Horné
J. L. Hromadka
Jörg Huffschmid
Nikolai Inosemzew
Hans Joachim Iwand
Hans Henny Jahnn
Walter Jens
Wsewolod Jeschow
Gerhard Kade
William K. Kapp
Matti Kekkonen
Robert M. W. Kempner
Klemens Keplicz
Hans Hellmuth Kirst
Arno Klönne
Heinz Kloppenburg
Oswald A. Kohut
Walter Kreck
Erich Küchenhoff
Reinhard Kühnl
Helmut R. Külz
Manfred Lachs
Bernard Lavergne
Sidney Lens
Carlo Levi
Albert J. Luthuli
Gérard Lyon-Caen
Werner Maihofer
Iwan Maiski
L. L. Matthias
Gunnar Matthiessen
Ernst May
Seymour Muelman
Daniil Melnikow
Jutta Menschik
Eberhard Menzel
Thomas Metscher
Jules Moch
Wayne Morse
Friedrich Müller
Wolf-Dieter Narr
Oswald v. Nell-Breuning
Gustav Obermair
Lászlo Márton Pákozdy
Linus Pauling
Helveg Petersen
Wolfgang Pfaffenberger
Claudia Pinl
Ulf Preuss-Lausitz
Ulrich K. Preuß
Karin Priester
Helge Pross
Adam Rapacki
Harold Rasch
Albert J. Rasker
Hermann Rauschning
Marcel Reding
Michael Regus
Gerhard Reintanz
Rolf Rendtorff
Helmut Ridder
Renate Riemeck
Rainer Rilling
Henry Rolin
Peter Römer
Roman Rudenko
Wolfgang Ruge
Hans Karl Rupp
Bertrand Russell
Theo Schiller
Josef Schleifstein
Richard Schmid
Robert Scholl
Helga Schuchardt
Seiei Shinohara
William L. Shirer
Ulrich Sonnemann
Dorothee Sölle
Ilse Staff
A. S. Graf v. Stauffenberg
May Steenbeck
Gerhard Stuby
Horst Symanowski
Jerzy Sztucki
Bassam Tibi
Thomas Torsvig
Dragoljub Trailović
Dimitris Th. Tsatsos
Grigori Tunkin
Imre Vajda
Fritz Vilmar
Heinrich Vogel
Karsten D. Voigt
Roderich Wahsner
H. Günter Wallraff
James P. Warburg
Günther Weisenborn
Ryszard Wojna
Michail Woslenski
Hans-Helmuth Wüstenhagen
Erich Wulff
Konni Zilliacus
Anton Zischka
Gerhard Zwerenz

Autoren dieses Heftes

Bernd GREINER, geb. 1952 in Pirmasens, Studium der Amerikanistik, Geschichte und Politik an den Universitäten Marburg und Frankfurt/M., Studienjahr in den USA, z. Z. Promotion über die Außenkritik der USA. • • • *Ernst WALTEMATHE,* MdB, geb. 1935 in Bremen, wegen nationalsozialistischer Verfolgung 1938–1948 in Amsterdam aufgewachsen, Oberregierungsrat, seit 1972 im einstweiligen Ruhestand, Mitglied des Landesvorstands der SPD in Bremen. • • • *Christian GÖTZ,* geb. 1940 in Leer/Ostfriesland, Leiter der Redaktion und Pressestelle beim Hauptvorstand der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen (HBV); Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen, u. a.: Heinz Oskar Vetter. Christian Götz befragt und porträtiert den Vorsitzenden des Deutschen Gewerkschaftsbundes, Köln 1977. • • • *Herbert SCOVILLE Jr.,* geb. 1915 in New York, lange Zeit direkt befaßt mit der Entwicklung von Kernwaffen, bekleidete wichtige Ämter im US-Verteidigungsministerium, von 1955–1963 stellvertretender Technischer Direktor der CIA, heute Vizepräsident der Arms Control Association. • • • *Axel PINCK,* geb. 1949 in Hamburg, Diplom-Volkswirt; Zeitschriftenveröffentlichungen • • • *Ludwig SCHRÖDER,* geb. 1949 in Hamburg, Diplom-Volkswirt; Zeitschriftenveröffentlichungen. • • • *Dr. Heinz-Jürgen AXT,* geb. 1946 in Dillenburg, Wissenschaftlicher Assistent am Institut für Soziologie der TU Berlin, Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen zur Staats-, Weltmarkt- und EG-Problematik. • • • *Maurice ZEITLIN,* Professor für Soziologie und Geschichtswissenschaft, lange Jahre an der University of Wisconsin in Madison, heute Inhaber eines Lehrstuhls an der University of California in Los Angeles; Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen, vor allem zur neuesten Sozialgeschichte der USA. • • • *Lorenz KNORR,* geb. 1921 in Eger/CSR, ehemals Bundesvorsitzender der Sozialistischen Jugend Deutschlands „Die Falken", heute Mitglied des Direktoriums der Deutschen Friedens-Union, lebt als Publizist in Frankfurt/M. • • • *Dr. Bernhard v. MUTIUS,* geb. 1949 in Heidelberg, Studium der Politischen Wissenschaften, Geschichte und Philosophie in Marburg und Frankfurt/M.; Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen.